

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 323 ==

---

## Die Verwaltung der östlichen Departements des Königreichs Westphalen 1807—1814

Von

**Dr. Willy Kohl**

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Verlag von  
Friedrich Vieweg  
Breslau  
1897

Die Geschichte  
der deutschen Literatur  
von  
1807-1814

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

1807-1814

Printed in the United States of America

## Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
<b>Quellen und Literatur</b> . . . . .	7
<b>Einleitung</b> . . . . .	9
<b>Kapitel 1. Einrichtung des Königreichs</b> . . . . .	12
Territorialverhältnisse der östlichen Departements . . .	14
<b>Kapitel 2. Die Lokalbehörden</b> . . . . .	19
Departementsbehörden . . . . .	19
Distriktsbehörden . . . . .	29
Kommunal- und Kantonsbehörden . . . . .	31
Die Beamten . . . . .	33
<b>Kapitel 3. Hoheltsrechte. Indigenat</b> . . . . .	42
Auswanderung . . . . .	43
<b>Kapitel 4. Auswärtige Verhältnisse:</b>	
Sachsen . . . . .	45
Preußen . . . . .	47
Anhalt . . . . .	50
Frankreich . . . . .	53
<b>Kapitel 5. Polizeiwesen</b> . . . . .	55
Gendarmerie . . . . .	57
Departementalkompagnie . . . . .	61
Hohe Polizei . . . . .	63
Überwachung der Bewohner . . . . .	67
Feuerpolizei usw. . . . .	69
Gefängnisse . . . . .	71
Bevölkerungspolizei . . . . .	73

	Seite
Kapitel 6. <b>Militärwesen</b> . . . . .	74
Vorspannwesen . . . . .	77
Bürgergarden . . . . .	78
Veteranenkompanie und Pensionen . . . . .	78
Etappenstraßen . . . . .	79
Magdeburg . . . . .	80
Kapitel 7. <b>Gemeindewesen</b> . . . . .	82
Kommunalvermögen . . . . .	83
Bürgerrecht . . . . .	85
Kapitel 8. <b>Kirchenwesen:</b>	
Lutherisches Bekenntnis . . . . .	86
Reformiertes Bekenntnis . . . . .	90
Katholische Kirche . . . . .	91
Herrenhuter Gemeinde . . . . .	92
Kapitel 9. <b>Juden</b> . . . . .	94
Kapitel 10. <b>Schulwesen</b> . . . . .	97
Elementarschulen . . . . .	98
Höheres Schulwesen . . . . .	100
Schuletats und Schulgeld . . . . .	102
Universität Halle . . . . .	103
Franckesche Stiftungen . . . . .	107
Kapitel 11. <b>Post</b> . . . . .	108
Kapitel 12. <b>Steuern und Staatsschuld</b> . . . . .	113
a) Französische Kriegssteuern . . . . .	115
b) Liquidation der Staatsschuld . . . . .	116
c) Indirekte Steuern:	
Zollorganisation . . . . .	118
Konsumtionssteuer . . . . .	122
Stempelsteuer . . . . .	124
Salzregal . . . . .	125




	Seite
d) Direkte Steuern . . . . .	126
Grundsteuer . . . . .	128
Patentsteuer . . . . .	131
Gewerbe . . . . .	133
Personalsteuer . . . . .	135
e) Westfälische Kriegssteuer 1813 . . . . .	136
f) Beamte der Steuerverwaltung . . . . .	137
 Kapitel 13. <b>Feuersocietäten</b> . . . . .	 139
 Kapitel 14. <b>Rechnungswesen</b> . . . . .	 143
Oberrechnenkammer . . . . .	147
Altmärkische Kreditkassen . . . . .	148
Geldwesen . . . . .	150
Lotterien . . . . .	153
 Kapitel 15. <b>Zwangsanleihen</b> . . . . .	 154
 Kapitel 16. <b>Berg- und Hüttenwesen</b> . . . . .	 158
 Kapitel 17. <b>Domänen:</b>	
Der französisch-westfälische Streit . . . . .	161
Verwaltung . . . . .	164
Geistliche Güter. . . . .	166
 Kapitel 18. <b>Forstverwaltung</b> . . . . .	 169
 Kapitel 19. <b>Bauwesen</b> . . . . .	 174
Beamte . . . . .	175
Zustand der Straßen . . . . .	177
Wege- und Brückengeld . . . . .	178
Reparaturen und Neubauten . . . . .	179
Wasserbauten . . . . .	180
Landeskultur . . . . .	182
 Kapitel 20. <b>Wohltätigkeitswesen</b> . . . . .	 184

	Seite
Kapitel 21. <b>Gesundheitswesen</b> . . . . .	188
Kapitel 22. <b>Justizwesen:</b>	
Einführung des Code Napoléon . . . . .	193
Lehnswesen . . . . .	194
Leibeigenschaft . . . . .	196
Gerichte . . . . .	202
Gerichtsverfahren . . . . .	205
Zivilstand und freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	208

## Quellen und Literatur.

- Akten des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin. (zit. G. Sta.)  
 Akten des Magdeburger Staatsarchivs. (zit. M. Sta.)  
 Bornhak, C. Geschichte des preußischen Verwaltungsrechts. 3 Bde. Berlin 1885. (zit. Bornhak.)  
 — Preußisches Staatsrecht. 3 Bde. Breslau 1911.  
 Bulletin des lois du royaume de Westphalie. (zit. Bulletin) 1807—1813.  
 v. Bülow, G. P. Rückblick auf mein Leben. Helmstedt 1844.  
 Correspondance de Napoleon Ier. Bde. 13 ff. (zit. Corr. de Nap.)  
 Du Casse, A. Les rois frères de Napoleon Ier. (zit. Du Casse) Paris 1883.  
 Goecke, R. Jerome und das Königreich Westfalen. PrJbb. 51  
 — Das Königreich Westfalen. Düsseldorf 1888.  
 Hassel, G. und Murrhard, K. Westfalen unter Hieronymus Napoleon. Ztschr. Braunschweig 1812.  
 Hassel, G. Statistische Übersicht der 11 Depts. Westphalens. Braunschweig 1811.  
 — Geographisch-statistischer Abriß des Kgr. Westphalen. Weimar 1809.  
 — Statistisches Repertorium über das Kgr. Westfalen. Braunschweig 1813.  
 — Repertorium zum Spezialatlas des Kgr. Westfalen. Weimar 1809.  
 Holzapfel, R. Das Kgr. Westfalen mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Magdeburg. Magdeburg 1895.  
 Lünsmann, F. Die westphälische Armee 1807—1813. Berlin 1935.  
 Maenss, J. Die Juden im Kgr. Westfalen. Geschbl. f. Magdebg. u. Umg. 42, S. 47—66.  
 Masson, F. Napoléon et sa famille. 12. Aufl. Paris 1909.  
 Mémoires et correspondance du roi Jérôme et de la reine Cathérine. éd. Prince Jérôme. (zit. Mém.) Paris 1861—1866.  
 Moniteur Westphalien. Kassel 1807—1813. (zit. Moniteur)  
 Rambaud, A. L'Allemagne sous Napoléon Ier. Paris 1897.  
 v. Schloßberger, Briefwechsel der Königin Catherina und des Königs Jerome von Westfalen, sowie des Kaisers Napoleon mit dem König Friedrich von Württemberg. 3 Bde. Stuttgart 1886/87. (zit. Schloßberger).  
 Servièrs, G. L'Allemagne française sous Napoléon Ier. Paris 1904.  
 Stietzel, W. Die Wehrpflicht im Kgr. Westfalen und ihre Auswirkungen in der Altmark und im Magdeburgischen. FBrPrG. 42, 1930.  
 Thimme, F. Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westphälischen Herrschaft. 2. Bd. Hannover/Leipzig 1895. (zit. Thimme II).  
 v. Treitschke, H. Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1879.  
 Weidemann, J. Neubau eines Staates. 1936. (mit weiterer Literatur).



Digitized by the Internet Archive  
in 2024



## Einleitung.

„Für jene unglückliche Zeit, die alles aufgelöst und die ganze Zukunft in Frage gestellt hatte, gilt nur ihr eigener Maßstab; sie darf nicht nach den Ansichten der Gegenwart beurteilt werden“.

J. P. G. von Bülow.

Leider ist es bis in unsere Tage für nötig gehalten worden, die Zustände der napoleonischen Zeit unter Gesichtswinkeln zu sehen, die ihr selbst durchaus fremd sind. Geschwiegen werden soll ganz von der Tendenzliteratur im preußischen wie im französischen Lager. Sie ist historisch nur soweit von Interesse, als gerade die chauvinistischen, zumeist in Preußen nach 1815 entstandenen Schmähschriften die öffentliche Meinung grundlegend beeinflußt haben. Wie es gelungen ist, den Freiwilligenheeren einen unbillig hohen Anteil am Siegeslauf von 1813—15 auf Kosten der Linientruppe zuzuschreiben, so ist die Zeit von 1806 bis 1813 zu der schwärzesten der deutschen Geschichte gestempelt worden. Niemand wird der Behauptung widersprechen, daß sie die tiefste Demütigung des deutschen Volkstums in sich birgt. Aber auf diese Feststellung beschränkt sich wohlweislich diese Literatur nicht. Alles wird getadelt, was in ihr geschah. Auch die Verwaltung soll der Verächtlichkeit verfallen, damit sich niemand etwa nach ihr zurücksehnen könnte, wie es aber zum Leidwesen der eifrigen Schreiber doch geschah. Die Guten übersahen, daß sie nur das eigene Volk beschmutzen, denn die Verwaltung der Rheinbundstaaten, besonders Westfalens, war ganz überwiegend aus Deutschen gebildet. Wie wenig die Zeit von völkischem Empfinden kannte, zeigt der Jubel, der einem blutfremden König bei der Ankunft dargebracht wurde.<sup>1</sup> Unter keinen Umständen war ein Staat mit

---

1. Weidemann vergleicht die westfälische Staatsgründung durchaus unhistorisch mit dem in einer national gefestigten Zeit unternommenen französischen Saarexperiment.



einem fremden König an der Spitze von vornherein zum Untergang bestimmt, wie oft behauptet wird. Hinzu kommt, daß das ungeheuerliche Ereignis von 1806 im Volke Traditionen verankert hatte, die im Augenblick einfach nicht zu ersetzen waren, und daß die Verwaltungsgrundsätze überhaupt recht labil waren — denken wir nur an Vinckes Pläne. — Thimme billigte zum ersten Mal der westfälischen Verwaltung die Gerechtigkeit zu, die sie verdient. Leider ist absichtlich das inhaltreiche Werk<sup>2</sup> unsystematisch gehalten. Bemerkenswert ist, daß er, der die westfälische Verwaltung rechtfertigt, auch in der Benutzung der Akten der Staatsarchive bisher allein dasteht. Goecke und Kleinschmidt schildern fast ausschließlich äußere Ereignisse, deren Armseligkeit nichts zu wünschen läßt.

Eine Zusammenfassung aller chauvinistisch-patriotischen Schriften hat vor einem Jahre J. Weidemann, „Neubau eines Staates“, gegeben, der rein gedanklich mit modernen Gesichtspunkten ohne Berücksichtigung des historischen Geschehens Beweise führen will. Besonders die Urteile über die Verwaltung sind in schärfster Form gehalten: „rohe Gefühllosigkeit der Verwaltungsart“,<sup>3</sup> „rücksichtsloses Verwaltungsgetriebe“,<sup>4</sup> „die Minister . . . waren . . . unfähig und ganz unwürdig“<sup>5</sup> u. s. f. Man kann weder die Freiheit noch die Unfreiheit aus der Verfassung gedanklich ableiten. „Die Freiheit beruht ungleich mehr auf der Verwaltung als auf der Verfassung“. Die Verwaltung aber ist auf Grund der vorzüglichen aktenmäßigen Überlieferung durchaus kontrollierbar. Verwaltung und Verfassung laufen historisch nie nebeneinander her. Sie bilden in jedem Staate eine untrennbare Einheit. So soll diese Arbeit mit aus den Akten geschöpften Tatsachen in mancher Hinsicht berichtend wirken. Den deutschen Verwaltungsbeamten des flüchtigen Königreichs, unter ihnen klingende Namen, und ihren wenigen französischen Lehrern und Helfern ist

---

2. Thimme behandelt die Zentralverwaltung und die Lokalverwaltung der hannoverschen Landesteile von 1810—1813.

3. Weidemann, S. 56.

4. ebd., S. 13.

5. ebd., S. 51.

6. Niebuhr im Vorwort zu Vinckes Abhandlung über die englische Verwaltung.

die Untersuchung gewidmet, nicht aber dem Fremdstaat als solchem und dem ausländischen Monarchen, der nicht viel mehr als seinen Namen gab. Die Tatsache, daß Westfalen zu einer positiven treibenden Kraft im deutschen Leben wurde, beruht auf der Verbindung französischen Ideenguts mit einem deutschen Verwaltungsapparat, der die Gedanken nach dem schnellen Ende umgeformt an die Nach- und Umwelt weitergab.

Wie gesagt, gehen die Ergebnisse dieser Arbeit in hohem Maße auf die zeitgenössischen Aktenstücke zurück. Benutzt wurden in erster Linie die Bestände des Magdeburger Staatsarchivs, Rep. B., das für die östlichen Departemente, d. h. die später preußischen Gebiete in Mitteldeutschland, allein zuständig ist. Der historischen Betrachtung kommen die damaligen schlechten Verkehrs- und Nachrichtenverhältnisse außerordentlich zu statten. Wir brauchen nur selten mit mündlichen Verhandlungen rechnen. Im übrigen wurde jede Kleinigkeit, mochte sie noch so unwichtig sein, in umständlichen Akten niedergelegt. Die preußische Verwaltung hat diese, im damaligen Zustand und in fast allen Fällen in der alten Ordnung, sorgfältig aufbewahrt. Eine empfindliche Lücke wurde nur in die Akten des westfälischen Kriegsministeriums gerissen (vgl. Kap. 6). Die Zahl der Aktenbündel geht hoch in die Tausende. Sie sind vom Verfasser durchgesehen, ohne in jedem Fall zitiert zu werden, um eine Überlastung der Anmerkungen zu vermeiden. Der Zustand der Magdeburger Akten ist ausgezeichnet.

Es ergab sich allerdings die Notwendigkeit, auch einige Stücke des Geheimen Staatsarchivs Berlin, hauptsächlich für die auswärtigen Verhältnisse, heranzuziehen (vgl. Kap. 4). Die übrigen Berliner Akten (Abt. Westfalen) sind überwiegend auch in Magdeburg im Konzept vorhanden, soweit sie die östlichen Departements betreffen, und stehen dort in weit organischeren Zusammenhängen.

Eine Beschränkung auf die östlichen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes<sup>7</sup> erwies sich bei der reichen Aktenüberlieferung als unumgänglich, da sonst der Rahmen der Dissertation gesprengt worden wäre.

---

7. Über die Abgrenzung des Gebietes vgl. Kap. 1. Territorialverhältnisse.

## Kapitel 1.

### Einrichtung des Königreichs.

Im Tilsiter Frieden war von Napoleon das Königreich Westfalen geschaffen worden, das er seinem Bruder Jerome übergab. Die Absichten des Kaisers gingen indessen weiter, als dem Bruder einen Thron zu schenken. Sie erschöpften sich auch nicht in dem sehr realen Wunsch, aus dem Lande einen militärischen Hilfsstaat und ein Glacis gegenüber Preußen zu schaffen. Dann wäre es besser gewesen, Westfalen in Frankreich aufgehen zu lassen. Die Erhebung der Contributionen wäre bequemer gewesen. So konnte er Kriegssteuern nur bis zur Konsolidierung der Verhältnisse aus dem Lande ziehen, was er allerdings bis zum letzten Augenblick mit Eifer tat.<sup>1</sup> Westfalen war dazu ausersehen, die Ideen der modernen französischen Staatsverwaltung auf deutschem Boden zu verwirklichen. Wohl für immer wird es ein Problem bleiben, wie weit der Kaiser ehrlich überzeugt war, für das Wohl der Untertanen zu sorgen, wenn er sie seinen Einrichtungen unterwarf, wie weit er aus reinem Machtbedürfnis handelte. Mochte sein Ziel immerhin die Unterwerfung deutschen Landes unter seinen Willen sein, so war doch das Mittel kein despotisches. Durch liberale Behandlung suchte er für sich zu gewinnen, wo es ging, und den Wunsch zur Rückkehr unter die alten Herrscher zu ertöten. Er verfaßte die Constitution des Königreichs und übersandte sie Jerome mit der Ermahnung, nicht auf jene zu hören, die behaupten, daß die Bevölkerung an die alte „servitude“ so gewöhnt sei, daß sie wenig Dank für die neuen Wohltaten wissen werde.<sup>2</sup>

---

1. N. an Daru, 26. 8. 1807. Corr. de Nap. 13076.

2. In diesem Briefe vom 15. 11. 07 stellt Napoleon gewissermaßen das Program auf, nach dem Jerome verfahren soll: „Die Völker Deutschlands wünschen ungeduldig, daß die nichtadligen Untertanen, die Talente

Auch die Männer, die die Staatsmaschine in Gang setzen sollten, bestimmte Napoleon: Siméon, Beugnot und Jollivet wurden am 18. August 1807 ernannt und traten am 1. September ihre Ämter in Kassel an.<sup>3</sup> Von diesem Tage an bestand das Königreich praktisch. Die französischen Intendanten verloren rechtlich die Fähigkeit zu Regierungshandlungen. Indessen erlaubte ihnen der Kaiser, speziell für Polizeianglegenheiten, auf ihren Posten zu bleiben, wenn auch unter dem Befehl der Régence in Kassel.<sup>4</sup> Die Übergangszeit bis zur endgültigen Organisation des Landes sollte so kurz wie möglich bemessen werden. Gelehrte und wohlunterrichtete Leute wurden in allen Landesteilen zur Beantwortung einiger sachlicher Fragen herangezogen.<sup>5</sup>

Von den Kommissionen<sup>5a</sup> ist gute Arbeit geleistet worden. Handelte es sich doch darum, Verwaltungsgrundsätze einzuführen, die den bisher im Lande üblichen durchaus entgegengesetzt waren. Jedes einzelne Departement war zudem aus zahlreichen Territorien zusammengesetzt, die unter verschiedenen Verwaltungsformen gestanden hatten. So setzte sich das Dep. der Elbe z. B. aus der preußischen Altmark, einem Teil

---

besitzen, ebenfalls ein Recht auf Ihre Beachtung und auf Staatsstellungen haben. Jede Art Sklaverei.... des Souverän über die unterste Volksklasse muß völlig verschwinden. Die Wohltaten des Code Napoleon, die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die Einführung der Geschworenen werden entscheidende Merkmale Ihrer Monarchie sein.... Ihre Untertanen müssen im Genusse einer Freiheit, Gleichheit und eines Wohlergehens stehen, wie sie den Völkern Germaniens unbekannt sind; und diese liberale Regierung muß die heilsamsten Veränderungen im Rheinbundsystem und im Hinblick auf die Macht Ihrer Monarchie hervorbringen... Welches Volk möchte unter das Willkürregiment Preußens zurückkehren, wenn es die Wohltaten einer weisen und liberalen Regierung gekostet hat? Die Völker Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens wollen die Freiheit und liberale Ideen! Seit vielen Jahren leite ich die Geschicke Europas, und ich habe genügend Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen, daß das Treiben der Privilegierten der allgemeinen Meinung zuwider ist. Seien Sie ein constitutioneller König!" (Corr. de Nap. 13361.) Ähnlich am 7. Juli 1807. Mém. III, 3.

3. N. an Daru. 25. 8. 07.

4. Napoleon an Berthier 19. 8. 07. Corr. de Nap. 13052.

5. M. Sta. B 25. I. 1.

5a. In Magdeburg: V. Vangerow, v. Klevenow, Sombart, Propst Roetger, Funck.



des Hzm. Magdeburg, dem braunschweigischen Calvörde, halberstädtischen Gebieten und der kursächsischen Burggrafschaft zusammen, wozu 1812 noch lüneburgische Gebiete traten. Es galt einmal, diese Länder zu einer Verwaltungseinheit zusammenzuschmelzen, anderseits sie im einzelnen von den Gebieten zu trennen, mit denen sie bisher verbunden waren. Das Hzm. Magdeburg umfaßte weite Landstriche auf dem rechten Ufer der Elbe, die aber bei Preußen verblieben. Die Altmark war verwaltungstechnisch eng mit der Kurmark verbunden. Man hat sich durch diese Schwierigkeiten nicht abhalten lassen, eine bemerkenswert großzügige Territorialeinteilung durchzuführen, die ein Hinwegsetzen über alle Rücksichten auf ehemalige landesherrliche Verhältnisse bedeutete.

Und doch waren das die geringsten Hemmnisse. Welches Mißtrauen in den einflußreichen Adelskreisen des Inlandes, welch eine Abneigung im preußischen Nachbarlande gegenüber dem napoleonischen Emporkömmling! Daß die Aufgabe weithin gelang, ist wahrlich kein Zeichen für eine unfähige Regierung.

### **Territorialverhältnisse der östlichen Departements.<sup>6</sup>**

Nur nach Prinzipien der praktischen Verwaltung, nicht des historischen Wachstums, wurden die neuen Departements eingerichtet. Jedes Departement zerfiel in Distrikte, diese in Kantone, die sich wieder aus einzelnen Communen zusammensetzten, in denen eine oder mehrere Ortschaften vereinigt waren. So großzügig die Einrichtung vollzogen war, sie krankte an dem Fehler, daß sie ohne Kenntnis der lokalen Gegebenheiten vom grünen Tisch aus entschieden war. Gleich nach Verkündigung der neuen Einteilung liefen Proteste über Proteste ein. Winzige Orte waren aus Unkenntnis zu Kantonshauptorten erklärt; Gemeinden waren verbunden, die nichts miteinander gemein hatten. Vor allem aber bemerkte man in Kassel zum größten

---

6. Ich beziehe das Okerdep. in die Betrachtung ein, da einige preußische Teile zu ihm geschlagen wurden. Die übrigen Departements haben eine getrennte Entwicklung durchgemacht. Im übrigen sind zu diesem Kapitel stets die sehr guten, zeitgenössischen statistischen Arbeiten von Georg Hassel zu vergleichen.



Schrecken, daß man aus Freude an hohen Zahlen viel zu viel Kantone geschaffen hatte. Die kostspielige Kantonsverwaltung mußte den Finanzstand der größtenteils noch sehr kleinen Ortschaften dem Ruin zuführen. Siméon ermutigte die Präfekten,<sup>7</sup> Vorschläge zur Verminderung der Zahl der Kantone einzureichen. Besonders empfindlich war der Mißstand im Saaledep. gewesen.

1. Das Elbedep.<sup>8</sup> umfaßte bei seiner Konstituierung mit einer Ausnahme (dem braunschw. Calvörde) die preußischen Gebiete der Altmark mit einem priegnitzschen Dorf (Werder an der Elbe), Teile des Hzm. Magdeburg und des Fsm. Halberstadt. Die unrechtmäßig einverleibten lüneburgischen Gebiete um Klötze mußten trotz Widerstrebens sofort wieder abgetreten werden.

Das Departement zerfiel in die vier Distrikte Salzwedel, Stendal, Neuhaldensleben und Magdeburg. Durch das Abkommen mit dem sächsischen Staat kamen am 27. 3. 1808 die Gebiete der Burggrafschaft Magdeburg um Gommern und der Grft. Barby an den Distr. Magdeburg, der weiter vergrößert wurde durch einen Festungsrays (auf Forderung Napoleons auf dem rechten Ufer der Elbe von Preußen abgetreten). Nach der Einverleibung Hannover-Lüneburgs wurde am 14. Juli 1810 der Distr. Salzwedel mit Ausnahme von sechs Kantonen, die beim Elbedep. verblieben, dem neugegründeten Dep. der Nieder-Elbe angegliedert.<sup>9</sup> Man hat sich in Kassel nicht durch die Proteste Schulenburgs beeinflussen lassen, der in dieser Maßnahme fast eine persönliche Beleidigung erblickte. Wenn auch ein Teil seiner Entrüstung auf seinen bekannten unbezähmbaren Ehrgeiz zurückzuführen ist, so hat er doch recht mit der Behauptung gehabt, es würden nur unnütze Schwierigkeiten entstehen, denn die Conscriptionslisten waren nach Distrikten angelegt, nicht nach Kantonen. Wurde ein Distrikt geteilt, so mußten ganz neue Listen nicht ohne Schwierigkeiten angelegt werden. So kam man zu der verzweifelten Lösung, Schulen-

---

7. 7. 1. 1809. M. Sta. B 26. 62. 15.

8. Vgl. Hassel, Geogr. stat. Abriß, S. 324.

9. M. Sta. B 38. 20.

burg sollte die Conscriptionen auch weiterhin im alten Salzwedeler Distrikt leiten. Der Zustand war selbstverständlich unhaltbar, daß ein Präfekt in einem fremden Departement Regierungsgeschäfte zu vollziehen hatte. Trotz alledem sträubte sich die Regierung bis zum 20. November 1812, als der gesamte Distrikt, noch durch fünf ehemals hannoversche Kantone und Klötze vergrößert, an das Elbdep. zurückgegeben wurde.

Sonst blieb das Departement, abgesehen von geringfügigen Grenzregulierungen gegen Anhalt (22. 1. 1812) und gegen Sachsen (2.—4. 9. 11) unverändert. Die Änderungen in der Kantoneinteilung waren bis auf einen Fall ohne tiefer greifende Bedeutung. Daß Magdeburg in drei Kantone aufgeteilt wurde, war nur eine verwaltungstechnische Notwendigkeit. Als die unrechtmäßig okkupierten Kantonshauptorte Klötze und Brohme an Lüneburg zurückfielen, mußten neue Hauptorte bestimmt werden, da Teile der Kantone bei Westfalen blieben. An die Stelle Brohmes trat Nettgau, an diejenige Klötzes Riestedt. Da die beiden Restkantone gar zu kläglich aussahen, wurden sie am 18. 11. 08. zum Kanton Jübar vereinigt.

2. Das Saaledep.<sup>10</sup> war bunter zusammengesetzt. Es gehörten anfänglich dazu: fast das ganze Fsm. Halberstadt, einige magdeburgische und braunschweigische Ortschaften, die Gft. Wernigerode, das Fsm. Blankenburg (brschwg.), die Abtei Quedlinburg, der Saalekreis und der preußische Teil der Gft. Mansfeld, dazu einige Orte des Fsm. Grubenhagen. Durch die Konvention vom 22. 7. 07 mit Sachsen kam auch der sächsische Teil der Gft. Mansfeld an Westfalen, einschließlich der Stadt Eisleben. Am 12. 3. 08 fand die förmliche Übergabe statt.<sup>11</sup> Die Einwohner des neuerworbenen Gebietes äußerten den Wunsch, ihrem neuen Landesherrn einen besonderen nachträglichen Huldigungseid zu leisten, und verdienten sich dadurch das Lob Siméons.<sup>12</sup> Die erworbenen Gebiete wurden in vier Kantone innerhalb des Distr. Halle aufgeteilt.

---

10. Hassel, a. a. O., S. 301.

11. Von sächsischer Seite waren der Frhr. von Manteuffel und Dr. S. Gehe, von westfälischer der Frhr. von Wintzingerode und W. Gronau delegiert.

12. Brief vom 1. 8. 08. M. Sta. B 26. 14. 1.

Das Departement bildete insgesamt drei Distrikte: Halberstadt, Halle und Blankenburg.

Die Bewegung innerhalb der Kanton- und Gemeindeeinteilung war im Salledep. stark, aber für die Gesamtheit ohne Bedeutung.

3. Das Harzdep.<sup>13</sup> zerfiel in die vier Distrikte: Heiligenstadt, Osterode, Nordhausen und Duderstadt. Seine Einteilung blieb fast unverändert. Mit dem Werradep. war 1809 ein Streit ausgebrochen, der weite Kreise zog, dessen Gegenstand aber durchaus nicht dem aufgewirbelten Staub entsprach. Es handelte sich um den Besitz der kleinen, unbewohnten Werrainseln zwischen Allendorf und Sooden. Das Dekret vom 29. 8. 10 teilte das Streitobjekt dem Harzdep. zu.<sup>14</sup>

Am 14. 11. 10 schlug der Präfekt v. Bülow vor, mit Schwarzburg-Sondershausen einen Vertrag über den Austausch einiger Exklaven abzuschließen, ohne daß man den nützlichen Plan weiter verfolgte.<sup>15</sup> Das Harzdep. war aus folgenden alten Territorien gebildet: Eichsfeld, fast dem ganzen Fsm. Grubenhagen, dem wolfenbüttelschen Oberharz, Benneckenstein, der Gft. Hohnstein, Dorla und Treffurt (bisher preuß.-sächs. Condominium), den hessischen Ortschaften rechts der Werra und den früheren Reichsstädten Mühlhausen und Nordhausen.

4. Das Okerdep.<sup>16</sup> umfaßte den weitaus größten Teil des Hzgt. Braunschweig-Wolfenbüttel, das Bsm. Hildesheim, die magdeburgischen Orte westlich der Aller und Goslar. Distrikts-hauptorte waren Braunschweig, Hildesheim, Goslar und Helmstedt.

Die Nordgrenze wurde nach Erwerbung der hannoverschen Lande völlig verändert. Die Kantone Röttgersbüttel und Fallers-

---

13. Vgl. Hassel, a. a. O., S. 244.

14. M. Sta. B 35 XVII. 1. Der Streit um diese Werrainseln hat noch bis in das Jahr 1930 die Gemüter in den beiden Orten zu erhitzen vermocht.

15. Schwarzburgische Ortschaften innerhalb der westfälischen Grenzen waren: Großbodungen, Wallrode, Kraga, Ebschenrode, Hanröden und Haynrode, westfälische Exklaven dagegen: Groß Berndten, Klein Berndten, Dietersborn, Lohra, Friedrichslohra, Friedrichsrode und Domäne Goetlingen.

16. Vgl. Hassel, a. a. O., S. 274.

leben wurden am 26. 9. 10 dem Departement hinzugefügt, während Sarstedt und Algermissen an das neugegründete Allerdepartement fielen. Als Westgrenze wurde die Leine festgesetzt. Die Stadt Braunschweig war ursprünglich als ein Kanton gedacht. Wie in Magdeburg stellte sich heraus, daß die Bevölkerung dafür zu zahlreich war, und man richtete drei Kantone ein. Magdeburg besaß über 25 000 und Braunschweig 27 000 Einwohner, während sich die Kopfzahl in einem gewöhnlichen Kanton in den seltensten Fällen über 5000 erhob.

## Kapitel 2.

### Die Lokalbehörden.

**Departementsbehörden.** Das Präfektursystem war von den bisher in diesen Provinzen üblichen Verwaltungsgrundsätzen innerlich tief verschieden; braunschweigische, sächsische, preußische Länder sollten unter eine einheitliche Verwaltung gebracht werden. Zu diesem Zwecke wurde am 11. 1. 08 die Verwaltungsordnung herausgegeben, die den neuen Departemental-, Distrikts- und Munizipalbehörden die Grenzen ihrer Amtstätigkeit vorschrieb.

Art. 4—8 befassen sich mit den **Präfekten**.<sup>1</sup>

Der Präfekt hatte zur Führung seiner Geschäfte ein **Bureau** zur Verfügung, das in verschiedene Divisionen geteilt war. Die Attributionen der einzelnen Sektionen waren nicht festliegend, sondern wurden jeweils durch den Präfekten bestimmt.<sup>2</sup> Das Bureau der Elbepräfektur war in Generalsekretariat, 1. Bureau für allgemeine Verwaltung, 2. Bureau für Finanzen und Militaria und 3. Bureau für Domänen und Liquidationswesen eingeteilt:<sup>3</sup> Das Bureau der Präfektur zu Halberstadt wies auf:

I. Generalsekretariat, II. Administrationsdivision mit 2 Bureaus, III. Baudivision, IV. Militär- und Polizeidivision mit 3 Bureaus.

Der Präfekt des Elbedep. erhielt jährlich an Gehalt 12 000 Frcs., die Präfekten des Saale- und Harzdep. 10 000 Frcs.<sup>4</sup>, und zwar in monatlichen nachträglichen Raten. Unter Schulenburg wurde es zur Gewohnheit, das Gehalt drei Monate im

---

1. abgedruckt bei Weidemann.

2. Im Harzdepartement richtet von Bülow z. B. vier Divisionen ein, mit zusammen 25 Personen, von denen 4 Akademiker waren.

3. M. Sta. B 18 I 187.

4. Laut Art. 50 u. 51 der Vw.-O.



voraus zu empfangen. Bercagny behielt die angenehme Neu-  
erung bei.

Der Generalsekretär als Direktor der Verwaltungsbureaus und Archivvorsteher, — in Abwesenheit des Präfekten dessen Vertreter, wenn nicht ausdrücklich ein Präfekturrat dazu bestimmt war, — erhielt den dritten Teil des Gehalts des vorgesetzten Präfekten.<sup>5</sup> Der Posten schloß praktisch bei Bewährung das Anrecht auf eine freiwerdende Präfektur in sich. Nicht immer ist das Verhältnis zwischen dem Präfekten und seinem Generalsekretär erquicklich gewesen, wie z. B. in Halberstadt. Der Generalsekretär verweigerte dort schließlich die Unterzeichnung der Ausfertigungen, wie sie ihm nach Art. 16 der Vw.-O. zustand.<sup>6</sup> Goßler war in einer außerordentlich unangenehmen Lage; denn da der Generalsekretär ihm in allen Geschäften zur Seite zu stehen hatte, wurde der Gang der Verwaltung schlechthin unterbrochen. Der einzige Ausweg fürs erste war, daß Goßler auf Urlaub ging und einen Präfekturrat mit seiner Vertretung beauftragte.

Die Bureaukosten waren in der Vw.-O. noch nicht festgesetzt. Sie beliefen sich in der Regel auf das Doppelte des Präfektorgehaltes. Die Rechnungen mußten nach Kassel eingesandt werden, wo sie durch Anweisungen auf den Staatsschatz liquidiert wurden. Siméon klagte über die Höhe der Beträge, die die Präfekten in Anschlag brachten. Sparsamkeit sollte bei allen öffentlichen Ausgaben bestimmend sein; es käme nicht darauf an, größere Büros einzurichten; dort würde am besten und schnellsten gearbeitet, wo eine kleine aber gut unterrichtete Schar Männer versammelt wäre.<sup>7</sup>

Im Elbedep. bat Schulenburg außerdem um Gewährung eines Staatsratsauditeurs im außerordentlichen Dienst zur Unterstützung in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse.<sup>8</sup> Da ein Staatsratsauditeur für seinen Unterhalt selbst zu sorgen hatte, trug Siméon kein Bedenken, das Gesuch zu bewilligen.

---

5. Art. 55.

6. M. Sta. B 26. 2. 2.

7. M. Sta. B 18 I 298.

8. Am 26. 5. 10. M. Sta. B 18 I 43.

Es war einer der liberalen Grundsätze der Kasseler Regierung, daß sie jederzeit Vorschläge zur Verbesserung des Verwaltungswesens bereitwillig aufnahm. Alle Autoritäten waren angewiesen, unverzüglich Mitteilungen über Mißstände zu machen; dagegen war es unerwünscht, daß die Vorschläge von außenstehenden Personen gemacht wurden. Die Verwaltungsstellen, insbesondere die Präfekten, sollten so viel Übersicht besitzen, daß ihre Hinweise genügten.<sup>9</sup>

Wenn in dieser Hinsicht zu Klagen Anlaß war, so in verstärktem Maße über die Eigenmächtigkeit der Präfekten. Die Erklärung für die dauernde Überschreitung der Befugnisse liegt in der Natur dieses Amtes selbst. Es war etwas Neues und Unerhörtes, daß ein einzelner Mann mit der gesamten Verwaltung eines Territoriums beauftragt wurde. Wo nicht bisher, wie in den kleinen reichsständischen Gebieten, der Landesherr die Verwaltung selbst führte, hatten Collegien und Kammern die Staatsautorität verkörpert. Von dem Kollegialsystem ging man jetzt grundsätzlich ab. Man verkannte nicht die Vorteile, die in ihm lagen, schätzte aber die Vorteile des entgegengesetzten Systems noch höher.<sup>10</sup>

Mit dem Gefühl, die unbedingte Befehlsgewalt in Händen zu haben, waren die Präfekten, allen voran Schulenburg-Emden, in ihre Ämter eingetreten. Bald sahen sie sich jedoch enttäuscht an allen Seiten beengt, zumal ihnen die Initiative in Gesetzes-sachen abging. Sie durften nicht einmal eine Verordnung in ein öffentliches Blatt einrücken lassen, ohne vorher die ausdrückliche Genehmigung des Ressortministers erlangt zu haben. Ob unter diese Verordnungen auch bloße Erläuterungen eines neuerschienenen Gesetzes fielen, ging nicht klar aus den Bestimmungen hervor. Nur zu oft mußten die Präfekten ihre Arrêtés, meist nichts weiter als eine Anweisung zur praktischen Anwendung eines Gesetzes, gegen den Einspruch des Ministers verteidigen.<sup>11</sup>

---

9. M. Sta. B 18 I. 187.

10. Vgl. den Aufsatz in Hassel-Murrhards Zeitschrift: „Westfalen unter Hieronymus Napoleon“, 1812, S. 63: „Über die Kollegial- und Bureauverfassung in Beziehung auf Westfalen“.

11. z. B. M. Sta. B 18 I. 187.

In unmittelbarer Korrespondenz stand der Präfekt mit folgenden Lokalbehörden: 1. mit der Unterpräfektur seines Departements, 2. mit den Cantonmaires des Distrikts, dessen Hauptort mit der Departementshauptstadt zusammenfiel, und dessen Verwaltung dem Präfekten (in der Eigenschaft als Unterpräfekt) gleichfalls übertragen war. Die Korrespondenz wurde durch Fußposten besorgt.<sup>12</sup>

Das Präfektursystem scheint damals mehr oder weniger in der Luft gelegen zu haben. Abgesehen von dem spielerischen Landesvater in Köthen hat ihm besonders Hardenberg nahe gestanden. Im Gendarmerieedikte führte er es durch, um der Staatsgewalt eine größere Durchschlagskraft auf dem Lande zu verleihen. „Sein Kreisdirektor mitsamt der Kreisversammlung war nichts anderes als der Unterpräfekt und Arrondissementsrat...“.<sup>13</sup> Neben dem Staatskanzler hatten auch Schön, Sack und andere starke Neigung zum Präfektursystem. Das ganz unpreußische „Ziehen aller Geschäfte der Provinzialverwaltung in französischer Art nach der Mitte“ erregte den größten Anstoß. Freilich wurden alle bald von ihren Ideen geheilt. Kein System ruht auch so sehr auf den Fähigkeiten eines Einzelnen wie dieses. Vielleicht fehlte es an Verwaltungsgenieen, wie Lezay-Marnésia eines gewesen war. Der Hauptgrund für die Beibehaltung des Kollegialsystems unter Stein in Preußen war, daß man „den Gemeinsinn der Untertanen erwecken“ und nicht auf die Mitwirkung der Stände Verzicht leisten wollte, wie es notwendig die Folge beim Präfektursystem gewesen wäre. Hardenbergs bürokratische Neigungen, die sich im lästigen Kampf mit der Ritterschaft noch verschärften, meinten dagegen den Sieg „auf gut napoleonisch-westfälische Art durch die Verstärkung der Macht des Beamtentums“<sup>14</sup> zu erringen.

Die Casseler Régence ist nach der Konstituierung des neuen Königreichs ängstlich darauf bedacht gewesen, an keiner Stelle der Verwaltung ein Vakuum in der Erledigung der Geschäfte eintreten zu lassen. Die ehemaligen Verwaltungsbehörden,

---

12. M. Sta. B 18 I. 296, am 30. 1. 08.

13. Treitschke I. 379.

14. Weidemann (52) meint nur, daß das Präfektursystem „keineswegs für deutsche Verhältnisse empfehlenswert ist“.

worunter in den meisten Fällen in den östlichen Departements die preußischen Kriegs- und Domänenkammern zu verstehen sind, sollten vorläufig im Amte verbleiben, um dem Präfekten Unterstützung in seinem neuen Arbeitskreise zuteil werden zu lassen.<sup>15</sup> Der Übergang ist dank dieser Vorsicht auch reibungslos vonstatten gegangen. Nur in wenigen Fällen, z. B. bei der Trennung der Altmark von der Kurmark, haben sich Schwierigkeiten ergeben. Zwei große Territorien waren in fast allen Verwaltungszweigen eng miteinander verbunden. In keinem Falle befanden sich die Verwaltungsbehörden in der Altmark. Nach dem Tilsiter Frieden weigerten sich die Berliner Stellen, weiterhin die Altmark zu ihrem Verwaltungsbereich zu rechnen.<sup>16</sup> Hier entstand eine Lücke, die der kaum konstituierte westfälische Staat nicht wohl ausfüllen konnte. Nach Einrichtung der erforderlichen Verwaltungsstellen<sup>17</sup> entstand, wie in allen derartigen Fällen, die große Frage der Aktenauslieferung.

Wohl nirgends hat sich der Streit um Aktenbestände derartig entwickelt wie nach der Besitznahme des sächsischen Mansfeld durch die westfälische Regierung. Die ursprüngliche Absicht war, nur den preußischen Anteil der Mansfelder Grafschaft dem Königreich einzuverleiben. Nach dem Dresdener Vertrag vom 22. 7. 07 wurde auch das übrige Mansfeld zum weitaus größten Teil Westfalen zugeteilt. Am 12. 3. 08 erfolgte die förmliche Übergabe durch die beiderseitigen Delegierten. Aber erst am 2. 8. 09 kam die Aktenfrage ins Rollen. Ein Jahr später ist die Regelung nicht weiter gediehen, als daß die westfälischen Behörden es gestatten wollen, daß die Sachsen gelegentlich Einsicht nähmen.<sup>18</sup>

Hier war Westfalen im Vorteil, in anderen Fällen verhielt es sich umgekehrt, und es ist nicht zu leugnen, daß diese Um-

---

15. Art. 58 der Vw.-O.

16. Die Altmark ist unter westfälischer Herrschaft dann aber in jeder Richtung so gründlich von der Kurmark getrennt worden, daß sie 1815 nicht wieder mit ihr vereinigt wurde, sondern weiter unter Magdeburg blieb.

17. So wurde z. B. die kirchliche Verwaltung, die bis jetzt vom Berliner Konsistorium besorgt worden war, am 17. 11. 07 vom Intendanten Chivaille neu organisiert. Er richtete in Stendal ein Konsistorium ein, dem drei Laien und zwei Geistliche angehörten.

M. Sta. B 3 Spec. 492.

18. M. Sta. B 26. 14. 1.

stände sich in der unvorteilhaftesten Weise ausgewirkt haben. Die so vollkommen und sorgfältig gestaltete Verwaltung des Königreichs kam daurch nie ganz in Gang. Als 1812 die meisten Unklarheiten und Streitpunkte beseitigt waren, forderte der erneut ausbrechende Krieg Ausnahmezustände, die eine geregelte Verwaltung suspendierten.

Für strittige Punkte der Verwaltung war in jedem Departement ein Präfekturrat eingesetzt. Während in der Verwaltung nichts so wichtig war, wie „die Einheit der Absicht, Schnelligkeit der Ausübung, so bei Ausübung des Richteramts nichts als reifliche Erwägung und strenge Gerechtigkeit“. Eine mehrköpfige Versammlung gewährte aber zweifellos höhere Sicherheit gegen Willkür und Irrtum. Den Tribunalen wollte man nicht gern die Streitsachen der Administration überlassen, um ein Zerreißen der Verwaltung zu vermeiden.<sup>19</sup> Die Räte hatten im Elbedep. vier, im Saale- und Harzdep. drei Mitglieder (vgl. § 9 der Vw.-O.).

Für das Amt eines Präfekturats kamen nur angesehene Persönlichkeiten in Frage, die einigermaßen vermögend waren, da die Besoldung nur 1200—1500 Franken im Jahr ausmachte. Sporteln durften nicht erhoben werden. Den streitenden Parteien erwuchsen lediglich Kosten für Stempelpapier. Siméon mußte wiederholt diese Bestimmungen einschärfen. Der Präfekturrat sollte kein Tribunal sein, sondern eine administrative Behörde.

Im Elbedep. wurden im April 08 ernannt: 1. Immermann, Kriegsrat und Justitiar der Kammer zu Magdeburg wie 2. Costenoble, 3. Schulz, Assessor der Kammer, 4. Weyhe, Richter des Domkapitels. Im Harz: von Bodungen, von Flotow, Verneburg. Im Saaldep.: G. E. Schmaling, Kriminalrat; Chr. W. Heyer, Justizrat; Amad. Heine, Justizrat. Gelegentlich mußten Vertreter gewählt werden, wenn mehrere Räte abwesend waren. Die Möglichkeit dazu hatte erst ein ergänzendes kgl. Dekret geschaffen.

Die Tätigkeit der Präfekturräte gestaltete sich umfangreicher, als man vorhergesehen hatte. Im Jahre 1809 z. B. waren

---

19. M. Sta. B 25 a 2.



vom Präfekturrat im Saaledep. 217 Beschlüsse, 53 Prozeßautorisationen für Gemeinden, 141 Gutachten für den Präfekten, 54 Resolutionen fertiggestellt worden, wobei meist ein beträchtliches Aktenmaterial zu verarbeiten war. Es ist verständlich, wenn die Räte bei ihrem geringen Gehalt wiederholt, aber vergeblich, um die Erlaubnis nachfragten, Gebühren nehmen zu dürfen.

Zu Anfang gestaltete sich der Rechtsgang beim Präfekturrat schwierig, weil für den Hauptgegenstand — Steuerdefraudationen — noch kein Gesetz bestand. So mußten, für jedes Territorium verschieden, die alten Gesetze berücksichtigt werden. Neben Steuervergehen traten hauptsächlich Fälle von Ein- und Ausfuhr verbotener Waren und Zollhintergehung auf. Bei der Abfassung der Gutachten waren vielseitige Kenntnisse erforderlich.<sup>20</sup> Die Entscheidungen konnten durch den König annulliert werden, was aber selten geschah.

Außer dem Präfekten und dem Präfekturrat stand dem Departement ein *Generaldepartementsrat* vor. Er wurde von einem Wahlkollegium gewählt, in dem die hervorragendsten und angesehensten Männer des Departements versammelt waren<sup>21</sup>: Auf 200 Einwohner 1 Grundbesitzer, auf 800 Einwohner 1 Kaufmann und auf 800 Einwohner 1 Gelehrter oder Künstler.

Die Eigentümlichkeiten dieser Versammlung ergeben sich ganz und gar aus dem französischen Vorbilde von 1800. Ein entscheidender Einfluß auf die Verwaltung sollte von ihm nicht ausgehen. Er war „ein Zugeständnis des neuen Militarismus an die besitzenden Klassen, denen wenigstens ein Scheineinfluß auf die Kommunalverwaltung“<sup>22</sup> eingeräumt werden sollte. Bis zu Äußerlichkeiten hinab wurde die Einrichtung auf Westfalen übertragen, in dem man eine starke Zentralgewalt

---

20. M. Sta. B 26a.

21. Weidemann (31) will aus der Ernennung der Mitglieder durch den König, die auf die Wahl folgte, einen unmittelbaren und die Selbstverwaltung beschränkenden Einfluß des Monarchen ableiten. Selbstverständlich war die kgl. Ernennung eine reine Formsache. Jerome kannte die Vorgesetzten überhaupt nicht. Von einer Auswahl der Volksvertretung durch ihn kann nicht die Rede sein.

22. Bornhak III. 37.

ohne allzu mächtige lokale Körperschaften nur begrüßen konnte.<sup>23</sup> Dem Grundgedanken nach, den auch die Instruktion für die Präfekten ausführte, sollte der Generaldepartementsrat gar keine selbständige Behörde sein, deren Rechte gegen den Präfekten abgegrenzt wurden. Eigentlich standen auch seine Geschäfte dem Präfekten zu. Sie wurden ihm nur aus dem Prinzip der Arbeitsteilung überlassen.

Im Elbedep. wurden auf Grund der obigen Zahlen am 21. 8. 08 225 Wahlmänner vom König ernannt, davon 151 Grundeigentümer, 37 Kaufleute, 37 Gelehrte. Die Versammlung wurde auf den 13. April zusammenberufen. Alvensleben-Erxleben wurde zum Präsidenten bestimmt. Die Tätigkeit des Kollegiums hatte sich auf folgende Punkte streng zu beschränken: 1. Ernennung von 13 Ständemitgliedern (9 Grundbesitzer, 2 Kaufleute, 2 Gelehrte)<sup>23a</sup>. 2. Ernennung von 40 Kandidaten, von denen 20 in den Departementsrat gewählt werden. 3. Bestimmung von Kandidaten für die Distriktsräte. 4. Wahl der Friedensrichter. 5. Wahl der Municipalräte, für Kommunen unter 2500 Einw. 16, für solche zwischen 2500—5000 Einw. 32 und 40 für Gemeinden über 5000 Einwohner. Nachdem die Punkte ordnungsmäßig und ohne Zwischenfälle erledigt waren, schloß die Versammlung am 27. 4., nachdem vorher noch einige Mitglieder aus Gommern und Barby hinzugetreten waren.<sup>24</sup>

23. Weidemann (53) erklärt die Beschränkung der Befugnisse aus dem Willen zur Fesselung eines fremden Volkes heraus, läßt die französ. Herkunft aber ganz außer Acht.

23a. Als Mitglieder der Reichsstände gingen aus den Wahlen hervor: (2. Juni 1808). Elbe: 1. Graf v. Alvensleben; Bar. v. Alvensleben, v. Zichtau; Fr. v. Blumenthal, v. Mgdb.; Coqui, v. Mgdb.; Kühne, v. Wanzleben; Lambrecht, v. Sommereschenburg; Graf v. Schulenburg = Altenhausen; Graf v. Schulenburg = Emden; 2. Nathusius, von Mgdb.; Schmitz, von Mgdb.; 3. Costenoble, von Mgdb.; Rötger, Propst zu Magdeburg.

Harz: 1. Baron v. Arnstedt, v. Groß Werther; Baron v. Bodungen, v. Martinsfeld; Fromm, v. Groß Bartloff; v. Kaisenberg, v. Heiligenstadt, Gr. v. Keller, v. Steinheuterode; Baron v. Knorr, v. Breitenbach; von Motz, v. Vollenborn; Bar. v. Westernhagen, v. Teistungen; 2. Lutteroth, v. Mühlhausen; Meilhaus, v. Heiligenstadt; 3. Hübner, v. Mühlhausen.

Saale: 1. Baron von Branconi; Culemann, v. Blankenburg; Baron v. Friese, v. Rammelburg; Käferstein, v. Halle; Pomme, v. Crottorf; v. Ritzenberg, v. Halberstadt; Seiler, v. Aschersleben; Erbgraf v. Stolberg, Wernigerode; 2. Rosentreter, aus Aschersleben; 3. Niemeyer, aus Halle; Roloff, zu Ermsleben.

24. M. Sta. B 18 I. 1724.

Im Harz<sup>25</sup> erging die Aufforderung zur Aufstellung der Kollegien am 17. 12. 07 vom Abbé Briancourt, dem Intendanten in Erfurt. In dem preußisch-sächsischen Condominium Treffurt und Dorla wollten indessen die Sachsen nicht erlauben, daß Wahlmänner aufgestellt wurden, wie dem Minister Siméon berichtet wurde. Selbstverständlich waren die sächsischen Behörden zum Nachgeben gezwungen. Die Versammlung wurde zum 10. 4. 08 anberaumt. Sie umfaßte 200 Mitglieder: 132 Grundeigentümer, 34 Gelehrte, 34 Fabrikanten. Präsident war Herr von Arnstedt.

Die Versammlung des Saaledep. trat unter dem Präsidium des Grafen v. Branconi am 18. 4. wie die anderen für 14 Tage zusammen.<sup>26</sup>

Großer Beliebtheit hat sich das Amt eines Wahlmanns nicht erfreut, so sehr die Regierung die hohe Ehre hervorhob. In allen Präfekturen liefen nach Bekanntwerden der Listen zahlreiche Proteste und Bitten um Befreiung ein.

Die Aufgaben des Generaldepartementsrats bestimmen die Art. 10—14 der Vw.-O. Die Leistungen der Departementsräte waren gering.<sup>27</sup> Sie zählten unter sich allerdings die bekanntesten Persönlichkeiten der Departements.<sup>28</sup>

Die erste Versammlung des Generaldepartementsrats des Elbedep. konnte erst verspätet beginnen, weil sich nicht zwei Drittel der Mitglieder eingefunden hatten. Eine hervorragende Rolle bei allen Beratungen spielte Propst Roetger vom Kloster U. L. Frauen in Magdeburg. Immer wieder ist er auf dem Plane,

---

25. M. Sta. B 35 II a 2.

26. M. Sta. B 26. 2. 16.

27. Vgl. Thimme, II. 128, der dasselbe für die westlichen Departements feststellte.

28. M. Sta. B 35 III. b. 1. Im Harz gehörten ihm an: F. A. v. Arnstedt, F. v. Hanstein, K. F. v. Steinmetzen, K. v. Wintzingerode, E. v. Wintzingerode u. a.

Im Elbedep. waren vertreten: v. Alvensleben-Erxleben, v. Schulenburg-Altenhausen, v. Vangerow, v. Klevenow, v. Roeder, Meister, Schultz, v. Bismarck-Welle, v. Schulenburg-Primern, v. Wolldeck, v. Alvensleben-Hundisburg, v. Alvensleben-Zichtau, v. Bismarck-Crewese, v. Bornstedt, v. Busch, v. Knesebeck, v. Meding, Schewe, Propst Roetger, Sombart. (M. Sta. B 18. I. 123).

wenn es gilt, die Not der Armen und Geschädigten zu lindern.<sup>29</sup> Eine ungeheure Arbeitsleistung ist von dem bescheidenen Manne vollbracht worden. Die Hauptverhandlungen drehten sich um die Vermehrung der Gendarmerie, Tribunalslokale, Zulagecentimen und Entlastung der Etappenplätze. Dazu trat natürlich Verabschiedung des Budgets. Für die Departementsausgaben (Arbeitshaus, Verwaltungskosten und Einquartierung) wurden 300 000 Franken ausgeschrieben. Im Falle eines Defizits waren Ergänzungsbeträge vorgesehen. Für 1809 nahm der Rat die Verteilung der Personalsteuer von 590 000 Franken auf die Distrikte vor.

Die Departementsausgaben waren nicht so gering, wie man geglaubt hatte. Das Harzdep. gab für 1809 schon die Summe von 110 000 Fr. an.<sup>30</sup>

Die Bureaunkosten der Präfekturen im Harzdep. betrugen 1808 durchschnittlich <sup>31</sup> :

Pr. Heiligenstadt	3200.— fr.
UPr. Nordhausen	1000.— fr.
UPr. Duderstadt	750.— fr.
UPr. Osterode	1000.— fr.

Ab 1. 1. 1808 gab es bereits ein Rechnungswesen der Departements, obgleich die Präfekten erst im Februar ihr Amt antraten. Bis dahin hatten also die alten Kassen neben den neuen Departementskassen bestanden, allerdings nur theoretisch. In den ersten Monaten des Jahres waren von der Regierung keinerlei Bürokosten gezahlt worden. Da aber das Bedürfnis einiger Geldmittel bestand, wies Siméon 4800 Rth. unter der Bedingung der Rückzahlung an. Das ganze Jahr hindurch blieb das Rechnungswesen im Elbedep. unbedeutend. Etappenfonds gab es noch nicht. Das wurde anders nach dem Kgl. Decret vom

29. M. Sta. B 18 I. 125 vol. I—VIII.

30. 1. Besoldung der Präfekten und Unterpräfekten 26 666,66 Frcs. 2. Bureaunkosten 43 271,72 Frcs. 3. Departemental-Compagnie 17 500 Frcs. 4. Casernierung der Gendarmerie 5 000 Frcs. 5. Einrichtung der Tribunal-locale 8 000 Frcs. 6. Gefängnisse und Zuchthäuser 5 000 Frcs. 7. Präfekturgebäude, Brunnen usw. 5 000 Frcs. 8. Unvorhergesehene Ausgaben: Departementsrat, Distriktsrat, Dienstreisen 9 651,62 Frcs.

31. M. Sta. B 3 Spec. 46.

28. 3. 09, wonach die durchmarschierenden Truppen zur Last der Einwohner fallen sollten. Der Präfekt wurde autorisiert, zuerst einmal 60 000 Rth. auf Grund der Patentsteuer im Departement zu erheben. Je nach Bedarf sollte weiteres folgen. Das Ausschreiben der 60 000 Rth. erging am 22. 9. 09. Bis dahin war also noch kein Etappenfonds zustande gekommen, obgleich doch längst Etappenunkosten durch Errichtung von Magazinen eingetreten waren. Der Präfekt hatte sich gezwungen gesehen, Anleihen aufzunehmen. Alle Fonds, die man überhaupt zur Verfügung hatte, wurden zusammengeworfen. Die Zulagecentimen, die zur Bestreitung der Präfekturausgaben dienen sollten, wurden von den Departementsräten nie bestimmt. Die Einnahmen, die man allmählich erlangte, reichten nirgends hin. Die Unkosten waren der Präfektur über den Kopf gewachsen, besonders seit die Division Gudin im Februar 1810 eingerückt war. Bis Juni waren schon 155 598 Rth. Tafelgelder zu zahlen. Zwar erlaubte ein Kgl. Rescript die Verteilung dieser Lasten auf das ganze Departement. Billig wäre es gewesen, wenn sie auf das ganze Königreich verteilt worden wären.<sup>32</sup>

Die Kasernierungsunkosten der Gendarmerie wurden auf Grund der direkten Steuern (Grund-, Personal- und Patentsteuer) verteilt, ebenso die Besoldungskosten der Departementalkompagnie, die Kosten des Zwangsarbeitshauses nach den Grund- und Personalsteuersätzen. Die Kantonalkosten, die in den Departementsetats geführt wurden, verteilte man nach Grund- und Personalsteuer und außerdem nach dem Verhältnis der Seelenzahl.<sup>33</sup> Die Etappenkosten wurden verteilt nach der Grund- und Exemtensteuer, wo für 1 Rth. = 1 gr angesetzt wurde, außerdem nach der Patentsteuer für 1 fr = 1 gr. Die Gesamtlasten, die das Elbedep. zu tragen hatte, beliefen sich auf 520 405,38 fr.<sup>33a</sup>

**Distriktsbehörden.** An der Spitze eines Distrikts stand der Unterpräfekt an Befugnissen in keiner Weise mit einem Prä-

---

32. M. Sta. B 3 Spec. 44.

33. M. Sta. B 3 Spec. 45.

33a. Die genauen spezifizierten Ziffern sind in meinem maschinenschriftlichen Exemplar enthalten, das Interessenten zur Verfügung steht.



fekten vergleichbar. Die Vw.-O. bestimmte darüber: § 17 ...Die Unterpräfekten haben in dem Umfange ihrer Distrikte, unter der Autorität der Präfekten, an den Amtsverrichtungen Teil zu nehmen, welche letzterem .... zustehen. — § 19. Sie dürfen keine Maßregeln eigenmächtig nehmen, noch eine Instruktion über die Vollziehung der Gesetze erlassen, ohne solche vorgängig dem Präfekten zur Genehmigung vorgelegt zu haben, ausgenommen in Fällen, wo ihnen die Gesetze besondere Attribute beilegen. Daraus geht deutlich hervor, wie beschränkt ihre Befugnisse waren. Sie waren nur Handlanger der Präfekten, stille Anwärter auf Präfekturen und durchgehend fähige Leute, die ihre unwesentlichen Arbeiten mit Sorgfalt erledigten.

Wie den Präfekten stand ihnen ein Sekretär mit den analogen Befugnissen zur Seite. Die Stellen blieben lange Zeit unversehen. Im Harzdep. wurden sie erst 1809 nach langem Bitten mit geeigneten Männern besetzt.<sup>34</sup>

Die Verteilung der Steuern auf den Distrikt lag dem Distriktsrat ob, der gleichfalls von den Wahlkollegien ernannt wurde. Die Bestimmungen der Vw.-O. geben an (Art. 20—23), daß er sich in jedem Jahre zweimal zu versammeln habe, und zwar ein Mal vor, das zweite Mal nach dem Zusammentritt des Departementsrats. Wie dort, bestimmt die Regierung den Zeitpunkt. Die erste Sitzung durfte 14 Tage, die zweite 10 Tage in Anspruch nehmen.

Das adlige Element war auch in den Distriktsräten stark vertreten.<sup>35</sup> Jedes Mitglied erhielt täglich 4 Rth. als Entschädigung. Der Betrag mußte umständlich auf den Distrikt verteilt werden, floß dann in den öffentlichen Schatz und wurde vom Minister dem Präfekten überwiesen, der die Beträge an die einzelnen Mitglieder überweisen ließ.

Die Hauptarbeit bestand in der Verteilung der Personalsteuer auf die Kantone des Distrikt. Die Grundsteuer war von der Regierung in Übergehung der Departementsräte gleich auf die Distrikte verteilt worden.

Die aus den Distriktskassen verwandten Gelder, worüber Rechnung vor dem Rat abgelegt wurde, waren bedeutend, wenn

34. M. Sta. B 35 II. b. 2.

35. Listen in M. Sta. B 18 I. 123.

man die Kleinheit der Distrikte in Betracht zieht. Im Harz z. B. erreichten sie 1809: 1207 045,28 fr. und stiegen 1810 noch höher.<sup>36</sup>

**Communal- und Kantonsbehörden.** Jede Municipalität hatte an ihrer Spitze einen Maire mit einem Adjunkten und einen Municipalrat. Die Zahl der Adjunkten war nach Größe der Orte abgestuft.

Die Verwaltung stand dem Maire allein zu. Er besaß für seinen Kreis eine ähnliche Machtvollkommenheit wie der Präfekt. Es hat Maires gegeben, die wie kleine Könige, zum Mißfallen ihrer Mitbürger, geschaltet haben. Die Adjunkten konnten nur auf Grund einer Delegation seine Amtsgeschäfte vertretungsweise übernehmen (§ 30 der Vw. O.). Es war oft nicht leicht, einen fähigen Mann in den kleinen Orten zu finden. Deshalb wurden vorsichtigerweise alle Maires nur provisorisch angestellt. Nach einiger Zeit wurde eine Revision durchgeführt, bei der sich herausstellte, daß nicht alle vorgeschlagenen Maires den Anforderungen genügten.<sup>37</sup> Vor allem wurde darauf gesehen, daß die Fähigkeiten ausreichend waren, anderseits aber auch, daß der Maire ein Kind der Gemeinde war, die er leiten sollte. Er sollte möglichst aus dem Municipalrat hervorgegangen sein. So mußten bei der Revision im Distr. Stendal 30 % der Municipalitäten neu besetzt werden. Die Hälfte der Ausscheidenden hatte den Mangel der elementarsten Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Besonders Goßler hat auch später Anlaß genommen, sich bitter über die Maires zu beklagen:<sup>38</sup>

Von der Einsetzung der Cantonmaires versprach man sich mehr Sicherheit. Meist war es ein großer Grundbesitzer, so daß

---

36. M. Sta. B 35 II. b. 1.

37. M. Sta. B 26. 90. 5. u. B. 18 I. 279 I.

38. M. Sta. B. 26. 2. 27. „Es ist eine unangenehme und höchst traurige Bemerkung, die sich mir durch Tatsachen und Beweise täglich zunehmend aufdringt, daß nämlich fast in sämtlichen Mairien und Municipalitäten meines Departements mit wenigen Ausnahmen die Verwaltungsgeschäfte in allen Zweigen der Administration durchaus nicht mit der Pflichterfüllung und der Ordnung und mit dem Eifer betrieben werden, welche die kgl. Decrete... und die Wichtigkeit der Sachen selbst erheischen; ja daß sogar gesetzwidrige und höchst strafbare Handlungen oft mit unterlaufen“.

namentlich in agrarischen Gebieten das Übergewicht auf adliger Seite war. Im Distr. Stendal standen 3 bürgerliche Maires 10 adligen gegenüber.<sup>39</sup> Goßler schlug zudem vor, daß überall Register geführt werden müßten, um eigenmächtige Geschäftsführung zu unterbinden. Von den Maires wurde in jedem Distrikt einer ausgewählt, der den Unterpräfekten in seiner Korrespondenz zu unterstützen hatte.<sup>40</sup>

Schwierig war auch die Bestellung von Adjunkten. Wurde ein Kantor oder Schullehrer vom Maire gewählt, so bemerkte Wolffradt: „Der Schulunterricht geht vor. Es muß ein anderes Subjekt vorgeschlagen werden“. Das gelang meist nicht, denn sogar die Lehrer konnten oft nicht hinreichend gewandt schreiben.<sup>41</sup>

Die Gehälter für die Maires waren äußerst knapp bemessen. Die 57 Cantonmaires des Elbedep. erhielten 1810 eine Anweisung von 27 000 Fr. Bürokosten. Die Gehälter waren noch die einer älteren Zeit und als Zuschuß zu einem anderen Verdienst des betreffenden „Officianten“ gedacht. Die modernen Verwaltungsgrundsätze machten es aber einem Cantonmaire fast unmöglich, einen Nebenverdienst zu suchen. So mußte man auf Leute zurückgreifen, die anderweitig finanziell gesichert waren. Die Regierung hat selbst an diesen geringen Beträgen noch versucht einzusparen: 1809 wurden für das Elbedep. 69 300 Fr. angewiesen, 1810: 57 300 und 1811: 49 400 Fr. (bei der letzten Ziffer ist allerdings der Wegfall des Distr. Salzwedel in Betracht zu ziehen).

Die Municipalräte wiesen folgende Stärke auf: Orte bis 2500 Einwohner = 8, bis 5000 E. = 16, über 5000 E. = 20. Die Maires hatten stets den Vorsitz. Ein Mitglied wurde zum Sekretär ernannt. Die Versammlung fand in jedem Jahre am 15. November für 10 Tage statt (§§ 37—44 der Vw.-O.). Die Ernennung der Räte kam noch kurz vor dem angegebenen Termin im Oktober 1808 zustande. Am 11. 11. erließ Siméon ein Rundschreiben, das die besonderen Aufgaben für die Ver-

---

39. M. Sta. B 18 I. 276.

40. Nach Decr. 14. 11. 08.

41. M. Sta. B 26. 90. 1. II.

sammlung hervorhob: die Rechnung der Municipalkasse an-  
hören, den Etat der Gemeinde festsetzen und über die Bedürf-  
nisse und die Verbesserung der Landwege beraten, die Sum-  
men festsetzen, die für die Besoldung der Pastoren und für die  
Unterhaltung der Kirchen und Einrichtung bewilligt werden  
können. Im letzten Moment wurden die Versammlungen durch  
kgl. Dekret abgesagt. Sie fanden im April und Mai des fol-  
genden Jahres statt.<sup>42</sup> Wie wenig sorgfältig die Ernennungen  
durchgeführt waren, zeigt, daß einzelne Ernannte reklamieren  
mußten, weil sie selbst öffentliche Ämter innehatten, also unter  
Umständen über eigene Entscheidungen Urteile abzugeben  
hatten.<sup>43</sup>

Die Räte haben ihre Funktionen selten zufriedenstellend  
erfüllt. Das ist kein Wunder, denn in den kleinen Orten war  
einfach niemand vorhanden, der fähig genug war. Wenn die  
Bauern vorzogen, für ihren Betrieb zu sorgen, wurde ihnen das  
als absichtliche Böswilligkeit ausgelegt, und die hohen Behörden  
kamen dann zu Urteilen, die von Enttäuschung erfüllt waren.<sup>44</sup>

Eine Streitfrage war lange Zeit, inwieweit die administra-  
tiven Behörden auch exekutive Gewalt besäßen, die ihnen von  
den Tribunalen bestritten wurde. Im April 1809 erging eine ein-  
deutige Erklärung Wolffradts, die den Behörden die exekutive  
Gewalt zusprach. Es sei natürlich, daß sie die Möglichkeit  
hätten, ihren Bestimmungen auch zur Durchführung zu ver-  
helfen.<sup>45</sup>

### Die Beamten.

Durch ein königliches Decret vom 11. 1. 08 wurden die  
Prä f e k t e n ernannt, die Beamten, die auf Grund der Con-

42. M. Sta. B. 18 I. 273 u. 274.

43. M. Sta. B 26. 90. 2. I.

44. M. Sta. B 35. II. f. 3. III. Es „ist ersichtlich, daß die Mit-  
glieder verschiedener Municipalräte bei dem Mangel an gutem Willen bald  
durch Renitenz und Halsstarrigkeit, bald durch Entziehung ihrer Gegen-  
wart den vorgeschriebenen Geschäftsgang erschweren und dadurch zu er-  
kennen geben, daß sie teils nicht die richtigen Begriffe von ihren Amts-  
pflichten haben, teils das Wohltätige der Verfassung und den liberalen  
Zweck ganz verkennen, wobei sie auch oft einen tadelnswerten Eigennutz  
verraten. . . . Sieht man doch daraus hin und wieder den Geist dieser zum  
Teil sehr rohen Menschenklasse“.

45. M. Sta. B 18 I. 142.

stitution an der Spitze der Departements stehen sollten.<sup>46</sup> Es waren a u s n a h m s l o s Deutsche, nur ein einziges Mal ist ein Franzose (der Chevalier de Bercagny, Nachfolger Schulenburgs in Magdeburg) bestimmt worden.

Im Elbedep. wurde der Graf von Schulenburg-Emden eingesetzt. Der Magdeburger Posten war der heikelste im Reiche, da Napoleon seit 1806 in der Festung eine starke französische Besatzung unter einem französischen Gouverneur liegen hatte.<sup>47</sup> Mit dieser militärischen Befehlsgewalt hatte der Präfekt in jedem Augenblick zu rechnen. Es durfte praktisch von den einheimischen Regierungsgewalten keine Anordnung getroffen werden, die nicht die Billigung des Gouverneurs gefunden hatte, ganz abgesehen davon, daß schon allein die Anwesenheit einer fremden Truppenmasse von 12 500 Mann die weitgehendste Rücksichtnahme erforderte. Wenn man in westfälischen Regierungskreisen darauf zählte, daß der Kaiser, nachdem die Aufstellung einer eigenen westfälischen Armee erfolgt war, den Platz Magdeburg von französischen Truppen befreien würde, so sollte die Enttäuschung nicht ausbleiben. Der 7. Art. des Vertrages vom 14. 1. 10. bestimmte, daß Magdeburg noch vor dem 1. 1. 11. zur vollen und uneingeschränkten Verfügung Jeromes gestellt werden sollte, einschließlich der Citadelle.<sup>48</sup> Was wollte das aber bedeuten, wenn Napoleon am 23. 12. an den General Clarke schrieb:<sup>49</sup> „Sie haben Befehl gegeben, dem König von Westfalen die Armierung des Platzes Magdeburg zu übergeben. Es ist nicht recht von Ihnen, diesen Befehl erteilt zu haben, ohne ihn mir zu unterbreiten. Geben Sie Gegenbefehl. Meine Absicht ist, Magdeburg mitsamt der Artillerie, den Magazinen und allem andern zu behalten und nicht in westfälischen Besitz zu geben . . . Kurz, ich will die Festung Magdeburg nicht aus

---

46. Vw.-Q. vom 11. 1. und Instruktion vom 26. 1. 08 im Moniteur.

47. Das Dienstverhältnis der kaiserlichen und der westfälischen Beamten war dahin bestimmt, daß die französischen keinerlei Autorität über westfälische Beamte und Truppen besitzen sollten. Magdeburg war der einzige Platz, wo gleichzeitig im Namen des Kaisers und des Königs befohlen wurde. Nirgends sonst durften französische Militärs mit westfälischen Civilautoritäten korrespondieren. — M. Sta. B 26. 2. 25.

48. Mém. IV. 337.

49. Corr. de Nap. 17233.



der Hand lassen“. So hatte sich der Präfekt auch weiterhin mit der unbequemen französischen Macht in der Stadt abzufinden.

Solange Eblé Gouverneur in Magdeburg war, ein allseits gerühmter und sympathischer Mann, traten Reibereien selten zutage. Als der General jedoch Kriegsminister wurde und ihm weniger einsichtsvolle Leute wie Michaud folgten, brach ein dauernder Fehdezustand aus. Im Jahre 1811 waren die Verhältnisse unerträglich geworden. Schulenburg war nicht der Mann, sich seine Befugnisse in irgendeiner Weise einschränken zu lassen. Er hat seine Befehlsgewalt mit gleicher Konsequenz gegen die Eingriffe des französischen Militärs wie gegenüber den westfälischen Zentralbehörden verteidigt, wobei sein Handeln mehr persönlichen als allgemein-politischen Gesichtspunkten entsprang. Als sich Napoleon in den Streit mischte, war es aber um ihn geschehen. Eine Klage legte dem Präfekten zur Last, verbotene Kolonialwaren aus Preußen eingeführt zu haben. Sofort beschwerte sich Napoleon in den bittersten Worten und beauftragte den Herzog von Bassano: „Drücken Sie diesem Hofe mein Mißfallen darüber aus, daß in einer Stadt, die ich erobert habe, und in der meine Truppen liegen, derartig gegen meine Interessen gehandelt wird. Nicht einmal in einem feindlichen Lande hätte man sich so zu betragen gewagt“.<sup>50</sup> Am 10. 8. 11 bat Schulenburg wegen Krankheit um Urlaub, der ihm vom Minister Wolffradt bis Ende des Jahres bewilligt wurde. Das Schreiben<sup>51</sup> zeigt, daß am Casseler Hofe Verständnis für die schwierige Lage eines Präfekten in Magdeburg bestand. Jedoch hätte mit Freundlichkeit und vertraglichem Benehmen sicher vieles erreicht werden können, und Wolffradt meinte: „Ich will hier jetzt unberührt lassen, ob Ihr Betragen in dieser Hinsicht immer den Regeln der Klugheit angemessen gewesen“.

Während der Abwesenheit Schulenburgs hatte der Generalsekretär der Präfektur die Geschäfte zu verwalten. Dem Präfekten war jede Einflußnahme untersagt. Er hätte nur dem

---

50. Du Casse, 386.

51. M. Sta. B 3. Spec. 16.

Sekretär zu empfehlen, „durch Höflichkeit und conciliatorisches Benehmen gegen die französischen Autoritäten die so sehr wünschenswerte Harmonie zwischen diesen und den kgl. westfälischen wieder herzustellen zu suchen. Dies allein wird die Notwendigkeit entfernen, die Präfekturstelle anderweit zu besetzen“. Schulenburg behauptete, nach bestem Wissen gehandelt zu haben, und tatsächlich genehmigte Wolffradt am 28. 11. die Rückkehr des Präfekten auf seinen alten Posten. Ob sich von neuem Reibereien ergaben, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls wurde Schulenburg am 8. 5. 12 zum Staatsrat in Cassel ernannt und damit von der Magdeburger Präfektur entfernt. Weil es schwierig war, einen anderen als Nachfolger zu finden,<sup>52</sup> mußte der Generalsekretär Francke interimistisch die Stelle verwalten.

Schließlich wählte man den Chevalier de Bercagny, den früheren Polizeidirektor des Königreichs. Die Königin Katharina zeigte sich erfreut über die Ernennung („...er wird dort sehr gut in Deinem Sinne wirken“, schrieb sie an Jerome).<sup>53</sup> Sie befürchtete, daß die Minister widersprechen würden, aber so fügte sie hinzu: „... es ist endlich Zeit, sie à la française tanzen zu lassen, denn französisch ist unsere Verfassung“.<sup>54</sup> Jerome selbst hatte Absicht, Bercagny auf dem verantwortungsvollen Posten nur bis zu seiner Rückkehr aus Rußland zu belassen. Der neue Präfekt sah sich bald veranlaßt, da er über keine deutschen Sprachkenntnisse<sup>55</sup> verfügte, für Magdeburg einen Unterpräfekten ausnahmsweise und entgegen den Verwaltungsbestimmungen, die besagen, daß der Präfekt im Departementshauptort gleichzeitig die Geschäfte eines Unterpräfekten für den betreffenden Distrikt zu führen hat, zu beantragen. Seinem Wunsche wurde durch Entsendung eines Staatsrats-

---

52. M. Sta. B 3 Spec. 16.

53. Mém. V. 473.

54. Es ist eine württembergische, deutsche Prinzessin, die so spricht! Der französische Gesandte Reinhard bezeugt dagegen, daß es ratsamer wäre, den alten Grundsatz zu befolgen: „Der Hof ist französisch, aber die Verwaltung deutsch“. Mém. III. 201.

55. Über den Gebrauch der deutschen und französischen Sprache im Königreich herrschten die unklarsten Ansichten. Es war durchaus nicht so, daß die französische den Vorrang hatte. Die Régence sah gern, wenn sie französische Briefe erhielt. Bülow und Wolffradt korrespondierten ebenfalls meist französisch. Kleinere Zentralbehörden ermunterten gera-

auditeurs entsprochen.<sup>56</sup> Durch die im nächsten Jahre erfolgende Okkupation des Departements durch die Russen und die Zernierung der Festung wurde die Regierungstätigkeit Bercagnys auf die Stadt Magdeburg beschränkt; damit verlor sein Amt völlig an Bedeutung, denn die Stadtverwaltung lag in den Händen des Grafen v. Blumenthal. Die Gewalt hatte der Gouverneur, dem Bercagny aber mit Festigkeit bei Übergriffen entgegentrat. Am 9. 3. 13. schrieb er: „Ich fühle und werde beweisen, daß ein Franzose im Dienst Seiner Majestät des Königs von Westfalen mehr Verpflichtungen zu erfüllen hat, als ein Westfale, besonders wenn es sich darum handelt, die Pflichten des Militärdienstes bei der Verpflegung dieses wichtigen Platzes mit den Interessen des Landes und des Königreichs zu vereinbaren“.<sup>57</sup> Bercagny hatte sich als Polizeipräfekt den übelsten Ruf erworben, erledigte seine Verwaltungsgeschäfte aber durchaus zufriedenstellend. Er residierte bis zum Falle Magdeburgs im Mai 1814 als letzter Präfekt des Königreichs, zu einer Zeit, als auf dem Lande schon wieder die preußische Verwaltung eingeführt war.

Im Saaledep. leitete der Magdeburger Göbler die Präfekturgeschäfte von 1808—1813 mit dem Sitz in Halberstadt. Die Führung seiner Amtsgeschäfte ist sehr korrekt gewesen. Sein Streit mit dem Präfektursekretär kann vielleicht auf einen gewissen Hochmut zurückzuführen sein, den er an den Tag legte, wie Wolffradt behauptet. Tadel konnte er nicht vertragen.

---

dezu zum Gebrauch des Deutschen. Die gesamte Lokalverwaltung bis zu den Präfekten einschließlich bediente sich der deutschen Sprache. Treitschke I, 363: „... wie sollte der Bauer Vertrauen fassen zu Beamten, deren Sprache er nicht verstand?“ gilt vielleicht beschränkt für die französische Intendantenzeit, aber nie für Westfalen. Weidemann, 55 (...weil der Verwaltungsgang die französische Sprache bevorzugte) hat nur für die Ministerien recht, die mit Rücksicht auf den König die französische Sprache pflegten. Überdies bestand eine königliche Verfügung über den Gebrauch der Sprache vom 21. 3. 08, die keinen Zweifel läßt. Bülow: „Ich teile Ihnen mit, daß ... die französische Sprache weiterhin im Staatsrat, beim Schatz, in den Ministerial- und Staatsratbureaux gebraucht werden wird“. Wolffradt räumte offiziell für das Innenministerium die deutsche Sprache in Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung (am 16. 1. 09) ein. (M. Sta. B 35 II a 4).

56. Decret vom 24. 5. 12, a. a. O.

57. M. Sta. B 18 II 64. I a.

gen. Seine Antworten auf Vorwürfe drücken stets höchste Erregung aus.

Der Präfekturposten im Harzdep.<sup>58</sup> war häufigem Wechsel unterworfen. Am 11. 1. 08 wurde Borsche<sup>59</sup> ernannt, am 2. 6. 09 folgte ihm v. Trott,<sup>60</sup> der schon im August desselben Jahres einen anderen Präfekturposten übernahm und von dem früheren Salzwedeler Unterpräfekten v. Bülow<sup>61</sup> abgelöst wurde. Dieser klagte über die unglaublich nachlässige Amtsführung seines Vorgängers, wurde aber im Juli 1813 beschuldigt, seine Befugnisse bei der Verwendung öffentlicher Gelder überschritten zu haben. Der König enthob ihn nicht nur seines Amtes, sondern setzte auch eine Untersuchungskommission ein,<sup>62</sup> die in der Tat feststellte, daß Bülow, der im übrigen die Verwaltung eifrig geführt hatte, Etappenfonds in leichtsinniger Weise verbraucht hatte, z. B. zur Anschaffung einer Druckerei, die wohl eine nützliche, aber keineswegs nötige Einrichtung darstellte. Bülow scheint ein Mann von Unternehmungsgeist gewesen zu sein, der ihn zu Eigenmächtigkeiten hinriß, die er nicht verantworten konnte. An seine Stelle trat der damalige Unterpräfekt Kuhlmeier.

Der Sitz der Präfektur des Harzes war Heiligenstadt, obgleich es nicht die größte Stadt im Departement war. Mühlhausen zählte 9000 Einwohner, Heiligenstadt nur 3500. Man hatte die Präfektur nach dem kleineren Orte gelegt, weil dort die erforderlichen Gebäude schon aus preußischer und kurmainzischer Zeit vorhanden waren und wegen der bequemerer Verbindung mit Cassel. Bald brach ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Orten aus.<sup>63</sup> Mühlhausen forderte Verlegung der Präfektur nach dort, andernfalls würde der sofortige wirtschaftliche Ruin nicht ausbleiben; die Heiligenstädter behaupteten dasselbe von sich, falls die Verlegung vollzogen würde.

---

58. M. Sta. B 3. Spec. 18.

59. Vgl. Lüdike, Sam. Gottfr. Borsche, Lebensbild eines preußischen Beamten. In: „Sachsen und Anhalt“, Magdeburg 1936. Bd. 12. S. 214.

60. Später wie viele westfälische Beamte im Dienste Württembergs, auf den Wiener Konferenzen tätig.

61. Ein Bruder des Finanzministers.

62. M. Sta. B 3. Spec. 24.

63. M. Sta. B 3. Spec. 14.



Die Meinung an der Präfektur war geteilt. Man verkannte nicht die Unzulänglichkeiten Heiligenstadts als Departementshauptort, hatten doch die Steuere Direktoren v. Motz und v. Arnstedt es nicht vermocht, für ihre Familien eine hinlängliche Wohnung zu finden, anderseits scheute man die Kosten eines Umzugs. Duderstadt glaubte, in dem Streit den Sieg davontragen zu können, wenn es sich rechtzeitig einmischte. Es ist schließlich bei Heiligenstadt geblieben.

#### Die Unterpräfekturen:

1. Salzwedel: bis August 1809: v. Bülow (s. o.). Im Oktober ging v. Westphalen, bis dahin Generalsekretär in Halberstadt, auf diesen Posten. Er ist einer der zuverlässigsten Männer der westfälischen Verwaltung gewesen, wenn auch etwas servil. Im Mai 1813 erhielt er die höchste Anerkennung für seine Treue vom König, verbunden mit einer Gratifikation von 2000 Franken.<sup>64</sup> Er harrete bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten aus. Als die Kosaken sich Salzwedel näherten, siedelte er nach Gifhorn über.<sup>65</sup>

2. Stendal: v. Schulenburg-Bodendorf verwaltete den Distrikt während der gesamten Dauer des Königreichs. Er war mit dem Präfekten in gutem Einvernehmen auf Grund seiner verwandtschaftlichen Beziehungen. Im Frühjahr 1813 wurde er von Kosaken nach Berlin entführt, mit ihm ein großer Teil der Akten.<sup>66</sup> v. Froreich, der Unterpräfekt in Neuholdensleben, weigerte sich furchtsam, in Stendal nach dem Rechten zu sehen. Sein Argwohn erwies sich nicht als ungerechtfertigt, da v. Uslar, der vertretungsweise die Stendaler Unterpräfektur übernahm, im September 1813 ebenso wie sein Vorgänger von den Russen über die Elbe entführt wurde, nachdem er sein Möglichstes getan hatte, die Geschäfte aufrechtzuerhalten. Es erwies sich als unmöglich, weil alle Beamten verschwunden waren. Einige hatten sich in Sicherheit gebracht, die meisten waren in Preußen gefangengesetzt.

---

64. M. Sta. B 18 II. 118. II.

65. M. Sta. B 18 II. 128. II.

66. M. Sta. B 18 II. 19. III.



3. Magdeburg: Ein Unterpräfekt amtierte hier erst seit dem Amtsantritt Bercagnys. Der Staatsratsauditeur Henneberg war mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt, blieb aber gleichzeitig im Staatsrat im ordentlichen Dienst.<sup>67</sup>

4. Neuhaldensleben: v. Frorëich (s. o.).

5. Halle: Frantz, wurde am 25. 10. 08 Präfekt des Leinedep.<sup>68</sup> Für ihn Culemann, der schon am 18. 11. 08 demissionierte. Am 22. 12. trat v. Schele ein (später Präfekt im Dep. der Niederelbe,<sup>69</sup> den Kriegsrat Piautek im Jahre 1810 ablöste. Im Mai 1813 folgte schließlich Leist.

6. Blankenburg: v. Hohnstein.

7. Nordhausen: v. Steinmetzen.

8. Osterode: Kuhlmeier.

9. Duderstadt: Gronau (bis Febr. 1808), dann Kramer.

Unter den Maires zeichnet sich nur einer ab: Dr. Wiesand. Er hatte in Wittenberg studiert, dort auch Vorlesungen gehalten und war dann vom sächsischen Staat als Advokat und Land-syndikus in Barby angestellt worden, wo er von Jerome als Maire eingesetzt wurde. Er war nicht ohne Kenntnisse und Fähigkeiten, aber etwas zu vielgeschäftig.<sup>70</sup> Ihm stieg, wie vielen seiner Kollegen, die Machtbefugnis des Amtes zu Kopfe. Er war der schnellste und gewissenhafteste Arbeiter, aber sein Charakter war nicht dazu angetan, ihm Sympathien zu erwerben. Es ist nicht wahr, daß die Regierung die untertänigen und lobredenden Untertanen den andern vorzog. Wiesand hatte sich durch seine Zuverlässigkeit bemerkbar gemacht. Der Minister beabsichtigte, ihn an Stelle des Grafen v. Blumenthal zum Maire von Magdeburg zu machen. Er wurde aber stillschweigend fallen gelassen, als bekannt wurde, daß er nie das Vertrauen seiner Untergebenen erwerben konnte. „Untertänig nach oben, aber hart nach unten“ wäre er, klagten die Einwohner von Barby. Es ist kein Zweifel, daß Wiesand eine ungemein mißliebige Person war, wenn auch die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, nicht gerechtfertigt werden konnten. Daß er

---

67. M. Sta. B 18. II. 125.

68. Thimme II. 112.

69. ebd. 117. Schele blieb nach 1813 im hannoverschen Dienst.

70. Vgl. S. 98.

sich „wie ein kleiner König in seinem Canton“ fühlte, wie er selbst sagte und danach seine Handlungen einrichtete, ist das einzig Wahre an den teilweise lächerlichen Beschuldigungen.<sup>71</sup>

Das Beispiel dieses Mannes ist so lehrreich, weil es klar zeigt, wie sich an den untersten Stellen ganz gegen den Willen der Regierung ein Gewaltsystem bildete, das von den Untertanen ohne Zögern den Ministern zur Last gelegt wurde. Wie tief t r o t z d e m der Eindruck der neuen liberalen Verfassung auf die Bauern war, zeigt die Zeit der Rückkehr unter preußische Verwaltung. Als Klewitz 1817 seine Rundreise durch das Magdeburgische unternahm, gestanden sie ihm „treuherzig, eine solche Verfassung möchten sie wohl wiederhaben“.<sup>72</sup>

---

71. M. Sta. B 3 Spec. 61. I.

72. Klewitz' Bericht vom 29. 7. 17

## Kapitel 3

### Hoheitsrechte. Indigenat.

Da die Verfassung keine Bestimmungen darüber enthielt, bezeichnete der Minister ausdrücklich den Art. 7, 21 des Code als den maßgebenden, der das Verfassungsrecht Frankreichs wiedergab, aber da „in der Tat die westfälische Constitution über diesen Punkt schweigt, so muß dieses Schweigen durch den Code ausgefüllt werden, der mit zu den Grundgesetzen des Staates gehört“. Danach war also jeder, der in Westfalen geboren war oder dort wohnte, wenn er 21 Jahre alt war und sich in die Register einer Commune eintragen ließ und mindestens seit einem Jahr auf westfälischem Territorium weilte, Bürger des Königreichs.<sup>1</sup> Ein Ausländer konnte das Bürgerrecht erwerben, wenn er bei einem Mindestalter von 21 Jahren seine Absicht dazu erklärte und zehn Jahre lang sich im Königreich aufhielt, wenn nicht der König diese Zeit abkürzte. Das westfälische Bürgerrecht ging verloren, wenn man sich in einem fremden Staat naturalisieren ließ, aber auch, wenn jemand ohne Erlaubnis des Königs ausländische Stellen oder Pensionen annahm, durch unerlaubten Beitritt in fremde Corporationen oder schließlich durch Verurteilung zu entehrenden Strafen.

Außerdem konnte eine Suspension des Bürgerrechts in folgenden Fällen eintreten: bei einem bankrotten Schuldner und dessen Erben; bei einem Diener, der einer Person oder einem Haushalt für Geld diente; bei gerichtlicher Entmündigung, Anklage oder Schuldigsprechung. Da das Gesetz keine rückwirkende Kraft besaß, so galten die Bestimmungen nur für

---

1. Vgl. Weidemann, S. 57: „Ohne es ausdrücklich auszusprechen und ohne nähere Regelung legte man in Westfalen bei der Frage der Staatsangehörigkeit ähnlich wie in Frankreich den Wohnsitz der Person zugrunde.“

die Zukunft. Für die Gegenwart sollte in Indigenatsfragen nach den bisherigen lokalen Gesetzen verfahren werden,<sup>2</sup> worunter alle Fälle zählten, die vor dem 15. 8. 1808 zur Entscheidung eingereicht waren.

Die alten Indigenatsrechte waren samt und sonders unausgebildet. In den preußischen Landesteilen bestand überhaupt keines. Jeder durfte dort wohnen und alle bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Auch im Fsm. Blankenburg wurde jeder aufgenommen, der sich selbst zu ernähren vermochte. Allerdings wurden hier Landeskinder bei Stellenbesetzungen seit 1601 bevorzugt. In hannoverschen Landen galten keine Einschränkungen für Ausländer. Sachsen und Mansfeld hatten kein Indigenatsrecht ausgebildet. Gegen Entrichtung der üblichen Abgaben durfte sich jedermann niederlassen. Nur in der sächsischen Niederlausitz durften Ausländer keine Lehns- oder Rittergüter erwerben. Davon wurde aber westfälisches Territorium nicht betroffen, so daß das allgemeine Bild unverändert bleibt.<sup>3</sup>

### **Auswanderung.**

Gesuche um Auswanderungserlaubnis waren, genügend begründet, vom Präfekten an das Ministerium einzureichen. Der Antragsteller mußte alle Kontributionslasten und rückständigen Steuern ordnungsmäßig bezahlt haben. Da es sich um erhebliche Zahlen von Auswanderungslustigen handelte — die meisten von ihnen wünschten in altpreußische Provinzen übersiedeln —, sah man sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß nicht zu große bare Geldbeträge ohne weiteres mitgeführt werden dürften. Bei kleinen Beträgen aber wurde nicht einmal eine Abgabe gefordert.<sup>4</sup> Für Ausländer galt: „Sie werden behandelt, wie sie uns behandeln.“ Besondere Abkommen über Auswanderung der gegenseitigen Untertanen bestanden mit Anhalt-Dessau, Salm-Salm und Salm-Kyburg, Preußen, Warschau, Nassau, Mecklenburg-Strelitz. Im übrigen galten die lokalen Gewohnheiten und alten Bestimmungen weiter. Natürlich war die

---

2. M. Sta. B 18. I. 230.

3. M. Sta. B 26. I. 16.

4. M. Sta. B 18. I. 1.

Befreiung der Privilegierten von Zahlung der Gefälle aufgehoben. Die Summen, die früher als Abschoß an die Patrimonialgerichte fielen, kamen jetzt an den König.<sup>5</sup>

Am 16. 10. 1812 traf in Magdeburg der Befehl des Königs ein, bis auf weiteres Großgrundbesitzern keine Auslandspässe mehr auszustellen.<sup>6</sup> Es war bekannt, wie stark die preußischen Sympathien in diesen Kreisen waren, und tatsächlich hielt sich eine Anzahl Adliger seit längerer Zeit jenseits der Grenzen auf. Bongars bat um eine Liste der Abwesenden, die er infolge der Blockierung nicht mehr erhalten hat. Noch im letzten Moment haben sich einige Mitglieder der Familie Alvensleben und Schulenburg-Primern Pässe ausfertigen lassen.<sup>7</sup> Im übrigen hatte jeder Westfale das Recht, das Land zu verlassen, wenn er nicht dem militärischen Stande angehörte. Conscriptionspflichtige wurden durch Auswanderung nicht von Ableistung ihres Dienstes befreit. Die Eltern hafteten für sie. Geächtet waren Untertanen, die in fremden Kriegsdiensten standen. Allerdings war ihre Zahl nicht sehr hoch. Im Distr. Salzwedel wurden 19, in Neuholdensleben 2, in Magdeburg ebenfalls nur 2 namhaft gemacht, von denen die meisten unter englischen Fahnen standen. Ihr Eigentum verfiel rechtlich dem Staate; in keinem Fall war aber ein Vermögen vorhanden.

---

5. M. Sta. B 26. 3. 1 u. 2.

6. Vgl. unten.

7. M. Sta. B 18. II. 123.



## Kapitel 4.

### Auswärtige Verhältnisse.

Die Darstellung der inneren Verwaltung kann deshalb so befriedigend sein, weil das Königreich eine äußerst kümmerliche Rolle in der Außenpolitik gespielt hat.

Die Tatsache der schwachen Außenpolitik ist kein Zufall. Napoleon hatte von vornherein die Flügel beschnitten. Jerome durfte im Auslande nichts ohne das Wissen seines Bruders unternehmen. Als er es wagte, in Wien eigenmächtige Schritte in die Wege zu leiten, wurde Napoleon sehr deutlich: „Ich schreibe Ihnen nicht, weil ich Ihnen nichts zu sagen hätte, Ihnen, der Sie sich im zweiten Monat Ihrer Regierung eines Holländers bedienen, um in Wien Ansinnen zu stellen. Ist das Übelwollen oder Undankbarkeit, Leichtfertigkeit oder Inkonsequenz? Alles, was ich weiß, ist, daß mir für solche Dinge die Sprache fehlt!“ Er verbot ebenso unmißverständlich jedes weitere außenpolitische Handeln: „Ich will mit Ihnen nur die unbedingt notwendige Correspondenz hinsichtlich der auswärtigen Höfe führen, weil diese Sie zu unbedachten Schritten verleiten und ihr Unverständnis vor den Augen Europas ausbreiten. Ich bin nicht in der Stimmung, das geschehen zu lassen.“<sup>1</sup>

Jerome wußte, daß sein Thron auf dem Spiel stand, wenn er nicht gehorchte, und zog sich ganz aus der äußeren Politik zurück. Westfalen hat nur noch unbedeutende Verträge wirtschaftlichen Inhalts mit auswärtigen Mächten abgeschlossen.

**Verhältnisse mit Sachsen.** Schon im Mai 1808 wurde angekündigt, daß die Abschließung eines Handelsvertrages mit Sachsen in Aussicht genommen sei. Daraufhin begann der Präfekt im Elbedep. Erkundigungen einzuziehen, welche Rück-

---

1. Du Casse IV. 194.

sichten genommen werden müßten und welcher Nutzen von Fachleuten in der Ausschließung gesehen wurde. Die Zichorienfabrikanten befürchteten, von den guten sächsischen Fabriken an die Wand gedrückt zu werden. Die Kaufmannschaft wandte sich sofort an Bülow mit der Bitte, unter allen Umständen für die Wahrung des Magdeburger Stapelrechts zu sorgen, zumal es auch zum Nutzen der Ausländer sei, wie man entschuldigend hinzufügte. Damals wurden die anonymen „Freymüthigen Betrachtungen über die Vortheile und Nachtheile des Stapelrechts der Stadt Magdeburg . . .“ eingereicht, die sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die Absicht wendeten, das Stapelrecht dem sächsischen Vertrage zu opfern. Magdeburgs Zukunft wurde in den dunkelsten Farben gemalt: nur Bettler würden die Straßen der Stadt bevölkern, wenn der Plan zur Ausführung gelangen sollte. Eine „Beleuchtung“ wendete sich gegen die einseitige „advokatenhafte Stellung der Betrachtungen“. Sie ist von amtlicher Seite verfaßt und versucht, die Kaufmannschaft von jeder Schuld an den „Betrachtungen“ reinzuwaschen. Geschickt wird den Kaufleuten nachgerühmt, daß sie unmöglich diesen ruchlosen Standpunkt einnehmen könnten. Natürlich waren in Wirklichkeit Kaufleute daran beteiligt, aber man suchte sie so aus dieser Verteidigungsstellung herauszumanövrieren.

Ende des Jahres 1809 war sogar eine Abordnung der Kaufleute in Dresden und brachte dort Dohm<sup>2</sup> ihre Wünsche vor, der allerdings bedauerte, nicht auf alle eingehen zu können. Bülow versicherte ihnen beruhigend, daß niemals etwas ohne ihr Wissen geschehen werde.

Es ist im ganzen erstaunlich, welche große Rolle die Kaufleute spielen konnten. Des Rätsels Lösung liegt in der dauern den Finanznot des Staates, der sich die Leute nicht abspenstig machen durfte, die ihm Hilfe gewähren konnten. Dohm versprach auf jeden Fall eine liberale Abfassung des Handelsvertrages und glaubte, auch die gehässigsten Vorstellungen der sächsischen Kaufleute über die Strenge des Magdeburger Stapel-

---

2. Dohm war der tätigste unter den auswärtigen Diplomaten des Königreichs, noch so tätig wie in preußischer Zeit, als er „Fürstenbundspläne geschmiedet“, noch sehr berühmt als „der geistreiche Publizist“, aber in der Achtung der preußischen Patrioten gesunken.

rechts mit der Zeit beseitigen zu können. Ein langer Streit entstand über den sog. Russenimport, einen Zoll, den die Sachsen als überaus drückend bezeichneten. In Magdeburg leugnete man überhaupt das Bestehen einer derartigen Abgabe. Seltsam, daß über solchen Irrtum fast die Verhandlungen zum Stocken kamen.

März 1810. Die Kaufleute klagten über die Hinauszögerung, vielleicht auch beim Ministerium. Ende August meldete Dohm, daß er seine Tätigkeit in Dresden einstelle. Schulenburg erhielt einen Verweis, weil er auf eigene Faust mit dem Gesandten, anstatt den Weg über das Ministerium zu nehmen, verhandelt habe. Um die Sache weiterzuführen, ging der Chevalier Siméon im März 1811 nach Dresden.<sup>3</sup> Tatsächlich hat Dohm mit Schulenburg eine selbständige Korrespondenz geführt. Schon im November 1809 berichtete er über weitgehende Fertigstellung, nur klagte er über die Langsamkeit der Höfe, die noch Erklärungen abzugeben hätten.

Die Mißstimmung, die über den mansfeldischen Aktenaustausch eine Zeitlang herrschte, suchte man bei den Sachsen durch das Zugeständnis zu beseitigen, daß alle alte Schulden der Kommunen und Einwohner der ehemals sächsischen Territorien noch an den König von Sachsen zu zahlen seien.<sup>4</sup> Die gute Laune verschwand, als sich bei der Abrechnung herausstellte, daß der König mehr zu zahlen hatte als die Gemeinden.<sup>5</sup>

**Verhältnisse mit Preußen.** Preußen sah in Westfalen den widerrechtlichen Besitzer alter eigener Landstriche, aber auch ohnedem barg die neue staatliche Ordnung eine Zahl von Gefahrenpunkten.<sup>6</sup> Die Elbe als Grenze war unnatürlich; sie trennte Länder voneinander, die in den engsten Beziehungen bis in die persönliche Sphäre hinab begriffen waren.<sup>7</sup> Am 29. 2. 08

3. M. Sta. B 18 I. 91.

4. M. Sta. B 26. 14. 1.

5. M. Sta. B 18 I. 362a.

6. Westfalen mußte sich mehrmals darüber beklagen, daß von seinen Untertanen, die auf preußischem Territorium Landbesitz hatten, im Grenzverkehr an Preußen Steuern bezahlt werden mußten, während man im umgekehrten Falle in Westfalen nichts forderte. Man hätte in der Tat etwas mehr Entgegenkommen von Preußen erwarten dürfen. M. Sta. B 18 II. 122 I.

7. M. Sta. B 18 I. 144.

hatte der Präfekt schon Gelegenheit zu einer bitteren Beschwerde, weil am 7. 8. 07 die Berliner Regierung eine Zollgrenze gegen die abgetretenen Gebiete aufgerichtet hatte. Sämtliche Waren, die von jenseits der Elbe kamen, wurden als fremd behandelt und mit den üblichen Steuer- und Akzisesätzen belegt. Auf die Bemühungen des Intendanten Chaalons hin war diese Verfügung tatsächlich von dem Berliner Administrator aufgehoben worden. Sobald aber die französische Besatzung aus Berlin verschwand, hatte die Regierung dort nichts Eiligeres zu tun, als die Zollgrenze von neuem aufzurichten. Rechtlich war gegen das Vorgehen der Preußen nichts einzuwenden. Das fühlte der Präfekt, stellte seine Proteste ein und versuchte, wenigstens für die wichtigsten Artikel Zollfreiheit zu erwirken. Am 3. 3. 08 berichtete er, daß der Magdeburger Fabrikant Helle im Namen aller Zichorienfabrikanten mit Preußen verhandle. Offenbar ist Helle aber von Kollegen verdächtigt worden, er sorge mehr für sich selbst als für das Allgemeininteresse. Denunziationen waren im Königreich häufig und hatten immer den Erfolg, daß der Gang nutzbringender Unternehmungen unterbrochen wurde. Helle wurde gezwungen, seine Verhandlungen einzustellen. Da er der einzige war, der genügend Kenntnisse besaß, kam es vorläufig zu keinen Abmachungen.

Es war nur von beschränkter lokaler Bedeutung, wenn Schulenburg am 18. 5. 08 die zollfreie Ausfuhr der Wolmirstedter Weißgerbereierzeugnisse gestattete. Daß nicht mehr geschah, ist die Schuld Preußens, wo Geld eine rare Ware war. Ein Handelsvertrag mit Westfalen hätte zweifellos eine starke Erhöhung der Einfuhr westfälischer Waren nach Preußen und ein Abströmen einheimischen Geldes zur Folge gehabt, denn die industriell höher entwickelten Länder befanden sich in Westfalens Hand.

Am 15. 1. 09 gab Schulenburg resigniert zu, daß wahrscheinlich kein Ergebnis zu erzielen sein würde. „Es ist eines jeden Landesherrn Sache, die Einführung fremder Produkte zu verbieten oder nach Willkür zu versteuern, um entweder die Ausfuhr des Geldes zu verhindern oder einländische Industrie zu heben. Dies war immer Maxime des preußischen Staates, und aus diesem Grundsatz scheint auch die hohe Besteuerung der

Zichorieneinfuhr in die preußischen Staaten entstanden zu sein. — Der Ausländer muß sich diese Bestimmungen gefallen lassen.“<sup>8</sup> In den Worten ist deutlich ein Abrücken von dem preußischen merkantilistischen System zu erkennen. Die westfälische Regierung war sich bewußt und suchte es in den ersten Jahren zu zeigen, daß ihr Staat ein Vorposten modernen liberalen Geistes gegenüber den „rückständigen“ Staaten Deutschlands sei, auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Daß die neuen Grundsätze im Auslande keine Schule machten, war die große Enttäuschung der westfälischen Staatsmänner.

Nur hinsichtlich des Salzverkehrs war schon am 24. 2. 08 eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung gefunden. Weder für das zu transportierende Salz noch für das Brennmaterial sollte beim Übertreten der Grenzen des Königreichs etwas bezahlt werden. Auf den Flüssen im Lande selbst wurden keine anderen Abgaben entrichtet als diejenigen, die auch unter der preußischen Regierung üblich gewesen waren. Im Zusammenhang damit hat das Generalakzise- und Zolldepartement in Berlin um Zollfreiheit an der Magdeburger Schleuse gebeten. Der Antrag wurde am 15. 3. 09 abschlägig beschieden mit der Begründung, die Schleusengelder in Magdeburg dienten zur Unterhaltung der Einrichtungen. Hinter diesem Entschluß steht wieder die Magdeburger Kaufmannschaft.

Die Auszahlung der gegenseitigen Geldforderungen war längst im Gange. Im November 1809 hatte Wolfradt befohlen, damit zu beginnen, denn der Vorteil sei auf Westfalens Seite (!).<sup>9</sup> Die Forderungen der Magdeburger und Hildesheimer Banken dachte man in der Weise liquidieren zu können, daß ihnen Obligationen auf südpreußische Güter auszustellen seien. Nur hing diesen der Mangel an, daß sie von der französischen Militärverwaltung mit Beschlagnahme belegt waren. Die in Frage stehenden Beträge sind später unter die übrigen zu liquidierenden Gegenstände aufgenommen worden.<sup>10</sup>

---

8. M. Sta. B 18. I. 304.

9. M. Sta. B 18. I. 324. Es klingt, als ob im entgegengesetzten Falle die Sache länger hingezögert worden wäre.

10. M. Sta. B 18. I. 63.



Die Magdeburger Bank war ein Zweiginstitut der Berliner, wurde aber jetzt unabhängig gemacht, die Auseinandersetzung mit der Mutterbank auf Grund der Konvention vom 22. 4. 08 durchgeführt. Dabei geriet die Bank in Gefahr, 16 000 Rth. Außenstände zu verlieren, die sie einzuziehen hatte, aber nur hereinbekommen konnte, wenn den Schuldnern die Begleichung durch Bankobligationen im Nominalwert gestattet wurde. Die Erlaubnis wurde für ausländische Schuldner erteilt, nicht aber für das Inland.<sup>11</sup>

Von Dezember 1812 an verwirrten sich die gegenseitigen Beziehungen. Preußische Truppen rückten kurzerhand in gommersches Gebiet ein und begannen sich zu verproviantieren. Sie gaben vor, auf Weisung aus Berlin einmarschiert zu sein. Aufforderungen, das Land zu verlassen, hatten keinen Erfolg. Fürstenstein versprach, von Kassel aus zu intervenieren. Das Ereignis hatte die höchsten Stellen des Königreichs in Erregung versetzt. Zu gleicher Zeit aber spielte sich im Osten das große Geschehen ab, vor dessen Schatten diese Kleinigkeiten verblaßten. Hier wird deutlich, wie armselig alles ist, was sich in den sechs oder sieben Jahren westfälischer Geschichte an Ereignissen abspielte. Westfalen war ein unpolitisches Gebilde, ein Versuchsgarten, in dem die neuen französischen Ideen von kundiger Hand in fremde Erde gesenkt wurden, und es ist allerdings der Betrachtung wert, das Aufgehen dieses Samens zu verfolgen. Die Unbill der Verhältnisse hat viel vernichtet, viele Ideale zerbrochen. Der Rest hat noch genügt, um dem preußischen Staat Hardenbergs einen Geist einzuhauchen, der ihm von Haus aus fremd war.

**Verhältnisse mit Anhalt.** Die alten freundnachbarlichen Beziehungen zwischen den anhaltinischen Fürstentümern und Preußen erlitten eine empfindliche Störung unter dem westfälischen Nachfolger. Ein großer Teil der Verantwortung entfällt auf die Zentralbehörden, die scharfe Töne anschlugen. Es liegt auf der Hand, daß sie daran interessiert waren, den Anhaltinern die Existenz so sauer wie möglich zu machen.

---

11. M. Sta. B 5 Spec. 143.

Jerome hatte zu wiederholten Malen erklärt, die Fürstentümer würden ihm als Abrundung seines Staates sehr angenehm sein, nach der Abtretung der hannoverschen Provinzen hat er mit größter Sicherheit darauf gerechnet.

Es gehörte wirklich wenig Mühe dazu, den anhaltinischen Untertanen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die geographische Lage der Länder war so, daß sie an zwei Dritteln der Grenze westfälisches Gebiet berührten. Groß-Mühlingen war ringsum von Westfalen umschlossen.

Einsichtige Männer, wie Dohm, empfahlen von Anfang an, in die alten Abmachungen des preußischen Staates mit den Fürstentümern einzutreten. Um noch günstigere Bedingungen zu verlangen, schob man den Plan hinaus. Dann — es hat offensichtlich wieder eine Rücksprache mit der Magdeburger Kaufmannschaft stattgefunden — war man schließlich bereit zur Erneuerung der bernburgischen Schleusenkonvention, aber das Magdeburger Zoll- und Stapelrecht sollte nicht verletzt werden.<sup>12</sup> Am 6. 4. 09 erhielt Dohm die Erlaubnis zur Ratifizierung des Schleusenabkommens. Es war ein halber Erfolg. Wie beim Handelsvertrag mit Frankreich zog man indessen vor, das Wenige zu nehmen, um nicht alles aus den Händen rinnen zu lassen.<sup>13</sup>

Der Transitverkehr durch preußisches Gebiet zwischen Groß-Mühlingen und den übrigen Teilen Anhalt-Bernburgs war bis jetzt zollfrei gewesen. Nichtsdestoweniger errichtete die neue Zollverwaltung rings um die Enklave eine Reihe von Stationen und forderte Zölle auf jede Art von Waren. Bis zum März 1810 mußte der unhaltbare Zustand ertragen werden. Der Präfekt verfügte nun Transittfreiheit wenigstens für Produkte, die von den Bürgern entweder selbst hergestellt waren oder für ihren eigenen Bedarf benötigt wurden. Bülow als Finanzminister hatte an dem Erlaß wenig Gefallen und erklärte, daß man möglichst den Grundsatz „Begünstigung der Einheimischen“ zu berücksichtigen habe. Daher solle unbedenklich auch von enklavierten fremden Untertanen Steuern und Zölle gefordert werden. Zugegeben, daß sich Enklaven in einer besonders un-

---

12. M. Sta. B 18. I. 55.

13. G. Sta. Westf. 1 B Anhalt-Bernburg. 2.

vorteilhaften Lage befinden; mäßige Steuersätze sei aber alles, was man ihnen bewilligen könne. Ein völliger Erlaß war ausgeschlossen. Der Wandel zwischen den Ansichten von 1808 und 1810 liegt offen zutage. Damals wurde der liberale Grundsatz des Freihandels vertreten, jetzt war man ebenso merkantilistisch wie die „halbbarbarischen“ Nachbarn. Sicherlich ist dabei die Person Bülow's nicht ohne Wirkung gewesen, der ja der alt-preußischen Verwaltung entstammt.

Selbst der Direktor der indirekten Steuern in Magdeburg, der ein Interesse an hohen Zolleinkünften haben mußte, vertrat nicht die schroffe Haltung Bülow's. Er hätte mehr Verständnis für die anhaltinischen Verhältnisse gewünscht. Der Präfekt sah sich indessen gezwungen, der Bernburger Kammer mit Bedauern zu eröffnen, daß ihren Wünschen hinsichtlich der Zollverhältnisse nicht entsprochen werden könnte.<sup>14</sup>

Wenn man den anhaltinischen Leinewebern Zollfreiheit beim Bezug der Märkte des Elbdep. bewilligte, so stellte das eine unbefriedigende Einzellösung dar. Die Freiheit ist von Westfalen nur deshalb gewährt worden, weil die Nachteile für die eigenen Untertanen sonst zu groß gewesen wären. Die einheimische Industrie genügte nicht zur Deckung des Bedarfs von Großstädten wie Magdeburg.

Die Walternienburger Bürger hatten bislang die Vergünstigung genossen, ihre Transporte über Barby zur Elbe zu führen, ohne Wegegeld bezahlen zu müssen. In Dessau herrschte große Empörung, als Barby plötzlich den Brauch abschaffte. Die Anhalter beriefen sich auf Abmachungen, in Barby erklärte man aber, die Veränderung der staatlichen Verhältnisse berechtige zur Gelderhebung und mache alte Übereinkommen zunichte.

Die preußischen Kähne, die auf der Saale innerhalb der anhaltinischen Grenzpfähle ankerten, mußten eine bestimmte geringe Abgabe dafür entrichten, die gemeinsam von der Domänenkasse in Magdeburg bezahlt wurde. Vielleicht fühlte man sich auch dazu nicht mehr verpflichtet. Die Zahlungen hörten auf, und es bedurfte längerer Ermahnungen, bis die minimalen Beträge beglichen waren.<sup>15</sup>

14. M. Sta. B 18. I. 60.

15. M. Sta. B 18 I. 41.

Als in den letzten Jahren des Königreiches die Fahnenflucht die erschreckendsten Formen anzunehmen begann, bemühte man sich — diesmal von westfälischer Seite — um Erneuerung einer Konvention über gegenseitige Auslieferung der Deserteure. Das Ende des Staates kam so schnell, daß es die Verhandlungen unterbrach.<sup>16</sup>

Endgültige Beseitigung aller Mißstände hätte eine Bereinigung der anhaltinisch-westfälischen Grenzen bringen können. Der Herzog von Bernburg selbst trug 1808 darauf an. Bülow hielt den Vorschlag für nicht ungünstig und wollte dafür die Domäne Conradsburg und Falkenstein geben. Der Procureur général Goßler nahm sich ebenfalls des Planes an. Plötzlich hörte der Briefaustausch auf. Nach acht Monaten Ruhe wurden nur noch einige schüchterne Worte laut, die von einem „Mißverständnis“ sprachen, das das ganze Abkommen verhindert hätte.<sup>17</sup> Es ist nicht ganz deutlich, was vorgefallen ist. Vielleicht war der Herzog verärgert durch die westfälischen Zollschikanen oder empört über die zurückgewiesenen Ansprüche Anhalt-Schaumburgs auf das Gut Belleben, das in den westfälischen Staat einverleibt war und für das Bülow höchstens eine Entschädigung zahlen wollte.<sup>18</sup>

**Verhältnisse mit Frankreich.** Im Jahre 1811 liefen beim Ministerium Klagen über gestörten Handelsverkehr mit den französischen Departements in Norddeutschland ein.<sup>19</sup> Malchus verlangte vom Präfekten Gutachten hierüber. Der Handelsverkehr des westfälischen Ostens ging hauptsächlich nach Holland, den Hansastädten und dem nun französischen Nordhannover. Alle Kaufleute waren sich einig, daß die neue Territorialordnung von 1810 nicht die alleinige Schuld trüge. Auch unter günstigeren Umständen könnte keine Beruhigung eintreten, solange das Meer gesperrt sei. Allerdings ließ sich nicht bestreiten, daß die Wollausfuhr in die Niederlande infolge der Kontinentalsperrre beträchtlich gestiegen war, dafür hatte

---

16. M. Sta. B 18 II. 122 I.

17. G. Sta. Westf. 4 B Anhalt-Bernburg 3.

18. ebd. 1.

19. ebd. Frankreich 55.

Napoleon aber das gesamte französische Norddeutschland gesperrt. — Der Unterpräfekt von Halle sah mit Unruhe in die Zukunft. Er entwarf ein wahres Schauergemälde von dem Zustand, in dem sich seine Stadt in kurzer Zeit befinden würde. Tatsächlich scheint die Arbeitslosigkeit bedenklich angeschwollen zu sein. Den Tuchmachern in Osterwieck ging es nicht besser; sie baten wegen äußerster Not, von Einquartierung befreit zu bleiben.<sup>20</sup> Die allgemeine Meinung ging dahin, daß nur ein vielseitiger Handelsvertrag die Lage bessern könnte. Die Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Am 10. 5. 11 wurde das Handelsabkommen ratifiziert, das die wichtige Getreideausfuhr der östlichen Departements nach den hanseatischen Ländern erleichterte.<sup>21</sup> Nicht gebessert wurde die unglückliche Lage der Grenzgebiete um Lüneburg, die, ähnlich wie der deutsche Osten 1919, ohne Rücksicht auf ihre Lebenseinheit durch eine willkürliche Linie zerschnitten wurden. Die Ostdepartements wurden freilich nicht direkt betroffen; diese Grenzen zeigen aber, wie sehr Napoleon den westfälischen Staat als Objekt behandelte, dessen wirtschaftliche Lebensfähigkeit er unbedenklich einschränkte, um seine „strategische Grenze“ (gegen Westfalen!) zu halten. Auch der westfälische Bergwerks-handel erlitt eher eine Schädigung durch die Vereinbarungen. Man mußte ihn unberücksichtigt lassen, um nicht das ganze Werk in Frage zu stellen.

---

20. M. Sta. B 26. 25. 17.

21. G. Sta. Westf. 1 B Frankreich 59.



## Kapitel 5.

### Polizei.

Denjenigen, der unbefangen an die Geschichte des Königreichs herantritt, erfüllt es im ersten Augenblick mit Verwunderung, daß es in diesem Staate nicht zu größeren Unruhen und Widersetzlichkeiten gekommen ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß der fremdblütige Monarch, vielleicht von den Universitäten abgesehen, mit Gleichmütigkeit, ja teilweise mit Freude hingenommen wurde. Das Gefühl, der Gefahr der Einverleibung in das französische Reich durch die Gründung Westfalens entgegen zu sein, überwog die Erbitterung über das Verschwinden der alten Mächte durchaus.

Trotz der von Hoffnung strahlenden Reden des Königs anläßlich des Regierungsantritts auf gute und verträgliche Auskunft mit seinen neuen Untertanen kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß er innerlich mißtrauisch und ängstlich in die Zukunft blickte. Er war und blieb der Bruder Napoleons. Der herzliche Empfang in seinen Ländern beseitigte zwar seine Befürchtungen im Augenblick, aber seine alte Angst brach bei jedem, oft ganz unpolitischen, Zwischenfall neu hervor. Aus diesem Gefühl heraus hat er im ganzen Königreich eine überaus sorgfältige Polizeiorganisation geschaffen, an der er dauernd versuchte zu bessern, ohne zu bedenken, daß er das anfänglich Gute durch Überspitzung in sein Gegenteil verkehrte. Denn tatsächlich sind selten so erbitterte Angriffe gegen ein Polizeisystem gerichtet worden wie hier. Dabei ging der Tadel nicht immer von den Untertanen aus. Reinhard<sup>1</sup> klagte, daß alle öffentliche Unzufriedenheit allein auf das Schalten und Walten der hohen Polizei zurückzuführen sei. „Es ist etwas im deutschen Charakter, das sich unweigerlich gegen eine derartige

---

1. An den Minister des Auswärtigen 10. 8. 09. Mém. IV. 291.

Einrichtung aufbäumt. In den Augen eines Deutschen ist ein Agent der hohen Polizei nichts weiter als ein Mörder. Dazu müssen wir hinzufügen, daß die Polizei kein Deutsch versteht und daß ihre Beamten gewöhnlich Ausländer sind, nach mancherlei Schiffbruch nach Westfalen verschlagen . . . Sie sucht sich Geldquellen zu öffnen, die außerhalb des Rechtes und oft auch des Anstands liegen . . . Wenn diese Einrichtung Dauer haben soll, so muß ihre Leitung einem Deutschen anvertraut werden.“ Schon Anfang 1809<sup>2</sup> beklagte er sich über die unbeschränkte Machtfülle der Direktion der hohen Polizei. Sie wachte über den Geschäftsgang in den Ministerien ebenso wie über das private Leben des Einzelnen, ja selbst die reine Administration war ihr zugänglich, nachdem den Präfekten die Gewalt über die Polizei genommen war.

Mit den Jahren hat sich die Last nur noch verschärft. 1811 war die Polizei sicherlich der tätigste Verwaltungsapparat im Königreich. „Die hohe Polizei entfaltet augenblicklich eine ziemlich große Tätigkeit. Die Ernennung der Polizeikommissare, selbst in den kleinen Städten, die bisher dem Innenministerium oblag, ist fortan Angelegenheit der hohen Polizei . . . Auf jeden Fall scheint es, daß ihr Eifer ein wenig das Maß überschreitet.“<sup>3</sup>

Bis zur Einrichtung der Generaldirektion der hohen Polizei, die durch das Dekret vom 16. 9. 08 verfügt worden war, unterstand die Polizeipflege der Aufsicht des Justizministers, der unter sich in Kassel (Dekret vom 27. 1. 08) eine Generalpolizeidirektion hatte, der in den Departements die Präfekten, in den Distrikten die Unterpräfekten unterstanden. In größeren Gemeinden mit über 5000 Einwohnern wurden am 6. 12. 08 besondere Polizeikommissare angestellt, deren Besoldung sich nach der Verordnung von 13. 12. 08 regelte. Die Maßnahme muß den Bedürfnissen entsprochen haben, denn es liegen Bitten von Gemeinden um Entsendung eines Kommissars vor.<sup>4</sup> In Municipalitäten, in denen keine besonderen Kommissare vorhanden waren, sorgten die Adjunkten für die Polizeipflege.

---

2. Mém. III. 202.

3. Reinhard 19. 12. 11. Du Casse 390.

4. M. Sta. B 18 I. 327. Stendal wird abgewiesen.

### Gendarmerie.

Sie bestand aus 144 Mann, nämlich in Kassel ein Legionschef, ein Unterlieutenant als Quartiermeister, zwei Trompeter; in der Provinz: 8 Kapitäne, 8 Wachtmeister, 31 Brigadiers und 93 Gendarme. In den Departements waren also unter Abzug des Stabes 140 Mann verteilt. In jeder Distriktshauptstadt wurde ein Brigadier mit drei Gendarmen einquartiert. In den Städten Kassel, Magdeburg, Braunschweig und Osnabrück befanden sich zwei Brigaden. Außerdem hatten in jedem Departementshauptort ein Offizier und ein Wachtmeister seinen Sitz.

Für sämtliche Stellen in der Gendarmerie wurden nur verheiratete Bewerber berücksichtigt. Von Offizieren und Unteroffizieren wurde außerdem verlangt, daß sie sich sowohl in der französischen als auch in der deutschen Sprache verständigen konnten.

Vor der Einrichtung der Gendarmerie am 29. 1. 08 hatten schon auf kaiserlichen Befehl vom 1. 2. 07 im Holzkreis drei Brigaden Zivilgendarmen die Tätigkeit aufgenommen und bis zum 31. 3. 08 fortgeführt.<sup>5</sup> Für ihre Entschädigungen wollte niemand zuständig sein. Der Streit zog sich bis zum Oktober 1810 hin, als Wolfradt entschied, daß die Forderungen berechtigt seien und von den Ländern des ehemaligen Holzkreises aufgebracht werden müßten. Die Summe von 2685 Rth. wurde auf die Gemeinden verteilt, mit Ausnahme der Stadt Magdeburg, die befreit blieb, weil sie andere hohe Lasten zu tragen habe. Die Bezahlung der sechs französischen Gendarme in Magdeburg, die ebenfalls aus vorwestfälischer Zeit stammten, war anfangs von der Stadt bestritten worden. Seit April 1808 blieb die Zahlung aus. Die Gemeinde wies mit Recht darauf hin, daß die endgültige Regelung der Gendarmerieverhältnisse die Pflicht zur Zahlung aufgehoben hätte. Weil die Gendarmen auch auf dem platten Lande Dienst getan hatten, mußte auch der Holzkreis zahlen. Das Realisierungskomitee der Kriegskontribution hat die Forderung schließlich beglichen.<sup>6</sup>

---

5. M. Sta. B 18 I. 198.

6. M. Sta. B 18 I. 152.

Der im Elbedep. zum Lieutenant ernannte Borchmann ließ sich Listen der im Amt befindlichen alten Gendarmen mit Angaben über ihre persönlichen Verhältnisse und Fähigkeiten zusenden. Das Ergebnis war entmutigend. Von den 41 bisher in der Altmark tätigen Gendarmen wurden 19 völlig unbrauchbar gefunden; ein großer Teil war Analphabeten, aber auch die andern waren keine Vorbilder.

Den Städten wurde Anfang Februar die Ankunft der Brigaden angekündigt. Sie sollten Privatquartiere beziehen. Der provisorische Zustand galt als beendet, alle westfälischen und noch vorhandenen französischen Gendarmen unterstanden fortan allein dem kommandierenden Offizier in der Departementshauptstadt, wenn nicht ein französischer Offizier vorhanden war, der die französische Brigade selbständig führte.

Es blieb nicht lange verborgen, daß die Zahl der Gendarme viel zu gering war. Schon im März 1808 wurde in Egelu eine weitere Brigade errichtet. Damit waren im Elbedep. 24 Mann angestellt. Ein 25. Platz blieb für einen Franzosen in Magdeburg frei. Auch das genügte noch nicht, vor allem in den weiten Gebieten der Altmark, die zwar zum Teil dünn bevölkert waren, für die aber die Zahl von acht Gendarmen keineswegs hinreichte, hatte doch die preußische Regierung dort die fünffache Anzahl unterhalten. Am 4. August wurden in Gardelegen und am 31. 10. 08 in Seehausen zwei weitere Brigaden angesetzt, die letztere auf Vorschlag Schulenburg-Bodendorfs dann nach Osterburg verlegt.

Am 1. 2. 09 wurde der endgültige Verteilungsplan für das Elbedep.<sup>7</sup> bekanntgegeben. Burgstall wurde als Standort einer Brigade unbrauchbar gefunden. Der Ort zählte nur 850 Ein-

---

7. Elbe: Disdorf, Salzwedel, Betzendorf, Arendsee, Seehausen (Altmark), Osterburg, Arneburg, Stendal, Gardelegen, Miess, Oebisfelde, Burgstall, Neuhaudensleben, Magdeburg (2), Egelu, Staßfurt, Calbe/S., Aken.

Saale: Hessen, Osterwieck, Elbingerode, Blankenburg, Quedlinburg, Halberstadt (2), Aschersleben, Mansfeld, Eisleben, Alsleben, Könnern, Schraplau, Halle (2).

Harz: Clausthal, Osterode, Herzberg, Benneckentésin, Ellrich, Duderstadt, Nordhausen, Bleicherode, Worbis, Heiligenstadt (2), Allendorf, Treffurt, Mühlhausen.

wohner und war durch die Kriegsumstände verarmt. Eblé setzte sich aber gerade aus dem letzten Grunde, ein typischer Zug dieses edelgesinnten Mannes, für Burgstall ein, weil die Gendarmen dort ihr Geld ausgeben und etwas zur Aufbesserung der Verhältnisse beitragen könnten. Seine menschlichen Gründe mußten allerdings den praktischen weichen. Die Brigade siedelte nach dem benachbarten Rogätz über.

Im März wurde eine Dienstinstruktion übersandt: Ihr Hauptaugenmerk hätten die Gendarmen auf den Schutz des Eigentums, Gewährleistung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung und Beseitigung des Vagabunden-Unwesens zu richten. Bei Bränden sei sofortige Hilfe zu leisten, pünktliche Befehlsausführung selbstverständlich, „Familiarität“ mit den Einwohnern unbedingt zu vermeiden, um die nötige Autorität nicht zu verscherzen. Transporte von Verbrechern werden begleitet. Jeder Gendarm erhält ein Viertel der Stadt zur besonderen Obhut angewiesen. Über alle Beobachtungen ist an den Lieutenant des Departements zu berichten, und zwar in wöchentlichen Rapporten. In dringenden und wichtigen Fällen ist der Bericht unverzüglich einzusenden. Die Brigadiers führten Journal über alle Dienstvorkommnisse und standen nur mit den Maires und Unterpräfekten in direkter Korrespondenz.

Erst im April waren die Brigaden mit Mühe aufgestellt. Die Unterbringung in Privatquartieren ergab unliebsame Zwischenfälle, weil sich die Bevölkerung gegen Einquartierungen sträubte. Morio zeigte sich höchst empört, daß die Untertanen eine Einrichtung boykottierten, die zu ihrem eigenen Wohle geschaffen war. Anfang 1809 kursierten dazu über die Gendarmerie Gerüchte schlimmster Art. Es wurde ihnen vorgeworfen, selbst Verbrechen zu begehen, die sie später, um sich vom Verdachte zu befreien, zu verfolgen vorgaben. Es bedurfte der Androhung von Strafen, um die Anschuldigungen zum Verstummen zu bringen.

Wenn Schulenburg glaubte, in der Gendarmerie ein Instrument finden zu können, das er frei für seine Bedürfnisse benutzen könnte, so machte ihm Siméon einen Strich durch die Rechnung. Die Gendarme hatten sich veranlaßt gesehen, über die unvorhergesehen starke Inanspruchnahme durch den Prä-



fekten Beschwerde zu führen. Der Minister verbot Schulenburg, unberechtigte Befehle zu erteilen, mußte das Verbot aber noch oft wiederholen.<sup>8</sup>

Im Mai beklagte sich Borchmann, daß der Präfekt es dulde, daß die alten Gendarmen noch immer provisorisch ihre Stellen in der Altmark versähen. Schulenburg mußte den Tatbestand zugeben. Er habe die Beibehaltung der früheren Gendarme für nötig gehalten, weil die neuen über keine Ortskenntnis verfügten. Ebenso eigenartig benahm er sich hinsichtlich der Fourage. Der Gendarmerie war erstmalig für April 1808 freier Fourageempfang an den staatlichen Magazinen vom Minister zugesichert worden. In Stendal wurde ihnen das Recht verweigert. Aus den geflissentlichen Entschuldigungen ist deutlich erkennbar, daß der Präfekt der Schuldige war. Er mußte auch kurz darauf ein tadelndes Schreiben Siméons einstecken, in dem, wenn auch durchweg in unpersönlicher Weise, über das Unverständnis und den Widerstand geklagt wurde, den die Gendarmerie bei ihrer gemeinnützigen Tätigkeit fände. Es ist unverständlich, wie oft Schulenburg eine Haltung einnehmen konnte, die von vornherein unhaltbar war, und die ihn in den Augen seiner Vorgesetzten verdächtigen mußte.

Im Elbedep. wurden als Beitrag zur Kasernierung 1809 17 255 Fr. entrichtet, d. h. ein Viertel der gesamten Departementskosten.<sup>9</sup> Im Harzdepartement waren die Kosten nicht so hoch, sie beliefen sich im selben Jahre auf 8010,84 Fr.

---

8. Darin unterschied sich also die westfälische von der Gendarmerie Hardenbergs, die dem Kreisdirektor oder Landrat unbedingt gehorchen mußte, damit aber gleichzeitig unter dem Befehl der Zivil- und Militärstellen stand. Trotzdem bedarf dieses allgemeine Urteil einer Einschränkung. Siméon schrieb am 6. 7. 08: „Öffentliche Beamte, u. a. Postdirektoren, haben gelegentlich vergeblich um Hilfe bei den Autoritäten nachgesucht, denen die bewaffnete Macht untersteht. Diese haben sich geweigert, dem Gesuch zu entsprechen. Dies Übelwollen oder diese vollkommene Unwissenheit der Prinzipien haben zur Folge gehabt, daß Delikte unbestraft geblieben sind, die auf der Stelle durch Verhaftung der Schuldigen gesühnt werden konnten. . . . Die Autorität, der die bewaffnete Macht zur Verfügung steht, kann ihre Hilfe nicht dem Angestellten der Verwaltung verweigern, wenn er sie fordert, ohne sich von dem Boden der Verfassung zu begeben.“ M. Sta. B 26. 2. 26.

9. M. Sta. B 18 I. 981.

Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung waren ebenso groß wie im Elbedep. Die Gendarme wurden ihrerseits zu ruhigem Betragen ermahnt. Sie hatten ein militärisches Quartier zu beanspruchen, aber nichts, was darüber hinausging. Kost und freie Fourage stand ihnen nicht zu.

Seit September 1808 häufen sich die Klagen des Friedensrichters von Benneckenstein über seine gefährdete Lage. Er bat dringend um Entsendung einer Brigade, da er sonst seine Dienstgeschäfte nicht ordnungsmäßig durchführen könnte. Die Bevölkerung wäre im höchsten Grade widersätzlich und gewalttätig. Die Bitte mußte ihm lange abgeschlagen werden, weil nicht genügend Gendarme zur Verfügung standen. Eblé sah, daß der Mann tatsächlich in einer unerquicklichen Lage war, und schlug vor, vorerst einmal als Ersatz Veteranen anzustellen, die, so gut es ging, dem Raub und der Wilddieberei steuern sollten. Erst 1810 konnte endlich eine Brigade entsandt werden, ebenso nach Osterode, wo die Desertion besonders in Blüte stand.

### **Departementalkompagnien.**

Die Kompagnien, die durch Dekret vom 9. 2. 08 eingerichtet wurden, versahen die Polizeidienste in den Departementshauptorten und standen ganz zur Verfügung des Präfekten. Besonders lag ihnen der Schutz der öffentlichen Gebäude ob.

Morio bezeichnete als den Wunsch der Regierung, die schlechten Elemente zu unterdrücken und die guten, nicht dienenden Soldaten materiell zu unterstützen. Er verfügte deshalb: 1. Jeder verheiratete Offizier und Soldat, der nicht Untertan des Königs ist, Deserteure, sofern sie kein Attest des Präfekten besitzen, werden über die Grenze geschafft. 2. Jeder einem ehemaligen Landesherrn 25 Jahre dienende Soldat, soweit er noch nicht verabschiedet war, soll vom Kriegsminister eine Pension erhalten. 3. Die besten unter diesen alten Soldaten sollen als Feldhüter, Akziseoffizianten usw. angestellt werden. 4. Der König hat acht Departementalkompagnien eingerichtet, um den alten Unteroffizieren und Soldaten, die länger als sechs Jahre gedient haben, Unterstützung angedeihen zu lassen.<sup>10</sup>

---

10. M. Sta. B 26. 49. 1. I.

Jede Kompagnie bestand aus 50 Mann.<sup>10a</sup> Die Besoldung war vom Departement zu tragen, ebenso Unterhalt und Bekleidung. Die Kosten wurden durch Zusatzcentimen aufgebracht, dagegen wurden die Waffen aus Staatsmagazinen geliefert.

Der Etat des Elbedep. setzte für 1809 18 000 frs. an, das Harzdep. 17 500.

Das Alter der eingestellten Soldaten lag zwischen 54 und 26 Jahren, meist um 30 Jahre.<sup>11</sup>

Morio als Kriegsminister interessierte sich sehr für die Departementalkompagnien, trotzdem ihr militärischer Wert anerkannt gering war. Er ließ es sich nicht nehmen, mehrere geldliche Zuschüsse zu ihrem Unterhalt zu leisten. Im August 1809 waren die Soldaten einigermaßen vollständig ausgerüstet. Bülow befahl, die noch fehlenden Säbel und Trommeln so schnell wie möglich aus dem Kasseler Arsenal zu entnehmen. Leider ging den Tapferen ein Teil durch den Schillschen Zug wieder verloren.

Trotz der staatlichen Beihilfen wurden die Rechnungen der Kommandeure für Rückstände immer größer. Im August 1808 waren es im Harz 5461, bis Ende Oktober schon 12 739 fr. Seit April 1809 blieb der Sold ganz aus. Um Mißstimmungen zu vermeiden, wurden die Rückstände bis 1. 1. 09 vom öffentlichen Schatz, die späteren Zahlungen vom Innenministerium übernommen.<sup>12</sup> Der König hatte am 3. 6. 09 in diese Lösung eingewilligt. Am 20. 5. erließ er ein Dekret, das die Kosten für alle Departements gleichmäßig regelte. Danach waren aufzubringen: für Sold 16 644 frs., für Bekleidung 750 frs. und für Bürokosten 300 frs. Das Gesuch, die Verluste an Montierungsstücken durch den Schillschen Zug aus den staatlichen Magazinen ersetzen zu dürfen, wurde abschlägig entschieden.

---

10a. 1 Kapitän (1825 fr. jährl.), 1 Lieutenant (1277,50 fr. jährl.), 1 Sergeant-Major (365 fr. jährl.), 2 Sergeanten (328,50 fr. jährl.), 1 Fourier (328,50 fr. jährl.), 4 Korporale (310,25 fr. jährl.), 1 Tambour (273,75 fr. jährl.), 39 Füsiliere (273,75 fr. jährl.). Das machte ein Jahresgehalt von 16 643,50 frs.

11. M. Sta. B 35 XX k 1. M. Sta. B 26. 49. 1. I. Über Personalien vgl. Lünsmann, 267—276.

12. M. Sta. B 35 XX k 3.

Wolffradt hat im Oktober 1809 den Versuch gemacht, die Kosten auf die Departementshauptorte abzuwälzen, weil sie hauptsächlich an der Aufrechterhaltung der Kompagnien interessiert wären. In einer anderen Form ist es ihm geglückt, nachdem dieses Vorgehen ohne Erfolg blieb. Am 28. 1. 10 übernahm der öffentliche Schatz endgültig trimesterweise die Lasten. Ab August 1813 wurden die Soldaten auch für die Zeit besoldet, in der sie nicht im Dienst waren, weil sie meist eine große Familie zu ernähren hatten.

Bald darauf sind die Departementskompagnien aufgelöst worden. Ab 8. 10. 13 bestand in Heiligenstadt unter dem Oberbefehl des Präfekten eine Bürgerwehr, die sich in erster Linie aus den ehemaligen Departementssoldaten zusammensetzen sollte. Sie zählte allerdings nur 40 Mann: 1 Offizier, 1 Sergeant-Major, 7 Unteroffiziere, 1 Tambour und 30 Gemeine. Die Gehaltszahlung war dieselbe wie früher und erfolgte alle drei Tage.<sup>13</sup>

### **Einrichtung einer Hohen Polizei.**

Am 18. 9. 08 ergingen zwei königliche Dekrete, von denen das erste die Einrichtung einer Hohen Polizei verfügte, das zweite Legras de Bercagny zu deren Generaldirektor ernannte. Die neue Institution war als Abwehreinrichtung gegen Staatsverbrecher gedacht.<sup>14</sup>

Die Polizeigewalt der Präfekten wurde durch die Einsetzung Bercagnys praktisch aufgehoben, und es hat an Beschwerden nicht gefehlt, wie Siméon im Oktober 1809 eingesteht. Es ist verständlich, daß die Präfekten sich gegen die Einschränkung ihrer ihnen durch die Verfassung verliehenen Macht sträubten, ebenso aber auch der Wunsch der Kasseler Zentralbehörden, die Leitung der Polizeigewalt in eine zuverlässige Hand zu legen.

---

13. M. Sta. B 35. XX k 19.

14. Instruktion Bercagnys vom 24. 9. 08. M. Sta. B 26. 28. 3. „Die Worte: Hohe Polizei, allgemeine Polizei, begreifen insbesondere diejenige Polizei, deren Zweck ist, Verbrechen gegen den Staat oder die heilige Person des Königs zu verhüten; treulose Eingebungen der Feinde der westfälischen Nation zu erforschen und zu entdecken, die die Absicht haben möchten, das leichtgläubige Volk in nicht zu berechnendes Unglück zu stürzen, wovon die Last immer auf dasselbe zurückfällt.“

Der Gefahr der zu großen Verselbständigung der lokalen Instanzen war damit zu einem guten Teil die Spitze abgebrochen. Die Bedrohung der Staatseinheit war nirgends stärker als in den östlichen Provinzen, die einmal als preußisch gesinnt bekannt, anderseits verkehrstechnisch weit von Kassel getrennt waren. Ein in der Hauptstadt veröffentlichtes Gesetz erlangte erst nach fünf Tagen in Magdeburg Gültigkeit.

Vom Standpunkt der Regierung aus war die Zentralisierung der Polizei also berechtigt. Der Fehler war die Einsetzung Bercagnys als Generaldirektor. Daß die an sich aus fähigen Elementen gebildete Polizei zu der verhaßtesten Institution des Königreichs wurde, verdankt sie diesem Manne, wenn man den Zeitgenossen glauben soll. Zum Glück für die Provinz hat er seine Tätigkeit hauptsächlich in Kassel entfaltet.

Im Dezember 1808 wurden in den Departements Generalkommissare der Hohen Polizei eingesetzt (in Magdeburg Moisez). Diese Leute konnten sich nicht enthalten, auch in der reinen Verwaltung ihre Macht zu zeigen, allerdings ohne Erfolg. Der Präfekt des Saaledep. beschwerte sich bei Siméon über Savagnes und Crottat, und dieser billigte es durchaus, daß man den Polizeikommissaren in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse machte.<sup>15</sup>

Die Greuelmärchen, die über die Unverschämtheit der westfälischen Polizei durch eine feindliche Tendenzpresse in Umlauf gesetzt wurden, haben bis heute nicht ihre Anhänger verloren.<sup>16</sup>

*Ze i t u n g e n.* Es ist bezeichnend, daß Bercagny den Präfekten nach seiner Ernennung bat, in Paßangelegenheiten, Waffenscheinen usw. ruhig wie bisher zu verfahren. Er hatte kein Interesse an diesen reinen Verwaltungsdingen. Dagegen wandte sich die Hohe Polizei mit besonderem Eifer allen erscheinenden Zeitungen und Druckschriften zu. Reinhard machte

---

15. M.Sta. B 26. 28. 3.

16. Weidemann, 63: „Der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung wurde ebenfalls nicht befolgt. Die Verwaltung stand auf dem gelungenen Standpunkt, daß das Haus eines jeden Bürgers zwar ein unverletzliches Asyl sein, daß dieses aber durch eine Haussuchung nicht verletzt werde.“ Man sieht nicht, weshalb dieser Standpunkt „gelingen“ sei. Es steht doch jeder Regierung frei, amtliche Haussuchungen bei Verdächtigen durchführen zu lassen.



den westfälischen Hof auf Wunsch Napoleons auf die „Gazettes“ aufmerksam und betonte die Notwendigkeit einer Überwachung.<sup>17</sup> Sehr groß war der Kreis der erscheinenden Zeitungen nicht. Magdeburg verfügte nur über eine, die regelmäßig im Verlag Faber erschien, und den „Elbbeobachter“, der aber in Zerbst gedruckt wurde. Die von amtlicher Seite herausgegebenen Intelligenz-, Departementalblätter u. a. bedurften natürlich nicht der Überwachung.

Auf diesem Gebiete sind sehr zu Unrecht endlose Schimpfkanonaden gegen die westfälische Regierung losgelassen. Jeder moderne Staat folgt den Grundsätzen, die man dort für unglaublich erklärt. „Anlaß zur Beschlagnahme war gegeben, wenn ihr Inhalt den Grundsätzen der Verfassung, der dem König gebührenden Ehrerbietung, der den verschiedenen Religionen schuldigen Achtung, den guten Sitten, ja schon (?) der öffentlichen Ruhe zuwider war.“<sup>18</sup> In welcher Hinsicht das überaus despotisch sein soll, vermag man nicht einzusehen. Für engherzige Auslegung der Bestimmungen fehlen Beispiele.

Eine wirklich ungerechte Bestimmung war die Belastung der Zeitungen mit einer Stempeltaxe. Faber verlor 300, d. h. ein Drittel seiner Abonnenten. Nun verlangte die Post auch noch das Austragen als Monopol, wodurch eine Preiserhöhung von 20 % eingetreten wäre. Schulenburg verwandte sich für Faber, und Pothau gestand Freiheit auf eine Meile um Magdeburg zu.<sup>19</sup> Die Ausgaben, die aus dem zweisprachigen Abdruck des Bulletins erwachsen, fielen bald fort,<sup>20</sup> nachdem Faber darum gebeten hatte.<sup>21</sup> Der biedere Präfekturrat Weyhe, der in Magdeburg die Zensur im Auftrage des Präfekten führte, war durchaus gerecht und milde.<sup>22</sup> Später, als die Zensur unter die Aufsicht Michauds trat, kamen wohl eher Konflikte und Meinungsverschiedenheiten vor, aber die Gegenstände waren Lappalien.

---

17. Champagny an Reinhard, 21. 1. 09. Du Casse, 225.

18. Weidemann, 62.

19. M. Sta. B 18 I. 405.

20. M. Sta. B 25 a. 2.

21. M. Sta. B 25 a. 1.

22. M. Sta. B 18 I. 113.

In Halberstadt war das Zeitungswesen in ziemlichem Verfall geraten. Zwar bestanden Listen von allen, die verpflichtet waren, ein Intelligenzblatt zu lesen, viele weigerten sich aber. Gewiß war es schwierig für die Regierung, dabei stehen zu bleiben, denn wie sollten amtliche Nachrichten verbreitet werden, wenn niemand die Blätter las? <sup>23</sup> Siméon lehnte es ab, den Druck der Literarischen Gesellschaft in Halberstadt zu überlassen. Auch wollte er von der Unterhaltung eines Waisenhauses durch die Überschüsse nichts wissen.<sup>23a</sup> Um aber keinen Schaden anzurichten, gestattete er vorläufig den Weiterverkauf der Blätter des Hallischen Waisenhauses. Wenn ein neues halberstädtisches Blatt eingerichtet werde, sollten die Überschüsse demselben Haus zugute kommen.<sup>24</sup>

Die große amtliche Zeitung des Königreichs, der „Moniteur Westphalien“, wurde in jeder Weise gefördert. Er brachte allein die Nachrichten vom Hof, die offiziellen und obligatorischen Nachrichten. Mehrere Tage lief er dem Bulletin voraus. Am 22. 12. 08 wurde ihm freie Postbeförderung innerhalb der Grenzen des Königreichs bewilligt. Die Redakteure machten alle Anstrengungen, um die großen ausländischen Blätter auszuschalten.<sup>25</sup> Der Charakter der Zeitung war höchst widerlich. Es war eine jener lobhudelnden Stimmen, die zum Glück aber sehr abstachen von den übrigen Zeitungen, die durchaus einen sachlichen Ton beibehielten.

Zeitweise Verbote von Zeitschriften kamen häufiger vor. Die wissenschaftlichen Blätter genossen weite Freiheit. Der Professor Voß in Halle veröffentlichte einen Artikel, der eine scharfe Kritik der westfälischen Domänenpolitik enthielt, wodurch er sich ein Verbot zuzog. Er war so naiv zu behaupten, man müsse ihm noch Dank wissen, daß er den Artikel in seiner

---

23. M. Sta. B 26. 32. 1. I.

23a. „Ich habe schon Gelegenheit gehabt zu bemerken, wie sehr mir solche Mittel zum Unterhalt von Wohltätigkeits- oder öffentlichen Unterrichtsanstalten den Prinzipien einer guten Verwaltung zuwider scheinen, wie unpassend es mir scheint, daß solche Einrichtungen auf Kosten der Industrie und des Handels dotiert würden, und daß zu ihrem Unterhalt Orte beitragen sollen, denen sie keinen fühlbaren Vorteil eintragen.“

24. M. Sta. B 26. 32. 1. II.

25. M. Sta. B 26. 32. 4.

Zeitung veröffentlicht habe, weil er sonst in einer anderen in noch schärferer Form erschienen wäre. Kotzebues „Biene“ war die ganze Zeit verboten und wurde streng verfolgt. Die Behörden litten geradezu an einer Angstpsychose vor ihr. Man vermutete sie in jedem Lastwagen, der über die preußische Grenze kam.

Die Gesetze und Verordnungen mußten den Untertanen in irgendeiner Weise durch die obrigkeitlichen Personen bekannt gemacht werden, sobald ihnen die Departementsblätter oder das Gesetzesbulletin zugegangen war. Es scheint aber kein großes Interesse dafür bestanden zu haben. Ein Maire bezeugt wie andere, daß „er an jedem Sonntage vor versammelter Gemeinde die Departementsblätter und Gesetzesbulletins hätte vorgelesen, so sei doch niemand zur Anhörung derselben zurückgeblieben, sondern alle wären nach ihren Wohnhäusern gegangen“. So beschränkte man sich auf das Zirkulieren im Municipalrat. Der Gesetzkenntnis war natürlich so nicht zu steuern.<sup>26</sup>

### **Überwachung der Einwohner.**

Der Oktober 1812 bedeutet den Anfang der unaufhaltbaren Zunahme der Gerüchte. In diesem Monat wurde mit Bestimmtheit vom Tode Napoleons geredet. Das Gerücht hatte sich von Paris, wo die Generäle Mallet, Lahorie und Guidal es verbreitet hatten, bis in diese Gegenden verloren. Im Januar 1813 war im Distrikt Nordhausen schon eine russische Proklamation im Umlauf, die man erst nach eifrigster Nachforschung auffinden konnte. „Wenn der allgemeine Feind alle Künste spielen läßt, um die öffentliche Ordnung und die Ruhe der Familie zu stören, müssen wir da nicht durch gesetzmäßige Mittel seine Pläne durchkreuzen, ihm nur die Schande und das böse Gewissen lassen und die innere Ruhe sichern?“ verkündete Bongars. Er erkundigte sich nach allen, die Klagen hören ließen. Die Maires gaben aber nur wenige „Mißvergnügeliche“ an, deren Gründe zur Unzufriedenheit wirtschaftlicher, nicht politischer Natur waren. Bongars erwies sich nicht als engherzig. Wer ein Gerücht ver-

---

26. M. Sta. B 35 II. k 13.

breitet hatte, aber nachweisen konnte, daß er nicht der Urheber wäre, wurde sofort freigelassen.<sup>27</sup>

Besonders beunruhigte ihn der Adel, von dem er wußte, daß ein großer Teil streng preußisch gesinnt war. Am 14. 10. 12 erließ er ein Zirkular, in dem er um Angaben über die Wohnung, das Einkommen und die eventuellen Gründe der Abwesenheit der Adligen bat: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Maßnahme nur Ihnen (den Präfekten) und mir bekannt sein darf, und daß Sie sich darüber weder mit den Generalkommissaren noch mit den Gendarmerieoffizieren verständigen. Es ist die wohl ausgesprochene Absicht Seiner Majestät.“ Zwei Tage danach folgte ein neuer Befehl. Den Adligen sollten keine Pässe ausgeliefert werden.<sup>28</sup> Zu eigenartigen Schlüssen gibt ein Zwischenfall Anlaß. Bülow, damals Präfekt im Harzdepartement, erhielt am 9. 11. eine abermalige Aufforderung zur Übersendung der im Zirkular geforderten Angaben. Er teilte Bongars mit, daß er dieses Zirkular bis jetzt nicht erhalten habe. Das war eine offene Lüge. Das Zirkular befindet sich mit Bülows eigenhändigem Eingangsvermerk vom „15. Okt. 10 Uhr morgens“ bei den Akten. Auch jetzt zögerte er die Erledigung hin. „Ungeahnte, aber dringende Angelegenheiten“ hätten ihn aufgehalten, außerdem gäbe es in seinem Departement „eine große Anzahl unvermögender Adliger, die ihr Leben zurückgezogen verbringen, so daß es äußerst schwierig ist, Genaueres über ihre Verbindungen zu erfahren“.<sup>29</sup> Wahrscheinlich hat Bülow aus einem Verbundenheitsgefühl heraus seine Standesgenossen nicht denunzieren wollen. Aber auch darin kann man keinen zwingenden Grund zu seiner Haltung sehen, denn die Listen sahen recht harmlos aus, als sie fertiggestellt waren. Glaubte er, daß man einen besonderen Schlag gegen den Adel beabsichtigte?

Hielt man überhaupt das Harzdep. für besonders gefährlich? Schon 1808 hatte es Bercagny im besonderen Auftrag des Königs bereist, „um Erkundigungen über die Verwaltungsgegenstände, aber auch über die juristischen, überhaupt über alles, was das Staatswahl interessiert, zu sammeln. Herr Bercagny hat das

---

27. M. Sta. B 35 III a 58.

28. Vgl. oben.

29. M. Sta. B 35 III a 59.

Recht, alles zu sehen und kennen zu lernen“.<sup>30</sup> Darauf wandte er sich selbst an den Präfekten und wollte die Leute wissen, „deren Sie sich im Geheimdienst bedienen, um über Personen und Dinge Erkundigungen zu erlangen. . . . Endlich ist es wichtig, daß Sie mir sichere Angaben geben über die Personen in Ihrem Departement, die wegen ihres alten Vermögens, ihrer alten Funktionen oder ihres früheren Rangs das Verschwinden der alten Regierung bedauern könnten“. Die Antwort stellte das Vorhandensein „gefährlicher Individuen“ in Abrede.<sup>31</sup>

### Feuerpolizei u. a.

Es war noch viel zu tun, besonders in den kleinen Städten um den Harz, um Brandkatastrophen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Im Juni 1808 fanden in Heiligenstadt zum ersten Male, dann im September und während 1809 des öfteren, Kontrollen der Gefahrenquellen statt. Die Mißstände waren unglaublich. Meist fehlte ein Schornstein, so daß sich der Rauch auf dem Boden unter den strohgedeckten Dächern sammelte! Nur mit Gewalt waren die Hausbesitzer zu bewegen, einen Schornstein durch das Dach zu führen.<sup>32</sup>

Die Feuerpolizei im Elbedep. wurde erst im Januar 1813 reglementiert. Im Saaledep. war noch das Reglement von 1766 oder 1789 gültig.<sup>33</sup> Auch hier waren viele Schornsteine über das Dach zu führen, neu aufzurichten oder Holzessen durch steinerne zu ersetzen. Wenn der Besitzer nicht zu den nötigen Reparaturen fähig war, konnte unter Umständen das Haus zwangsverkauft werden.<sup>34</sup>

Die Feuerlöschgeräte wurden gewöhnlich von Privatleuten unterhalten, mit denen darüber ein Vertrag geschlossen wurde.<sup>35</sup> Sie bestanden in den einfachsten, notwendigsten Gerätschaften. Zuweilen wurde mit Stolz „eine ganz brauchbare Feuerspritze“

---

30. M. Sta. B 35 III a 7.

31. M. Sta. B 35 II d 11.

32. M. Sta. B 35 III a 1.

33. M. Sta. B 3 Spec. 457, 458. B 26. 18. 7.

34. M. Sta. B 26. 18. 5.

35. M. Sta. B 26. 18. 3.



erwähnt. Die kaiserlichen Donataires waren selbst zum Unterhalt der Geräte verpflichtet.<sup>36</sup>

Nachtwächter wurden wohl unterhalten, versahen aber ihren Dienst nur, soweit er ihrer persönlichen Bequemlichkeit nicht abträglich war. Der Polizeikommissar von Heiligenstadt hatte seine Sorgen mit ihnen: „Das Grundübel scheint darin zu bestehen, daß diese Aufgaben fast durchgehend Leuten übergeben sind, die gar nicht den Charakter dazu besitzen.“ Dagegen scheinen die Nachtwächter in Magdeburg ihren Pflichten nachgekommen zu sein. Sie waren bisher auf Quartalgelder angewiesen, die sie selbst von den Bürgern erhoben. 1809 beschloß der Municipalrat, ihnen ein regelmäßiges Gehalt von 72 Rth. auszusetzen.<sup>37</sup>

Die Schornsteinfeger waren ihrer übergroßen Bezirke wegen kaum in der Lage, ihren Pflichten ordnungsmäßig nachzukommen, weigerten sich gelegentlich auch, wenn ihnen die Lust fehlte..<sup>38</sup>

Präfekturrat Schmaling in Halberstadt schlug, „nachdem er schon lange den Gedanken in sich getragen“, vor, eine Rettungsgesellschaft für Feuersbrünste ins Leben zu rufen, gemeinsam von Bürgerschaft und Obrigkeit.<sup>39</sup>

**Lebensmittelpolizei.** Die Bäcker glaubten den Mangel an Brotgetreide ausnutzen zu können, verbrauchten minderwertige Materialien und brachten zu leichte Brote auf den Markt, allen voran die Landbäcker, die fast keiner Kontrolle unterlagen. Leider fehlte es an dem nötigen Beamtenapparat, um die Mißbräuche gründlich zu beseitigen.

In den Städten waren die Aufgaben der Polizei weiter kompliziert durch die außergewöhnlichen Zeitumstände. Die Sittenlosigkeit des durchziehenden Militärs bildete in Halberstadt und Magdeburg ein dauerndes öffentliches Ärgernis, dem man nicht zu begegnen wußte. Dagegen scheint die Landstreicherei erfolgreich bekämpft worden zu sein. Private Reisende bezeugen, daß die Landstraßen von Vagabunden befreit seien.

---

36. M. Sta. B 26. 18. 2.

37. M. Sta. B 18 I. 533.

38. M. Sta. B 26. 18. 1.

39. M. Sta. B 26. 18. 6.

### Gefängnisse.

In den Distriktsorten des Saaledep. befanden sich nur für einige wenige Gefangene Unterbringungsmöglichkeiten. In Halberstadt mußte man mit größeren Zahlen von Untersuchungsgefangenen rechnen, weil dort ein Tribunal eingerichtet wurde. Man machte Vorschläge, Räume zu schaffen, aber sie hatten alle den Kardinalfehler, mit Kosten verbunden zu sein. Die Mitglieder des Tribunals hatten ihre Augen auf das Franziskanerkloster geworfen und wünschten vom Justizminister 43 354 Fr. zu Instandsetzungsarbeiten zu erhalten. Der Minister war sicher sehr froh, als sich die Franziskaner bei ihm über die Absichten des Tribunals beklagten. Er erkannte ihre Gründe völlig an und schlug vor, die Untersuchungsgefangenen so kurze Zeit wie möglich in Halberstadt zu lassen und sie sofort nach Aburteilung nach Halle zu schaffen, wo etwas bessere Möglichkeiten zur Unterbringung beständen. Natürlich war dieses System unmöglich. Das Tribunal versteifte sich auf den Petershof, und es gelang, erst einmal 3000 Fr. vom Minister zu erbetteln. Nach einiger Zeit überreichte das Tribunal eine Rechnung von 10000 Fr., deren Begleichung der Minister verweigerte. Die Handwerker blieben ohne Geld, aber das Tribunal hatte sein Gefängnis. Die Freude wurde getrübt, als Vorübergehende beobachteten, wie der Gardist Laue, der bei Wasser und Brot saß, durch das Fenster von seiner Frau Lebensmittel bezog. Das Fenster mußte dicht vergittert werden, und man kam auf die Idee, widerspenstige Gefangene wie den Laue in einen Keller zu sperren. Wolfradt entsetzte sich über so viel Unmenschlichkeit: „Da die Aufbewahrung der Gefangenen in einem Keller leicht einen nachteiligen Einfluß auf deren Gesundheit bewirken dürfte, so halte ich es nicht für geraten, ein Strafgefängnis dieser Art in dem dortigen Distriktsgefängnis einrichten zu lassen“.<sup>40</sup>

Allmählich hatte man in Halberstadt vier Zuchthäuser in Gang gebracht. Daneben bestanden im ganzen Distrikt „Gefängnisse“, die aber meist nur aus einer Pfortnerstube oder einem Spritzenhaus bestanden.<sup>41</sup>

---

40. M. Sta. B 26. 22. 4. Vol. I. II.

41. M. Sta. B 26. 22. 3. M. Sta. B 26. 22. 1.

Außerdem war in Halberstadt eine Strafarbeitsanstalt, die 32 Gefangene beherbergte, davon einen auf Lebenszeit und fünf auf lange Jahre.<sup>42</sup>

Das älteste Zuchthaus des westfälischen Ostens befand sich in Magdeburg. Es war 1730 gegründet und ursprünglich nur als Verwahrungsort für Bettler und Landstreicher gedacht. Höchstens 40 bis 50 Gefangene konnten untergebracht werden; allein, da keine andere Anstalt im Departement existierte und auch aus der Altmark die Sträflinge nach Magdeburg geliefert wurden, die früher nach Spandau kamen, trat eine heillose Überfüllung ein. 1808 befanden sich durchschnittlich 150 Sträflinge im Zuchthaus. Boden und Keller waren eng besetzt, Raum zu Bewegung und Arbeit nicht vorhanden. Die primitivsten Forderungen der Reinlichkeit konnten nicht beobachtet werden. Männer und Frauen, Kranke und Gesunde, ja sogar neugeborene Kinder lagen in einem Raum.

Siméon schlug Verbesserungen vor, setzte aber die Gehälter der Bedienten herab. Das Departement brachte so viel auf, daß noch vor dem Winter 1808 die Erweiterung des Zuchthauses durch einige Räume des angrenzenden Waisenhauses durchgeführt werden konnte. Die Unterhaltung kostete das Departement jährlich ungefähr 13 000 Rth., wozu 1400 Rth. Bedienungsgelder kamen. An sich war es vorgesehen, daß die Insassen selbst ihren Unterhalt bezahlten. Woher sollte das Geld aber bei den durchweg armen Menschen kommen? Höchstens besaßen sie einige Immobilien, die der Staat verkaufte und sie so auch noch des letzten materiellen Halts beraubte.

Nach der Erweiterung war wieder etwas Raum für Handarbeit geschaffen. Das übliche Wollspinnen wurde durch Garnspinnen ersetzt, auch eine Folge der Kontinentalsperre.

Ein Gefängnisarzt wurde angestellt, der sich auch eifrig zeigte, trotzdem seine Bezahlung nicht übermäßig hoch war. Das Amt eines Inspektors hatte der Kaufmann Aly ehrenamtlich geführt. Er weigerte sich aber, unter den anormalen Verhältnissen im Zuchthaus weiter dort ohne Entgelt tätig zu sein, was

---

42. M. Sta. B 26. 22. 2.

Siméon enttäuschte. Er mußte einen hauptberuflichen Inspektor anstellen.<sup>43</sup>

Die Speisung der Gefangenen lag dem Zuchthausvater ob, mit dem ein Vertrag geschlossen wurde. Über die Lieferanten wurde häufig Klage geführt. Der Fleischer mischte Kaldaunen unter das Fleisch, der Bäcker lieferte verdorbenes Brot.<sup>44</sup>

### Bevölkerungspolizei.

Die statistische Erfassung der Bevölkerung war in den alten Staaten nicht üblich gewesen. Zum erstenmal steht uns in Westfalen genauestes Material über die Bevölkerungsbewegung und ihre Zusammensetzung zur Verfügung. Besonders tätig wirkte der Sektionschef Georg Hassel im Innenministerium, der es durchsetzte, daß aus allen Teilen des Landes von 1809 ab genaue Listen eingesandt wurden,<sup>45</sup> die alle nach dem gleichen Schema ausgefüllt waren, so daß die Zusammenstellung nicht schwer fiel (Verfügung vom 7. 12. 09).

Die „Generaltabaux“ zeigen besser als manche langatmige Beschreibung den Zustand der Zeit. Welche ungeheuren Erschütterungen muß die gesunde Bevölkerung der Altmark durchgemacht haben, daß 1809 in sieben, 1810 sogar in acht Kantonen unter vierzehn die Sterbefälle die Geburten überwogen, zum Teil um 100 0/0. Erst 1811 trat ein Ausgleich ein. Im Distrikt Stendal befanden sich 1809 fünf Sechstel der Kantone in demselben unglücklichen Verhältnis. Unter den 54 Kantonen des Elbedepartements wies die Hälfte ein Absinken der Bevölkerung auf, bedenkliche Zeichen, die die Regierung mit Sorgen erfuhr. Die Stadt Magdeburg zeigte ein Überwiegen der Sterbefälle um 22 0/0. In derselben Stadt waren von 924 Geburten 21 0/0 unehelich. Bis 1811 stieg der Prozentsatz sogar in den ländlichen Gebieten bis zu 20 0/0, in Magdeburg sogar bis auf 30 0/0.<sup>46</sup> Im Harzdep. herrschten dagegen doch bedeutend normalere Zustände.<sup>47</sup>

---

43. M. Sta. B 18 I. 490. I.

44. M. Sta. B 18 I. 490. II.

45. M. Sta. B 3 Spec. 297.

46. M. Sta. B 3 Spec. 295.

47. M. Sta. B 35 II c 10 I.

## Kapitel 6.

### Militärwesen.<sup>1</sup>

Das Königreich war in drei Militärdivisionen geteilt. Das Elbe- und Saaledep. bildete die 3. (Magdeburg), das Harzdep. gehörte zur 2. Division (Braunschweig). Die Divisionskommandeure hatten den Befehl über alle Truppen ihres Bereichs, die Heeresgerichte und die Militärpolizei.

Das erste Dekret über die *Conscription*, die Aushebungsform des Königreichs nach französischem Vorbild, erließ Jerome am 25. 4. 08. Es folgten zahlreiche Verordnungen und Gutachten, die alle in dem Konskriptionskodex vom 16. 11. 09 zusammengefaßt wurden.

Grundsätzlich war die allgemeine Wehrpflicht vorgesehen. Man war aber weit davon entfernt, sie auch durchzuführen. Ein Dekret bestimmte in jedem Jahr, wie groß der Bedarf an Rekruten war. Mehr wurden nicht ausgehoben. Außerdem war die Dienstpflicht auf die Altersgruppen vom 20. bis 25. Jahre beschränkt. Das 25. Lebensjahr brachte für jeden, ob er gedient hatte oder nicht, Freiheit vom Militärdienst. Reserven in unserem Sinne bestanden nicht. Alle öffentlichen Funktionäre waren nach dem Staatsratsbeschluß vom 16. 7. 08 befreit. Darunter rechnete man:

1. Präfekten, Unterpräfekten, Generalsekretäre und Sekretäre, Maires, Polizeikommissare, Universitätsprofessoren, Gymnasial- und Lyzealprofessoren. 2. Richter und Procureurs du Roi, Friedensrichter. 3. Direktoren, Inspektoren und Contrôleurs der direkten Steuern. Conservateurs, Inspecteurs und Contrôleurs der Gewässer, Wälder und Domänen bis zum Grad des

---

1. Das Militärwesen braucht hier nur hinsichtlich einiger Einzelfragen berücksichtigt zu werden. Alles rein Militärische bringt Lünsmann. Die Verwaltung lag ausschließlich in den Händen des Ministeriums, dessen Akten vernichtet sind.



Garde-général einschließlich. Receveurs généraux und Domantaleinnehmer, Zolldirektoren und Inspektoren. Inspektoren und Ingenieure der Brücken und Straßen, Bergwerke und Hütten. Generaldirektoren und Inspektoren der Post, Controlleurs und Direktoren in den Departementshauptorten. 4. Katholische Priester, Diakone und Subdiakone. Protestantische Geistliche und vom Konsistorium Ordinierte.

Im Ausland wohnende Untertanen, die die Erlaubnis des Königs dazu hatten, waren vom Militärdienst befreit. Wer sich unerlaubt außer Landes aufhielt, galt als Réfractaire.

Die meisten der Studenten reichten Befreiungsgesuche ein und wurden eifrig von Johannes v. Müller darin unterstützt.<sup>2</sup>

Trotz alledem zeigen die Konskriptionslisten noch hohe Zahlen von Widerspenstigen, was von den Präfekten mehr auf Unwissenheit über die Konskriptionsgesetze als auf bösen Willen zurückgeführt wurde. Sehr zu klagen hatten sie über den Mißbrauch, der mit Krankheitsattesten getrieben wurde, wobei die Epilepsie sehr beliebt war, weil sie nicht kontrolliert werden konnte.<sup>3</sup>

Die Konskription wurde vom Präfekten persönlich überwacht, der zu diesem Zweck alljährlich das gesamte Departement bereiste. Die Unterpräfekten und Maires hatten die Listen vorher fertizustellen und den Präfekten auch bei der Amtshandlung zu unterstützen.

Die Stärke des Heeres wurde auf einer Höhe von 25 000, später 26 000 Mann gehalten. Hassel gibt für 1811 die Zahl von 36 000.<sup>4</sup>

Als 1813 das westfälische Heer neu aufgestellt werden mußte, weil es im russischen Feldzug völlig vernichtet worden war, reichte die Zahl der Dienstpflichtigen nicht aus. Man war gezwungen, sich an ältere Jahrgänge zu halten. Die Reklamationen wurden mit dem Hinweis abgelehnt, daß bis zu fünf Jahren zurückgegangen werden dürfe, um schwache Kontingente aufzufüllen.

---

2. M. Sta. B 3. Gen. 4.

3. M. Sta. B 3 Gen. 3.

4. Über Stellvertretungen und Réfractaires vgl. Thimme II, 153 ff. und Stietzel.

Die Konskription hat mit am meisten dazu beigetragen, die westfälische Verwaltung unbeliebt zu machen. Der Militärdienst war im Norden Deutschlands nie sonderlich beliebt, am wenigsten in dieser Zwangsform. Hinzu kam für viele, unter Fahnen zu dienen, die sie noch als feindlich betrachteten, wenngleich dieses Moment bei weitem nicht die Wichtigkeit hat, die ihm patriotische Schriftsteller beigemessen haben.

Jerome bezeichnete Napoleon gegenüber den Geist bei den Aushebungen als ausgezeichnet, besonders im Elbe- und Okerdep.<sup>5</sup> Gerade vom letzten wird aber das Gegenteil vom Prä-fekten Henneberg berichtet.<sup>6</sup>

Keine Armee in Deutschland soll so gut in Ordnung gewesen sein wie die westfälische.<sup>7</sup> Allein, mit Waffenputzen und Paraden war es nicht getan. General Eblé, der eine Zeitlang das Kriegsministerium leitete, konnte ein Lied von dem Durcheinander singen, das in der Verwaltung herrschte. Er fürchtete „trotz der größten Mühen nicht im Stande zu sein, Ordnung in die Verwaltung und Organisation der westfälischen Armee zu bringen.“<sup>8</sup> Der König sah sich wohl gelegentlich leutselig Truppenteile an, aber zu andauernder Verwaltungsarbeit fehlte ihm jede Neigung.

Die in Westfalen befindlichen französischen Truppen unterstanden in keiner Weise den Befehlen westfälischer Militärs. Napoleon verwahrte sich gegen jeden Anspruch in dieser Richtung: „Keine ausländische Autorität darf französische Truppen inspizieren.“<sup>9</sup> Die Lasten, die das Land nach dem Pariser Vertrag vom 14. 1. 10 zur Verpflegung der französischen Truppen zu tragen hatte, waren enorm. In sieben Monaten des Jahres 1810 wurden 4 231 094,82 fr. ausgegeben. Die Berechnungen der Franzosen ergaben aber immer noch ein Defizit Westfalens.<sup>10</sup> Schon im September weigerte sich Jerome, weitere

---

5. Du Casse, 236.

6. M. Sta. 3 Gen. 3.

7. Thimme II. 158 ff.

8. Du Casse, 242.

9. ebd., 360.

10. G. Sta. Westf. 1 B Frankreich 52.

Zahlungen zu leisten. Bülow wies die Klagen der französischen Gouverneurs entschieden zurück, sogar sein Feind Malchus schloß sich ihm an.<sup>11</sup>

Durch ein Dekret vom 3. 2. 08 wurden die Kriegsgerichte organisiert, vor die die Teilnehmer an bewaffneten Zusammenrottungen unverzüglich gestellt werden sollten. Wer auf offener Tat gefaßt war, wurde erschossen. Bei Anzeigen war Revision vor dem Divisionsgeneral und vier Offizieren gestattet, die das Urteil in acht Tagen fällen mußten. Die Vollstreckung erfolgte innerhalb 24 Stunden.<sup>12</sup>

### Vorspannwesen.

Das Vorspannwesen ist besonders drückend geworden, weil keinerlei Reglements bestanden. Die Folgen — Mangel an Futter und schlechter Zustand des Pferdmaterials — machten sich bemerkbar. Am 24. 6. 09 genehmigte Wolffradt den Entwurf des hallischen Unterpräfekten für ein Reglement, das eine Geldentschädigung für die Vorspannpflichtigen und Verteilung der Last auf den ganzen Distrikt vorsah. Eine allgemeine Vorspannkasse wurde errichtet, Exemptionen fielen fort, die vorher in reichem Maße bestanden, nur die Pastoren blieben wegen ihres geringen Gehalts befreit. Auch die Posthalter durften nicht gezwungen werden, Pferde zu stellen, damit der öffentliche Dienst keine Störung erlitt.<sup>13</sup> Andere öffentliche Beamte als Militärpersonen hatten unter keinen Umständen Anspruch auf Gratisfahren, nur „bei Reisen Seiner Majestät“ mußte sofort Folge geleistet werden. Die Maires haben die Transportmittel meist zu großzügig auf Kosten ihrer Gemeinden bewilligt. Die hohen Militärbehörden verlangten, daß nur das unbedingt Notwendige gegeben werden sollte. Sie hatten gut reden, denn die requirierenden Soldaten drohten mit Gewalt, wenn ihre Wünsche nicht sogleich erfüllt wurden.<sup>14</sup>

---

11. ebd. 48.

12. M. Sta. B 26. 48. 2.

13. M. Sta. B 26. 55. 2.

14. ebd. 1.

### **Bürgergarden.**

Ende 1808 wünschte Siméon über das Bestehen von Bürgergarden unterrichtet zu werden. Die Erkundigungen im Elbedepartement ergaben:

Magdeburg: eine kaufmännische Bürgergarde (54 Mann) und eine Bürgergarde (60 Mann); Neuwaldenleben: eine Schützenkompagnie mit 56 Mann; Neustadt: eine Bürgergarde mit 68 Mitgliedern; Barby: eine Bürgergarde mit 59 Mann, die aber eventuell durch 100—120 weitere Bürger verstärkt werden konnte. Salzwedel besaß zwei Bürgergarden mit ungefähr 80 Mann, dazu eine Jägerkompagnie von 20 Mann Stärke. Gardelegen: Bürgergarde von annähernd 50—60 Mitgliedern. Stendal: eine Bürgergarde (92 Mann); Osterburg: 50 Mann Bürgergarde; Bismark: 30 Mann Schützenkompagnie.

Die Absicht der Regierung war, die alten Verbände beizubehalten, ohne an ihrer Struktur etwas zu ändern. Das Dekret vom 25. 1. 11 regelte einheitlich den Dienst.<sup>15</sup>

Alle Bürgergarden zusammen bildeten die Nationalgarde, die aber in keiner Weise den Wert der französischen Institution gleichen Namens hatte und nur zu Paraden und etwas Wachdienst herangezogen wurde. Sold gab es nicht. Lünsmann gibt die Zahl der Mitglieder für 1813 mit 2100 Mann an.

### **Veteranen- und Pensionswesen.**

Weiter bestand in jedem Departement eine *Veteranenkompagnie*, in die alte gediente Soldaten eintreten konnten,<sup>16</sup> die das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten. Jede bestand aus 1 Capitaine, 1 Lieutenant, 1 Souslieutenant, 1 Sergeantmajor, 4 Sergents, 1 Fourier, 8 Caporaux und 64 Vétérans, zusammen 81 Mann. Der Sold war derselbe wie bei der Linieninfanterie. Die Truppe war kaserniert und sollte zu Wach- und Polizeidiensten herangezogen werden. Sie stand nur dem Kriegsminister zur Verfügung.<sup>17</sup>

---

15. M. Sta. B 18. I. § 3.

16. Vgl. Lünsmann, S. 267 ff. Die Soldaten waren aber keineswegs dienstunfähig, wie dort behauptet wird.

17. M. Sta. B 26. 48. 17. I.

Das Pensionswesen mußte von Grund auf revidiert werden. Im Februar wurden alle Pensionszahlungen suspendiert und Listen aufgestellt, die die versorgten und unversorgten ehemaligen Soldaten aufführten. Die Pensionen im Elbedep. erreichten die Höhe von 82 478,80 fr.

Daß die Suspension sehr lange dauerte, darf dem Ministerium nicht vorgeworfen werden. Morio beklagte sich wiederholt über die Verzögerung durch die lokalen Instanzen. Viele alte Invaliden waren schon in die äußerste Not geraten. Die Pensionen wurden ab 1. Juni 1808 in vierteljährlichen Raten ausbezahlt. Alte Offiziere, die nachweisen konnten, daß ihnen die Mittel zum Lebensunterhalt fehlten, durften ein Pensionsgesuch einreichen, worauf ihnen Geld unter dem Namen einer Unterstützung gezahlt werden konnte.<sup>18</sup> Bis zum 31. 12. 08 wurden noch ergänzende Anträge angenommen, die auch zahlreiche genug einliefen, darunter solche von Soldaten, die von den alten Regierungen aus irgendeinem Grunde keine Pension erhalten hatten. Das Ministerium lehnte sie ab. Ebensowenig erhielten diejenigen etwas, die aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrten.

Viele Invaliden zogen es vor, sich von einer Armenkasse unterhalten zu lassen, die dafür die Militärpensionen erhielt. Die Minister hatten nichts dagegen einzuwenden, zumal die Armenkassen später auch für ein Begräbnis sorgten.<sup>19</sup>

### **Etappenstraßen.**

Die E t a p p e n s t r a ß e n des Königreichs wurden durch ein Verzeichnis vom 20. 5. 08 festgelegt. Der alte Etappenfonds war sehr bald erschöpft. Im Elbedep. wurde hauptsächlich die schwer belastete Stadt Egeln unterstützt, über die nicht weniger als drei große Heerwege führten.<sup>20</sup>

Über das, was die Truppen auf dem Marsche in den Etappen beanspruchen durften, bestanden Reglements, deren Einhaltung mit größter Schärfe beobachtet wurde. Die Klagen über Exzesse

---

18. M. Sta. B 18. I. 1036. I.

19. M. Sta. B 18 I. 1036 a I.

20. M. Sta. B 18 I. 1020.



der Soldaten betreffen tatsächlich selten westfälische Truppen. Die tägliche Ration eines Soldaten<sup>21</sup> bestand aus 24 Unzen Brot, 8 Unzen Fleisch, 1 Unze Reis und 2 Unzen trockenem Gemüse, <sup>1</sup>/<sub>30</sub> Pfund Salz.

Die drei Marschrouten der Grande Armée führten durch die östlichen Departements s ä m t l i c h auf Magdeburg.

### Magdeburg.

Es ist erstaunlich, wie man es in M a g d e b u r g vermocht hat, die riesigen Zahlen von durchmarschierenden und stationierten Soldaten unterzubringen. 1808 stellte der Municipalrat fest, daß nur für 3000 Mann Kasernen vorhanden wären. Bei Ausnutzung aller Bürgerquartiere und Neubauten hoffte man für 6000 Raum zu finden. Für die Unterbringung der Offiziere wurde eine Sublevationskasse eingerichtet, zu der das Departement Zuschüsse leistete. Für den Unterhalt des Divisionsgenerals mußte sogar das Saaledep. zahlen.

Viele Berufe genossen Privilegien hinsichtlich der Einquartierung, die bei dem dringenden Bedürfnis nicht alle berücksichtigt werden konnten. Auch hier wollte man nur die Pfarrer und Lehrer befreit wissen, „weil sie nicht als Eigentümer der von ihnen bewohnten Gebäude betrachtet werden können und weil die Ausschweifung, der sich die Soldaten zuweilen hingeben, die Reinheit der Sitten gefährdet, die in diesen Häusern herrschen soll“. Das Reglement vom 10. 5. 08 war von Eblé verfaßt, der auch die Besitzer kaiserlicher Domänen und die Regisseurs der Quartierpflicht unterwarf.<sup>23</sup> 1812 sah Jerome ein, daß mit Bittschriften bei Napoleon nichts zu erreichen war und daß er selbst Hilfe leisten mußte. Zur Erleichterung der übermäßigen Kriegslasten erließ er durch das Dekret vom 29. 3. 12 Magdeburg Rückstände von 11 925,41 fr. vom Ankauf einiger Stiftsgebäude, die als Kasernen Verwendung fanden. Alle noch verfügbaren Stiftsgebäude, die dem Staate geblieben waren, wurden ebenfalls kostenlos an „Notre bonne

---

21. ebd. 1021.

22. M. Sta. B 18 I. 1020.

23. M. Sta. B 26, 58. 1.

ville de Magdeburg' ausgeliefert. Darunter waren 7 Gebäude des Domstifts, 2 von St. Sebastian und eines von St. Gangolph.<sup>24</sup>

Ein militärisches Ereignis, das auch die Zivilbehörden in Anspruch nahm, war die Rasierung der Magdeburger Sudenburg und Neustadt. Am 2. 2. 12 hatte der Kaiser den Belagerungszustand über die Festung verhängt; noch im selben Monat verlangte Fürst Eckmühl die Räumung eines großen Teils der beiden Vorstädte und versprach Entschädigungen aus dem westfälischen Domänenfonds, wozu er gar nicht berechtigt war. Das kaiserliche Dekret vom 19. 2. 12 bestimmte den genauen Umfang der Demolierung. Auch einige Häuser am Fürstenwall mußten fallen. Bis zum 1. 4. 12 sollte alles erledigt sein, worin die Härte der Verordnung lag; denn auf die Zerstörung der Häuser mußten die Bewohner des Festungsrays stets gefaßt sein; nur unter dieser Bedingung hatten sie dort bauen dürfen. Die obdachlosen Bewohner drängten sich vorläufig in die Altstadt und warteten die Entschädigungen ab. Sie wurde auf 601 525 Rth. berechnet. 1021 Familien (3461 Personen) waren betroffen. 150 000 Rth. wurden auf Bitten Schulenburgs sofort ausgezahlt. Durch Dekret vom 5. 6. 12 wurden 1900 ha Domanialland in der Umgebung Magdeburgs den Geschädigten zum Wiederaufbau angewiesen und zehn Jahre Grundsteuerfreiheit versprochen.<sup>25</sup>

---

24. M. Sta. B 3 Spec. 81.

25. M. Sta. B 3 Spec. 80. I.

## Kapitel 7.

### Gemeindewesen.

Die Rechtsstellung der Gemeinden wurde im westfälischen Staate eine ganz andere als in den alten Staaten. Die verhältnismäßig große Freiheit ging durch die Einordnung in die durchgehende Verwaltungspyramide verloren.

Genau genommen müssen wir von Municipalitäten sprechen, denn nicht jede der früheren Gemeinden behielt eine eigene Verwaltung. Der Grund liegt nicht allein in dem Wunsch nach Vereinfachung; es war oft für die kleinen Gemeinden eine große finanzielle Last, einen Verwaltungsapparat zu besolden. Im Kanton Werben z. B. bestanden 12 Municipalitäten, die 38 Dörfer und Bauernschaften zusammenfaßten.

Die erste grundsätzliche Äußerung über das Kommunalwesen brachte am 21. 3. 09 ein Zirkularbrief Wolffradts. Zwar hatten die Verfassung und die Vw.-O. die grundlegenden Bestimmungen enthalten, sie waren aber nicht beachtet worden.<sup>1</sup>

„Die Communen sind durch die Verfassung und das Decret vom 11. Januar 1808 unter die Aufsicht der allgemeinen Verwaltung getreten. Es war das einzige Mittel, um den ernststen Mißständen zuvorzukommen, für die das entgegengesetzte System nur zu viele Beispiele geliefert hat, und zwar in allen Staaten von einer gewissen Ausdehnung; durch Bürger, ja sogar durch unkluge Beamte wurden die Communen sich selbst überlassen, in verderbliche Händel und übertriebene Ausgaben gestürzt und gingen unter der Last der Schulden und Anleihen zu Grunde.

Unsere Gesetze haben die Communen vor diesen Gefahren in Sicherheit gebracht. Zukünftig darf keine Ausgabe irgendwelcher Art ohne Erlaubnis der Regierung oder ihrer Delegier-

---

1. M. Sta. B 18 I, 274, I.

ten stattfinden, keine Anleihe ohne gesetzliche Grundlage erhoben werden. Alle Ausgaben müssen nach Rechenschaftsberichten jährlich beglaubigt werden. Das sind die Garantien gegen Willkür und Unordnung.“

Der Einfluß auf die spätere preußische Verwaltung war stark. Das französische Gemeindebürgerrecht herrschte in allen linkselbischen Gebieten, als Preußen 1815 in den Besitz seiner alten und neuen Provinzen trat. In dem ehemaligen westfälischen Osten wurde es zwar bald wieder vom Allgemeinen Landrecht und der revidierten Städteordnung von 1831 verdrängt, es fand aber Eingang in die Gemeindeordnungen der Provinz Westfalen (1841) und der Rheinlande (1845). Deutlich prägte sich der Ruck zur stärkeren Unterwerfung unter die Staatsgewalt aus. Der Bürgermeister ähnelte dem Maire. Die Stadträte oder Schöffen auf dem Lande waren im Grunde nichts anderes als der ehemalige Municipalrat. Die Gleichstellung von Stadt- und Landgemeinden war in den Ostdepartements nicht sonderlich glücklich gewesen, weil die Struktur der ländlichen und städtischen Bevölkerung ganz verschieden war. Sie erwies sich aber als wünschenswert in den überwiegend industriellen Gebieten des Westens, wo die Beschäftigung hier und dort die gleiche war. Die Mittellinie zwischen reiner Selbstverwaltung und westfälisch-französischem Mairiesystem zeigte, daß sie gar nicht so ungünstig war.<sup>2</sup>

### **Kommunalvermögen.**

Verpachtungen auf mehr als neun Jahre konnten nur mit kgl. Autorisation vorgenommen werden, die erst nach einer Beratschlagung des Municipalitätsrats, Einholung des Rats des Maires, Unterpräfekten und Präfekten, Rapport des Innenministers und Anhörung des Staatsrats erteilt wurde. Dasselbe Verfahren mußte beobachtet werden, wenn ein Tausch im Wert von über 600 fr. vorgenommen wurde; war der Gegenstand geringer, so genügte die Autorisation des Präfekten, ebenso bei Verkäufen, Erwerbungen und Anleihen.

---

2. Vgl. Bornhak, III. 35 ff.

Die Kommunal-Einnahmen wurden vom Percepteur des contributions publiques erhoben, der 2 % für sich behielt. Das Amt konnte nicht mit dem eines Maire, Friedensrichters oder Adjunkten vereinigt werden, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Der Einnahmer mußte eine beträchtliche Kautions stellen.<sup>3</sup>

Die Revision der Kommunalrechnungen und der Generalbudgets nahm der Präfekt selber vor, nicht die Unterpräfekten, die darauf ein Recht zu haben glaubten.

Die Gründlichkeit der westfälischen Administration und der Wunsch, wirkliche Ordnung in die oft sehr verfahrenen Gemeindeverhältnisse zu bringen, führten zu der Prüfung auch alter Rechnungen aus vorwestfälischer Zeit.

Der Abschluß der Rechnungen konnte im allgemeinen gleich vom Präfekten vorgenommen werden, der bis zu 10 000 fr. (!) vom Ministerium autorisiert war.<sup>4</sup>

Die alten Schulden der Gemeinden wurden soweit in die Staatsschuld übernommen, als sie unter dem Zwang der kriegesischen Verwicklungen seit 1806 entstanden waren. Eine Übernahme sämtlicher Schulden, wie einige Gemeinden es ersehnten, kam natürlich nicht in Frage.<sup>5</sup> —

Besondere Kassen verfielen allgemein der Auflösung durch das Gesetz vom 14. 7. 08. Auch ihre Administration wurde eingestellt (Dekret vom 17. 11. 08).

Im Osten des Königreichs wurde die altmärkische Städtekasse betroffen, die durch die Einführung der Personalsteuer im Jahre 1809 hinfällig wurde. Die Beamten wurden teilweise in den Steuerdienst übernommen.<sup>6</sup>

Eine Gemeinde, wie sie z. B. von der Pfälzer Kolonie in Magdeburg gebildet wurde, trat mit ihrem Vermögen, das sie vorher ganz selbständig verwaltet hatte, unter die Aufsicht des Staates und verlor ihre Sonderstellung. Gerade die Pfälzer Kolonie war recht reich. Sie besaß 1977 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Morgen Acker und 12 000 Rth. Kapital. Ihre Einkünfte daraus betrugen jährlich

---

3. M. Sta. B 18. I. 107.

4. M. Sta. B 26. 89. 24.

5. ebd., 26.

6. M. Sta. B 18. I. 39.



2223 Rth. 23 Gr. 8 Pfg. Das floß jetzt in die staatlichen Kassen, die dafür die Besoldung der Gemeindebeamten übernahmen.<sup>7</sup>

Die Französische Kolonie in Magdeburg bemühte sich damals, in den ungeschmälerten Besitz ihrer Gebäude zu kommen; vergeblich, da der Mangel an Raum und Häusern außerordentlich war.<sup>8</sup>

### Bürgerrecht.

Das Bürgerrecht eines Ortes mußte nach wie vor von jedem Zuziehenden erworben,<sup>9</sup> ein Eid brauchte nur einmal abgelegt zu werden.<sup>10</sup>

Das Dekret vom 27. 1. 08 hatte auch den Juden die Möglichkeit zum Erwerb des Bürgerrechts gegeben. Sie sollten wie Fremde behandelt werden, d. h. nicht als Sohn eines Bürgers, wenn sie auch aus der Stadt stammten. Sie mußten also die hohen Gebühren der Stadtfremden entrichten. Jeder Jude, der ein bürgerliches Gewerbe ausüben wollte, war gezwungen, einen Bürgerschein zu lösen. Es zeigte sich, daß die Erhebung zu gleichwertigen Bürgern von ihnen keineswegs erwünscht war. Die Mühlhäuser Juden weigerten sich, die Kosten zu zahlen. Man sollte ihnen nicht mehr abnehmen, als zulässig war, aber die Gebühren der anderen Bürger hätten sie zu tragen. Als sich allmählich die Zahl der einwandernden polnischen Juden mehrte, wies Bongars darauf hin, daß nur den sicheren und vermögenden Elementen unter ihnen das Bürgerrecht zugestanden werden sollte.<sup>11</sup>

Fremde Staatsangehörige wurden ohne Schwierigkeiten eingebürgert. Nur hielt man es für ratsam, bei den ausländischen Staaten in jedem einzelnen Falle Erkundigungen einzuziehen.<sup>12</sup>

---

7. M. Sta. B 18. I. 279. I.

8. M. Sta. B 18. I. 501.

9. Bornhak III, 39: „Wie in Frankreich gab es kein besonderes Gemeindebürgerrecht, sondern nur ein allgemeines Staatsbürgerrecht“ bedarf doch wohl einer gewissen Einschränkung. Man soll überhaupt die Dinge nicht zu starr sehen. Vieles Alte hat sich in Westfalen erhalten, ohne daß es gesetzlich ausdrücklich anerkannt worden wäre.

10. M. Sta. B 18. I. 69.

11. M. Sta. B 35 III. a. 2.

12. M. Sta. B 18 I. 503.

## Kapitel 8.

### Kirchenwesen.

Den christlichen Bekenntnissen wurde von der Regierung gleichmäßige Sorge zuteil. Die östlichen Provinzen wiesen eine fast reine evangelisch-lutherische Bevölkerung auf, wenn man vom Eichsfeld absieht. Eine geringe katholische Minderheit bestand im ehemaligen Bsm. Halberstadt. Die großen Städte Magdeburg, Halle und Halberstadt hatten deutsch- und französisch-reformierte Gemeinden; Gnadau Herrnhuther in ihren Mauern.

Übergriffe auf religiösem Gebiet von seiten der Regierung sind nicht vorgekommen. Man huldigte modernen Toleranzideen, vielleicht etwas unter dem Druck Napoleons, der bei einem Kasseler Kirchenstreit offen zutage trat. Vom König war die Umwandlung der protestantischen Hauptkirche in eine katholische Kirche angeordnet worden. Sofort beauftragte der Kaiser den Herzog von Bassano, seinem Gesandten in Kassel die Weisung zu geben, „daß er dem König zu verstehen gäbe, wie lächerlich es sei, die protestantische Hauptkirche in eine katholische zu verwandeln, denn Kassel ist eine protestantische Stadt; daß es sehr gefährlich ist, an religiöse Dinge zu rühren, und daß das nur die Völker verbittert. . . . Sollten Worte nicht genügen, so wird Baron Reinhard eine Note überreichen, um mein Mißfallen mit einer so unüberlegten und der Politik schädlichen Maßnahme auszudrücken.“<sup>1</sup>

### Lutherisches Bekenntnis.

In der kirchlichen Verwaltungseinteilung sprachen sich noch die alten Zustände aus. Die Bezirke der Konsistorien, deren Mitgliederzahl entsprechend der Seelenzahl des Bezirkes

---

1. am 2. 11. 12. Corr. de Nap. 19 311.

verschieden hoch war, entsprachen dem ehemaligen Territorialzustand. So viel Bemühungen gemacht wurden, zu einer Angleichung an die neue Departementseinteilung vorzudringen, ist man doch nicht über Pläne hinausgekommen, wenn nicht das dringendste Bedürfnis eine Änderung forderte. So mußte nach der Trennung der Altmark von der preußischen Kurmark natürlich ein neues Konsistorium in Stendal errichtet werden, da bisher die Verwaltung vom Berliner Oberkonsistorium geführt war.<sup>2</sup> Chivaille hatte das neue Konsistorium im November 1807 ins Leben gerufen, damit es die Überleitung der Geschäfte vornahm, um dann unter die Verwaltung des Magdeburger Konsistoriums, das damit das ganze Departement umfaßte, zu treten. Die Stendaler Konsistorialräte weigerten sich aber, ihre Geschäfte einzustellen, worauf es bei dieser Ordnung blieb.<sup>3</sup>

Der Plan einer Angleichung an die neue Territorialordnung wurde für das Saaledep. ausgearbeitet. Danach sollte das Departement in 15 Konsistorialbezirke zerfallen. Jedes Konsistorium umfaßte eine bestimmte Anzahl Kantone und deckte sich mit deren Grenzen.<sup>4</sup> Siméon selbst hatte den Plan verlangt, als aber die Ausführung erwartet wurde, meinte er skeptisch, es wäre nötig, zuerst einmal „klar die Ersparnis zu erkennen, die aus der neuen Regelung entspringen würde“. Es war ja deutlich, daß eine bedeutende Vereinfachung der Geschäfte die Folge gewesen wäre, woraus auch eine finanziell günstige Entwicklung entspringen wäre. Weshalb zog sich Siméon also plötzlich zurück?<sup>5</sup>

Wie verwickelt die Verhältnisse lagen, zeigt der Zustand im Harzdep. Dort bestanden fünf lutherische Konsistorien: Heiligenstadt (3800 Seelen), Mühlhausen (15 400), Nordhausen (8800), Neustadt (6000) und Walkenried (3000), zusammen mit 37 000 Seelen. Demgegenüber stehen die auswärtigen Konsisto-

---

2. M. Sta. B 3 Spec. 492.

3. M. Sta. B 3 Spec. 484.

4. M. Sta. B 18 I. 1109. 1. D. Halle: Halle, Neumarkt, Könnern, Gerbstädt, Mansfeld, Schraplau, Eisleben. 2. D. Halberstadt: Halberstadt, Aschersleben, Gröningen, Schlanstedt, Osterwieck. 3. D. Blankenburg: Quedlinburg, Blankenburg, Wernigerode.

5. M. Sta. B 26. 36. 4.

rien, die sich in das Harzdep. erstreckten: Göttingen (40 000 Seelen im Harzdep.), Halberstadt (24 000), Langensalza (5300). Demnach standen zwei Drittel aller protestantischen Einwohner unter auswärtiger geistlicher Verwaltung. Erst ganz allmählich ist eine Änderung eingetreten. Heiligenstadt wurde zum Generalkonsistorium erhoben. Im April 1811 wurde dem Stolberg-Neustädtischen Konsistorium die Zuständigkeit für den Harz abgesprochen,<sup>6</sup> im November 1812 hörte auch das Blankenburger in seinen Funktionen auf.<sup>7</sup>

Die Konsistorialverfassung hatte durch das Dekret vom 7. 1. 08 eine fühlbare Änderung erlitten. Die Aufgaben der Konsistorien waren im wesentlichen auf folgende Punkte beschränkt: Aufrechterhaltung der Disziplin; Verwaltung der Kirchengüter, Almosengelder; Examen und Präsentierung der Kandidaten für die geistlichen Ämter.

Die Besoldung der Pfarrer war nach der Fundierung der Pfarren verschieden. Da einige so schlecht fundiert waren, daß ein Pfarrer beim besten Willen nicht mit den Erträgen auskommen vermochte, erklärte sich der Staat bereit, Zuschüsse zu leisten. Für Pfarrergehälter wurden im Harz gezahlt:<sup>8</sup> 1811: 45 663,05 fr.; 1812: 40 206,07 fr.; 1813: 47 222,29 fr. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben der lutherischen Kirchen im Harz beliefen sich jährlich etwa auf folgende Summen: Ausgaben 90 000 fr.; Einnahmen 86 000 fr. Für das Konsistorium waren 1809 5035,13 fr. in Anschlag gebracht.<sup>9</sup> Im Elbedep. sind die Zahlen höher:<sup>10</sup> 1809: 71 695,91 fr.

Bei der Verwaltung des Kirchenvermögens hörten alle Patrimonialgerechtsame auf. Doch war damit nicht gesagt, daß die geistlichen Körperschaften in die völlig uneingeschränkte Verwaltung eintraten. Vielmehr führte der Maire die Aufsicht über das Rechnungswesen, weil der Fall eintreten konnte, daß bei schlechter Verwaltung dem Staate höhere Lasten zufielen. In die eigentliche Verwaltung hatte sich der Maire nicht zu

---

6. M. Sta. B 35 IX. b 14.

7. M. Sta. B 3 Spec. 494.

8. M. Sta. B 35 IX b 2 IV.

9. M. Sta. B 35 IX b 3.

10. M. Sta. B 18 I. 1202 II.

mischen. Auch dem Präfekten fiel keine unmittelbare Mitwirkung, aber die Oberaufsicht zu.<sup>12</sup> Einen eigenartigen Überrest bildeten die sogen. Kirchenväter oder Provisoren, die auf Anordnung Wolfradts im Amte blieben und eine Art patrimonialer Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinde innehatten. Wo sie nicht üblich gewesen waren, wurden sie aber nicht etwa eingeführt.<sup>13</sup>

Wie unbedingt die Regierung eine Einmischung ablehnte, zeigt die Stellung zu einem Vorschlag des Kantonmaires von Langenweddigen, die Kirche zu verpflichten, ihre Güter nur an Gemeindemitglieder zu geringem Zinsfuß auszuleihen. Er wurde rundweg abgelehnt. Nur ein unverbindlicher Hinweis sollte gestattet sein, der den Erfolg hatte, daß die Kirche sich zur Zinssenkung für die Gemeindemitglieder bereit erklärte.<sup>14</sup>

Eine merkwürdige Erscheinung bildeten die sogen. Mediatkonsistorien. Als Preußen 1803 Besitz von Nordhausen und Mühlhausen ergriff, wurden die alten Konsistorien durch neue mit denselben Attributen abgelöst, die der Kriegs- und Domänenkammer in Heiligenstadt unterstanden. Bei der Einführung der westfälischen Verwaltung führten die Maires die Geschäfte der ehemaligen Magistrate fort, einschließlich der Konsistorialgeschäfte, was ganz und gar der Verfassung widersprach. Daher entwarf man im Januar 1812 ein Dekret zur Unterdrückung der beiden Mediatkonsistorien, das aber anscheinend nicht zur Ausführung gelangte, denn im März verbot Wolfradt den Maires noch einmal ausdrücklich, sich als Mediatkonsistorium zu unter-schreiben.<sup>15</sup>

Einer der hervorragendsten Männer jener Zeit tritt uns gerade auf diesem Gebiete entgegen: der Propst des Klosters Unserer Lieben Frauen zu Magdeburg, Gotthilf Sebastian Roetger,<sup>16</sup> der in der auch für das Kloster schweren Zeit dem Magdeburger Konsistorium vorstand und in seinem beispiellosen Pflichtbewußtsein seine Arbeitskraft auch der westfälischen

---

12. M.Sta. B 18 I 1161.

13. M.Sta. B 26. 36. 18.

14. M.Sta. B 18 I 1160.

15. M.Sta. B 3 Spec. 495.

16. geb. 5. 4. 1749 zu Kl.-Germersleben, † 16. 5. 1831.



Regierung nicht glaubte vorenthalten zu dürfen. So wurde er Mitglied des Departementsrats, erledigte dort alle Arbeit fast allein und übernahm schließlich noch das Amt eines Arrondissementsliquidators mit seinen zahlreichen Geschäften. Wegen seiner sprichwörtlichen Herzensgüte suchten ihn alle auf, die in Not waren, und nie versäumte er, in eigenhändigen Schreiben (eine Seltenheit in dieser Zeit) um Linderung ihrer Bedrängnis zu bitten. Im August 1811 entband ihn Pichon vom Amt des Konsistorialrats, weil er es für unmöglich hielt, daß ein Mann alle diese Aufgaben zu bewältigen vermochte. Doch durfte Roetger seine freie Zeit dem Konsistorium, seiner eigentlichen Domäne, widmen.<sup>17</sup>

### **Reformiertes Bekenntnis.**

Calvinisten waren im Osten des Reiches nur als geringe Minderheit, am stärksten in den Distrikten Magdeburg und Heiligenstadt, vertreten. In Magdeburg bestand seit der Zeit der Aufhebung des Edikts von Nantes eine französische Kolonie wie in den übrigen preußischen Gebietsteilen. Im Distrikt Heiligenstadt erklärt sich das Vorhandensein durch die Einverleibung ehemalig hessischer Gebietsteile.

Der Wunsch der westfälischen Regierung war, die reformierte Kirche in einer Verwaltungseinheit mit der lutherischen zu verbinden: „Die Vereinigung beider Konfessionen unter einer gemeinsamen Verwaltung ist das einzige Mittel, um zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Die Vorbedingungen sind schon in der grundsätzlich gleichen Lehre beider Bekenntnisse gegeben, die nur in einzelnen dogmatischen Punkten auseinanderweichen und in der glücklichen Gewohnheit gegenseitiger Duldung leben. So scheint diese Vereinigung keine Schwierigkeiten zu bieten. Gleichheit und Einfachheit würde verstärkt werden, ohne daß das Dogma irgendeine Änderung erlitte.“<sup>18</sup>

Noch näher lag die Vereinigung der französischen mit der deutsch-reformierten Kirche, die nebeneinander bestanden, z. B.

---

17. M. Sta. B 3 Spec. 491.

18. M. Sta. B 35 IX b 14.

in Halberstadt und Halle. Im Dogma bestand kein Unterschied, nur im Ritual. Die Nachkommen der Réfugiés gaben in Halberstadt an, noch zum großen Teil Französisch zu reden. Es wäre ihnen schmerzlich, für immer auf eine französische Predigt verzichten zu müssen. Dagegen war unter den Hallenser Réfugiés die überwiegende Mehrzahl nicht mehr fähig, einer französischen Ansprache zu folgen. Allerdings erklärten sich auch die Halberstädter für eine Vereinigung, bei der aber derartige Vorbehalte gemacht wurden, „daß eine solche Vereinigung gar keine Vereinigung“ war. Es kam im wesentlichen bei ihren Abmachungen mit den Deutsch-Reformierten auf eine Verteilung der Zeiten für den Gottesdienst in einer gemeinsamen Kirche hinaus. Jerome erklärte sich unter diesen Umständen für Vereinigung der beiden Kirchen in Halle, aber für weitere Trennung in Halberstadt (9. 6. 09), sehr zum Ärger Goßlers, der 1810 noch einmal auf eine Vereinigung in Halberstadt antrug, aber eine schroffe Ablehnung erfuhr.<sup>19</sup>

Die französischen Kirchenbedienten hatten früher unter einem Oberkonsistorium in Berlin gestanden. In den westfälischen Staat gingen folgende Gemeinden über: Magdeburg (3 Pastoren), Halle (2), Calbe, Halberstadt, Neuhaldensleben und Stendal (je 1). Das Konsistorium in Magdeburg besaß keine Oberaufsicht. Die Besoldungsverhältnisse waren wenig zufriedenstellend. Für die drei Magdeburger Pfarrer standen jährlich 400 Rth. zur Verfügung, wozu nur wenige Nebeneinnahmen traten. Die Unterdrückung einer Stelle zur Aufbesserung der andern glaubte Wolfradt aber ablehnen zu müssen.<sup>20</sup> Für die Reformierten des Distrikts Heiligenstadt bestand kein eigenes Konsistorium; sie gehörten zu Kassel.<sup>21</sup>

### Die katholische Kirche.

Die östlichen Gebiete zerfielen in zwei römisch-katholische Verwaltungsbezirke. Den ersten bildete das Eichsfeld, dessen geistliches Oberhaupt, Philipp Pattberg, seine Befugnisse auf

---

19. M. Sta. B 26. 36. 12.

20. M. Sta. B 18 I 1180.

21. M. Sta. B 35 IX b 14.

das ganze Harzdep. ausdehnte. Der zweite Bezirk wurde von Elbe- und Saaledep. gebildet, an dessen Spitze (seit Oktober 1811) der fürstbischöfliche Commissarius Carl van Ess in Huysburg stand,<sup>22</sup> der anlässlich des Reformationsfestes von 1817, bei der Gründung der evangelischen Union in Preußen, eine Streitschrift herausgab, der er eine gewisse Berühmtheit verdankt.

Die katholischen Kirchenverhältnisse, die ohnehin wegen der dünnen Verteilung der Pfarren schwierig lagen, wurden noch verschlechtert durch den Verkauf der Klöster, die bisher den geistlichen und materiellen Rückhalt des Katholizismus, namentlich im Halberstädtischen, gebildet hatten. Die Fundierung der Pfarren ging nahezu restlos verloren.<sup>23</sup>

Die durchschnittliche Besoldung der katholischen Pfarrer war 1200—1600 fr., Kapläne 800—1200 fr., Schulmeister (Organisten) 600 fr. und Küster 200 fr. Dazu konnten für Kultuskosten in einer Gemeinde jährlich 600 fr. angesetzt werden.<sup>24</sup> Anstellungen von Pfarrern nahm grundsätzlich das Ministerium des Innern vor, nie ohne Gutachten der Konsistorien oder des Präfekten, gleich welche Religion betroffen wurde.<sup>25</sup> Neueinrichtungen katholischer Pfarren wurden abgelehnt, da man befürchtete, daß die Folge eine Belastung der Staatskasse sein würde.<sup>26</sup>

In den Städten wurde den Katholiken, soweit es noch nicht geschehen war, Kirchengebäude eingeräumt, in Halberstadt die Liebfrauen- und Dominikanerkirche, in Magdeburg die Klosterkirche Unserer Lieben Frauen nach langen Verhandlungen über die Bezahlung der Orgel und den Vorbehalt der Glocke für das evangelische Kloster.<sup>27</sup>

### Die Herrenhuther.

Die Kirche hatte Gemeinden in Barby und Gnadau, beide auf ehemals sächsischem Gebiet. Nach der Einverleibung in das

---

22. M. Sta. B 3 Spec. 722.

23. M. Sta. B 18 I 1120.

24. M. Sta. B 26. 36. 19.

25. M. Sta. B 18 I 1159.

26. M. Sta. B 26. 36. 5.

27. M. Sta. B 18 I 1172.

Königreich reichte der Episcopus senior Joh. Fr. Reichel aus Herrenhuth ein Gesuch ein, in dem er um Weitergewährung der Freiheiten bat, die die Kirche früher genossen hatte. Die Hauptpunkte waren: vollkommene Gewissensfreiheit, Gottesdienst nach eigenem Ritus, Freiheit in der Wahl der Prediger, keine fremde Konsistorialaufsicht, eigene Finanzverwaltung und Befreiung vom Waffendienst. Der Minister stand nicht an, diese Freiheiten zu gewähren, zumal die Herrenhuther eine weitberühmte und gute Schule<sup>28</sup>, mit Ausnahme der letzteren, die in keine Übereinstimmung mit der westfälischen Verfassung hätte gebracht werden können.<sup>29</sup>

---

28. Vgl. unten.

29. M. Sta. B 18 I 1098.

## Kapitel 9.

### Die Juden.<sup>1</sup>

Die Juden waren der Stand im Königreich, der von allen am meisten gestiegen war, „der dem Vermögen und dem Eifer des Herrn Jacobson eine Existenz verdankt, die ihn ganz und gar auf die Höhe der übrigen hebt“.<sup>2</sup> Man muß sich aber hüten, daraus dem Königreich eine besonders große Tendenz zu unüberlegter Gleichmacherei zuzuschreiben. Auch Preußen verlieh seinen Juden am 11. 3. 12 das Bürgerrecht. „Die liberale Richtung der ganzen hardenbergschen Reform“<sup>3</sup> kam darin zum Ausdruck. Das westfälisch-französische Vorbild hatte einer der Zeit innewohnenden Neigung auch dort zur Erscheinung verholfen.

Der Kultus wurde durch ein Konsistorium neu geordnet, auch finanziell, nicht zur Freude der Juden, die wohl die Vorteile begrüßten, die die neue Verfassung brachte, aber von finanziellen Opfern nichts wissen wollten.<sup>4</sup>

Das Königreich hat eine nicht geringe Anziehungskraft auf ausländische Israeliten ausgeübt, die besonders aus Polen<sup>5</sup> einströmten, in solchen Mengen, daß ihnen durch das Dekret vom 4. 8. 11 entgegengetreten werden mußte. Sie waren meist mittellos und drohten dem Lande zur Last zu fallen.<sup>6</sup>

---

1. Über die Juden in Westfalen ist hinsichtlich der grundlegenden Fragen in allen Werken gehandelt worden. Genaueres gibt Thimme II, 229—236 (auch mit Literatur) und Maenss.

2. Mém. V 445.

3. Bornhak, Staats- u. Rechtsgeschichte, 370.

4. Vgl. Kap. 6.

5. Vgl. oben.

6. Es ist also nicht richtig, wenn Thimme behauptet, daß den Juden überhaupt keine Beschränkungen auferlegt wurden und es in Gegensatz zur französischen Gesetzgebung stellt (Dekret 17. 3. 08).



Der jüdische Bevölkerungsanteil war in den Ostprovinzen nicht so stark wie im Westen. Der Prozentsatz erhob sich nur in Halberstadt und Nordhausen bis auf 1 v. H.

Alle besonderen Abgaben, die früher auf den Juden gelastet hatten, waren abgeschafft. Immerhin liefen genügend Beschwerden ein, die zeigten, daß sie doch hin und wieder noch gefordert wurden.<sup>7</sup> In Halberstadt war es üblich, von den Juden ein jährliches Handelsfixum von 100 Rth. zu erheben. Bei konsequenter Auslegung der Verfassung hätte auch diese Abgabe fallen müssen. Die Akzisekommission und Bülow entschieden aber anders: Die Abgabe für den sogenannten Juwelenhandel sei seit vierzig Jahren bezahlt worden und durch die Schwierigkeit der Kontrolle der Juwelenhändler gerechtfertigt. Auch Christen, die dieses Gewerbe betrieben, wären zur Zahlung der Gebühr verpflichtet gewesen. Da aber nur Juden in diesem Handlungszweig ihr Brot suchten, lastete die Abgabe auf ihnen allein. Das Fixum mußte weiter bezahlt werden.<sup>8</sup>

Die neuen Namen, die sich die Juden damals wählten, gaben Anlaß zu vielem Ärger. Selten kam es vor, daß sich jemand weigerte, aber mehr als häufig waren die Fälle, in denen Juden den eben angenommenen Namen wechseln wollten, oft aus reichlich dunklen Gründen. Angesehene jüdische Familien hatten dagegen zu kämpfen, daß ihr Name nicht von einem anderen benutzt wurde, wie die Bankiers Süßmann in Halberstadt, die keinen Erfolg dabei erringen konnten.<sup>9</sup>

In den Akten wurde die Bezeichnung: Jude, Israelit, Schutzjude nicht mehr geduldet. „Der Rest dieses Zeichens barbarischer Zeiten muß nicht ferner erblickt werden“, schrieb das jüdische Konsistorium. Auch vor Gericht sollte den Juden kein Nachteil vor anderen Religionsangehörigen erwachsen. Siméon befahl sogar, daß sie am Sabbath nicht zur Strafe herangezogen werden sollten.<sup>10</sup>

Es muß den Mitgliedern des jüdischen Konsistoriums in Kassel die Anerkennung gewährt werden, daß sie sich niemals

---

7. M. Sta. B 26. 8. 1.

8. M. Sta. B 26. 8. 2.

9. M. Sta. B 26. 8. 3.

10. M. Sta. B 25 II 1.

hinter die unredlichen Geschäftsmethoden ihrer Glaubensgenossen stellten, die sich selbst bei der Zahlung der Kultussteuer aussprachen. Allerdings war die Steuer anfangs recht hoch, 1809 über 100 000 fr. Das machte für eine jüdische Familie 32 gr. in der Woche. Die meisten gaben vor, zu arm zur Zahlung zu sein, so daß die Abgabe zu Lasten einiger weniger fiel. Die Syndikate, die die Einziehung vorzunehmen hatten, reichten einfach ihre Listen nicht zur Genehmigung bei der Präfektur ein. 1812 betrug die Steuer nur noch 24 gr. pro Familie. Dafür wurde eine Vermögenssteuer auf die Juden gelegt, die 33 200 fr. betrug. Der wirklich gezahlte Betrag wurde also noch höher. In Halberstadt mußten 1812 1580 fr. gezahlt werden, 1813 aber 2000; in Halle statt 410 jetzt 570 fr.<sup>11</sup>

Die jüdische Kultusgemeinschaft war in sechs, später sieben Sprengel (mit einem Rabbiner an der Spitze) eingeteilt, die wieder in Bezirke (Unterrabbiner) zerfielen. Die letzte Unterabteilung war das Syndikat. Die Organisation war der Departementseinteilung angeglichen, aber nicht parallel.

Die Träger der eigentlichen Verwaltung waren die Syndikate. Sie führten die Aufsicht über die Gemeinden, das Synagogenbuch und erhoben das Einzugsgeld von jedem Neuzuziehenden. Der Syndikus leitete die Steuerverteilungskommission und erhob auch die Steuern, sowie die Mitgiftgelder und Rabbinersporteln. Sie sprachen Kirchenstrafen aus, aber nur mit Einverständnis des Konsistoriums. Die Amtszeit eines Syndikus lief nach drei Jahren ab. Wiederwahl war gestattet. Entschädigung für die Amtstätigkeit wurde nicht gezahlt.<sup>12</sup>

---

11. M. Sta. B 26. 8. 4.

12. M. Sta. B 26. 8. 5.

## Kapitel 10.

### Schulwesen.

Die Entwicklung führte fort von der Bevormundung durch die Kirche und zum Einbau in den Staat. Schon im August 1808 wurde in Halle für die Stadt ein Schulkollegium gegründet, in dem zwei Direktoren der Franckeschen Stiftungen, der Maire und je ein Ephorus des lutherischen und reformierten Gymnasiums saßen. Einen zu schroffen Eingriff in die bestehenden Gewohnheiten vermied der Unterrichtsminister, J. v. Müller, peinlich. Er verfügte bei der Neuordnung, daß vorläufig die Aufsicht der Konsistorien keine Einschränkung erfahren sollte, um Störungen zu vermeiden.

Die neue Organisation brachte die Schaffung einer Generaldirektion des öffentlichen Unterrichts. „Das Ziel der Einrichtung des Generaldirektoriums ist gewesen, über die Harmonie und ein organisches Zusammen des Unterrichts im Königreiche zu wachen.“ Leider wurde das nicht von allen begriffen. Der Präfekt Borsche zeichnete sich darin aus, eigene störende Bestimmungen hinsichtlich der Schulen zu erlassen.<sup>1</sup> Ihm schilderte Müller die Folgen dieses Betragens recht drastisch.<sup>2</sup>

Der Generaldirektor stand als Mittelsperson zwischen den Schulen und dem Minister. Er allein konnte die Autorisation zu Änderungen im Schulwesen erteilen. Die Unterstellen mußten regelmäßig ihre Budgets einsenden, die vom Generaldirektor visiert an den Minister weitergeleitet wurden, der die Zahlung

---

1. Vgl. Thimme II, 255.

2. M.Sta. B 35 IX b 1 I. „Würden wir nicht in dem Königreich Westfalen die Wiedergeburt germanischer Verwirrung erleben, wo in jedem Kreis, ohne gemeinsame Autorität, jeder nach eigenem Willen regierte? Ich würde nicht mehr der Direktor des öffentlichen Unterrichtswesens eines geordneten Königreichs sein, sondern Präsident des babylonischen Turmbaus!“

verfügte. Um unnötige Korrespondenzen zu vermeiden, war nur den Schuldirektoren erlaubt, mit dem Generaldirektorium in Verbindung zu treten. Wenn Reparaturen an den Gebäuden vorzunehmen waren, mußte der Präfekt, Unterpräfekt oder Maire benachrichtigt werden. Das Stipendienwesen trat unter staatliche Aufsicht.<sup>3</sup>

### Elementarschulen.

Es war dringend nötig, daß die ordnende Hand des Staates in die Schulverhältnisse eingriff. Die größte Unordnung im Schulbesuch war eingerissen, am stärksten vielleicht in den ehemals sächsischen Ländern. Die kriegerischen Ereignisse hatten den Unterricht oft unmöglich gemacht, wenn die Gebäude für Einquartierungen verwandt werden mußten. Die Eltern gaben vor, nicht das Geld zu besitzen, um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen; ob immer mit Recht, mag dahingestellt bleiben. Die Kleinstädte waren die schwärzesten Schafe. Auf dem platten Lande war den Pfarrer und Gutsherren eher die Möglichkeit gegeben, etwas nachzuhelfen.<sup>4</sup>

Der Maire Dr. Wiesand in Barby kümmerte sich um die Schulen mit großem Eifer. Seine Erfahrungen waren bitter. Das Schulwesen war wegen des langen Ausfalls jeder staatlichen Unterstützung in stärkstem Verfall. Die Lehrer befanden sich in Nahrungssorgen. „Es kann sich nicht leicht eine Mädchenschule in einer schlechteren Beschaffenheit befinden, als die hiesige“, schrieb er und scheint nicht ganz unrecht gehabt zu haben. Der Konsistorialrat v. Vangerow in Magdeburg war selbst über die Mißstände in Barby entsetzt, „obgleich das hiesige Konsistorium von dem eigentlichen Zustand noch nicht hat genau unterrichtet sein können, da der Herr Superintendent Berthold die Gebrechen zu sehr gewohnt zu sein scheint, als daß er diese hätte bemerken können“.

Der Ehrgeiz Wiesands trieb ihn, die alleinige Oberaufsicht über die Schulen seines Kantons zu erlangen. Er hatte dabei Schulenburg auf seiner Seite, der an dem untertänigen Wesen

---

3. M. Sta. B 18 I 1277.

4. M. Sta. B 18 I 1221,

des Mannes keinen Anstoß nahm. Das Konsistorium wehrte sich ohne Erfolg.<sup>5</sup> Charakteristisch für den Maire ist, daß er die geringe Liebe für das neue Regiment überall aufsucht und denunziert.<sup>5</sup>

Bedenklicher als die Sorgen des guten Staatsbürgers war es, wenn der Unterricht unordentlich erteilt wurde oder der Schulbesuch allzu spärlich ausfiel, wie in Neustadt bei Magdeburg, wo „die Unordnungen in der Schule“ 1810 wieder überhand nahmen. In Gommern war es so schlimm, daß „die „Gemeinde sich auf eine schimpfliche und strafbare Weise durch den schlechten Schulbesuch ihrer Kinder auszeichne“. Der Maire von Eggenstedt beschuldigte den Lehrer, die Kinder nach Haus zu lassen, ohne daß sie auch nur gelesen und gebetet hätten, „dieweil der Koch so oft verreisete, Besuch bekäme und mit jeder Kleinigkeit die Schule hintan setze, wie z. B. jedermanns Advokat sein wolle und so mehr“. Überdies fordere Koch ein unmäßig hohes Schulgeld, trotzdem er „sein Salair vom Herrn von Asseburg bekömmmt“. Das Konsistorium sah die Sache nicht so tragisch, weil der Maire ein persönlicher Feind des Lehrers war.<sup>6</sup> In Wolmirstedt fehlte es den drei Lehrern „an den ausgebreiteten Kenntnissen“. Im Harze fiel es einem Konrektor ein, daß durch den Beginn des Unterrichts um 7 Uhr im Winter seine Gesundheit leiden könne. Trotzdem er alle Autoritäten und sogar den Präfekten gegen seine Ansicht hatte und er Befehle erhielt, seinen Unterricht wie gewöhnlich zu beginnen, blieb er in einer „beharrlichen Insubordination“.<sup>7</sup> — Die Elementarschulen waren allgemein so überfüllt, daß der

---

5. M. Sta. B 18 I 1095. „Besonders auffallend ist es, daß man die schicklichsten Gelegenheiten, in den Herzen der Zöglinge Empfindungen der Liebe, Ehrfurcht und Anhänglichkeit an Unsern Allerdurchlauchtigsten König und Herrn zu erwecken, und die heranwachsende Jugend von der Notwendigkeit, ihre Dienste als Soldat und sonst sobald das Gesetz dazu sie in der Folge auffordern würde, ganz ungenutzt vorbeigehen ließ.“ Außerdem „war jedoch vor allem der Ton und der ganze Geist, mit welchem der Rector scholae Herr Hermes in der Geographie rücksichtlich des Königreichs Westfalen und selbst der neuesten politischen Ereignisse Unterricht erteilt hatte und urteilte, anstößig und auffallend.“

6. M. Sta. B 18 I 1227.

7. M. Sta. B 35 IX b 1 III.



Lehrer in mehreren Abteilungen unterrichten oder ältere Schüler zur Hilfe heranziehen mußte.<sup>8</sup>

Neben diesen allerdings trüben Seiten darf man nicht vergessen, daß das Elementarschulwesen in den größeren Städten in recht gutem Zustand war. In Magdeburg bestanden 16 Schulen mit (1810) 1289 Schülern, deren Zahl sich im folgenden Jahr auf 1459 hob.<sup>9</sup> Sämtliche aufgeführten Lehrer wurden als gut und fähig bezeichnet. Alle, die dessen bedürftig waren, erhielten aus der Elementarschulkasse Zuschüsse. Die vornehmen Privatschulen fielen natürlich aus. Viele Lehrer hatten bereits Freischüler aufgenommen, wozu auch die andern angehalten wurden. Der Erfolg dieser Schulpolitik läßt sich bei der innerhalb eines Jahres um 13 % angewachsenen Schülerzahl nicht leugnen.

Frauen war schon 1805 verboten, Schulen zu eröffnen. Die schon bestehenden Anstalten wurden geduldet. Selbstverständlich hatten sie die Erlaubnis, in anderen Schulen zu unterrichten.<sup>10</sup>

### Höheres Schulwesen.

An sich war das Königreich mit „hohen“ oder „lateinischen“ Schulen reichlich versehen, auch der Zustand war den Zeitverhältnissen entsprechend zufriedenstellend. Leider hatten die Ereignisse nach 1806 wenig günstige Einwirkungen gezeitigt.

Im Harzdep. bestand ein Gymnasium in Mühlhausen, an dem 13 Lehrer wirkten, darunter ein Franzose. Die Gehälter insgesamt beliefen sich auf 2565 Rth. jährlich, das höchste betrug 440 Rth., das niedrigste 18 Rth. Einige der Lehrer hatten nebenher Kantorenstellen inne, der Franzose zog Einnahmen aus Privatunterricht. Besser besoldet waren die Stellen am Gymnasium in Nordhausen. Das Gebrechen der Schule lag darin, gleichzeitig gelehrte Schule, Bürger- und Elementarschule zu sein. Dazu reichten die vorhandenen Lehrkräfte nicht aus.<sup>11</sup> Außerdem verfügte das Harzdep. noch über ein finanziell

---

8. ebd. 1 I.

9. M. Sta. B 18 I 1121.

10. M. Sta. ebd.

11. M. Sta. B 35 IX d 2.

glänzend gesichertes Pädagogium in Ilfeld (10 Lehrer mit 2854 Rth.), zwei Gymnasien katholischer Konfession in Duderstadt (3 Lehrer, Geistliche, mit 21 Schülern) und Heiligenstadt. Das Lyzeum in Osterode zählte 144 Schüler mit fünf Lehrern. Das alte Lyzeum in Clausthal war wegen allzu geringer Gehälter fast ohne Lehrer. Die „hohe“ Schule in Zellerfeld wurde von 38 Schülern besucht. Die drei Lehrer rühmten sich, ihre Zöglinge bis zum Verständnis von Cornelius Nepos, Cäsar und Phaedrus zu führen.<sup>12</sup>

In Barby bestand ein Pädagogium der Herrenhuther, das auf Wunsch der Kirche nach Sachsen auswandern sollte, um sich mit einem andern aus finanziellen Gründen zu vereinigen. Der Unterhalt war angeblich zu kostspielig. Es scheint aber, als ob der Wunsch, weiter unter sächsischer Herrschaft zu stehen, ausschlaggebender gewesen ist. Nachdem man die Erlaubnis zur Kapitalausfuhr eingeholt hatte, gestattete Siméon ohne weiteres die Auswanderung. Mitglieder des Pädagogiums waren: ein Vorsteher, ein Inspektor, drei Lehrer, vier Aufseher und 43 Zöglinge, darunter fünf Engländer. Nur zwei von ihnen besaßen die westfälische Staatsangehörigkeit und unterstanden der Conscription.<sup>13</sup>

Einen neuen Auftrieb erhielten die Frauenschulen durch das Eintreten tatkräftiger Schulmänner. So schrieb J. Chr. A. Heyse, Rektor in Nordhausen, 1811: „Die Frau kann bloß etwas nähen, stricken, zeichnen und sticken, auch wohl Putz machen, weiß sich dabei recht modern und geschmackvoll zu kleiden, und ihren Schönheiten einen erhöhten Reiz zu geben; wendet vielleicht daneben ihre Geschicklichkeit im Lesen, ohne erlangte Festigkeit in Grundsätzen, bloß dazu an, Romane zu lesen und bei Gelegenheit zu spielen — und das heißt man Bildung und Vorbereitung zum weiblichen Beruf!“ Er schlug eine gründlichere Ausbildung, besonders in der Literatur, vor.

In Mühlhausen wurde bereits eine Töchterschule unterhalten, an der zwei Lehrer wirkten. Der Unterhalt kostete jährlich 528 Rth. Neben den geistigen Fächern erschienen im

---

12. Über die ehemals hannoverschen Schulen vgl. Thimme II, 269.

13. M. Sta. B 18 I 1096.

Stundenplan auch „Vorbereitungen zu guten Haushälterinnen, wobei die Weiber der Lehrer hilfreiche Hand leisten“. In der ersten Klasse saßen 146 Schülerinnen, in der zweiten 96.<sup>14</sup>

In Halle regten sich Stimmen, die für die Mädchenschulen Frauen als Lehrer forderten, als die Neuordnung der Franckeschen Stiftungen durchgeführt wurde. „Es ist eine Beleidigung der Natur, daß unter 1000 Knaben 300 Mädchen herumlaufen und von Männern (ich will nicht mehr sagen: Studenten) ohne weibliche Aufsicht gebildet werden sollen. Daher zum Teil die tiefe Verderbtheit des weiblichen Geschlechts in Halle.“ Man schlug vor, die Mädchenschule ganz von den Stiftungen zu trennen und dem Jenaischen Fräuleinstift anzugliedern.<sup>15</sup>

### Schuletats und Schulgeld.

Es war ganz allgemein für Elementarschulen herkömmlich gewesen, daß die Lehrer selbst für ihr Einkommen sorgten. Sie durften von den Eltern Schulgeld fordern und selbst eintreiben. Abgesehen davon, daß ihnen das nicht immer gelang, war die Entschädigung sehr karg bemessen. 4—6 gr. im Vierteljahr wurden als hoch bezeichnet. Naturalentschädigungen spielten eine große Rolle. Manche Lehrer aßen der Reihe nach bei den Dorfbewohnern, wohnten sogar abwechselnd bei den Bauern. Allmählich bequeme sich der Staat zur Zahlung regelmäßiger Gehälter, weil man den Geldmangel der Lehrer als das Grundübel im gesamten Schulwesen erkannt hatte. Hoch waren die Besoldungen allerdings auch jetzt nicht. 40 bis 60 Rth. wurden oft unter-, aber selten überschritten.

Die Lehrer beschwerten sich zuweilen, daß sie die Schulgelder nicht erheben könnten, weil die Eltern sich weigerten zu zahlen. Wolffradt genehmigte aber nicht, daß das Schulgeld von den Kommunaleinnehmern eingezogen würde, wie beantragt war, „da demselben für jetzt mehrere Bedenklichkeiten entgegenstehen“. Dieselbe Ablehnung erfuhr der Antrag später von Leist.<sup>16</sup>

---

14. M. Sta. B 35 IX d 1 I.

15. M. Sta. B 7. 105.

16. M. Sta. B 35 IX b 37.

### Die Universität Halle.

Die Universität hat in westfälischer Zeit eine Reihe von Gefahren überwinden müssen, die sie bis nahe an den Untergang führten. Daß sie alle überstand, ist das Verdienst ihres Kanzlers Niemeyer. Zwar ist er gerade von preußischen Kollegen viel angefeindet worden wegen seiner regierungstreuen Haltung, die sich tatsächlich oft bis zu unterwürfigen Äußerungen gegenüber Jerome steigerte. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß er alles nur seiner Universität zuliebe tat.

In dem Kriegsjahre 1806 hatte die Universität ihre Pforten geschlossen. Am 29. 12. 1807 erst erging die Ankündigung, daß wieder Vorlesungen abgehalten werden würden, am 17. 5. 08 begannen sie. Die Wiedereröffnung war auch volkswirtschaftlich ein bedeutendes Ereignis. Die Stadt hatte jährlich durch die Universität ein Einkommen von 200 000 Rth.<sup>17</sup>

Zur Wiedereröffnung hatte Niemeyer Jerome, „gleichsam den zweiten Gründer der Universität“, um eine feierliche Erklärung gebeten. Gleichzeitig verkündete er neue Grundsätze. So sollte jeder, bevor er zur Universität kam, wie in Preußen ein Maturitätsexamen ablegen müssen, um Ungeeignete fernzuhalten. Ferner sollten an der Universität bei Vernachlässigung überflüssiger Fächer neue eingeführt werden, die den Bedürfnissen eines modernen Staates Rechnung trugen, wie Forst- und Naturwissenschaften.<sup>18</sup> Die Privatdozenten sollten ordnungsmäßig promovieren und sich habilitieren, bevor sie Vorlesungen ansagten.<sup>19</sup> Die Zahlen der Studierenden waren leider gering, im Sommer 1812 177, im Winter 203. Ein Teil der Vorlesungen konnte aus Mangel an Hörern nicht gelesen werden.

Das Verhältnis zwischen Universitätsbehörden und Studenten war das denkbar schlechteste. Schon 1798 hatte Friedrich Wilhelm sich gezwungen gesehen, eine strenge Strafordnung für die Musensöhne zu erlassen.<sup>19a</sup> Ganz besonders wurde aber in

---

17. M. Sta. B 7. 1.

18. M. Sta. B 3 Spec. 838.

19. M. Sta. B 7. 5.

19a. „Die Nachricht, mit welcher bis itzt diejenigen Studierenden behandelt worden, welche sich Ungezogenheiten und Ausschweifungen erlaubt, und hauptsächlich die Gelindigkeit der bis itzt in solchen Fällen erkannten

zunehmendem Maße auf „das verderbliche Landsmannschaftenswesen“ gewettert, dem Niemeyer allerdings weniger Gefährlichkeit beimaß: „Es sind recht kindliche Dinge, mit denen sie sich beschäftigen, und man täte Unrecht, sehr viel Bedeutung darin zu sehen.“<sup>20</sup> Aus studentischen Kreisen kamen anonyme Anzeigen, „daß sich hier der Geist der Landsmannschaften wieder zu regen anfängt. Unterzeichnete, die ihre Bestimmung kennen, fühlen sich dadurch gestört und bedrückt. Sie wissen, daß Seine Magnifiz. unser verehrtester Herr Canzler ihm schon scharf auf der Spur ist, und wir haben keine Ursache, an seiner Gerechtigkeit und Unparteilichkeit zu zweifeln. Dennoch fürchten wir, da der Sohn eines vormaligen Professors gewiß à la tête ist, andere Personen könnten zu viel nachsehen.“ Die Schreiber hatten nicht ganz recht. Es waren mehrere Professorensöhne beteiligt, zwei Söhne Merckels und der Sohn Reils. 1810 wurde dann ein „Verzeichnis der vorzüglichsten streitsuchenden Studenten“ veröffentlicht. Die Verwarnung nutzte wenig. So wurden im August die Senioren der Verbindungen auf ein Jahr relegiert, einer „der Student Stamm aber, als ein vorzüglich schlechtes Subjekt damit in perpetuum“ belegt. Daß man trotz alledem des Treibens nicht Herr werden konnte, liegt an der inneren Spaltung der Professorenschaft, die zum Teil auf seiten der Landsmannschaften standen. Niemeyer ergriff darauf die letzte Möglichkeit. Er ließ niemanden mehr zur Immatrikulation zu, der sich nicht verpflichtete, von einem geheimen Orden fernzubleiben<sup>21</sup> (27. 2. 11).

Seit dem Herbst 1812 mehren sich die Nachrichten über staatsfeindliche Umtriebe. Niemeyer mußte mehrmals Anschläge entfernen, auf denen Worte wie „Bonaparte ist tot! Auf!“ zu lesen standen. Er beeilte sich dann stets, jeden Verdacht von den Studenten abzulenken, und behauptete, daß hinsichtlich der Schuldigen „nicht von den Studierenden, sondern bloß von Knaben die Rede sei, die noch unter der Rute stehen würden“, wenn man ihrer habhaft werden könnte. Die stetige Angst vor einer Schließung der Universität bestimmte ihn dazu.

Strafen, haben die ungebildeten Jünglinge veranlaßt, ihren Frevel so weit zu treiben, daß solcher der öffentlichen Sicherheit gefährlich geworden.“

20. M. Sta. B 3 Spec. 840.

21. M. Sta. B 7. 6.



Am 14. 2. 13 erließ die preußische Regierung ein Dekret, „wonach alle jüngeren Preußen zwischen 17 und 24 Jahren wenigstens auf 1 Jahr in Militärdienst treten sollen, wenn sie auf Beförderung im Staat rechnen wollten. So hat dies eine solche Sensation gemacht, daß alle, selbst ohne Briefe von ihren Eltern abzuwarten, sich entschlossen haben, sogleich in ihr Vaterland zu gehen“. Darüber hinaus stellte Niemeyer fest, daß auch westfälische Untertanen nach Preußen verschwanden.<sup>22</sup>

Am 2. Mai erfolgte die Besetzung Halles durch russische und preußische Truppen. Niemeyer war nach Sachsen geflohen. Ein Professor versicherte, „daß unter denen, welche die in Halle anwesend gewesenen Preußischen und besonders preußischen Befehlshaber für verdächtig gehalten, Niemeyer ganz vorzüglich als mauvais sujet ausgezeichnet worden sey“. Ein Offizier habe sich in den heftigsten Ausdrücken über den Kanzler geäußert und unter anderem von „kurzen Prozeß machen“ gesprochen.<sup>23</sup> Sonst scheint Ruhe geherrscht zu haben wie auch früher bei den Durchzügen des Herzogs von Oels und Schills.

Es sollte sich bald zeigen, daß alle Bemühungen Niemeyers vergeblich gewesen waren. Am 5. 7. 13 hob Jerome die Universität auf. Am Tage vorher passierte Napoleon die Stadt.<sup>24</sup> Die Versetzung einiger Professoren nach Göttingen und Marburg wurde in Aussicht genommen.

In der inneren Universitätsgeschichte war das wichtigste Ereignis die Gründung einer Disziplinarkommission, die aus fünf Professoren bestand. Disziplinarsachen sollten seit 1811 nicht mehr vor dem Generalkonsilium, das zu langsam arbeitete, verhandelt werden. Die Mitglieder waren nicht bloß die Dekane, denn, so schrieb der Rektor, es sei Grundsatz, „daß diese Kommission immer aus tüchtigen, ehrbaren, unparteiischen Männern bestehe. Das sind grade die Decani nicht immer“.<sup>25</sup>

22. M. Sta. B 7. 6.

23. M. Sta. B 3. Spec. 848.

24. M. Sta. B 3 Spec. 848. „Seine kaiserliche Majestät haben sich in dem höchsten Unwillen über unsere arme Stadt ausgelassen. Auch gegen die Universität erklärten sich Seine Kaiserliche Majestät sehr ungnädig und einige wollen bestimmte Drohungen von Aufhebung derselben gehört haben. Die Professoren sollten sich um die Wissenschaft, nicht um die Politik kümmern usw. Herr Professor Schmelzer, welcher am nächsten stand, erwiderte einige Worte, die jedoch keinen Eingang zu finden schienen.“

25. M. Sta. B 7. 8.

Die Gründung der Kommission stand im Zusammenhang mit einer allgemeinen Neuordnung der akademischen Strafen. Es drehte sich vor allem um die Frage, wie weit sich die Disziplinarstrafen in die bürgerliche Sphäre erstrecken dürften, ob es also z. B. möglich wäre, einen Studenten aus Halle zu verweisen. Die Relegation sah an sich die Trennung des Bestraften von allen Studierenden vor, was nicht ohne Entfernung aus der Stadt ging. Diese wurde aber schwierig, wenn die Eltern selbst in Halle wohnten. Die endgültige Entscheidung sprach folgende Grundsätze aus: „Eine Disziplinarstrafe kann sich bloß auf das Wesen des Studierenden als solchen erstrecken; sie darf nicht eingreifen in das bürgerliche Verhältnis des Studierenden, noch weniger aber darf sie bürgerliche Rechte des Studierenden als Staatsbürger verletzen, als dazu stets ein Staatsurteil gehört. Das Relegat als Disziplinarstrafe kann daher vom akademischen Senat bloß in der Hinsicht ausgesprochen werden, daß ein Individuum unwürdig sei, an dem Genuß einer wissenschaftlichen Bildung ferner Teil zu nehmen.“ Es scheint aber, als ob unbeschadet dieser Bestimmungen der Maire von Halle eine gewisse Aufsicht über relegierte Studenten führen sollte.

Die Regelung des Disziplinarwesens sollte offensichtlich die Vorstufe zu einer Universitätsgesetzgebung sein, nach dem Vorbild Göttingens. Im Mai 1813 war Niemeyer dabei, die Göttinger Gesetze zu prüfen, die sich teils aus den alten Ordnungen, teils aus Erlassen Leists zusammensetzten. Das Ganze war in Harmonie mit der westfälischen Verfassung gebracht.<sup>26</sup>

J. v. Müller war zu seiner Zeit mit einem eigenartigen Vorschlag hervorgetreten, der aber keinen Beifall gefunden hat. Er wollte eine einheitliche Uniform für alle Studenten einführen, besonders mit Rücksicht auf Göttinger Verhältnisse, „weil es dort viele Ausländer gibt, unter denen mehrere reich, eitel und stolz sind. Die nationalen Unterschiede, die die Uniform verschwinden lassen würde, sind allgemeiner und gefährlicher als selbst in Halle“.

Die Höhe der Besoldungen für alle Beamte der Universität wuchs von 6859,06 fr. im Dezember 1809 auf 9765,08 fr. im August 1813 an.

---

26. M. Sta. B 7. 9.

### Franckesche Stiftungen.

Die finanzielle Sicherung der Stiftungen war durch den Besitz der Güter in Reideburg und Canena und des Vorwerks gegeben. Sie brachten 4000 Rth.<sup>27</sup> ein. Dazu trat: Ertrag der Buchhandlung, des Kalenders, der Departementsblätter der Saale und Elbe und des Distriktsblattes von Bielefeld. Zusammen mit den Pächterträgen ergaben sich insgesamt rund 45 000 fr. jährliche Einnahmen. Die Gehälter allein machten indessen schon über 60 000 fr. aus;<sup>28</sup> dieser Betrag wurde selbst durch die Einnahmen aus Schulgeld und geringeren Quellen nur knapp gedeckt. Deshalb bat man Leist um Beihilfen, der sich auch dafür aussprach, selbst nach der Aufhebung der Universität. Die Trennung der Stiftungen von der Universität, die von manchem als unheilvoll betrachtet wurde, sah Leist in günstigerem Licht. Er ließ Vorschläge ausarbeiten, die eine neue Organisation der gesamten Anstalten vorsah: 1. Pädagogium vereinigt mit der Lateinschule in einem Lyzeum mit 18 Lehrern; 2. Realschule und deutsche Knabenschule vereinigt zu einer Bürgerschule mit 18 Lehrern; 3. die Freischule wird mit einem Seminar für Landeschullehrer verbunden; 4. die Mädchenschule wird dem Jena'schen Fräuleinstift zugeteilt; 5. die Schülerpensionen werden zusammengelegt; 6. eine Schulbibliothek wird aufgebaut, ebenso eine „Naturalienkammer“; 7. die Buchhandlung wird reformiert, gibt den Sortimentsbuchhandel auf und geht mit der Hanstein'schen Bibeldruckerei eine Verbindung ein; 8. Apotheke und Medikamentenexpedition vereinigt; 9. die Speisewirtschaften werden in genauere Verwaltung genommen, Bäckerei und Brauerei verpachtet; 10. der Besitz an Häusern in Glaucha wird, wenn auch mit Verlust, veräußert; 11. der Rendant soll nur Rechnungsführer sein und sich nicht in die Schulverwaltung mischen.

Durch diese ohne Zweifel praktischen Reformen erhoffte Leist eine finanzielle Besserung zu erzielen.

---

27. M. Sta. B 7. 104.

28. M. Sta. B 6 d 20.

## Kapitel 11.

### Postwesen.

Über die Unzulänglichkeit des Postwesens waren sich Untertanen und Regierende einig. Trotzdem man durch das Dekret vom 11. 2. 08<sup>1</sup> dem gesamten öffentlichen Verkehrswesen eine neue Organisation gegeben hatte, war die Unordnung die alte geblieben. Ein einheitlicher Posttarif kam erst am 31. Oktober zustande. Die gesamte Postverwaltung krankte an übertriebenem Bürokratismus.

Selbst die Königin gab ihrer Unzufriedenheit Ausdruck. Sie schrieb an ihren Vater: „Sie sehen, daß die Unzuverlässigkeit der Posten hier dieselbe ist. Der König beklagt sich dauernd über die Öffnung der Briefe. Er hat an den Kaiser geschrieben, der aber nie geantwortet hat.“<sup>2</sup>

Die neuen Tarife waren so hoch, daß spöttisch bemerkt wurde, darin könnte die Post allerdings in Deutschland nicht übertroffen werden. Das Resultat war verheerend: „Die Verwaltung der Post, deren Einkünfte ehemals auf 900 000 fr. stiegen, bringt heute absolut nichts ein. Die schlecht unterhaltene Verwaltung, die zu große Zahl der Beamten, die enorme Höhe der Gebühren, haben dies Ergebnis gezeitigt.“<sup>3</sup>

Besonders schlimm war es in der Zeit der französischen Verwaltung gewesen. Der Unsicherheit in den östlichen Departements entsprachen die Verluste von Postsachen. Im Februar

---

1. Moniteur, 13. 3. 08.

2. Schloßberger I, 121, ähnlich I, 134. — War es übrigens so unerhört, wenn ein Brief in kriegerischen Zeiten geöffnet wurde? Auch die Preußen, die 1813/14 in ihre alten Provinzen wieder einzogen, haben diese Vorsichtsmaßregel für nötig erachtet, obgleich sie doch keine „despotischen Fremdherrn“ waren. So berichtet G. P. Bülow, 92: „Die eingehenden Briefe wurden angehalten und eröffnet, nur die an mich gerichteten durch seinen Adjutanten überbracht . . ., denn meinem altbraunschweigischen und deutschen Patriotismus ward vertraut.“

3. Reinhard am 10. 8. 09. Mém. IV, 296.

1808, gleich nach Ordnung des Postwesens, reklamierte das Magdeburger Bankhaus Morgenstern u. Co. 800 Rth., die 1807 „zwischen Stendal und Osterburg von dem Leipziger Postwagen entkommen“ waren. Der Magdeburger Postdirektor verwies die Bankiers an die preußische Post, die wiederum alle Ansprüche zurückwies und die Franzosen verantwortlich machte. Mochte sich auch der Präfekt und das Ministerium in Berlin verwenden, die französische Behörde gab nur ablehnende Bescheide und antwortete schließlich gar nicht mehr.<sup>4</sup>

Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, gab die westfälische Verwaltung jeder Post eine militärische Eskorte,<sup>5</sup> die anfangs von der Gendarmerie, später wegen deren Überlastung von Veteranen oder Linientruppen gestellt wurde (Juli 1808), ja sogar von Landbewohnern. Die Verpflegung der Begleiter war lange ungeklärt. Privatleute und Gemeinden lehnten Lieferung von Nahrungsmitteln ab, die Post wollte nichts zahlen, und die Truppenteile sahen sich schließlich auch nicht veranlaßt, Gelder zum Vorteil der Post auszugeben. Die Soldaten sorgten gewaltsam für ihre Verpflegung, bis Eblé die Post zur Nahrungslieferung verpflichtete, wie es auch billig war.<sup>6</sup>

Den Posten stand das Recht auf Requisition von Pferden seit Januar 1809 zu. Das Dekret hatte sich als notwendig zur Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Postverkehrs erwiesen.<sup>6</sup>

Die regelmäßig zweimal wöchentlich von Magdeburg abgehenden und ankommenden Posten, gleichzeitig im Osten die wichtigsten, waren:

- I. Reitende Posten: 1. Clevische Post; 2. Casseler Post; 3. nach Hamburg; 4. nach Leipzig über Halle; 5. nach Berlin.
- II. Botenposten: 6. nach Schönebeck; 7. nach Burg.
- III. Fahrende Posten: 8. Große Clevische Post mit zwei Routen; 9. nach Halberstadt; 10. nach Braunschweig; 11. nach Zerbst; 12. Mansfelder Post; 13. nach Salzwedel; 14. nach Hamburg über Stendal; 15. nach Hamburg über Havelberg; 16. nach Leipzig über Halle; 17. nach Coethen; 18. Große Berliner Post; 19. Kleine Berliner Post.

---

4. M. Sta. B 18 I 300 I.

5. M. Sta. B 26. 71. 9.

6. M. Sta. B 26. 71. 1.



Eine Reihe von Postlinien ging wegen zu geringer Erträge ein. Die Strecke Halberstadt—Paderborn erforderte mehr Verwaltungskosten, als sie Einnahmen brachte. Ebenso fielen von den verschiedenen Landesherren eingerichtete rivalisierende Posten fort.<sup>7</sup> Besonders unrentabel war die Post von Halle nach Erfurt gewesen, weil die Franzosen die Unterhaltung bis Artern durch Westfalen gefordert hatten, aber die Einnahmen für sich vorbehielten.<sup>8</sup>

Die Kaufleute in Magdeburg hatten behauptet, daß die preußische Post besser gewesen wäre. Als die Ansicht Bülow zu Gehör kam, forderte er die Kaufmannschaft auf, offen ihre Meinung auszusprechen und die einzelnen Klagepunkte vorzubringen. Es ergab sich, daß man eine Beschleunigung der Posten wünschte, einen genaueren Posttarif und Registrierung der Briefe, hauptsächlich aber bedauerte, daß nicht wie früher Postverträge mit auswärtigen Staaten beständen, wodurch eine Verteuerung der Postsendungen bei größerer Unsicherheit entstanden wäre.<sup>9</sup> Die Klagen verhallten nicht erfolglos. Die neue Postorganisation vom 30. 9. 10 mit den Ergänzungsbestimmungen aus dem Jahre 1811 trug ihnen Rechnung.<sup>10</sup>

Schon 1808 hatte Bülow die Führung von Büchern befohlen, in denen die Reisenden Beschwerden eintragen konnten.<sup>11</sup>

Die Postillone entschuldigten Verspätungen entweder mit den ungenau gehenden Dorfuhren, für deren Genauigkeit die Maires verantwortlich waren, oder mit dem schlechten Zustand der Straßen. Andererseits waren die Postillone nicht gerade rücksichtsvoll in Schonung der Äcker, die die Bauern durch Gruben schützten: „Es sind aber die Gruben von den Postschirrmeistern und Knechten der Wanzleber Post, im Beisein der Feldhüter, ihr Verbot nicht achtend, geradezu niedergestoßen worden, und haben mit Gewalt also den Weg über die Saatzfelder genommen. Diesen sind nun alle übrigen Wagen gefolgt und haben sich immer weiter und weiter auf den Saaten ausgebreitet, so daß an 100 Morgen total ruiniert sind.“ Als einem Postillon bei Gröningen das Unglück zustieß, seinen Wagen mitten in der

7. M. Sta. B 26. 71. 4.

8. M. Sta. B 26. 71. 3.

9. M. Sta. B 18 I 300 I.

10. M. Sta. B 18 II 300 II.

11. M. Sta. B 18 I 300 I.

Nacht umzuwerfen, verweigerte ihm der Maire jede Hilfe. Nicht das beste Einvernehmen zwischen Post und Bevölkerung spricht aus diesen Tatsachen. — Die Blankenburger Einwohner waren unzufrieden, daß sie keine Kontrolle über die Post ausüben konnten, der sie anscheinend nicht vertrauten. Auch die Polizei hatte nicht das Recht, Untersuchungen durchzuführen, wie Staatsrat Pothau mehrfach betonte. Es war aber zulässig, Beschwerden beim Generaldirektor einzureichen.<sup>12</sup>

Der Magdeburger Postdirektor Pauli trug nicht zur Beliebtheit der Post bei.<sup>13</sup> Durch ein Mißverständnis war er in Kampf mit der Kaufmannschaft geraten, die Schulenburg ersuchte, „den Herrn Postdirektor Pauli gnädigst bemerken zu lassen, daß derselbe künftig in seinen Bescheidungen etwas artiger sei“.

Unter strengen Strafen war es verboten, Briefe und Pakete von Privaten befördern zu lassen. Zuwiderhandlungen waren aber wegen der hohen Tarife häufig. Ein gewisser Spormann in Ilsenburg wurde, weil er Briefe nach Braunschweig und Wolfenbüttel gebracht hatte, mit einer Geldstrafe von 150 fr. belegt.<sup>14</sup>

Gegen Ende des Reiches verfiel der Postverkehr mit großer Schnelligkeit. Im Mai 1813 verweigerte die Post in Magdeburg die Annahme von Wertsachen. Der Betroffene war Propst Roetger, der Obligationen nach Halberstadt schicken wollte. Bercagny gab auf Anfrage zu, daß die Lage des Departements allerdings schon bedenklich sei.<sup>15</sup> Vom September ab wurde keinerlei Garantie für eingelieferte Sachen geleistet.<sup>16</sup>

Bei der Grande Armée hatte während des russischen Feldzuges eine westfälische Poststelle bestanden.<sup>17</sup> Auch dort ging viel verloren. Im Dezember 1812 wurde bekanntgegeben, daß alle vor dem 19. November abgeschickten Wertsachen in die Hände der Feinde gefallen seien.<sup>18</sup> Die übrige Verbindung zur Armee wurde von den kaiserlich französischen Posten aufrecht erhalten, denen eine bevorzugte Behandlung im Königreich zu-

---

12. M. Sta. B 26. 71. 4.

13. M. Sta. B 18 I 301.

14. M. Sta. B 26. 71. 8.

15. M. Sta. B 18 II 112 H.

16. M. Sta. B 18 II 39 II.

17. M. Sta. B 18 II 39 I.

18. M. Sta. B 26. 71. 7.

gesichert war. Alle Torwärter waren angewiesen, sie ohne Aufenthalt passieren zu lassen.<sup>19</sup>

Zwischen dem Herzog von Dessau als dem Haupt der anhaltinischen Fürstenhäuser und dem König von Preußen hatte vor 1807 eine Konvention bestanden, nach der Preußen den Postverkehr in Anhalt aufrecht erhielt. Dafür wurden die Erträge in die Berliner Kasse geliefert. Nach dem Tilsiter Frieden hörten die Zahlungen auf. Chaalons verlangte, daß der Inhalt der Dessauer Kassen sofort nach Magdeburg geschickt würde, andernfalls drohte er mit Besetzung der Postämter. Der Herzog verhielt sich diesem Ansinnen gegenüber sehr reserviert und reichte einen Vorschlag über die Überlassung der Posten diesseits der Elbe an den König von Westfalen ein. Es scheint, daß 1809 ein gegenseitiger Vertrag auf dieser Basis zustande kam. Der Herzog hatte sich die Ernennung der Offizianten und Portofreiheit vorbehalten.<sup>20</sup> Schulenburg hatte sich gegen die überspitzten Ansprüche Chaalons' ausgesprochen, weil er das gute Einvernehmen mit dem Herzog aufrechtzuerhalten wünschte.

Daneben wurden, um der Beschwerde der Kaufleute die Spitze abzubrechen, mit anderen großen Staaten Postkonventionen angebahnt. Im August 1808 trat Schönhammer mit Montgelas in Verbindung. Der bayerische Staatsmann förderte das Unternehmen, so daß die Konvention schon im September ratifiziert wurde.<sup>21</sup> Vor allem wünschte man mit Frankreich zu einer Vereinbarung zu kommen. Der Generalsekretär Alliey ging nach Paris, obgleich sich Bülow wenig Erfolg davon versprach. Er sollte recht behalten. Ein endgültiger Erfolg wurde nicht erzielt. Die „difficultés majeures“ behielten die Oberhand. Der dauernde Wechsel in den Beziehungen der beiden Staaten wirkte sich verhängnisvoll und vertrauenstörend aus. Gerade nach dem Verlust der hanseatischen Departements an Frankreich wäre ein Übereinkommen wegen der außerordentlich engen Handelsverbindung dringend gewesen, aber nur für Westfalen, nicht für Napoleon. So war die Verhandlung zum Scheitern verurteilt.<sup>22</sup>

---

19. M. Sta. B 18 I 300 I.

20. M. Sta. B 18 I 300 I.

21. G. Sta. Westf. 1 B Bayern 5.

22. G. Sta. Westf. 1 B Frankreich 53.

## Kapitel 12.

### Steuerwesen.<sup>1</sup>

Bevor wir uns der lokalen Finanzverwaltung zuwenden, wird ein Blick auf die allgemeine Finanzlage des Reiches manche unverständliche Härte, die uns dort entgegentritt, verständlich machen.<sup>2</sup>

Die Finanzen waren in Westfalen so gut wie nie in Ordnung. Daß diese Tatsache allgemein bekannt war, hat dem Ansehen des jungen Reiches ungeheuer geschadet. Es ist aber verfehlt, das Luxusbedürfnis des Königs dafür allein verantwortlich zu machen. Natürlich stand der Pomp des Hofes in schreiendem Gegensatz zu der Leere der Staatskassen, aber auch ohnedem wäre das Unglück eingetreten.

Viel eher kann Napoleon als der Schuldige bezeichnet werden. Seine unsinnigen Kontributionsforderungen, die Einziehung eines Teils der Domänen griffen dem gerade gegründeten Staat an die Wurzel. Napoleon hat nicht den finanziellen Ruin des Staates gewollt, vielleicht war es ihm aber doch angenehm, Westfalen in finanzieller Hinsicht stets auf ihn angewiesen zu wissen. Er bekannte, daß auch er nicht frei handeln könne, weil ihn die ungeheuren Ausgaben für die Armee zwingen, Geld aus Westfalen zu ziehen, besonders aus der magdeburgischen Provinz, die am reichsten war. „Sie muß zahlen, wie die anderen Provinzen mir gezahlt haben.“<sup>3</sup> Wehe aber, wenn Jerome es wagte, ebenfalls Geld aus dem Magdeburgischen für s e i n e n

---

1. Auf die Kasseler Zentralbehörden gehe ich nicht ein. Vgl. Thimme II, Goecke u. Kleinschmidt.

2. Vgl. die Schrift des Finanzministers Malchus: „Über die Verwaltung der Finanzen des Königreichs Westfalen“. Eine fast wörtliche Übereinstimmung hiermit wies die preußische Finanzreform Bülow's von 1817 auf, die deshalb der Humboldtschen Opposition sehr verdächtig war.

3. Corr. de Nap. 14 058.

Staat zu gewinnen! Napoleon schrieb ihm am 10. 12. 11: „Die Hausbesitzer in Magdeburg geben ihre Häuser auf, um nicht die überhohen Lasten tragen zu müssen, die Sie (!) ihnen auferlegen. Ich habe Ihnen bereits empfohlen, Folgerichtigkeit und Sparsamkeit in Ihre Finanzverwaltung zu bringen.“<sup>4</sup> „Jeder mußte in dieser Provinz 123 fr., jedes Haus 807 fr. und jede Quadratmeile 415 819 fr. Schuld tragen“, gibt Jerome an.<sup>5</sup>

Schon im Sommer 1808 mußte er seinem Bruder melden, daß er die 180 000 Franken, die er der Amortisationskasse schuldete, nicht bezahlt habe, weil sie einfach nicht zur Verfügung standen: „... ich dachte nicht, daß es die Absicht Eurer Majestät wäre, daß ich verderbliche Zinsen bezahlen soll, um meine Schulden Ihr gegenüber begleichen zu können.“<sup>6</sup> Napoleon war empört über die Weigerung, da er die hohen Ausgaben für die Zivilbedürfnisse Jeromes kannte. Er machte die westfälischen Minister verantwortlich, daß die Zivilliste nicht die geringste Erhöhung erfahre.<sup>7</sup> An Jerome schrieb er selbst in sehr offenen Worten: „Was die Lage Eures Schatzes und Eurer Verwaltung anbetrifft, so geht mich das nichts an. Ich weiß, daß es um beide übel bestellt ist. Es ist eine Folge Eurer Maßnahmen und des Luxus, der bei Euch regiert. Alle Eure Handlungen tragen den Stempel der Leichtfertigkeit.“<sup>8</sup> Kurz davor hatte Jerome zugegeben, daß das Königreich nur noch sechs Monate bestehen könnte, wenn der finanzielle Zustand der alte bleibe.<sup>9</sup> Der Februar 1809 war der kritischste Moment. Danach gewöhnte man sich an Einsparungen. Aber leider war es nicht überall möglich: „Das Kriegsdepartement allein verbraucht mehr als die Hälfte der Einkünfte. Der gegenwärtige Augenblick erlaubt keine Sparsamkeit in diesem Verwaltungszweig, und die Ausgaben können höchstens wachsen.“<sup>9</sup> — Die Erwerbung Hannovers war für den König ein Anlaß, seine Zivilliste und den Militäretat zu erhöhen. Als die Provinzen an

---

4. Du Casse, 389.

5. Mém. III, 118.

6. Du Casse, 219.

7. Du Casse, 308.

8. Du Casse, 232.

9. ebd., 307.



Frankreich fielen, erklärte er sich mit einer entsprechenden Verminderung aber nicht einverstanden.<sup>10</sup> Dabei war eine Senkung der Ausgaben nirgends möglich, nur eine Erhöhung der Einnahmen konnte retten. Wie aber?, denn die Steuern waren sämtlich an ihrer Höchstgrenze angelangt. Zwar zahlten die Untertanen im Durchschnitt jährlich 19—20 fr. pro Kopf, eine Summe, die durchaus nicht ungewöhnlich in Deutschland war. Aber unter welchen Umständen wurden diese Gelder erhoben!<sup>11</sup> Die Einnahmen blieben mehr und mehr hinter den Etatanschlägen zurück. 3 000 000 Franken blieben im Februar 1813 aus Oker-, Saale- und Elbedep. aus, im März schon das Doppelte. Damals mußte außerdem eine ganz neue Armee aufgestellt werden.<sup>12</sup>

An welche Finanzmethoden man sich allmählich gewöhnt hatte, zeigt eine Aussage Reinhards: „Augenblicklich (Dez. 1812) ist der Schatz ganz gut in Ordnung, hauptsächlich weil der Sold für mehrere Monate noch nicht bezahlt worden ist.“<sup>13</sup> In der Tat war dieser Ausweg die einzige Rettung für den Staat. Im April 1813 teilte Jerome Napoleon mit: „Unsere finanzielle Lage ist derartig, daß seit dem 11. alle Anweisungen, die nicht auf Sold oder Gehalt lauten, suspendiert sind, und daß ich am Ende des Monats zwischen der Bezahlung der Armee und der Bezahlung der öffentlichen Beamten wählen muß.“<sup>14</sup>

### a) Französische Kriegssteuern.

Die französischen Kriegssteuern und ihre Folgen waren mit die größte Sorge, die der westfälischen Verwaltung in den ersten Jahren zufiel. Die außerordentliche Kriegsteuer vom 15. 10. 06 lastete innerhalb der westfälischen Grenzen nur auf dem Eichsfeld. Von den 773 522,47 fr. hatte das Eichsfeld bis zum Oktober 1807 schon 613 916,04 fr. bezahlt. Zu dem Rest trat noch ein Kontributionsrückstand von 110 089,84 fr., so daß bei Kon-

---

10. ebd., 405.

11. ebd., 240.

12. Du Casse, 448.

13. ebd., 426.

14. ebd., 449.

stituierung des Königreichs noch 269 696,27 fr. zu zahlen waren. Die Regentschaft war von Napoleon angewiesen, diese Gelder mit allen Mitteln einzutreiben. Die Kriegs- und Domänenkammer in Heiligenstadt konnte keine Erleichterungen für „das unglückliche Land, das wir verwalten“ erlangen. Die Regentschaft verweigerte „sogar das Recht, die Gnade Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen anzurufen“.<sup>15</sup> Das schon so arme Land zahlte tatsächlich noch bis zum 22. 4. 08: 206 050,88 fr. Gewöhnlich hatten sich die Gemeinden nicht anders zu helfen gewußt als durch Aufnahme von Schulden. In der Gft. Hohnstein betrugen die Kriegsschulden 116 143 Rth., in dem kleinen Kanton Dingelstedt 10 554 Rth., in Mühlhausen 37 269 Rth., im Distrikt Nordhausen 104 753 Rth.<sup>16</sup> Fürstenstein, der mit der Liquidation der Kriegssteuern beauftragt war, berechnete 1808 die napoleonische Kriegssteuer des linkselbischen Hzt. Magdeburg noch mit 12 129 074 fr., die binnen Jahresfrist zu zahlen waren.<sup>17</sup> Davon konnten 1 914 386 fr. auf den Saalekreis und das rechtselbische Herzogtum abgewälzt werden.<sup>18</sup> Die Aufstellungen Roetgers kommen ungefähr zu denselben Ergebnissen. Aus der Kriegssteuerkasse waren nach ihm rund 12 561 388 fr. an die Armee geflossen. Unter den geheimen Ausgaben treten „dons gratuits“ an die Generale auf. Sogar Eblé hat 4497 Rth. 5 gr. 4 Pfg. erhalten.<sup>19</sup>

### **b) Liquidation der öffentlichen Schuld.**

Die Liquidation der öffentlichen Schuld erforderte unter diesen Umständen einen gewaltigen Verwaltungsapparat, der nach der Aufhebung der Landstände in einer einzigen Behörde vereinigt wurde. Roetger, der zum Spezialliquidator in Magdeburg ernannt war, sprach sich für die Bildung einer einheitlichen Reichsschuld aus. Dadurch hoffte er die Benachteiligung der Magdeburger Provinz in der Kriegssteuerbelastung aufzuheben.

---

15. M. Sta. B 1. 1.

16. M. Sta. B 35 IV b 2.

17. M. Sta. B 11 a 273.

18. M. Sta. B 6 h 1.

19. M. Sta. B 6 h 2.

Eine geordnete Verwaltung forderte ohnehin die Vereinheitlichung. Dem trug die Regierung am 14. 7. 08 Rechnung. „Alle Schulden, welche auf den ehemaligen Staaten und Ländern, aus welchen das Königreich gebildet ist, haften, sollen als Gesamtschuld des Königreichs anerkannt werden.“ Die gleichmäßige Verteilung der Lasten, ungeachtet ihrer Herkunft, sollte der Festigung des Staates dienen. Nach einem Jahre war eine ungefähre Übersicht der gesamten Staatsschuld zusammengestellt, die eine Summe von 94 Millionen Franken aufwies. Davon trugen Magdeburg und die Altmark 28 0/0. Die endgültige Berechnung ließ noch höhere Summen erwarten. 1811 wird man die westfälische Schuld mit 200 Millionen kaum überschätzen, nachdem noch die Schulden der hannoverschen Provinzen hinzutraten.

Ohne uns hier auf die Verwaltungsart der zentralen Amortisationskasse unter Malchus einzulassen,<sup>20</sup> beschränken wir uns auf einige spezielle Fragen der lokalen Liquidation.

Zu Spezialliquidatoren der östlichen Provinzen waren am 9. 5. 08 ernannt: <sup>21</sup> Hzt. Magdeburg: Roetger, Sombart; Altmark: v. Alvensleben, Stosch; Preuß. Mansfeld: Kerssenbruch, Frantz; Halberstadt-Wernigerode: v. Oppen, Heyer; Eichsfeld: Borsche, v. Motz.

In der ersten Not hatte die Regierung am 1. 9. 08 von fünf Kaufmannshäusern des Reiches 2 Millionen Franken bei Bewilligung von 2 0/0 Provision und 6 0/0 Zinsen, aufgenommen. Unter ihnen waren auch die beiden Magdeburger Häuser G. Nathusius und Coqui, Cuni u. Co.; das erste gab 370 000 fr., das zweite 520 000 fr. Die anderen Firmen waren Juden in Kassel und Braunschweig. Die Rückzahlung sollte von den Erträgen der großen 20-Millionen-Anleihe getätigt werden. Schon im Mai 1809 beschwerten sich beide Häuser über ausbleibende Zinszahlung. Bülow ermahnte Malchus zur Einhaltung der Pflichten, um nicht den Kredit des Staates zu gefährden.<sup>22</sup>

Sehr weitgehend war es, wenn man sogar Privatschulden in die Staatsschuld aufnahm, wenn nachgewiesen wurde, daß der

---

20. Vgl. Thimme im Kapitel über das westfälische Schuldenwesen.

21. M. Sta. B 36. 3.

22. M. Sta. B 6 a 1126.

Krieg die Ursache dazu gegeben hatte.<sup>23</sup> Wenn mancher selbst mit einer Aufnahme nicht zufrieden war, sondern auch sofortige Auszahlung verlangte, so war das in Anbetracht der Finanzlage des Staates einfach unverschämt. Bis zum 1. 4. 12 konnten Ansprüche gestellt werden.<sup>24</sup>

In erster Linie wurden natürlich alte und neue Kommunal-schulden übernommen, um dem zerrütteten Gemeindekredit wieder auf die Beine zu helfen. Anleihen, die infolge des Krieges gemacht waren, verdienten wiederum den Vorzug. Wenn es sich auch um verhältnismäßig bescheidene Summen handelte, so brachte die ungeheure Zahl einen stattlichen Betrag. Eine genauere Übersicht wird sich kaum gewinnen lassen, da im einzelnen nicht immer klar ist, ob die Schulden auch tatsächlich in die Staatsschuld übernommen wurden. Es ist auch für die lokale Verwaltung von geringerem Interesse, da die Liquidation der Staatsschuld ausschließlich von der Zentralbehörde vorgenommen wurde.

### **c) Indirekte Steuern.**

Das westfälische indirekte Steuersystem sollte am 1. 1. 1809 in Kraft treten. Der Termin wurde auf den 1. 4. und schließlich 1. 6. verschoben. Zahlreiche Untertanen glaubten schon, von allen Akzisegefällen befreit zu sein, oder aber sie durch ein Patent ablösen zu können. Sogar die Maires verbreiteten diese falsche Meinung. Die Ausführungsdekrete waren am 15. 2. (Erhebungsart), am 9. 4. (Zweifelsfälle) und 1. 5. (Eingangsgefälle auf ausländische Waren) erlassen.

### **Zollorganisation.**

Durch die Revolutionierung der Territorialverhältnisse wurde eine neue Zollorganisation dringend notwendig. Das Zolldepartement bildete einen Teil der indirekten Steuerverwaltung. Auch hier ließ sich nicht alles auf einen Hieb erledigen. Der Geschäftsgang sollte behutsam so beibehalten werden, wie er unter dem Intendanten Chaalons in Übung gewesen war, um die Gefahr eines Ausfalls an Einkünften zu vermeiden.

---

23. ebd. 1128 II.

24. M. Sta. B 5 Gen. 4.

Die einzelnen Zollämter waren in eine zwiespältige Lage gekommen, indem ihnen befohlen wurde, nichts an der Art ihrer Erhebung zu ändern,<sup>25</sup> gleichzeitig aber alle Quellen gewissenhaft aufzusuchen und für das Staatswohl auszunutzen. Wie sollte also mit dem Bier aus Barby für die französische Garnison in Magdeburg verfahren werden? Barby gehörte nicht mehr zu Sachsen, sondern war ein Teil Westfalens. Tatsächlich wurde entschieden, daß das Gefälle, das bisher vom Bier erhoben wurde, auch weiter zu bezahlen wäre, trotzdem sich sogar das französische Militär (Beschwerde des Colonel Huart) dagegen wehrte.<sup>26</sup>

Auch Neueinstellungen von Beamten in die Zollverwaltung wurden in der ersten Zeit kaum vorgenommen.<sup>27</sup> Möglichste Einsparung erledigter Stellen galt als erwünscht. War es aber unumgänglich notwendig, ein Amt neu zu besetzen, so hatte der Präfekt in den einzelnen Fällen die Entscheidung. Meist zog man alte Soldaten heran. Vereinzelt hat der Finanzminister selbst in die Stellenbesetzung eingegriffen. Als der Präfekt im Februar 1809 die Einsparung einiger Stellen meldete, drückte ihm Bülow sein höchstes Vergnügen aus. Am 1. 6. 09 gelang es, durch Einführung der neuen Steuerverwaltung abermals 87 Stellen der Direktion Magdeburg einzusparen. Das Elend, das damit über zahlreiche Familien hereinbrach, war bei dem Fehlen von Ruhestandsgeldern sehr beträchtlich. Propst Roetger fühlte sich selbst verpflichtet, für einen der Betroffenen einzutreten. — Sämtliche Offizianten waren Deutsche, unter ihnen viele, die studiert hatten.<sup>28</sup>

Eine Aufstellung aus dem Mai 1808 führt allein für das Elbedep. 85 Landzoll-, 4 Elbzollämter und 1 Schleusenzollamt an. — Nachdem von Bülow am 6. 2. 09 Bernard und Schlefke mit der Organisation des Zollwesens beauftragt waren, erging am 4. 3. endlich ein Dekret über die provisorische Zollverwaltung. Danach sollte es vorläufig bei den bisherigen Erhebungen

---

25. M. Sta. B 18 I 417.

26. Überhaupt galt es als Grundsatz, daß Lieferungen für das westfälische wie das französische Heer im Königreich ebenso akzisepflichtig waren wie Privatlieferungen.

27. M. Sta. B 18 I 2.

28. M. Sta. B 18 I 27.



bleiben. Alles Bestreben solle darauf abzielen, eine vollständige Zolllinie an der Grenze zu errichten, wozu sowohl zweckentsprechende Neueinrichtungen als auch Verlegungen vorzunehmen seien. Nur große Heer-, Fracht- und Poststraßen wurden für den Ein- und Ausfuhrverkehr freigegeben. Für den örtlichen Grenzverkehr waren gewisse Erleichterungen vorgesehen.<sup>29</sup>

Oft war nicht das Geld zur Verfügung, um die administrativen Unkosten zu decken. Im März 1812 mußte der Receveur Apel in Schönebeck die Zahlung der Gehälter verweigern, weil die Kassen nicht genügend Mittel aufwiesen.<sup>30</sup>

Für das zukünftige Harzdep. wurde bereits am 29. 10. 06 vom Kaiser durch Dekret die Akzise- und Zolldeputation in Heiligenstadt konstituiert. Sie hatte mit dem Kommissariat Erfurt über dieses Territorium zu verhandeln. Jede Verbindung mit Berlin war untersagt, das aber erst am 3. 8. 07, also nach dem Friedensschluß, auf die Oberaufsicht verzichtete.<sup>31</sup> Auch hier mußten entsprechend den veränderten Territorialverhältnissen neue Zollstellen an den großen Verkehrswegen errichtet werden.<sup>32</sup> Die Verwaltung der ehemaligen Gft. Hohnstein kam durch kaiserlichen Erlaß am 1. 11. 06 an Heiligenstadt, nachdem sie bisher Halberstadt zugestanden hatte. Ein Kommissar bereiste die Grafschaft und stellte Listen über Einkünfte der Akzise-, Zoll- und Salzämter auf. Die gesamten indirekten Steuerüberschüsse betrugen 18 214 Rth.,<sup>33</sup> davon 1979 Rth. aus Zöllen. Die Sequestration der Privatzölle im Harz beschränkte sich auf wenige Ämter, die eigentlich Wegegeld erhoben,<sup>34</sup> ebenso wie im Saaledep.<sup>35</sup>

Die Verwaltung der Zölle in der Altmark war vor dem Tilsiter Frieden einem Komitee von sieben Räten in Brandenburg anvertraut. Nach dem Friedensschluß hörten dessen Funktionen auf, worauf eine nahezu vollständige Anarchie eintrat,

---

29. M. Sta. B 18 I 417.

30. M. Sta. B 18 II 87 I.

31. M. Sta. B 36. 1.

32. M. Sta. B 9. 183.

33. M. Sta. B 36. 2.

34. M. Sta. B 9. 184.

35. M. Sta. B 9. 122.

wie Chivaille berichtet.<sup>36</sup> Es wurde Abhilfe geschaffen, indem die Altmark der Zolldirektion Magdeburg angegliedert wurde (Arrêté vom 21. 10. 07). Neue Zollstationen gegen Preußen wurden angelegt, nicht aber wurden die Zollstationen zwischen den einzelnen Departements abgeschafft.<sup>37</sup>

Bis 1810 hatte an der Nordseeküste eine Douanenlinie das Eindringen englischer Waren zu verhindern versucht. Allmählich mehrten sich aber die Fälle, daß verbotenes Gut im Königreich auftauchte, so sehr, daß man auf die Vermutung kam, daß es nicht mehr von Norden, sondern von Osten eingeschmuggelt wurde. Am 17. 9. 10 wurde die Linie von Iburg bis Thedinghausen an die Ufer der Elbe verlegt. Von der sächsischen Grenze bis Hamburg entstanden in regelmäßigen Abständen Grenzposten. Die alte Linie war ausschließlich von französischen Douaniers besetzt, die es wegen ihrer Strenge mit der Bevölkerung verdorben hatten. Man sah von ihrer Wiederverwendung ab. Der leidige Finanzstand des Königreichs erlaubte nur wenige Brigaden, die geteilt wurden, so daß je 3 Mann einen Posten bezogen. Für die über 250 km lange Strecke wurden 100 Mann zur Verfügung gestellt. Auch diese Sicherung erschien nicht genügend. Im April 1811 tauchte der nie ausgeführte Plan auf, im Rücken der Elblinie eine zweite Zollgrenze zu ziehen.<sup>38</sup>

Eine der peinlichsten Fragen bei Einführung der neuen Zollverfassung war die Sequestration der Privatzölle, wie es den Grundsätzen der westfälischen Verfassung entsprach, peinlich deshalb, weil man damit einige große Familien schwer verletzte, denn die Einkünfte waren mitunter nicht unbedeutend.<sup>39</sup>

36. M. Sta. B 9. 47.

37. M. Sta. B 9. 49.

38. M. Sta. B 9. 58.

39. M. Sta. B 9. 61. Besonders wehrten sich die Gebrüder v. Alvensleben wegen Wegnahme des ergiebigen Wasserzolls in Rogätz. Sie wandten sich an den Minister, der ihr Gesuch aber im März 1810 ablehnte. M. Sta. B 18 I 413. „Die wichtigsten Privatzölle im Elbedep. waren:

	jährlich Rth.
Neugattersleben (v. Alvensleben) . . . . .	1100—1300
Rogätz (v. Alvensleben) . . . . .	1000—1200
Barby (v. Oppen) . . . . .	300
Oebisfelde (Landgr. v. Hess.-Homburg) . . . . .	180—200
mit anderen zusammen	3200—3600

Beim Herannahen der Feinde im Jahre 1813 traf man die überflüssige Vorsichtsmaßregel, in Verkennung der wirklichen Lage, die Zollgrenze auf eine Linie von Magdeburg—Braunschweig—Celle zurückzuziehen. Die Direktion siedelte aus dem gefährdeten Magdeburg nach Braunschweig über.<sup>40</sup>

Falls sich besondere Notlagen ergaben, wurde das im allgemeinen sehr starre Zollsystern des Königreichs gelockert. Anfang 1808 machte sich im Harz- und Saaledep. ein bedenklicher Mangel an Brotgetreide bemerkbar. Zuerst einmal sollte die Ausfuhr von Getreide eingeschränkt werden, indem man den kaiserlichen Aufkäufern Beschränkungen auferlegte. Die Verschiffung von Getreide in Hamburg, die den Westfalen freistand, sollte möglichst aufhören. Am 9. 6. 08 wurde die freie Einfuhr von Brotgetreide in das Saaledep. verfügt. Malchus hoffte auf diesem Wege die Teuerung zu beseitigen. Gegen direkte Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit hatte er sich abgeneigt gezeigt.<sup>41</sup>

Wie wenig Jerome zu sagen hatte, wenn Napoleon seine eigenen Pläne im Auge hatte, zeigt die Errichtung einer französischen Zolllinie (1809) durch das Königreich, von der aber die Ostdepartements nicht getroffen wurden. Jerome gab Befehl, Widerstand zu leisten,<sup>42</sup> indessen waren die Zollämter bereits eingerichtet. Der Kaiser war außer sich über die Hindernisse.<sup>43</sup> Jerome wünschte wenigstens vorherige Verständigung, wenn schon die Notwendigkeit bestände, gab aber nach.<sup>44</sup> Man kann verstehen, wenn der König zuweilen fragte, ob er sich noch als Monarch oder als Untertan Napoleons zu betrachten hätte. Auf solche Fragen gab sein Bruder aber geflissentlich keine Antwort.

### Konsumptionssteuer.

Die Verbrauchssteuer war eine der reichsten Quellen der westfälischen Staatseinkünfte. Gegen sie kamen aber auch die meisten Kontraventionen vor. Sie wurde in loco erhoben, zuerst

---

40. M. Sta. B 10. 15.

41. M. Sta. B 35 III a 6.

42. Du Casse, 308.

43. ebd., 317.

44. ebd., 328.

von Distriktreceveurs, später von Kommunaleinnehmern. Die Regierung verbarg sich nicht, „daß die neue Konsumptionssteuer, besonders im Anfange eine üble Sensation hervorbringen wird“. Man erwartete das namentlich in den Gebieten, wo vorher etwas Ähnliches nicht vorhanden gewesen, glaubte aber, alle Schwierigkeiten gut überwinden zu können, wenn man die Erheber zu vernünftigen Erklärungen anwies und ihnen befahl, ohne Strenge zu verfahren. Bülow schlug vor, „zur Verhinderung allen Mißbrauchs“ angelegentlichst diese Eröffnung geheim zu halten.<sup>45</sup> Wie es den Anschein hat, ist die Einführung geglückt.<sup>46</sup>

Tatsächlich scheinen von den Steuereinsammlern zuweilen zu hohe Sätze verordnet zu sein. Der Beschwerde der Branntweinbrenner (Juni 1809) gegen übermäßige Besteuerung wurde vom Minister stattgegeben. Villaret wurde verboten, Bierbrauer und Branntweinbrenner zu schwer zu belasten, weil daraus volkswirtschaftliche Schäden entstehen könnten. Zahlreiche Gewerbetreibende hatten schon ihren Betrieb eingestellt.<sup>47</sup> Die Kontrolle war mit Recht sehr streng. Die Brennhäuser mußten Tag und Nacht den Kontrolleuren geöffnet sein.<sup>48</sup>

Der Ort Suderode weigerte sich insgesamt zu zahlen. Sofort danach lief ein Befreiungsgesuch Gröningsens ein, das erst dann Konsumptionssteuern bezahlen wollte, wenn die hohe Grundsteuer abgeschafft wäre. Bülow versprach Herabsetzung der Grundsteuer, schlug aber alles andere rundweg ab. Bei dieser Steuer war er unerbittlich. Auch Suderode mußte sich nach hartnäckiger Gegenwehr im April 1810 zur Zahlung verstehen. Daneben liefen Gesuche ein, wie das des Herrn v. Oppen, der für sein Bier, das er zu eigenem Gebrauch herstellte, nichts zahlen wollte. Er erhielt einen ablehnenden Bescheid, obgleich kurz vorher eine Verfügung erlassen war (Juli 1809), daß die Herstellung von „bierähnlichen“ Getränken für das eigene Haus auf dem Lande steuerfrei sei.<sup>49</sup> Wie sich dann herausstellte,

---

45. M. Sta. B 26. 83. 3 I.

46. Mém. IV. 361.

47. M. Sta. B 26. 83. 3. I.

48. M. Sta. ebd. 3 II.

49. M. Sta. B 26. 83. 3. I.

hatten die Beamten das Dekret zurückgehalten und die Steuern zu Unrecht erhoben.<sup>50</sup> Auch das Gesuch des Herrn v. Asseburg, der ein jährliches Fixum von 150 Rth. zahlen, dafür aber aller Revisionen überhoben sein wollte, wurde nicht bewilligt.<sup>51</sup>

Wie gesagt, waren die Einkünfte aus dieser Steuer recht bedeutend. Der Etat wies 1812 folgende Summen auf, die von der wirklichen Einnahme nicht ganz erreicht wurden:

Elbedepartement . . .	1 514 686,49 fr.
Saaledepartement . . .	1 127 733,06 fr.
Harzdepartement . . .	1 500 973,72 fr.

Die Verwaltungskosten waren sehr erheblich. Sie betrugen an Tantiemen, Gehältern und Bürokosten 10—16 % des Etats.<sup>52</sup>

Ursprünglich war beabsichtigt, besondere Rechtskonsulenten bei der Führung der Konsumptionssteuerprozesse heranzuziehen. Die Frage blieb unbeantwortet, wahrscheinlich, weil man die Kosten fürchtete. Der Prokurator sollte Auskunft geben, dann wäre ein besonderer Konsulent überflüssig.<sup>53</sup>

Das preußische Konsumptions- und Luxussteuergesetz vom 29. 10. 10 lehnte sich eng an das westfälische Vorbild, hauptsächlich in Rücksicht der gleichen Besteuerung von Stadt und Land, an.

### Stempelwesen.

Alle Eingaben, die von einer privaten Stelle an Behörden gemacht wurden, waren stempelpflichtig; wenn sie nur die Regierung betrafen, frei. Die Abrechnungen wurden vierteljährlich vorgelegt und die Überschüsse abgeliefert. Für jede einzelne Kontravention wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen.<sup>54</sup> Die westfälische Erhebungsart brachte aber keine zufriedenstellenden Ergebnisse, so daß Bülow den Magdeburger Tribunalpräsidenten Klevenow mit einem neuen Entwurf beauftragte.<sup>55</sup> Auch war es nicht einfach, Beamte zu finden, die die

---

50. M. Sta. B 35 XIV b 2.

51. s. Anm. 49.

52. G. Sta. Westf. 8 IV J 32.

53. M. Sta. B 9. 20.

54. M. Sta. B 25 a 7.

55. M. Sta. B 25 II 1.



Erhebung der Stempelgelder vorzunehmen bereit waren. Sie erklärten, „daß sie zu viel Ärger und Verdruß mit dem Publico hätten“.<sup>56</sup> Bisher übliche Stempelabgaben verfielen bei Einführung des endgültigen Stempelwesens. Darunter fiel das sogen. Paraphengeld, das in manchen Gegenden (Halberstadt) nach Verhältnis des Handels auf die Kaufleute verteilt wurde und in die Stempelkassé floß.<sup>57</sup>

Das westfälische Stempelgesetz vom 4. 3. 09 ist in ganz ähnlicher Form in die preußische Gesetzgebung übergegangen. „Abgesehen von Abweichungen im Stempeltarife beruht die Verschiedenheit beider Stempelgesetze hauptsächlich darin, daß der Mangel des Stempels nach dem preußischen Nichtigkeit der stempelpflichtigen Urkunde, nach dem westfälischen nur Strafe zur Folge hatte.“<sup>58</sup> Häufig genug wurde ein Auge zugedrückt, wenn Unkenntnis als Grund des Versäumnisses wahrscheinlich war.

### **Salzregal.**

Es war im Königreiche streng verboten, ausländisches Salz einzuführen, weil sonst eine Schädigung der Steuereinkünfte zu befürchten stand. Die einheimischen Salinen konnten den Anforderungen des Landes genügen. Auch das Hausieren mit Salz war verboten. Die Konsumptionssteuereinnahmer oder, wenn keiner im Orte war: der Maire hatten bei einer Salzmenge von über 1 Zentner die einheimische Herkunft zu bescheinigen. Für transitierendes Salz wurden Zölle erhoben. Bei Wagentransporten forderte man 3,89 fr. pro Pferd, zu Wasser 48 Centimen pro Zentner. War das Salz für Enklaven bestimmt, so erhöhte sich der Zoll auf 9,06 fr. pro Zentner.

Für das Elbedep. kamen hauptsächlich die Salinen von Schönebeck und Staßfurt in Frage, deren Bezirke genau gegeneinander abgegrenzt waren.<sup>59</sup> Diese Regelung war getroffen, um die hohen Fuhrlohne möglichst einzuschränken, wodurch stets ein beträchtlicher Preisunterschied in den nördlichen und süd-

---

56. M. Sta. B 26. 87. 1.

57. M. Sta. B 26. 87. 3.

58. Bornhak III. 177.

59. M. Sta. B 18 I 1568.

lichen Gegenden entstanden war. Den Fuhrleuten wurden die Transportlöhne beschnitten. Aber niemand wollte für die billigen Gelder die Fuhren übernehmen, so daß sich die Salzbestände an den Salinen bedenklich vermehrten und Staßfurt daran denken mußte, neue Stapelmöglichkeiten zu schaffen. Die Regulierung der Salzpreise ist allerdings erfolgreich durchgeführt. Die Preise schwankten Mitte 1809 nur noch zwischen 6,85 und 7,5 Pfg. für das Pfund, und nachdem im Oktober 1809 durch kgl. Dekret die Salzpreise im ganzen Reich um ein Sechstel erhöht wurden, lagen sie im Elbedep. unterschiedslos etwas über 8 Pfg.<sup>60</sup>

Die Ausfuhr des Salzes nach Preußen war anfangs verboten. Später wurde eine Konvention geschlossen, nach der dem König von Preußen 20 000 Lasten Salz aus Schönebeck zu je 38 Rth. versprochen wurden. Durchschnittlich hatte sonst der westfälische Staatsschatz 50 Rth. Verdienst an einer Last. Reinhard fand es empörend, daß Preußen trotz dieses Entgegenkommens, die Last Salz bei sich zu 120 Rth. verkaufte.<sup>61</sup>

Napoleon hatte sich 1807 auch für das Salz im Elbedep. interessiert und Daru beauftragt, soviel wie möglich davon „für meinen Schatz“ zu verkaufen, ohne Westfalen ganz zu ruinieren. Er hoffte damit Schlesien und Berlin verproviantieren zu können. „Ich will nicht den Vorteil des Königs von Westfalen vor den meinigen stellen, aber ich will ihm auch nicht Unrecht tun, um meine Koffer zu füllen.“<sup>62</sup>

#### **d) Die direkten Steuern.<sup>63</sup>**

Es war ein dringendes Bedürfnis, auf dem Gebiet der direkten Abgaben eine durchgreifende Vereinfachung vorzunehmen. Die Departements zerfielen, auf Grund ihrer territorialen Entwicklung, in eine große Zahl von Steuerprovinzen, die zwar schon vor 1807 oft unter gleichen Landesherren gestanden

---

60. M. Sta. B 18 I 1570.

61. 28. 5. 13. Mém. V 119.

62. 25. 8. 07. Corr. de Nap. 13 075.

63. Über das Harzdep. läßt sich leider nichts sagen, da alle Akten vernichtet sind.

hatten, aber hinsichtlich der Steuern der alten Tradition gefolgt waren.

Im Saaledep. wurden 26 verschiedene Steuern in 12 alten Territorien erhoben, überall in verschiedener Höhe. Die Städte fielen mit ihrer Akziseverfassung ganz heraus.<sup>64</sup> Überdies wurden im Fsm. Blankenburg Klagen über die ungenauen Vorschriften für die Erhebung geführt.<sup>65</sup> Eine besondere Abgabe von 400 Rth. war jährlich von Halberstadt an den Kurfürsten von Brandenburg, für Überlassung der höheren und niederen Gerichtsbarkeit an den Magistrat, bezahlt worden, die am 25. 8. 08 abgeschafft wurde.<sup>66</sup> Alle Einnahmen aus den alten Steuern betrugen im Saaledep. 248 880 Rth. In der ehemaligen Abtei Quedlinburg wurde außer der Akzise nur noch ein Servisgeld, das ausdrücklich von der preußischen Verwaltung verordnet war, erhoben. Es bestand in einer 1<sup>0</sup>/<sub>10</sub>igen Abgabe vom Gehalt der Beamten und diente der Aufrechterhaltung des öffentlichen Wachdienstes. Man fuhr 1808 mit der Erhebung fort. Für 1809 wurde sie verboten. Wenn die Quedlinburger die Bürgermilizen für unentbehrlich hielten, so sollten sie sie aus den allgemeinen Kommunaleinkünften bezahlen.<sup>67</sup>

Das Elbedep. hatte zwei verschiedene Steuerorganisationen, wenn man von der sächsischen in Barby und Gommern und der braunschweigischen in Calvörde absieht.<sup>68</sup> Der Ertrag war hier 316 441 Rth.

Die Erhebung nach diesem Steuersystem wurde beibehalten, bis die neue Steuerverfassung in Kraft trat, deren Steuersätze sich an die alte anlehnten. Noch länger erhob man das sogen. Servisgeld.<sup>69</sup> Nur insofern trat schon 1808 eine Änderung ein, daß alle Steuerexemptionen aufgehoben wurden. Alle exempten Grundstücke unterlagen der Besteuerung (Dekret vom 8. 1. 08) ab 1. Februar. Für verpachtete Grundstücke hatte der Pächter die Steuer zu entrichten. Daß es sich um bedeutende Beträge

---

64. Nach einem Prememoria. M. Sta. B 8. 47

65. ebd.

66. Moniteur v. 4. 10. 08.

67. M. Sta. B 27 a 6.

68. M. Sta. B 8. 8.

69. M. Sta. B 26. 83. 1.

handelte, zeigen die Einkünfte aus dem armen Blankenburger Distrikt: 53 168,12 fr.<sup>70</sup> Beschwerden gegen neue Besteuerung wurde grundsätzlich nicht stattgegeben.<sup>71</sup> Das Leidige war nur wieder, daß kaum ein Bruchteil der Exemptsensteuer einkam.

Die Erhebung der direkten Steuern wurde bis zum Juni 1808 von Distriktseinnehmern vorgenommen,<sup>72</sup> danach von Kantonseinnehmern.<sup>73</sup> Diese Art war viel zu kostspielig, als daß man lange dabei geblieben wäre. Natürlich hatte die Erhebung in Kantonen den Vorteil, daß der Einnehmer einen besseren Überblick über die persönlichen Vermögensverhältnisse gewinnen konnte als ein Distriktseinknehmer. Das Dekret vom 6. 5. 09 schlug einen Mittelweg ein: Mehrere Kantonrezepturen wurden jeweils zu einem Arrondissement zusammengefaßt, das nicht mit einem Distrikt gleichzusetzen ist; vielmehr zerfiel ein Distrikt in zwei bis vier Steuerarrondissements. Den Einnehmern wurden Zwangsbefehlsträger beigeordnet, denen Garnisairs unterstanden, die mit der zwangsweisen Eintreibung von Rückständen beauftragt waren.<sup>74</sup>

In Magdeburg blieb die Steuerverwaltung bis zur Einnahme der Festung durch die Preußen durchaus im Gang. Zwar fielen zahlreiche Steuerzahler wegen Abwesenheit aus, oder ein Institut wie das Kloster U. L. Frauen verweigerte die Zahlung, weil es von seinen Pächtern auf dem Lande getrennt war. Trotzdem kamen noch bedeutende Summen ein, im ersten Quartal 1814 112 882,88 fr. Das war zu viel für eine von Militär überhäufte, von jedem Handel abgeschnittene Stadt von 25 000 Einwohnern. Die Klagen über zu hohe Besteuerung häuften sich, die Listen der Verarmten wurden länger und länger.<sup>75</sup>

### Grundsteuer.

Gewiß haben wir in dieser Abgabe die Hauptsteuer des Königreichs zu erblicken. Ob in der Betonung des Grundbesitzes,

---

70. M. Sta. B 26. 85. 1 I.

71. M. Sta. B 26. 85. 2.

72. M. Sta. B 21 C 2.

73. M. Sta. B 35 XII b 1 I.

74. M. Sta. B 18 II 108 III a.

75. M. Sta. B 18 II 33 IV a.

die sich hier wie in der Besetzung der Wahlkollegien und der Ständeversammlung ausspricht, eine Übernahme physiokratischer Ideen zu erblicken ist, kann hier nicht erörtert werden. Die leitenden Staatsmänner haben sich jedenfalls dagegen verwahrt.<sup>76</sup> Malchus erklärte in seinem Buch als erstes Prinzip: Da der Ackerbau die Hauptquelle des westfälischen Nationalvermögens ist, muß auf ihm die hauptsächlichste Steuer liegen.

Der Inhalt des Gesetzes vom 21. 8. 08 über die Grundsteuer ist kurz folgender: Die Abgabe setzt sich zusammen aus der eigentlichen Grundsteuer und den Zulagscentimen, die zur Deckung von Ausfällen und zur Begleichung von Departements- und Distriktsausgaben dienten. Ab Juli 1812 wurden von den Zulagscentimen, die um 5 % erhöht waren, auch noch die Gehälter und Bürokosten der Kantonmaires, die Kantonsgefängnisse und die Mieten für die Wohnungen der Friedensrichter bezahlt.<sup>77</sup> Die Höhe der Steuer wird jährlich von einem Finanzgesetz festgesetzt und von den Reichsständen bewilligt. Jedes Grundstück ist nach seinem reinen Einkommen (Bruttoertrag abzüglich Kultur- und Unterhaltskosten), von dem ein Mittelwert genommen wird, steuerpflichtig. 20 % durften höchstens für die Grundsteuer in Anspruch genommen werden. Der Prozentsatz wurde 1812 erreicht (Dekret vom 31. 5. 12). Alle Grundstücke wurden geschätzt, ohne Rücksicht auf Grundzinsen oder Renten, jedoch verschieden nach ihrer Nutzung. Ausgenommen blieben öffentliche Verkehrswege, Gestüte, kgl. Domänen ohne Einkommen (Kasernen usw.). Dagegen blieben Verwaltungsgebäude und Gemeindegüter der Steuer unterworfen.<sup>78</sup>

76. Vgl. Thimme II, 402. M. Sta. B 26. 84. 1 I.

77. Dekret v. 12. 6. 12, Bull. 1812. 1. 433.

78. Ausführlicher vgl. Thimme II, 410—415. Die Entlehnung des westfälischen Grundsteuergesetzes vom französischen (v. 3. Frimaire VII) ist unverkennbar. Wir können aber Berlepsch nicht recht geben, der wahllos die westfälische Gesetzgebung als bloßes Abschreiben französischer Vorbilder bezeichnet. Es liegt in der Natur der Sache, daß Frankreich Modell stand, aber wer wollte verkennen, daß z. B. im Falle der direkten Steuern dadurch das gesamte unlogische Steuersystem des alten Regiments beseitigt wurde, ohne jemals wieder aufzutauchen. Es kommt letzthin nicht darauf an, die Originalität der westfälischen Minister zu beweisen oder zu bestreiten. Das Wesentliche ist die Wirkung auf die deutschen Verhältnisse, die Berlepsch in falsch verstandenem Patriotismus völlig verkennt.



Da die Katastrierung der Länder wegen der Kosten nicht durchgeführt werden konnte, fehlten allerdings die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Erhebung. So zog man die alten Steuern, die in diese Kategorie fielen, zusammen und erhob sie weiter unter dem neuen Namen. Die Rundreise des Generalinspektors Wilckens 1811 blieb ein Ansatz. Er sollte die Grundsteuer in den Gebieten ohne Kataster regulieren, sonst die vorhandenen Kataster richtigstellen.<sup>79</sup> Die Städte verloren ab 1. 1. 09 ihre Akziseverfassung und wurden der allgemeinen Grundsteuer unterstellt. Die Mieterträge, die für die Besteuerung maßgebend waren, wurden nach den Einnahmen des Jahres 1813 festgesetzt, weil ein Mittelwert der letzten Jahre wegen der Änderung der Mieten sinnlos war.<sup>80</sup> Im Elbedep. kamen an Grundsteuer 1808 und 1809 ungefähr 1.100 000 fr. ein, die der Höhe der alten Steuern entsprachen: 1810 = 1 400 000, 1811 = 1 600 000, 1812 = 1 760 000 und 1813 über 2 Millionen Franken.<sup>81</sup> Die kaiserlichen Domänen zahlten ihre Grundsteuer getrennt.

Durch ein kgl. Dekret vom 12. 8. 13 wurden 1,2 Millionen Steuerrückstände im Königreich niedergeschlagen. Auf das Saaledep. entfielen 150 000 fr., die als Entlastung für durch den Krieg geschädigte Gemeinden verwandt wurden.<sup>82</sup>

Im Elbedep. mußten um diese Zeit schon an vielen Orten die Steuererhebungen eingestellt werden, weil die Besetzung drohte oder vollzogen war. Die Steuereinsammlung war vor der Zernierung Magdeburgs nach Neu-Haldensleben verlegt (März 1813)<sup>83</sup>. 1813 kamen nur noch 500 000 fr. Grundsteuern ein, obgleich man die Zuschlagscentimen auf 25 % erhöht hatte.<sup>84</sup> Reklamationen gegen Grundsteuerveranlagungen, die vom Präfekturrat entschieden wurden, durften erst eingereicht wer-

---

79. M. Sta. B 35 XIV a 1.

80. M. Sta. B 21 G 1. Tatsächlich war ja nicht nur hier, sondern auch auf dem Lebensmittelmarkt eine allgemeine Steigerung der Preise eingetreten. M. Sta. B 26. 84. 1 I.

81. M. Sta. B 8. 2.

82. M. Sta. B 26. 83. 17.

83. M. Sta. B 18 II 108 II a.

84. ebd. III a.

den, wenn die Steuer bereits bezahlt war, was viel Unzufriedenheit erzeugte und tatsächlich eine Härte bedeutete.<sup>85</sup>

### Patentsteuer.

Das Gewerbe trug die Patentsteuer in sechs Klassen, nach Größe und Art des Betriebes.<sup>86</sup> Ein Gewerbetreibender war verpflichtet, ein Patent zu lösen, wenn er nicht der Ausübung seines Berufes verlustig gehen wollte. Die Patente galten nur auf ein Jahr. Die Berufe, die „für das Leben und die Gesundheit der Menschen wichtig“ waren, blieben davon befreit, also in erster Linie Ärzte aller Art, Hebammen und Apotheker. Von ihnen wurde aber ein Nachweis ihrer beruflichen Fähigkeiten verlangt, auf den man bei Handwerkern verzichtete. Auf eine Anregung, auch Maurer und Zimmerleute zu prüfen, wurde erwidert, daß das Publikum dabei die beste Polizei darstelle. Niemand würde einen schlechten Handwerker beschäftigen.<sup>87</sup> Bülow wollte eine „vollkommene Gewerbefreiheit“ schaffen. Freilich hegten die Kaufleute „Besorgnisse, die gegründet genug sind, um uns die Zukunft in schrecklichen Gestalten erscheinen zu sehen“.<sup>88</sup> Das konnte aber den Minister nicht von seinen Plänen abbringen. Selbst ausländischen Händlern stand nichts entgegen, sich ein Patent zu lösen, das für das ganze Königreich Geltung besaß. Wenn man sie der Obhut der Polizei anempfahl, so geschah das, weil sich feindliche Spione als Händler eingeschlichen hatten.<sup>88</sup>

Im August 1810 wurde der Genehmigungszwang für Anlage von Schänken in den Städten aufgehoben, der bis dahin bestanden hatte; nur, weil man größeren Ertrag aus der Patentsteuer ziehen wollte. Die für die Volksgesundheit schädlichen Folgen blieben unberücksichtigt. Freilich erhob sich Widerspruch,

---

85. Berlepsch sagt, man hätte erst den Steuerzahlern den Hals abgeschnitten, bevor man ihnen erlaubte zu schreien (II, 135).

86. Die Sätze waren, verglichen mit der preuß. Gewerbesteuer, keineswegs hoch, das (vom 28. 10. 10) geradezu eine Kopie des westfälischen Patentsteuergesetzes war. Vgl. Bornhak III, 177.

87. M. Sta. B 26. 86. 1 II.

88. ebd. I.

besonders der des Unterpräfekten von Halle.<sup>89</sup> Tatsächlich erwies sich bald eine Einschränkung der Schankwirtschaften als nötig, wie das Dekret vom 4. 12. 12 beweist. Ab 1. 7. 13 durften Schänken nur mit Genehmigung des Präfekten eröffnet werden. Auf 500 Einwohner sollte im Durchschnitt ein Krug kommen. Die weniger sauberen oder erst kürzlich eingerichteten, auch die, deren Besitzer gut von einem Hauptgewerbe leben konnte, wurden geschlossen, im Distrikt Halberstadt gut ein Viertel der Schänken.<sup>90</sup>

Abgesehen davon, daß die Maires eigenmächtig mit der Genehmigung und Verweigerung von Patenten verfahren, traf die Steuer breite Schichten, die an solche Abgaben nicht gewöhnt waren. Häufig mußte berichtet werden: Die vorstehenden Restanten sind wiederholentlich zur Abholung der Patente ermahnt, haben sich aber dessen geweigert.“ Von den Schwierigkeiten, die die Lokalbehörden mit den Handwerkern hatten, machte sich Bülow keine Vorstellung. Er fand einfach, „daß es unerhört sei, die erschreckliche Menge von Resten zu sehen“.<sup>91</sup>

Zwar hatten früher Gewerbeabgaben bestanden, wie das Nahrungsgeld, die Trank- und Zapfensteuer, die mit Einführung der Patentsteuer verfielen. Sie waren aber nicht überall erhoben worden, und die Regierungen hatten, wie es scheint, mit Privilegien und Befreiungen nicht gespart.<sup>92</sup>

Die Schwierigkeiten bei Verfolgung von Patentsteuerkonventionen waren derart, daß man Ende 1810 dazu überging, bestimmte Anwälte dafür anzustellen. Bis jetzt hatten gewöhnliche Rechtsanwälte die Sachen bearbeitet, aber ohne Interesse, da die Gerichte selten hinreichende Entschädigungen zahlten. Die Anwälte sollten 33 % des strittigen Betrages bekommen, 33 % bekam der Denunziant, so daß nur das letzte Drittel in den Staatsschatz floß. Aber selbst unter diesen Bedingungen

---

89. M.Sta. B 26. 86. 1. II. „Mein Gefühl empört sich, daß man gerade in den Städten, wo sich eben der Hang der Einwohner zu Liederlichkeit und Debauchen am meisten ausspricht, diesen, statt ihm entgegenzuarbeiten, auf alle Weise begünstigen will, und ich sehe voraus, daß dadurch in vielen Städten so viel Schänken als Häuser sein werden.“

90. M. Sta. B 26. 19. 25.

91. M. Sta. B 8. 75.

92. M. Sta. B 35 XIV a 3.

wollte sich niemand bereit erklären, Patentanwalt zu sein. So mußte wieder wie vorher ein Anwalt gegen Erstattung der üblichen Prozeßgebühren herangezogen werden, ohne daß er ein Recht auf das Drittel des Streitobjektes hatte.<sup>93</sup>

Die Steuer bestand: aus der eigentlichen Patentsteuer, 5 Gulagscentimen und 1 Franken Stempelgebühr pro Patent.<sup>94</sup> Die etatmäßigen Solleinnahmen<sup>95</sup> des Elbedep. beliefen sich 1809 auf 199 349,23 fr., 1810: 146 724,90 fr.,<sup>96</sup> 1811: 142 725,65 Franken, 1812: 143 941,45 fr. und 1813: 158 292,15 fr. Die Summen wurden aber von den wirklichen Einnahmen nie erreicht.

### Das Gewerbewesen.

Das Bestehen von Zünften widersprach dem Geist der westfälischen Verfassung. Siméon forderte bald Listen aller bestehenden an, um eine „erforderliche“ Kontrolle ausüben zu können.<sup>97</sup> Durch Dekret vom 27. 1. 09 wurde das Vermögen der Zünfte der Generalamortisationskasse überwiesen. Im Mai 1811 teilte Malchus mit, daß das Vermögen unter die direkte Verwaltung des Direktors der Domänen käme. Er verwaltete es unter Aufsicht des Präfekten nach den Anweisungen des Generaldirektors der Amortisationskasse. In die letzte Kasse flossen alle Einkünfte, wie es das Dekret vom 19. 5. 11 bestimmte. Bisher hatten die Spezialliquidatoren der öffentlichen Schuld die Sorge dafür getragen. Im Besitz des Zunftvermögens blieb durch die neue Regelung die Amortisationskasse, nur die Verwaltungsstelle wechselte. Wenn Zunftvermögen veräußert wurde, so mußte der Käufer die Hälfte des Betrages bar entrichten; für die andere Hälfte brauchte er nur Obligationen oder Interimscheine zu übergeben. Auch die Zunftschulden mußten vom Domänendirektor verwaltet werden. Sie waren also vom übrigen einheitlich geregelten Schuldwesen getrennt. Eine Verpachtung der Gildegrundstücke war nicht statthaft.<sup>98</sup>

93. M. Sta. B 21 A 3.

94. M. Sta. B 18 I 1582 I.

95. M. Sta. B 8. 37.

96. Das plötzliche Sinken der Erträge geht auf die neuen Steuersätze zurück, die seit 1810 eine bedeutende Ermäßigung brachten.

97. M. Sta. B 18 I 189.

98. M. Sta. B 18 I 234.

Die Werte, die bei Aufhebung der Zünfte dem Staate zufielen, betrugen im Elbedep. nach den Aufstellung Roetgers an Staatsrevenueu 6443,59 fr.

Weitere Beträge flossen aus dem Verkauf des Gildevermögens. In Magdeburg erzielte man in kurzer Zeit durch den Verkauf der Häuser der Knochenhauer 5248 fr., Kaufleute 3140 fr., Fischer 1060 fr., Tischler 1000 fr., Schneider 1650 fr., Strumpfwirker 465 fr. Dabei sind spätere Verkäufe und Übergaben an die Stadt nicht berücksichtigt.

Nur an einer Stelle gelang eine vollständige Befreiung des Gewerbes nicht. Die kurmärkische Schiffergilde besaß ein Monopol auf der Elbe, das außerhalb der Reichweite Westfalens lag. Die Verhandlungen mit Preußen darüber wurden durch die Veränderung der Sachlage durch die Erwerbung Hannovers aufgehalten, ohne daß bis 1813 ein Ergebnis erzielt wurde.<sup>99</sup>

Auch die Befreiung des Gewerbes lag in der Zeitströmung. Es war damals „der einzige Weg, die Arbeit dem Kapital gegenüber wieder in ihr altes Recht einzusetzen“.<sup>100</sup> Preußen war nicht so schnell wie Westfalen zum Ziele gelangt. Es hatte eine Reihe von Verordnungen von 1806 bis zum 2. 11. 10 benötigt, um die Gewerbefreiheit durchzuführen, war dann aber an demselben Punkte, so daß bei der Wiedererwerbung der alten Provinzen eine Angleichung nicht nötig war.

Eine der mächtigsten Gemeinschaften war die Kaufmannschaft<sup>101</sup> in Magdeburg, die sich am wenigsten von ihren alten Rechten nehmen ließ, da der Staat finanzuell zu sehr von ihr abhängig war. Im Dezember 1808 trug sie auf Errichtung einer Börse, eines Commerzkollegiums und eines Handelsgerichts in Magdeburg an. Dazu forderte sie die Erhaltung der alten kaufmännischen Assekuranzen. Die Handelskammer sollte nach dem Muster der Mainzer eingerichtet werden. Trotzdem Staatsrat Pothau gegen die Kaufleute wütete und sie mit den schlimmsten Beschuldigungen maßlosen Eigennutzes angriff, konnte man sich den Wünschen nicht dauernd verschließen. 1809 wurde das Haus der Seidenkrämerinnung der Kaufmann-

---

99. G. Sta. Westf. 6 III D 29.

100. Bornhak III, 152.

101. Vgl. oben.



schaft als Börse für 1000 Rth. überlassen. — Das Finanzministerium hatte den Hamburger Konsul Bennecke angewiesen, westfälische Waren nur mit signierten Frachtbriefen elbaufwärts zu lassen. Es ist bezeichnet, daß der Minister auf eine einfache Beschwerde der Kaufleute hin die Bestimmung mit Bedauern zurücknahm.<sup>102</sup>

Durch die verhängnisvollen Zeitumstände waren allerdings die Magdeburger Kaufleute schwer getroffen. Gegen 1807 brachte der Wareneingang 1808 eine Verringerung von 230 000 Zentnern, wodurch die städtischen Kassen 16 000 Rth. und die staatlichen sogar 60 000 Rth. Einnahmeausfall hatten.

### Personalsteuer.

Schon im April 1809 gab Malsburg zu, daß die Hoffnungen, die man in diese neue Steuer gesetzt hatte, in keiner Weise erfüllt seien. Nicht weniger als 1 200 000 fr. mußten niedergeschlagen werden. Er glaubte den Grund dieses Mißerfolges in der nach falschen Grundsätzen durchgeführten Erhebung zu sehen. Die reichen Bevölkerungsklassen wären zu gering, die armen verhältnismäßig zu stark belastet worden. Um darin eine Änderung zu schaffen, sollte eine Neuverteilung nach Klassen vorgenommen werden.<sup>103</sup>

Die Verwaltung der Personalsteuer, die ursprünglich von der Amortisationskasse<sup>104</sup> abhing, wurde erst am 11. 5. 11 mit der übrigen direkten Steuern verbunden. Aber auch nach der Klassenverteilung und der neuen Verwaltung kamen keineswegs die veranschlagten Summen ein. Nun wurde die Unachtsamkeit der Maires und Untereinnehmer verantwortlich gemacht.<sup>105</sup>

Eine vollständige Neugestaltung erfolgte durch das Dekret vom 15. 3. 10. Der ganze Charakter der Personalsteuer wurde verändert und neigte mehr zu dem einer Einkommensteuer,

---

102. M. Sta. B 18 I 534.

103. ebd., 1586.

104. Überhaupt war die im ursprünglichen Finanzplan nicht vorgesehene Steuer geschaffen worden, um die Amortisationskasse zu dotieren.

105. M. Sta. B 18 I 1587.

d. h. die Einkommen wurden neben der Personalsteuer besonders besteuert, soweit sie 1000 fr. jährlich überstiegen. Auch ausländisches Vermögen westfälischer Untertanen unterlag der Besteuerung. Schulenburg hatte angeregt, das Vermögen preußischer Universitäten in Westfalen davon zu befreien. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben, weil Preußen im umgekehrten Falle auch keine Vergünstigungen gewährte.<sup>106</sup> Die Steuer wurde aber am 12. 1. 11 schon wieder aufgehoben, wofür eine Erhöhung der Personalsteuer vorgenommen wurde.

Die Verteilung wurde in zehn Klassen vorgenommen.<sup>108</sup> Witwen und pensionierte Beamten zahlten die Hälfte. Fremde Untertanen, vor allem die Studierenden, waren nicht der Steuer unterworfen, ebensowenig Besitzer von westfälischem Boden, wenn sie außer Landes wohnten. Höhere Offiziere, die keinen festen Wohnsitz hatten, waren ebenfalls befreit.<sup>107</sup> Die Kanton-maires erhielten 0,5 % Tantieme.

Die Einnahmen schwankten im Elbedep.<sup>108</sup> um 600 000, im Harz um 400 000 und im Saaledep. um 450 000 fr.<sup>109</sup>

### e) Westfälische Kriegssteuer 1813.

Das Dekret vom 20. 3. 13 bestimmte die Erhebung einer außerordentlichen Kriegssteuer, in der als Grundlage die Hälfte des Personalsteuerbetrags und die Hälfte des Beitrags zur Anleihe 1812 genommen wurde. Alle Gehälter über 2500 fr. wurden besonders besteuert. Die Beträge durften z. T. in Lieferungsbons bezahlt werden. Das Elbedep. brachte 935 274,38 fr. auf.<sup>110</sup>

Am 1. 4. 14 legte das französisch-westfälische Militär-gouvernement eine neue Steuer von 100 000 fr. auf das Departement

106. M. Sta. B 21 P 11.

107. Die Klassen waren (jährliche Beiträge):

	1810	1811		1810	1811
I . . .	16,08	120,—	VI . . .	6,—	12,— fr.
II . . .	14,04	90,—	VII . . .	5,04	6,— fr.
III . . .	12,—	60,—	VIII . . .	4,08	5,04 fr.
IV . . .	10,08	36,—	IX . . .	3,—	4,08 fr.
V . . .	7,92	24,—	X . . .	2,04	3,— fr.

108. M. Sta. B 18 I 125a II.

109. Bulletin 1808. 3. 237.

110. M. Sta. B 2 1. k 11.

ment, worauf die Stadt Magdeburg einen Vorschuß von 70 000 fr. leisten mußte. Bercagny befahl, mit der Erhebung fortzufahren, auch als der Waffenstillstand geschlossen war.<sup>111</sup>

#### **f) Beamte der Steuerverwaltung.**

Am 16. 4. 08 wurden die Beamten der direkten Steuern in den Departements (Direktoren, Inspektoren und Controleurs) ernannt.<sup>112</sup> Zu Direktoren wurden Vollrath (Elbe), v. Motz (Harz) und Müller (Saale) ernannt.

Zur Entlastung der Controleurs wurden zum 1. 1. 09 Controleurs adjoints eingesetzt. — Die Kantonseinnahmer waren durch das Dekret vom 9. 9. 08 ernannt worden; ihnen wurde ab 7. 1. 09 auch die spezielle Erhebung der Domäneneneinkünfte übertragen, wenn es nötig gewesen wäre, eine Unterreceptur zu errichten. An den Stellen, wo die Distrikts-Domänenreceveurs ihr Amt ohne Untererheber zu versehen wünschten, blieben diese mit der Einziehung beauftragt.<sup>114</sup>

Durch solche durch Sparsamkeit bedingten Regelungen ging das westfälische Verwaltungssystem allmählich seiner Klarheit zum Teil verlustig. Kassel hat diese mißliche Entwicklung ungern gesehen. Im Juni 1811 wurde Generalinspektor Wilckens auf Reisen geschickt, der „die Vervollkommnung des Steuerwesens“ zur Aufgabe hatte und da klärend eingreifen sollte, wo die Gewohnheit das System überwuchert hatte. — In einem eigenartigen Widerspruch mit der strengen territorialen Gliederung stand die Tatsache, daß das frühere braunschweigische Calvörde, das mit dem Elbedep. vereinigt war, weiter seine Steuern zum Teil nach Braunschweig zahlte (Okerdep.). Malchus hatte diese Verfügung erlassen, weil die Kasse für Tilgung der braunschweigischen Landschulden noch bestand, zu der alle braunschweigischen Gebiete Beiträge zu leisten hatten.<sup>115</sup>

Die Ortserheber wurden von der Gemeinde gewählt und besoldet. Bülow gab die Anweisung, „die Gehälter der direkten

---

111. ebd. 12.

112. M. Sta. B 18 I 1577 I.

114. M. Sta. B 18 I 1566 II.

115. M. Sta. B 18 I 1578.

Steuererheber wegen der mit der Erhebung verbundenen Schwierigkeiten so reichlich festzusetzen, als es die Kräfte der Kommunen erlauben“.<sup>116</sup>

Der Beamtenapparat der indirekten Steuern war analog aufgebaut.<sup>117</sup> Die vorwestfälischen Akziseämter hatten in den meisten Fällen keine festen Gehälter gezahlt, sondern nur Tantiemen bewilligt. Die Akzisekassen schlossen daher meist besser ab als die westfälischen Recepturen, die feste Gehälter zahlten,<sup>118</sup> darüber hinaus aber bei eventuellen Überschüssen noch Remisen an die Beamten bewilligten.<sup>119</sup>

Die Beiträge, die die Kammereikassen früher zu den Besoldungen der öffentlichen Beamten zahlten, wurden bis zum 1. 1. 09 beibehalten.<sup>120</sup>

Die Administrationskosten der direkten Steuern im Elbedep. betrugen an bloßen Gehaltszahlungen, wozu noch die Bürokosten traten, 8213,80 fr.

Gerade die Einrichtung des Steuerwesens hat Jerome nicht ohne Schwierigkeiten vollenden können.<sup>120a</sup> Es blieb ihm nichts anderes übrig, als seinen Bruder um Entsendung geeigneter Direktoren zu bitten.<sup>121</sup>

---

116. M. Sta. B 35 II g 2.

117. M. Sta. B 35 XIV b 2. M. Sta. B 18 i 27.

118. M. Sta. B 18 I 4.

119. Dekret v. 5. 12. 08 Moniteur 5. 1. 09.

120. M. Sta. B 8. 3.

120a. „J'éprouverai beaucoup de difficultés à organiser . . . la direction des contributions. Je chercherais en vain dans mon royaume des personnes capables d'y introduire les règles et les formes des administrations françaises.“

121. Mém. IV. 117.

## Kapitel 13.

### Feuersocietäten.

Die bestehenden Gesellschaften wurden in westfälischer Zeit nicht unwesentlichen Wandlungen in ihrem Verbreitungsgebiet unterworfen, blieben aber so gut wie unverändert in ihrer inneren Organisation. Siméon gab zu erkennen, daß die Regierung keine Eingriffe zu tun gedenke.<sup>1</sup>

Den weitaus größten Teil der östlichen Provinzen umfaßten die beiden Magdeburger Societäten, von denen die eine für die Städte,<sup>2</sup> die andere für das platte Land<sup>3</sup> galt, die erste unter dem Direktor Spengler, die zweite unter dem Staatsrat von der Schulenburg-Kehnert, der auf diesem Posten seiner „ersten Bürgerpflicht“ genügen konnte. Beide bezogen ein Jahresgehalt von 1500 fr.

Gleich die Gründung des neuen Königreichs machte einige Änderungen nötig. Die zwei rechtselbischen Jerichower und der luckenwaldische Kreis traten der kurmärkischen Societät bei; dafür trat die ehemals mit der kurmärkischen Kasse verbundene Altmark in den Magdeburger Verband. Die kurmärkisch-altmärkische Trennung vollzog sich unter Schwierigkeiten, da zahlreiche Rückstände noch unbeglichen waren.<sup>4</sup> Die Altmärker waren mit der Änderung sehr zufrieden, weil die kurmärkische Societät in den letzten Jahren unerhört hohe Beiträge erhoben hatte. Übrigens war diese Kasse freiwillig. Siméon billigte den Übertritt. Der Plan, der Städtefeuersocietät ein neues Reglement zu geben, das den altmärkischen Verhältnissen stärker Rechnung

---

1. M. Sta. B 18 I 146. „Diese so nützlichen Institutionen, die bereits vor der Organisation des Königreichs bestanden, sind frei. Sie bedürfen nicht meiner Autorisation, um in ihren Einrichtungen respektiert zu werden.“

2. Reglement vom 20. 1. 1721.

3. Reglement vom 26. 9. 1789.

4. M. Sta. B 3 Spec. 448.



trug, wurde aufgegeben.<sup>5</sup> Nachdem auch die ehemals sächsischen Ämter Barby und Gommern in die magdeburgischen Kassen aufgenommen waren, umfaßte die Kasse für das platte Land<sup>6</sup> die drei Holzkreise, Distr. Stendal und Salzwedel, Barby und Gommern, Saalkreis, Mansfeld, Quedlinburg, Eichsfeld, Nordhausen, Mühlhausen, Treffurt-Dorla, Fsm. Erfurt, Blankenhayn, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt mit einer Gesamtversicherungsprämie von 31 041 550 Rth. jährlich.

1808 begannen sich in Heiligenstadt Sonderbestrebungen zu regen.<sup>7</sup> Man wünschte eine eigene Kasse für das ehemalige Eichsfeld. Anfang 1809 trat man mit dem Plan an die Regierung heran, aus der magdeburgischen Societät auszuschneiden, weil sie zu „kostbar“ sei. Der Minister hatte im Grunde nichts dagegen, wünschte aber nicht, daß die Bevölkerung in der Übergangszeit ohne Rückhalt sei. So verbot Wolffradt im Juni 1809 die Durchführung bis auf weiteres, sehr zur Enttäuschung der Eichsfelder, die zum größten Teil ihren Austritt schon vollzogen hatten. Mitsamt der Stadt Nordhausen mußten sie neu in die Magdeburger Societät eintreten. Erst 1812 war eine erneute Kündigung möglich. Eine besondere Kasse wünschte man nun nicht mehr, wollte aber lieber der halberstädtischen oder sächsischen beitreten, die sich offenbar größerer Beliebtheit erfreuten. Dabei begingen die guten Eichsfelder die Ungeschicklichkeit, die Kündigungsfrist verstreichen zu lassen. Auch Wolffradt wurde unwillig über das ewige Klagen und fragte die Unzufriedenen, „aus welchen Gründen dieses bisher keine Abänderung erlittene Institut gegenwärtig drückend und den bestehenden Verhältnissen nicht mehr angemessen sei“, worauf man keine Antwort wußte.<sup>8</sup>

Es scheint, als ob Wolffradt eine entschiedenere Stellung in diesen Fragen einnahm als Siméon, der den Societäten seine Anerkennung nicht versagte, aber ihnen gleichgültig gegenüberstand, wie auch im Saaldep., als der Distr. Halle seinen Austritt aus dem Magdeburger Verband ankündigte, weil er sich benach-

---

5. M. Sta. B 18 I 1743.

6. M. Sta. B 18 I 163.

7. M. Sta. B 3 Spec. 453.

8. M. Sta. B 35 XXII. 1. I.

teiltigt glaubte, da er ebenso hohe Beiträge zahlen mußte wie die Holzkreise, trotzdem in ihm die Feuersgefahr dank der weitläufigeren Dorfanlagen geringer war. Wolfradt verbot ohne stichhaltigen Grund den Austritt, nachdem eine neue Hallenser Gesellschaft schon gegründet war, befahl die Wiedervereinigung mit Magdeburg und versprach eine allgemeine Regelung für das gesamte Königreich, die aber nie erfolgte.<sup>9</sup> Wahrscheinlich wollte er nur eine Zersplitterung in viele kleine finanziell kraftlose Institute verhindern.

Im Halberstädtischen<sup>10</sup> wurde im September 1808 eine neue Feuersocietät ins Leben gerufen, an deren Spitze der Kriegsrat Bertram trat. In ihr vereinigten sich die vier Gesellschaften, die bisher im Fsm. Halberstadt und in den Grftn. Hohenstein und Wernigerode bestanden hatten: 1. die Societät des Adels, der Klöster und Stifter<sup>11</sup> von 1738, 2. die Städtefeuersocietät für alle drei Territorien vom Jahre 1732, 3. die Societät für das platte Land des Fsm. Halberstadt von 1765 und 4. eine gleiche für Hohnstein von 1756.<sup>12</sup>

Wir müssen Wolfradt recht geben, wenn er einer Zersplitterung der Kassen entgegentrat. Das Bild war schon ohnehin bunt genug. Oft waren in einem einzigen Dorf mehrere Societäten vertreten.<sup>13</sup> Da die Gesellschaften meist keine eigenen Einnehmer hatten, war das höchst unbequem für die staatlichen Receveurs. Im Harzdep. galten nicht weniger als sechs Societäten: 1. die Hohensteinsche für die Grafschaft und das platte Land im Distr. Nordhausen, 2. die halberstädtische für die Städte der Grafschaft, 3. die magdeburgische für das Eichsfeld, Treffurt-Dorla, Nordhausen und Mühlhausen, 4. die calenberg-grubenhagensche in dem ehemals hannoverschen Territorium, 5. die hessische in den Orten an der Werra und 6. die braunschweigische im Amt Walkenried.<sup>14</sup> Daneben war noch die

---

9. M. Sta. B 26. 5. 2.

10. Quedlinburg gehörte zur Magdeburgischen Gesellschaft. M. Sta. B 27 a 4.

11. M. Sta. B 26. 5. 16.

12. ebd., 26. 5. 5.

13. M. Sta. B 18 I 171.

14. M. Sta. B 35 XXII 2.

sächsische Societät vertreten, die keinen Unterschied zwischen Stadt und Land machte.<sup>15</sup> Auch das Mansfeld hatte früher dazu gehört.<sup>16</sup> Die vormals braunschweigischen Orte gehörten zur braunschweigischen Brandversicherungsgesellschaft, die seit 1810 das ehemalige Fsm. Blankenburg umfaßte, auch in das Elbedep. übergriff.<sup>17</sup>

Die Verteilung der Beiträge wurde in den Gemeinden von den Maires vorgenommen, die auch bei Brandschäden hinzugezogen wurden und auf den Wiederaufbau abgebrannter Häuser zu achten hatten. Die Friedensrichter waren von diesen Geschäften ausgeschlossen, weil sie nicht in jeder Kommune vertreten waren. Allerdings sollten sie bei der Untersuchung der Entstehungsursache des Feuers hinzugezogen werden. Die „Exemten“, die nicht zum Beitritt in eine Societät gezwungen werden konnten, sollten dazu aber angehalten werden. Zum Zwang besaß man noch kein gesetzliches Mittel.<sup>18</sup> Die Forstoffizianten, die bisher nicht selbst für die von ihnen bewohnten Gebäude zu zahlen hatten, wurden jetzt dazu aufgefordert.<sup>19</sup> Die Erhebung der Beiträge lag den Kanton-, später den Kreiseinnehmern, ob. Sie erhielten dafür  $\frac{1}{2}$  0/0 Vergütung.<sup>20</sup> Den Societäten war aber gestattet, eigene Recepturen einzurichten. Die alte Bestimmung, daß wohlhabende Bürger ihre Beiträge in Courant bezahlen mußten, verfiel von selbst bei der katastrophalen Geldentwicklung. Die Gesellschaften waren jetzt froh, wenn sie Scheidemünze erhielten.<sup>21</sup> Die Reduktion des Geldes hatte den Societäten schwerste Verluste gebracht, die Rückstände wuchsen an, trotzdem sie vor allen andern Schulden eingetrieben wurden. Dazu trat als neue Last die Sorge für die Löschgeräte, die die Kämmereikassen früher getragen hatten.

---

15. M. Sta. B 18. I 151.

16. M. Sta. B 26. 5. 1.

17. M. Sta. B 18 I 170.

18. M. Sta. B 18 I 163.

19. ebd., 97.

20. ebd., 171.

21. ebd., 1716.

## Kapitel 14.

### Rechnungswesen.

Die erste Instruktion zur Organisation des Rechnungswesens erging schon zur Zeit der Régence. Ab 1. 10. 07 wurde im Königreich einheitlich verfahren. Feste Ausgaben konnten direkt und auf Befehl des Intendanten erledigt werden, z. B. Magistratskosten, Grundrenten, jährliche Lasten. Pensionen dagegen durften erst nach Zustimmung des Königs bezahlt werden. Veränderliche Ausgaben zerfielen in drei Klassen: 1. Dringende Ausgaben bis zu 500 fr. konnte der Intendant autorisieren; er durfte den Betrag sogar überschreiten, aber dann auf eigene Verantwortung; 2. nötige und 3. nützliche Ausgaben bedurften vorher der Erlaubnis der Régence.

Um dauernd den Überblick über den Stand der Provinzialkassen zu behalten, forderte die Régence alle zehn Tage einen Situationsbericht. Lokale Ausgaben wurden aus den Lokalkassen bezahlt, nachdem die Autorisation von der Regierung eingeholt worden war. Dagegen gingen die Dépenses générales, worunter die allgemeinen Verwaltungskosten und die Zivillisten fielen, durch die Kasseler Generalkasse. Die Überschüsse, die die Lokalkassen erzielten, wurden alle acht Tage per Post in die Hauptstadt geschickt.

Am 17. 12. 07 wurde für alle Landesteile das einheitliche Rechnungsjahr gleichlaufend mit dem Gregorianischen Kalender verordnet,<sup>1</sup> abweichend vom französischen Gebrauch, wo der Beginn des Rechnungsjahres in den Herbst fiel.

Erst vom 1. 12. 07 ab können wir von einer westfälischen Finanzverwaltung sprechen, denn erst an diesem Tage trat der König in den Besitz seines Vermögens und seiner Einkünfte.

---

1. M. Sta. B 35 XII a 12.

Gleich zu Anfang geriet das Rechnungswesen in die größte Verwirrung. Die französischen Intendanten hatten einen großen Teil der Ausgaben für Oktober und November 1807 auf die westfälischen Einnahmen vom Dezember angewiesen. Der königliche Schatz wurde damit im ersten Monat seines Bestehens aller Mittel beraubt. Mit Recht protestierte Jerome gegen diese Unredlichkeit, wobei der Erfolg aber wie immer ausblieb.<sup>2</sup>

Die jährlichen Finanzbudgets des Staates wurden vom Staatsrat diskutiert und die Steueretats den Ständen zur Bewilligung unterbreitet. Später bewilligten die Stände auch die Ausgaben, ohne daß sie sich aber mit den Einzelheiten befaßt hätten. Die Abstimmung der Stände war praktisch von keiner Bedeutung. Die Versammlung war nicht im geringsten fähig, sich ein Bild der finanziellen Verhältnisse zu gestalten, mußte deshalb auf eine Stellungnahme verzichten. Seit 1811 hörte die bedeutungslose Formalität ganz auf.

Das Budget eines Jahres stellte die Grundlage des Zahlungs- und Rechnungswesens dar. Zahlungen des Schatzes konnten nur auf visierte Ministerialanweisungen geschehen (Dekret vom 14. 12. 07), dabei durften die Minister ihre Kredite nicht überschreiten.

Am 1. 1. 08 hörten die alten Kassen in ihren Geschäften auf. Die allgemeine Zentralisierungstendenz des westfälischen Verwaltungssystems kam zum Durchbruch.<sup>3</sup> Nur noch der öffentliche Schatz leistete Ausgaben, die nach Ministerien gegliedert waren.<sup>3a</sup>

Die Generaldistriktsreceveurs beglichen sie in den Departements. Die Präfekten hatten monatlich darüber an den Minister

---

2. M. Sta. B 26. 78. 1.

3. M. Sta. B 26. 78. 2.

3a. Das Justiz- und Innenministerium kam auf für: Sold der Beamten der Verwaltung, Justiz und der Kirchen; Justizkosten; Kosten des Bulletin des Lois; Beiträge zu Universitäten, Klöstern, Hospitälern, Gefängnissen usw.; öffentliche Gebäude.

Das Finanzministerium für: Kosten der Administration der Erhebung der Einkünfte und Kontribution; Sold der Schatzbeamten; Pensionen; Zinsen der öffentlichen Schuld und deren Amortisation; Domänialbauten; Domänen und Forste; Brücken und Chausseen.

Die Ausgaben der übrigen Ministerien erklären sich von selbst.



Bericht zu erstatten; erst nachdem dieser die Richtigkeit anerkannt hatte, ergingen die Zahlungsbefehle an den Generalkassierer des öffentlichen Schatzes. Nach Ausstellung von Spezialanweisungen durch die Präfekten wurde die Zahlung vollzogen. Die Anweisung wurde nun dem Generalkassierer übersandt. Das Kriegsministerium und dringende Ausgaben blieben von diesen umständlichen Formalitäten befreit. Die Bestimmung vom 1. 1. 09 brachte eine Änderung in der Soldzahlung. Die Spezialordonnanzen, auf die bisher gezahlt wurde, fielen fort. An ihre Stelle traten ministerielle Besoldungs- und Pensionsetats, die für das ganze Jahr aufgestellt wurden. Bülow selbst charakterisiert das Wesen der Generalkasse des Schatzes: „Die Generalkasse selbst ist zugleich die Quelle und der Mittelpunkt aller Ausgaben. . . . Sie sammelt alle Beweise von den für Rechnung der Regierung im ganzen Königreiche geschehenen Ausgaben und liefert vermittels der Belege, welche die einzelnen Kassen ihr zufertigen, alle Materialien der Generalrechnungen eines jeden Ministeriums und eines jeden Zweiges der Generalverwaltung, die erforderlich sind.“<sup>4</sup>

Bülow's Worte sind indessen zu grundsätzlich gehalten. Das Zahlungswesen der Bergwerke, Hütten und Salinen war zum Teil, das der Post ganz unabhängig. Völlig abseits stand die Amortisationskasse<sup>5</sup> bis zum Jahre 1811, wo sie mit dem Schatz vereinigt worden ist. Vom Staatsschatz abhängig waren die Departementskassen, die nur mit geringen Beträgen rechneten. Sie zahlten einige Besoldungen, Materialien für die Präfekturen, die Kosten der Wahlkollegien, der Departementalkompagnie und Ausgaben für Konskriptionsangelegenheiten. Die Einnahmen flossen aus Anweisungen des Staatsschatzes und Überschüssen aus dem Verkauf des Departementalblattes und aus der Sportelkasse.<sup>6</sup>

Am 26. 12. 11 wurde die Generalintendanz des Staatsschatzes geschaffen. Seit diesem Zeitpunkt konnten durch Gesetz und Dekret bestimmte Ausgaben durch den Staatsschatz getätigt werden, ohne daß eine Anweisung nötig war.

---

4. Moniteur 1809. 72. 1. Suppl.

5. Dekret vom 17. 1. 08.

6. M. Sta. B 35 XII a 7.

Offensichtlich ist häufig der Fall eingetreten, daß Behörden mehr auf den Staatsschatz angewiesen haben, als es den Einnahmen des Staates entsprach. Um diese Überschreitung der Finanzkraft unmöglich zu machen, bestimmte man im Dekret vom 6. 3. 12 die Anfertigung monatlicher Budgets durch die Minister, die der Generalintendant zu einem Gesamtbudget vereinigte. Die Verteilung der Ausgaben nahm der Finanzrat darauf vor. Die Anweisungen, die man bisher den Empfängern gegeben hatte, wurden nicht mehr ausgehändigt. An ihre Stelle trat eine einfache Nachricht, den Betrag in Empfang zu nehmen.

Am gleichen Tage erging ein zweites Dekret, das weitere Bestimmungen brachte. Die Visa unter den ministeriellen Anweisungen oder unter den Mandaten der Generalzahlmeister sollte der Generalintendant mittels Bordereau erteilen, sobald die Anweisungen in Rücksicht auf den Kredit geprüft und festgesetzt waren. Das Bordereau ging an den Generalzahlmeister, der den Departementszahlmeistern Abschriften zuschickte. Derartige Mandate wurden durch Verordnung des Generalintendanten Pichon am 23. 4. 12 abgeschafft. Die Generalkasse des Schatzes stellte fortan Tratten auf die Distriktseinnahmekassen aus, von denen der Betrag in die Departementszahlmeisterkassen floß, so daß der erforderliche Geldbetrag zur Ausgabe herbeigeschafft war. Im gleichen Arrêté bestimmte Pichon, daß die General-einnahmer diesen Mandaten der Zahlmeister ohne Zögern Folge leisten sollten. Um aber ein Stocken in den Soldzahlungen der Armee zu verhindern, wurde den Generaleinnehmern am 6. 6. 12 (Circular 36) befohlen, in erster Linie darauf zu achten, daß die nötigen Geldbeträge dazu in ihren Kassen seien. Danach ständen an Wichtigkeit die Tratten der Generalkasse vor allen übrigen Mandaten der Departementszahlmeister. Der Generalintendant gab das Versprechen, die Tratten immer in den Grenzen zu halten, die die Mittel der Generaleinnahmen vorschrieben. Davon hing der Kredit des Staatsschatzes schlechthin ab. Bei Falsch-einschätzungen bat er sofort um Nachricht.<sup>7</sup>

Der eigentliche Zweck, den zwei Arrêtés Pichons vom 23. 4. und 6. 6. 12 (Circular 37) hatten, ist nicht erreicht worden. Der

---

7. M. Sta. B 35 XII a 17.

Generalintendant hatte die Absicht, den Ausgabendienst von dem der Einnahmen zu lösen. Da aber keine Departementszahlmeister bestanden, sondern das Amt mit dem der Generaleinnnehmer in einer Person vereinigt war, blieb das eine überflüssige Bestimmung. Allerdings wurde dann am 25. 9. 12 der Ausgabendienst auf den Generaleinnnehmer im Departementshauptort beschränkt. Gleichzeitig befahl das 37. Circular die Erledigung aller Teilzahlungen vor dem 1. 2. 12, da die Akten in den Kassen sich derart angehäuft hatten, daß beim besten Willen kein Überblick mehr zu gewinnen war.<sup>7</sup>

Pichon ist der einzige Finanzmann im Reich gewesen, der sich systematisch mit einer Organisation des Rechnungswesens beschäftigt hat. Freilich ist er nicht in der nötigen bedächtigen Weise vorgegangen. Seine Arrêtés folgten überaus schnell aufeinander und bedurften häufig einer Ergänzung oder Änderung. Da er bereits im August 1812 gestürzt wurde, läßt sich schwer sagen, ob er eine systematische Ordnung des Rechnungswesens erreicht haben würde.<sup>8</sup>

### **Oberrechnenkammer.**

Wie Bülow am 15. 5. 09 berichtet, hat sich der König schon damals mit Gedanken über Organisation einer Oberrechnenkammer befaßt. Aus dem Plan ist aber erst am 4. 8. 10 Wirklichkeit geworden. Die Kammer sollte der Vervollkommnung der Rechnungsführung dienen und eine Zentrale für endgültige Decharge der Rechnungsbeamten bilden. In ihr Ressort fielen Kommunen, deren Budget 10 000 fr. überstieg, Wohltätigkeitsanstalten, Witwenkassen, Brandversicherungskassen usw. Man betonte, „daß die Oberrechnungskammer durchaus keine administrative Behörde, sondern bloß mit der Unterstützung und Entscheidung über die in ihren Geschäftskreis gehörigen Rechnungen beauftragt ist. . . . Erst wenn die Rechnung von der administrativen Behörde mit dem darüber angestellten Revisionsprotokolle an die Oberrechnungskammer eingesandt ist, fängt

---

8. Die „Stetigkeit“, die unter Pichons Nachfolger Dupleix in das Rechnungswesen gekommen sein soll (Thimme II. 577), war nichts weiter als die Folge der Untätigkeit des neuen Generalintendanten.

deren Wirkungskreis an.“<sup>9</sup> Es entsprach dem Charakter dieser Einrichtung, daß sie von allen Verwaltungsstellen unabhängig war. War die Einsendung der Rechnungen an bestimmten Terminen vollzogen, so wurden sie innerhalb von sechs Wochen untersucht, darüber ein Protokoll ausgefertigt, das dem ein-sendenden Beamten zugestellt wurde mit dem Befehl, auf die darin gestellten Fragen zu antworten. Hatte er das getan, beriet das Kammerplenum darüber. Darauf wurde entweder Decharge für den Beamten erteilt oder es folgten Ergänzungsfragen. Falls der Befragte nicht zufriedenstellende Antwort gab, erhielt das zuständige Ministerium Mitteilung. Innerhalb von fünf Jahren hatte die Kammer das Recht, eine neue Revision auch nach definitiver Decharge, anhängig zu machen. Dem Beamten war Berufung beim Staatsrat erlaubt. Es ist verständlich, daß die Kammer bei dem komplizierten System und der ungeheuren Arbeitsmasse in kurzer Zeit in Rückstand geraten ist, trotzdem es Bestimmung war, daß keine Rechnung eingesandt werden sollte, bevor sie nicht dem zunächst vorgesetzten Beamten vorgelegt worden war. Wolffradt klagte, daß die Rechnungen nicht ordentlich eingingen. Nicht ein einziges Jahr ist völlig revidiert.<sup>10</sup>

Vor der Einrichtung der Oberrechnungskammer ist nur das lokale Kontrollsystem in Übung gewesen. Die Generalreceveurs waren z. B. angewiesen, ihre Quittungen den Unterpräfekten vorzulegen,<sup>11</sup> wobei die Behördenkassen also nicht unterschieden wurden von anderen, mehr privaten Einrichtungen, wie Witwen- und Sterbekassen.<sup>12</sup>

### **Altmärkische Kreditkassen.**

In der Altmark war zur Überwindung der schweren Kriegslasten ein besonderes Comité gegründet worden, das sich aber nach Festigung der Verhältnisse von selbst wieder auflöste. Der Kassierer hatte keine Rechnung über den Stand bei der Auflösung abgelegt. Der Unterpräfekt von Stendal beauftragte

---

9. M. Sta. B 35 II a 18.

10. M. Sta. B 18 I 294.

11. M. Sta. B 26. 78. 1.

12. M. Sta. B 26. 15. 8.

Herrn v. Bismarck aus Welle mit der Führung der Liquidationsgeschäfte und Untersuchung.<sup>13</sup> Das Komitee hatte gleichzeitig für die Kurmark gewirkt. 100 000 Franken mußten bei der Liquidation in zehn monatlichen Raten an Berlin gezahlt werden. Der Präfekt stimmte den Vorschlägen zu, glaubte aber eher, daß ein Komitee sich später doch wieder als Notwendigkeit aufdringen würde. In seinen Ausführungsbestimmungen verband er die Liquidation der allgemeinen Kriegssteuerkasse mit der obigen.<sup>14</sup>

Wie alle preußischen Länder, war auch die Altmark einer Hauptritterschaftskreditdirektion angeschlossen, die gleichzeitig für die Kurmark zuständig war. Schulenburg-Bodendorf wünschte, daß diese Verbindung der territorialen Verhältnisse beibehalten würde. Da er selbst aus dem adligen Grundbesitzerstand der Altmark stammte, kannte er die Bedürfnisse. Der Präfekt war nicht abgeneigt. Die Antwort Siméons auf die Vorstellungen ist höchst interessant. Der Minister erklärte, daß er nicht daran denke, die Kreditverbindung zu brechen. Er war sich wohl bewußt, daß die westfälische Regierung nicht fähig wäre, eine derartige Einrichtung zu ersetzen. Sollte je der Fall eintreten, daß eine Trennung nötig würde, so versprach er, dafür Sorge zu tragen, daß die Interessenten keinen Schaden erlitten. Am 24. 12. 10 beschloß die Hauptritterschaftsversammlung die Auflösung des altmärkischen Teils. Siméon war nicht weiter erstaunt und zeigte Verständnis für den preußischen Schritt. Die westfälischen Finanzausfuhrgesetze machten es ja

---

13. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die doch in preußischer Verwaltung gebildeten Beamten die Grundsätze der westfälischen Verwaltung zu eigen gemacht haben. Schulenburg-Bodendorf betonte, daß er es vorzöge, einen einzelnen fähigen Mann einzusetzen, als der schwierigen Kollegialverwaltung den Vorzug zu geben. „Nach meinem Dafürhalten dürfte dies zweckmäßiger als die Fortdauer eines Comité sein, da im Ganzen ein der Sache gewachsener Mann diese Geschäfte weit besser leiten und zu Ende bringen vermag, als wenn sich erst mehrere darüber vereinigen müssen, und wodurch wie gewöhnlich das Übel entsteht, daß sich einer auf den andern verläßt und die Geschäfte selber unbearbeitet bleiben.“ Gerade diese Worte eines praktischen Verwaltungsmannes zeigen, daß tatsächlich das alte Prinzip der Kollegialverfassung überlebt war. Von dem Verdacht der Schmeichelei ist Schulenburg-Bodendorf frei.

14. M. Sta. B 18 I 7.



unmöglich, ein Kapital in der Altmark zu kündigen und zurückzuerlangen. Er faßte die Möglichkeit der Gründung einer neuen ähnlichen Gesellschaft ins Auge, aber wo sollten die Mittel hergenommen werden? <sup>15</sup>

### Geldwesen.

Angesichts der äußerst verwirrten Münzverhältnisse hätte mit weit größerer Energie durchgegriffen werden müssen. So hat man die Zahl der kursierenden Münzen nur noch durch die französischen erhöht. Der einzige Finanzmann, der eine einheitliche großzügige Regulierung erträumte, war Pichon. Reinhard berichtete am 22. 4. 11: „Wahrscheinlich wird in absehbarer Zeit eine Änderung hinsichtlich der Münzen stattfinden. Das Umschmelzen und die völlige Einführung des französischen Geldsystems sind ein Lieblingsgedanke Pichons. Was sich aus diesem Plan zweifellos ergeben würde, ist das Papiergeld, und ich glaube gern, daß dieser Plan schon in seinen Combinationen aufgetreten ist. Man könnte eine Bank schaffen, aber wie die unentbehrliche Grundlage, das Vertrauen?“ <sup>16</sup> Das waren weite Perspektiven, die aber zu keiner Wirklichkeit wurden, nachdem Pichon gestürzt war.

Die unumgängliche Kursfestsetzung der umlaufenden Geldsorten geschah durch das Dekret vom 11. 1. 08. Das herrschende Geld der Ostdepartements, die preußische Scheidemünze, wurde auf ihren wahren Silbergehalt reduziert. Der Groschen sank auf 8 Pfennig. Die 6-, 3- und 1-Pfennigstücke wurden ganz aus dem Verkehr gezogen. Sofort wurde „dieses Gesetz, der üblen davon zu besorgenden Folgen unerachtet, sogleich in Ausführung gebracht“. Ebenso schnell ergaben sich Schwierigkeiten beim Wechseln. Der Präfekt des Elbedep. verordnete ohne Zögern auf eigene Verantwortung, auf das Drängen des Akziseamtes hin, das mit dem Publikum nicht fertig werden konnte, daß die kleinen Münzen im Verkehr bleiben sollten, aber nur als Wechselmünze und zu folgenden Kursen: 6 Pfg. zu 4 Pfg., 3 Pfg. zu 2 Pfg., 1 Pfg. zu 1 Pfg.

---

15. M. Stä. B 18 I 18.

16. Mém. V. 106.

Im Februar erklärten die französischen Heereskassen plötzlich, keine preußische Scheidemünze ab 1. März mehr annehmen zu wollen. Gleichzeitig verbot Daru die Ausfuhr von Courant aus Preußen nach Westfalen.<sup>17</sup> Die zahlreichen Magdeburger Kaufleute, die auf der Messe in Frankfurt a. d. Oder weilten, gerieten in die größte Verlegenheit. Aber auch sonst war großer Schaden durch das unüberlegte Verbot zu erwarten, „weil es den Bewohnern Magdeburgs die einzigen ihrem Korn offenen Märkte verschließt und weil es Preußen die Möglichkeit der Verproviantierung nimmt“. Siméon versprach, lebhaft für die Aufhebung dieser Verordnung einzutreten, „die in Wahrheit zum Schaden der Völker ist, die begünstigt werden sollten“. Es war vergeblich.<sup>18</sup>

Am 16. 4. 08 wurden neue Kurse für die preußischen Münzen festgesetzt und damit die alten aufgehoben. Es galt ab 1. Mai 1 Friedrichsdor: 20,80 fr., 1 preuß. Reichsthaler zu 24 Groschen: 3,65<sup>1</sup>/<sub>4</sub> fr.

Schon zeigte sich die erste Verwirrung, die durch die Münzverordnungen hervorgerufen wurde. Die Reduzierung der Scheidemünze hatte automatisch eine Lohn- und Preissteigerung im Gefolge. Die Schuhmachergesellen Magdeburgs drohten auszuwandern, weil ihnen nur 25 % Lohnzulage bewilligt war, aber die Geldreduktion 33<sup>1</sup>/<sub>3</sub> % betrug. Darus Courantverordnung machte dies Geld so knapp, daß die Steuerzahler einfach nicht imstande waren, wie in früherer Zeit damit zu zahlen. Dabei wollten sich die Steuerekassen nicht zur Annahme von Scheidemünze verstehen. Siméon hielt sich vollständig zurück. „Ich will warten, bis sich die Geister und die Verhältnisse beruhigen, die leichter ihre gewohnte Bahn in solchen Dingen wieder einschlagen, wenn die Regierung nicht dazwischen tritt.“ Streitfälle verwies er vor die Tribunale, „die besser in den einzelnen Fällen zu urteilen vermögen, als wir es durch eine allgemeine Regel könnten“. Die Verhältnisse haben sich beruhigt. Siméons Haltung war die eines erfahrenen Verwaltungsmannes, die in auffälligem Gegensatz steht zu der Vielgeschäftigkeit und Aufgeregtheit der deutschbürtigen Präfekten. Siméon war nicht

---

17. Mém. III. 249.

18. M. Sta. B 18 J 263 I.

Finanzminister und hielt sich diese Dinge vom Leibe, um kein Unheil anzurichten. Dafür wurde eine „Kommission zur Untersuchung der Streitigkeiten wegen zu hohen Verkaufs der Lebensmittel“ eingesetzt, die in Magdeburg die Ursachen der Unzufriedenheit nicht eigentlich in der Entwertung des Geldes, sondern in der allgemeinen Teuerung erblickte. Nach ihrem Dafürhalten konnten der Unruhe Schranken gesetzt werden, wenn man die Löhne der Arbeiter wenigstens für die Zeit der Teuerung um 20 % erhöhte. Schulenburg war einverstanden und forderte alle Fabrikbesitzer und Meister auf, die Erhöhung sofort vorzunehmen (Ende April 1808). Ebenso wurde den Geldwechslern etwas auf die Finger gesehen, die ein zu hohes Agio beim Umtausch preußischer Scheidemünze in Courant nahmen. Die Regierung dachte an Stelle der 10—12 %, die genommen wurden, 2—3 % zuzubilligen, holte aber vorher ein Gutachten des Kaufmanns Schmitz in Magdeburg ein, der sich gegen einen solchen Eingriff erklärte, „da einesteils das Geld wie eine Ware zu betrachten ist, die bald steigt, bald fällt, andernteils der innere Wert der preußischen Scheidemünze gegen das Courant nicht evaluiert ist“.<sup>19</sup>

Die dauernde Gehaltsverschlechterung der Scheidemünze rief das Einfuhrverbot vom 13. 6. 08 hervor. Zuwiderhandelnde wurden mit Konfiskation des Geldes, einer vierfachen Strafe und außerordentlicher Kriminalverfolgung bedroht. Am 15. 7. 09 erfolgte eine abermalige Herabsetzung des Groschens von 8 auf 6 Pfg. ab 1. September. Eine Ergänzungsbestimmung erging am 11. 12. 11. Österreichische Scheidemünzen durften nur noch zerschnitten eingeführt werden, schwedische nur in höheren Werten (Dekret vom 22. 2. 12). Der Wert des halben Laubthalers erfuhr eine Verminderung von ursprünglich 2,96<sup>8/27</sup> fr. auf 2,91<sup>3/8</sup> fr. (am 30. 1. 12), wurde dann im Mai nur noch angenommen, wenn er genau eine Unze wog, und ab 1. Juni überhaupt ausgeschaltet.<sup>20</sup>

Alle diese Schritte, die in Richtung auf Vereinfachung des Münzsystems und Überführung zum französischen System liefen, haben das gesteckte Ziel doch nicht erreichen können.

---

19. M. Sta. B 18 I 263 I.

20. M. Sta. B 18 I 263 II.

### Lotterien.

Durch ein Dekret vom 6. 6. 08 wurden sämtliche Lotterien im Königreich aufgehoben, dafür aber eine Klassenlotterie in Braunschweig errichtet. Ausländische Lotterien waren erst recht verboten, auch wenn sie nicht besonders in dem Dekret erwähnt waren.<sup>21</sup> Der Direktion der Braunschweiger Lotterie überließen Siméon und Wolffradt später alle Streitfragen zu selbständiger Bearbeitung. Diese war so großzügig, 1810 die Große Hamburger Lotterie und im April 1811 auch die Sächsische Lotterie zu Dresden im Königreiche zuzulassen.<sup>22</sup>

Sehr weitherzig für unsere Begriffe entsprach man Gesuchen wegen Ausspielung von Grundstücken. Die Gesetze der alten Staaten hatten derartige Dinge nicht erlaubt. Die Untertanen glaubten aber, jetzt eher darauf Anspruch zu haben, indem sie auf die traurige Lage des Hausbesitzes hinwiesen. Die Mittel, sich „der Last des Besitzes von Häusern“ zu entledigen, sollten erleichtert werden. Als erster kam ein Hallenser auf die Idee, 8000 Lose zu 4 gr. zu verkaufen. Er hoffte, von dem Ertrag von 1330 Rth. 800 Rth. für sich zu behalten, 50 Rth. für die Glauchaer Armenkasse zu geben, und „von dem Rest noch kleine Gewinne für mehrere Teilnehmer der Lotterie zu bilden“. Die Direktion in Braunschweig erlaubte diesen eigenartigen Grundstücksverkauf. Das Beispiel machte Schule. Bald folgte eine Apotheke in Wernigerode nach. Verboten blieb dagegen das Lotteriespielen bei fahrenden Händlern auf den Märkten, „die das unselige Geheimnis, ihr Vermögen auf Kosten der unvermögenden Bevölkerung zu vervielfachen, besitzen“, wie Bergcagny sagte.<sup>23</sup>

---

21. M. St. B 26. 73. 1.

22. ebd., 3.

23. M. Sta. B 26. 73. 2.

## Kapitel 15.

### Zwangsanleihen.

Angesichts der von vornherein katastrophalen Finanzlage hat die westfälische Regierung frühzeitig Rettung durch eine Anleihe gesucht. Der Versuch in Holland endete mit einem Fehlschlag. Schweren Herzens wandte man sich darauf an die Untertanen. Am 19. 10. 08 schrieb der König eine Anleihe von 20 Millionen Franken aus. Bülow bekannte, daß sich Jerome „sehr ungern zu dieser Maßregel“ entschlossen hätte, und daß er sie „bis jetzt in der Hoffnung aufgeschoben, daß ein gänzlicher oder teilweiser Erlaß der rückständigen Forderungen von seiten des französischen Reichs erfolgen würde“. Der Finanzminister gab den Mißerfolg im Ausland zu: „Die gemachten Versuche haben ergeben, daß bei der Konkurrenz so vieler Staaten, welche zu hohen Zinsen Geld zu negociieren suchen, eine solche Anleihe für das Kgr. Westfalen unter Bedingungen zu erreichen sein würden, die sich weit über die gewöhnlichen Zinsen erstrecken, durch welche das erforderliche Kapital um ein Beträchtliches erhöht und solchergestalt eine neue Last auf die Untertanen gewälzt, der Vorteil der Anleihe aber den Ausländern zugewandt werden würde.“ Das könnte vermieden werden, „wenn jeder nicht ganz unbemittelte Untertan von seinem gesamten wirklichen Vermögen, wenn er nicht mehr zu tun geneigt, höchstens 1 % zu einer Anleihe darbietet“. Es war schon reichlich optimistisch, wenn Bülow meinte, dieser und jener werde „sich gern bereit finden lassen“ und mehr als „sein Vermögen erheischt“, zu zeichnen. Die Verteilung wurde in neun Klassen vorgenommen, wonach allerdings mancher glatte 2 % spenden mußte. Nach seinen Berechnungen nach diesem System mußte genau die Summe von 20 Millionen aufkommen. Wurde sie nicht erreicht, so wäre „dies ein unfehlbarer Beweis, daß einige oder mehrere Untertanen sich für eine zu geringe



Summe unterzeichnet und die Last von sich ab und auf ihre Mitbürger zu wälzen gesucht haben“. Jeder deklarierte selbst sein Vermögen, nachdem ihn der Maire dazu aufgefordert hatte.<sup>1</sup> Schon hier ergaben sich Mißstände. Die Verwandtenwirtschaft, namentlich in ländlichen Gemeinden, führte dazu, daß die Maires häufig erklärten, bei ihnen sei niemand beitragspflichtig. Einige wollten ihren gesamten Beitrag erst zum letztmöglichen Termin zahlen. Die Bestimmungen setzten zur Zahlung den 1. 12. 08, 1. 1. 09, 1. 7. 09 und 1. 1. 10 fest. Davon ging Bülow nicht ab.<sup>2</sup> Die Zeichnungen zum „freiwilligen Anlehen“ begannen am 17. 11. und hörten am 1. 3. 09 auf.

Da die Beitragspflicht nicht auf der Sache, sondern auf der Person ruhte, waren auch die Besitzer ehemaliger Staatsdomänen und die kaiserlichen Donataires beitragspflichtig. Die Generaladministration der k. Domänen übernahm es, die Donataires selbst zur Zeichnung einzuladen. Aus demselben Grundsatz ergab sich anderseits, daß die kaiserlichen Domänen, die noch nicht vergeben waren, vom Beitrag frei blieben.<sup>3</sup>

Nach anfänglicher Siegerstimmung verbreitete sich tiefer Pessimismus, der sich in mehreren Ermahnungen äußerte. Nicht die Hälfte des Betrages kam ein. Das hatte niemand erwartet. Das Geld war aber unbedingt nötig, weil nach dem Pariser Vertrag vom 14. 1. 10 das französische Militär in Westfalen unterhalten werden mußte.

Die Verteilung der zweiten sogen. Ergänzungsanleihe von 10 Millionen erfolgte nach denselben Grundsätzen. Darüber hinaus wurden die Staatsbeamten mit über 2400 fr. Gehalt mit 10 % der jährlichen Bezüge besteuert. Der Gedanke, das Steuereinkommen zu erhöhen, hatte sich als unmöglich erwiesen, weil das Gesamtsteueraufkommen des Reiches nur 30 Millionen Franken betrug. „Selbst wenn sich das Königreich in der blühendsten Lage befände“, wäre eine Steuererhöhung um ein Drittel undenkbar gewesen.<sup>4</sup>

---

1. Am 22. 12. 08 ergingen Ergänzungsbestimmungen über einige unklare Punkte. Vgl. Thimme II. 537.

2. M. Sta. B 35 XIII c 1 I.

3. M. Sta. B 35 XIII c 1. II.

4. M. Sta. B 18 I 45 I.

Im Elbedep. waren noch 1812 zahlreiche Reste für diese Anleihen zu entrichten. Im ganzen scheint der Erfolg aber besser gewesen zu sein als bei der ersten Zwangsanleihe. Bercagny setzte sich für die Säumigen ein: „Es ist eine glatte Unmöglichkeit, im gegenwärtigen Augenblick eine Begleichung der rückständigen Summen zu fordern; es ist ja nicht der böse Wille, der dieses Defizit hervorgerufen hat.“<sup>5</sup> Im Harzdep.<sup>6</sup> und Saaledep. betrugen die Rückstände nicht einmal 10 %.<sup>7</sup>

Aber noch eine dritte Zwangsanleihe mußte ausgesetzt werden. 5 Millionen Franken sollten aufgebracht werden, indem jeder die Hälfte des gezahlten Betrages von 1810 gab. Am 10. 6. 12 verkündete ein Dekret die Grundsätze, die sich nicht wesentlich von denen der letzten Anleihe unterschieden. Nur waren einige Erleichterungen eingeführt, Befreiungen grundsätzlich ausgeschlossen. Das Kloster in Magdeburg wandte sich trotzdem an Bercagny, der bereitwillig Unterstützung versprach, trotzdem er wissen mußte, daß nichts zu erwarten war. Dem Unterrichtsminister wurde „in den traurigsten Farben die zerrüttete Finanzlage“ geschildert. Leist bat für das Kloster, weil ja auch der staatliche Studienfonds befreit wäre und es sich doch bei dem Kloster um eine gleich nützliche Einrichtung handle. Das Finanzministerium war anderer Meinung, „weil nicht die nämlichen gemeinnützigen Rücksichten eben der Art einträten“. Der Minister ließ aber durchblicken, daß der Beweggrund der Ablehnung die Furcht vor weiteren Gesuchen sei.<sup>8</sup> Auch wiederholte Bitten Bercagnys nützten nichts. Eigenartig war es, daß der König selbst entgegen den Entscheidungen des Magdeburger Präfekturrats und gegen den Rapport des Staatsrats dem Kaufmann Rahns seine Rückstände erließ.

Als das platte Land der russisch-preußischen Invasion verfallen war, wurde in der Festung Magdeburg noch eine vierte Militäranleihe verordnet (9. 12. 13). Danach waren zu zeichnen: 1. 105 % der 5-Millionen-Anleihe, 2. die Patentsteuer von 1813, 3. die Grundsteuer, 4. die Personalsteuer von 1813 und 5. 1,5 %

---

5. M. Sta. B 5. Gen. 35.

6. ebd., 32.

7. ebd., 33.

8. M. Sta. B 5 Gen. 2.

Erhebungskosten, was zusammen 410 499,09 fr. ergab. Der Betrag war vom 13.—22. 12. zu entrichten. 10 % fielen gleich aus, weil die Zahlungspflichtigen abwesend waren. Bis zum 28. 2. 14 waren nur 335 165,86 fr. erhoben. Der Gouverneur warf Bercagny vor, die Verteilung sei schlecht gewesen. Bis zum 19. 3. wollte er den Rest in seinen Händen sehen. 81 406,79 fr. wurden den reicheren Bürgern auf Grund der Vermögens-, Grund- und Patentsteuer aufgebürdet. Als die Preußen in die befreite Stadt einzogen, war noch nicht alles bezahlt.<sup>9</sup>

---

9. M. Sta. B 21 A 5 I u. II.

## Kapitel 16.

### Bergbau und Hüttenwesen.

Die Bedeutung des Bergbaus für die westfälische Regierung, aber auch die Schattenseiten der Verwaltung, hat Reinhard am klarsten geschildert. Er maß besonders dem Harz eine übertragende Bedeutung zu. 30 000 Menschen könnten sich sehr wohl dort vom Bergbau ernähren. Indessen übersah er nicht, daß der Ertrag im Augenblick fast ganz fehlte, wenn die Ausbeutungskosten in Betracht gezogen wurden.<sup>1</sup> Wenn er aber auf Besserung hoffte, so sollte er eine Enttäuschung erleben. Die Verwaltungskosten blieben enorm hoch. „Die Bergwerke geben gar keinen Nettoertrag, und wenn man alles in Betracht zieht, bleibt er vielleicht unter den Ausgaben“,<sup>2</sup> gestand er 1811 ein, trotzdem das Bergwesen eine ganz neue Organisation unter Mitwirkung der Fachleute erhalten hatte.

Das Dekret vom 27. 1. 09 hatte das Königreich unter drei Berghauptleuten verteilt, davon zwei im Osten (in Clausthal für den Harz und in Rothenburg a. d. Saale für Saale und Elbe). Sie waren nur dem Generaldirektor in Kassel unterstellt. Alle alten Verwaltungsbehörden stellten mit dem Tage ihre Arbeit ein.<sup>3</sup> Bis dahin waren die Beamten des preußischen Niedersächsischen Bergdistrikts provisorisch bestätigt. Entgegen der Grundbestimmung der Verfassung von der Aufhebung der Privilegien waren dem Harzer Bergbau bis 1809 die alten Exemptionen von Zoll und Akzise zugestanden.<sup>4</sup> Der Intendant Clarac in Halle glaubte, weil der Kaiser in der Übergangszeit provisorisch die Domänen in Besitz genommen hatte, einen Anspruch auf Berg-

---

1. Du Casse, 310.

2. Mém. V. 119.

3. M. Sta. B 18 I 1525.

4. M. Sta. B 26. 70. I.

und Hüttenwerke zu besitzen.<sup>5</sup> Direktor Gerhard in Rothenburg kam gegenüber diesen Übergriffen in Bedrängnis, zumal die französische Verwaltung nicht einen einzigen Pfennig zur Verwaltung beisteuerte. Um so unerhörter war es, als Clarac Anfang 1808 unter Vorwänden 200 Zentner Kupfer beschlagnahmte. Er wollte einen Befehl von irgendwelchen Armee-kommandos erhalten haben und lehnte es ab, in seinem Anspruch zurückzuweichen. Gerhard drohte mit Stilllegung sämtlicher Werke des niedersächsischen Distrikts, wenn nicht eine Bezahlung des Kupfers, das einen Wert von 53 130 Rth. darstellte, erfolge. „Wird das Kupfer genommen, so ist alles Vertrauen zur neuen Regierung im Publico hiesiger Gegend verloren.“<sup>6</sup> Das Recht siegte über die Gewalt. Clarac verhielt sich von nun an besonnener. Dafür trat Héron de Ville-Fosse, der Inspecteur général des mines des pays conquis, stärker in den Vordergrund, bis das erwähnte Dekret vom Januar 1809 dieser halb französischen Verwaltung im Königreich ein Ende machte.

An der Gestaltung der neuen Ordnung hat Gerhard einen bedeutenden Anteil gehabt. Er stellte in einem *Mémoire* die Vorbildlichkeit der preußischen Organisation dar und wünschte, daß sie als Basis der neuen Verwaltung dienen sollte. Von ihm stammt die Idee der Einteilung in Divisionen. (Doch wurden nur drei eingerichtet, während er vier vorschlug.) Die Direktoren erstatteten in jedem Jahr in Kassel auf einer Konferenz Bericht. Ihnen zur Seite stand ein Oberkollegium. Das Ganze stellte also eine Übertragung des Präfektursystems dar. Die technischen Mitarbeiter der Verwaltung, die Ingenieure, wollte er alle Grade, vom einfachen Bergmann angefangen, durchlaufen lassen. Die letzte Stufe stellte die Ausbildung auf der Universität dar, oder, wie er sich die endgültige Form vorstellte, auf einer Bergakademie.<sup>7</sup> Auch in anderen Kreisen hatte der Gedanke einer neuen Hochschule für dieses Fach um sich gegriffen. Bülow erfuhr im Juli 1808, daß der Professor der Mineralogie Steffens in Halle die Absicht hätte, alle Fachleute zur Mitarbeit

---

5. ebd., 2.

6. M. Sta. B 14. 43. I.

7. M. Sta. B 14. 43. I.



an diesem Plan zusammenzurufen,<sup>8</sup> der nicht verwirklicht wurde, wie in einer Zeit vorausszusehen war, in der schon die Universität bitter um ihre Existenz kämpfte.

Die bedeutendsten Etablissements befanden sich bei Rothenburg, wo in vier Werken jährlich für 200 000 Rth. Kupfer aus Kupferschiefer gewonnen wurde. Die Gewinnung war auch hier so kostspielig, daß ein Profit ganz fehlte. Man ließ die Gruben nur aus dem Grunde nicht stilllegen, um den 2700 Arbeitern nicht das Brot zu nehmen. — Bei Wettin wurde in größerem Stile im billigen Tagebau Braunkohle abgebaut. Täglich fielen Streitigkeiten zwischen dem Bergamt, das den Abbau als Regal beanspruchte, und den Untertanen vor, die sich die Kohlen in ihren Gärten und auf den Äckern selbst ausgruben. Der Unterpräfekt Frantz wünschte, daß es den Besitzern des Landes freistehen solle, Kohlen zu graben, um allen Ärger zu vermeiden. Das Ministerium konnte sich dazu nicht verstehen, entschied sich aber auch nicht für ein Regal.<sup>9</sup>

Alle anderen Berg- und Hüttenwerke waren von untergeordneter Bedeutung,<sup>10</sup> auch das in westfälischer Zeit von einem Chausseeinspektor entdeckte Braunkohlenlager bei Mühlhausen.<sup>11</sup>

Die Herstellung des Salpeters unterstand der Administration de l'artillerie, die die Preise den ausländischen Erzeugnissen anglich und genaue Instruktionen für die Hersteller herausgab, nach dem Vorbilde des französischen Dekrets vom 19. 10. 1791.<sup>12</sup> Da die Pachtzeiten erst im Jahre 1811 abliefen, wurde die Einführung der Salpeter- und Pulverdirektion auf den 1. 1. 1812 verschoben.<sup>13</sup> Das Reglement war schon 1809 bearbeitet.

---

8. M. Sta. B 26. 70. 6.

9. M. Sta. B 26. 70. 5.

10. ebd., 5.

11. M. Sta. B 35 VII 2.

12. G. Sta. Westf. 4 B 6.

13. M. Sta. B 14. 45.

## Kapitel 17.

### Domänen.

#### Französisch-westfälischer Domänenstreit.

Die gespannten Beziehungen, die lange Zeiträume hindurch zwischen Napoleon und Jerome geherrscht haben, sind zu einem bedeutenden Teil auf Streitigkeiten über die Verteilung der Domänen in den eroberten Gebieten zurückzuführen.<sup>1</sup> Der König war in dieser Frage besonders empfindlich, weil die Domäneneinkünfte für die Privatliste verwandt würden. Bei der Vorliebe Jeromes für glänzende Hofhaltung berührte ihn die Frage tiefer als ein hochpolitisches Problem.

Die Beträge, um die es sich handelte, waren in der Tat bedeutend. Napoleon gibt die Bruttoeinkünfte mit 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Franken an, wobei eine Nettoeinnahme von 12 Millionen angenommen werden kann. Davon beanspruchte der Kaiser 4 Millionen,<sup>2</sup> um seine Generäle zu belohnen. Von diesem Drittel ließ der Kaiser in keiner Weise ab. Im übrigen „hat der König von Westfalen seinen Thron nicht allein erobert“.<sup>3</sup> Bevor es zu einer endgültigen Teilung der Domänen kam, fand die Verwaltung gemeinsam statt. Die Hälfte der Einnahmen floß in die kaiserlichen Kassen. Die Konvention war am 29. 1. 08 in Kassel geschlossen.<sup>4</sup> Die Bestimmungen blieben bis zur Berli-

---

1. Mém. IV, 367.

2. Corr. de Nap. 13 508.

3. ebd., 13 431.

4. Tous les domaines dont Sa Majesté l'Empereur et Roi avait fait prendre possession en Westphalie, autres que les palais, châteaux, maisons de plaisance, leurs jardins, parcs et dépendances et les édifices publics, continueront à être administré comme par le passé par les baillis, fermiers ou autres qui en sont chargés. Attendu l'indécision desdits domaines entre Leurs Majestés l'Empereur et le Roi, les revenus en seront versés dans la Caisse du proposé du receveur général de l'armée. — Tous les versements

ner Konvention vom 22. 4. 08 in Kraft, die der gemeinsamen Verwaltung ein Ende machte.<sup>4a</sup> Durch diesen Vertrag wurden dem Kaiser 7 Millionen Franken reserviert. Jerome versuchte in diesem Augenblick sehr geschickt, eine Trennung der verschiedenen Domänenarten durchzuführen und die Forderung des kaiserlichen Drittels nur auf die Allodialgüter zu beziehen, erhielt aber eine deutliche Zurechtweisung und den Hinweis, eigentlich hätte der Kaiser die Hälfte aller Güter nehmen wollen, unter welchem Titel sie nun auch laufen möchten.<sup>5</sup>

Gegen den Willen des Kaisers waren die Vorstellungen Jeromes, begründet oder unbegründet, stets wirkungslos. Der König behauptete, daß in seinen Ländern die Domänen die besten Einkünfte der Staaten geliefert hätten. Auch seine Regierung könne nicht in Tätigkeit treten, wenn man ihren Besitz ihr zu einem Teil entziehe.<sup>6</sup> Darüber ging der Kaiser hinweg. Er tat, als ob er Jerome noch ein Geschenk mache, wenn er ihm die übrigen Domänen ausliefere: „J'ai à nommer un commissaire pour vous mettre en possession (!)

---

seront constatés par un procès verbal des préfets pour l'intérêt du Roi et des intendants pour celui de l'Empereur. — Les receveurs tiendront un compte particulier et séparé de ces versements. — Les dépenses nécessaires pour l'entretien et acquitter les charges des domaines, seront autorisées par les préfets et intendants, qui, en conséquence, signeront ensemble les ordonnances à donner aux préposés du receveur général pour effectuer les paiements. Tous les quinze jours on établira le compte du produit des domaines, présentant 1) les produits bruts, 2) le détail des dépenses autorisés ainsi qu'il a été cidessus, 3) le produit net. — La moitié de ce produit sera versé dans les caissiers de S. M. le Roi de Westphalie, l'autre moitié sera versée dans la caisse du receveur général de l'armée qui en sera chargé en recette par un procès verbal de l'intendant.

4a. "S. M. le Roi de Westphalie déclare n'avoir et ne former aucune prétention sur les capitaux tant productifs que non productifs d'intérêts dus par des souverains, soit de la confédération du Rhin, soit étrangers à ladite confédération, et par des Princes, des nobles, ou des particuliers non actuellement sujets de sa-dite Majesté le Roi de Westphalie, tant aux anciens souverains et Etats des pays dont a été formé ledit Royaume de Westphalie, qu'aux bénéficiers, dignitaires et corporations, soit ecclésiastiques soit laïques dont les biens ont été sécularisés antérieurement audit jour 1er octobre 1807. Lesquels capitaux ainsi définis appartiennent à sadite Majesté l'Empereur avec les intérêts d'iceux tant pour le passé en vertu du droit de conquête des dits pays faite par Sa Majesté Impériale".

5. Corr. de Nap. 13 432.

6. Mém. III, 121.

de la moitié des domaines qui vous reviennent. C'est M. Jollivet que je nomme à cette place.“<sup>7</sup> Die Liste der für Napoleon reservierten Güter wies für den Osten folgende Zahlen auf:<sup>8</sup> In der Provinz Magdeburg: 286 838 Rth., in der Altmark: 43 050 Rth., in der Provinz Halberstadt: 376 029 Rth., im Saalkreis: 12 912 Rth.

Trotz der Rigorosität des Kaisers ist es gelungen, ihn zu hintergehen. Der westfälische Schatz zog 1810 7,2 Mill. Franken aus Domänen,<sup>11</sup> darunter aus solchen, die der Teilung entgangen waren 2 000 000.<sup>12</sup>

Bis zum März 1811 hörten allmählich die Zwistigkeiten auf. Napoleon trat die Domänen, die er noch nicht verteilt hatte, an Jerome ab, der ihren Ertrag auf 240 000 Franken schätzte.<sup>13</sup>

Die endgültig kaiserlichen Donataires gehörigen Domänen waren vor einem Rückfall an den westfälischen Staat besonders geschützt, denn man kann das Verbot der Verpfändung, Belastung oder Pfändung nicht nur als Schutz des Privateigentümers auffassen. Verkauf und Tausch waren nur nach ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, mit Einverständnis des Kaisers. Viele Schwierigkeiten entstanden bei Auszahlung der auf den Grundstücken lastenden Schulden. Die meisten Donataires verpachteten ihre Domänen und zogen vor, in Paris zu leben.<sup>14</sup> Die westfälischen Verwaltungsstellen haben den Donataires das Leben anscheinend nicht leicht gemacht. Das „Mémoire sur les obstacles que rencontre le directeur impérial dans l'exécution de la convention du 10 mai 1811 de la part du Gouvernement westphalien“ sagt genug.<sup>15</sup> Deshalb waren auch Prozesse mit kaiserlichen Donataires keine Seltenheit. So mußte der General Boyer de Rebeval 1813 vom Staat auf Herausgabe von Land verklagt werden, das ihm nicht gehörte. Er berief sich auf eine Bestimmung, daß er nur von einer gemischten franzö-

---

7. Nap. et. sa fam. IV, 185.

8. M. Sta. B 11 d 7.

11. Mém. IV, 367.

12. Nach einer Aufstellung Reinhards.

13. Corr. de Nap. 17 442.

14. M. Sta. B 18 I 1536.

15. G. Sta. Westf. 1 B Frankreich 42.

sisch-westfälischen Kommission verurteilt werden dürfe. Diese Verordnung kannte aber niemand außer ihm. Das Finanzministerium verwies den Streit vor den Präfekturrat.<sup>16</sup> — Übrigens wachte Reinhard mit Argusaugen über dem kaiserlichen Interesse. Als im August der Herzog von Friaul als Besitzer der Domäne Wettin vom Tribunal Halle zur Auszahlung aller Hypothekenschulden in Höhe von 150 000 fr. verurteilt worden war und schon Beschlagnahme seiner Güter drohte, mischte sich der Gesandte ein und setzte die Kassierung des Urteils durch, indem er auf die Bestimmungen des Berliner Vertrags hinwies, der alle Hypotheken zu Lasten des westfälischen Königs legte.<sup>17</sup>

### Verwaltung.

Die Verwaltung der westfälischen Domänen, Gewässer und Wälder wurde durch Dekret am 29. 3. 08 geregelt. Bis dahin hatten die französischen Intendanten und Kriegskommissare die Verwaltung der ganzen Güter geleitet (Chaalons in Magdeburg, Clarac in Halberstadt, Angle in Heiligenstadt und Beyle in Braunschweig<sup>18</sup>). Die kaiserlichen Domänenendirektionen, die die Verteilung an die Donataires vornahmen, amtierten, bis alle Güter vergeben waren, im Saaledep. bis 8. 10. 08.<sup>19</sup> In jedem Distrikt wurde ein Receveur des domaines angestellt. Die Stellen besetzten Beamte der früheren Behörden. Am 18. 5. 10 verordnete ein Arrêté des Finanzministers die Trennung der Domänen von der Forstverwaltung und die Errichtung einer Generaladministration der Domänen.<sup>20</sup>

Bülow forderte im September 1810 dazu auf, künftig genaue Revenuen-Etats aufzustellen. Die Domänenendirektion Magdeburg gab für 1810<sup>21</sup> 315 922,72 fr. und 1811: 292 244,08 fr. an. Davon gingen allerdings die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten ab, die 1808 so hoch waren, daß im Elbedep. so gut wie kein Über-

---

16. M. Sta. B 5 Spec. 118.

17. G. Sta. Westf. 1 B Frankreich 26.

18. M. Sta. B 26. 66. 1.

19. M. Sta. B 26. 66. 2. II.

20. M. Sta. B 20 x b x 72.

21. M. Sta. B 20 a 461. I.



schuß erzielt wurde. In den folgenden Jahren ist kaum mehr als 100 000 fr. Reingewinn geblieben.<sup>22</sup>

In diesen Zahlen sind sowohl die reinen Staatsdomänen als auch die Krondomäne in Bergen<sup>23</sup> und die Güter des Ordens der westfälischen Krone — Werben und Dompropstei — enthalten. Die Einkünfte der Dompropstei werden 1813 mit 78 010, 58 fr. angegeben.<sup>24</sup>

Ein besonderer Verwaltungsapparat war zur Überführung der ehemals geistlichen Güter erforderlich. Die Verwaltung übernahm Malchus, Coninx sorgte für die Pensionierung des Stiftspersonals. Die Sorge für das Kapitalvermögen der Stiftungen lag dem Finanzministerium ob. Alle Naturalien, also hauptsächlich Getreidevorräte, wurden möglichst schnell verkauft.

Die Aufhebung der Stifte und Kapitel war am 1. 12. 10 vollzogen.<sup>25</sup> Ausgenommen blieben Stiftungen, die dem öffentlichen Unterricht dienten. Abgesehen von ihnen sollten die Stiftsgüter mit den Staatsdomänen vereinigt werden. Obligationen beabsichtigte man von 1812—1814 durch Bildung eines Kapitalfonds von  $3\frac{1}{3}$  Millionen Franken einzulösen. Staatsobligationen aus Stiftsbesitz galten als erloschen. Zehntpflichtige wurden angehalten, ihre Leistungen in Geld abzulösen. Bei den meisten Stiftungen war es üblich gewesen, die Erbzinsbriefe bei einem Wechsel des Oberbesitzes neu auszustellen. Beim Verkauf der Stifte durch den Staat ergab sich dieser Fall. Allein vom Domkapitel Magdeburg wurden über 1400 Briefe neu ausfertigt.<sup>26</sup> Der 1. 12. 10 bedeutete allerdings nur den Endpunkt der allmählichen Unterdrückung der Stiftungen. Napoleon hatte am 24. 4. 09<sup>27</sup> den Anfang gemacht, indem er den Orden der Deutschherrn aufhob. Jerome folgte am 1. 6. 09.<sup>28</sup> Er ließ die

---

22. M. Sta. B 11 a Spec. Nr. 14, 15, 21, 24, 33 u. 39.

23. Die Krondomänen standen unter der Intendanz des kgl. Hauses, waren aber in der Praxis vielfach mit den übrigen Domänen verbunden. So waren die Zwangsbefehlsträger der Staatsdomänen auch für sie zuständig. M. Sta. B 28. 366.

24. M. Sta. B 20 a 463 II.

25. Bulletin 1810. 3. 361.

26. M. Sta. B 20 a 11.

27. Moniteur 3. 6. 09.

28. Maltheeser- und Johanniterorden folgten am 26. 2. 10.

G. Sta. Westf. 8 IV. A. 4.

Ordensgüter durch den Staatsrat v. Coninx einziehen. Der Reinertrag der fünf oder sechs Ordenskomtureien im Königreiche belief sich nach Jollivets Schätzung, die aber sicher zu hoch ist, auf 3—400 000 Franken. Ein Teil dieser Güter wurde zur Dotierung des neuen Ordens der Westfälischen Krone benutzt, dem schon vorher die Abtei Quedlinburg und die Dompropstei Magdeburg überwiesen war, zusammen mit einem Ertrag von 300 000 Franken jährlich.<sup>29</sup>

### Geistliche Güter.

Die schwere Finanzkrise, die der Staat im Sommer 1809 durchmachte, die durch die Forderung Napoleons, 15 000 Mann aufzustellen, verschärft wurde, hatte durch den Plan der holländischen Anleihe nicht beseitigt werden können. Das hat nach der Meinung Jollivets den Finanzminister bestimmt, die Unterdrückung der Klöster vorzuschlagen. Der Jude Jacobson half dem Staat sofort mit 1 Million fr. aus und übernahm einige Klöster. Die anderen waren, trotz geringer Forderungen, nicht zu verkaufen.<sup>30</sup>

Ein genaueres Bild von den Kapitalien, die an die Direktion der Domänen fielen,<sup>31</sup> können wir uns im Elbedep. machen.

In Magdeburg verfügte das Domstift, gesondert von der Dompropstei, über ein Zinseinkommen von 69 687 Rth.<sup>32</sup> Das Peter- und Paulstift wies rund 3800 Rth.,<sup>33</sup> St. Gangolphi 5100 Rth. auf.<sup>34</sup> Die Mitglieder dieses Stiftes hatten die aufgezwungenen Obligationen aus eigenen Mitteln bezahlt, weil das Stiftsvermögen nicht hinreichte. Trotzdem wurde von ihnen bei Auflösung des Stifts die Herausgabe der Obligationen im Werte

---

29. Mém. III, 275.

30. Du Casse, 292. Hier wird wieder Westfalen der Vorwurf der Gewalttätigkeit und Ungesetzlichkeit gemacht. Das gerühmte Preußen tat am 30. 10. 10 genau dasselbe; dort war es indessen gerechtfertigt, „vornehmlich durch das Gebot der Gerechtigkeit, da das Vermögen der getreuen Untertanen nicht unbillig angespannt werden dürfe“ (Treitschke I, 371).

31. M. Sta. B 5 Gen. 31.

32. M. Sta. B 11 a 266.

33. ebd., 267.

34. ebd., 268.

von 8000 fr. verlangt, der sie sich vergeblich widersetzen.<sup>35</sup> St. Sebastian verfügte über 6538 Rth.<sup>36</sup> und St. Nicolai über 8705 Rth.<sup>37</sup> Das Gesamteinkommen der Magdeburger Stifte erreichte ungefähr 360 000 fr. Dazu trat das Agnetenkloster in der Neustadt, das als jährliche Aktiva 6700 Rth. aufwies, denen aber 11 000 Rth. Passiva gegenüberstanden. Das Inventar hatte nur einen Wert von 7300 Rth.<sup>38</sup>

Das Dekret vom 19. 2. 12 erklärte alle klösterlichen und stiftischen Passiva für Staatsschulden. Nach Abzug dieser Passiva wurden von den Stiften folgende Beträge jährlich für die Domänen-distriktskasse in Magdeburg erwartet: Domkapitel 4500 Rth., Dompropstei 24 000 Rth., St. Sebastian 500 Rth., St. Nicolai 650 Rth., St. Gangolphi 300 Rth., Peter und Paul 400 Rth., St. Pancratii zu Walbeck 1000 Rth., Fräuleinstift Wolmirstedt 250 Rth., Kloster St. Agnes in Neustadt 660 Rth., Kloster Marienstuhl vor Egelu 600 Rth., Kloster Meiendorf 480 Rth., also zusammen 33 340 Rth.

Wie die Abrechnungen der Kasse zeigen, war der Anschlag nicht zu hoch gegriffen:<sup>39</sup> 1809: 145 545,69, 1810: 179 010,82, 1811: 21 081,19 fr. Andererseits ist es nicht zu verkennen, daß nach der Auflösung der Stifte und Klöster der Einnahmerückgang enorm war. Die Einnahme 1811 macht nur noch  $\frac{1}{6}$  des oben angegebenen Etats aus.

Die übrigen Einnahmen im Departement waren natürlich bei weitem nicht so hoch. Der Distrikt Neuhaldensleben lieferte<sup>40</sup> 1810: 11090 fr., 1811: 5422 fr. und 1812: 4750 fr. Aus den Distrikten Salzwedel und Stendal flossen zusammen<sup>41</sup>: 1810: 3735 fr., 1811: 1943 fr.

Daneben wurden seit 1810 die Zehnt- und Vakanzgelder gesondert gezahlt. Daraus ergaben sich für das Elbedep.<sup>42</sup>: 1810: 43 221,38 fr., 1811: 30 256,02 fr.

---

35. ebd.

36. ebd., 269.

37. ebd., 270.

38. ebd., 273.

39. Aufgestellt nach M. Sta. B 11 b 4.

40. M. Sta. B 11 b 1.

41. ebd., b 2.

42. M. Sta. B 11 b 3.

Die Einkommensteuerbeträge, die laut Dekret vom 15. 3. 10. von den Stiften erhoben wurden, fallen nicht ins Gewicht.<sup>43</sup>

Während der ganzen Jahre ging der Verkauf der Stiftsgüter stetig weiter. Das reiche Stift Walbeck kam unter den Hammer. Nathusius, der bekannte Magdeburger Industrielle, erwarb sich bei dieser Gelegenheit ein Vermögen.<sup>44</sup>

Aber auch die Erträge, die der Staat aus dem Verkauf der Stifte zog, genügten nicht. Die Dekrete vom 12. und 17. 5. 12 ordneten auch noch den Verkauf von Domänen bis zu einem Betrag von 10 000 000 fr. an. Es handelte sich nicht etwa um eine Hypothekisierung, wie man anfangs glaubte, sondern um einen regelrechten Verkauf. Einsichtige Männer<sup>45</sup> haben gesehen, daß dadurch der Staatskredit in gefährlicher Weise untergraben wurde. Um einen augenblicklichen Vorteil zu gewinnen, riß man die Grundlagen der Staatsfinanzen ein. Ursprünglich war beabsichtigt, den Verkauf innerhalb von drei Jahren durchzuführen, dann wurde aber sofortige Veräußerung vorgezogen. Den Käufern wurden alle möglichen Erleichterungen eingeräumt. Nur  $\frac{1}{3}$  der Kaufsumme mußte in bar erlegt werden. Die Zahlungstermine waren bequem.<sup>46</sup>

Mit der Auflösung der Stifte und Klöster wurde eine große Anzahl derer Mitglieder mittellos. Die Zahl der Insassen war noch groß, die pekuniäre Versorgung oft ganz ausgezeichnet gewesen. Im Kloster Walbeck lagen die jährlichen Pensionen zwischen 200 und 600 Rth. Im Elbdep. wurden insgesamt 123 445 fr. Pensionen gezahlt.<sup>47</sup> Das Dekret vom 3. 4. 12 sicherte denjenigen Domizellaren bei den aufgehobenen Stiften, welche ihre Präbenden unter einem belastenden Titel erworben hatten und noch nicht zu dem vollen Genuß gelangt waren, eine jährliche Rente zu, die 5 0/0 des Erwerbungs kapitals betrug.<sup>48</sup> Die Zahl der Berechtigten war danach nicht mehr sehr groß: im Elbdep. 14, im Saaledep. 28.<sup>49</sup>

43. M. Sta. B 20 a 9.

44. M. Sta. B 18 II 111 I—III.

45. Prof. Voß in Halle.

46. M. Sta. B 26. 66 40. Als Grundlage dienten folgende Sätze: bei Grund und Boden: 18facher Pächtertrag, bei Häusern 6facher Mietertrag, bei Naturalprästationen 18facher und Geldprästationen 16facher Ertrag.

47. M. Sta. B 20 a 13. III.

48. M. Sta. B 20 a 12.

49. M. Sta. B 20 a ad 20

## Kapitel 18.

### Forsten.

Der Forstverwaltung widmete der westfälische Staat ganz besonders große Aufmerksamkeit, wie schon der Plan zeigt, die Forstwissenschaften auf der Universität zu lehren. Westfalen unterscheidet sich zu seinen Gunsten von der rein französischen Verwaltung der Rheinlande, die ohne Verständnis eine „gräuliche Waldverwüstung“ durchführte, wodurch der wieder eintretenden preußischen Regierung eine nahezu verzweifelte Aufgabe zu lösen blieb.

Anfangs war die Forstverwaltung mit der Domänenverwaltung verbunden, wurde aber durch ein Arrêté des Finanzministers am 18. 5. 10 davon getrennt.<sup>1</sup>

Die erste Regelung brachte die Einrichtung einer Generaladministration der Domänen, Gewässer und Forste, die dem Finanzminister unterstand. Der Staat wurde in Konservationen, Inspektionen, Unterinspektionen, Bezirke und Reviere eingeteilt. Für die östlichen Departements waren folgende Konservationen zuständig:

1. Konserv. Kassel für die Distr. Heiligenstadt und Duderstadt; 4. Konserv. Halberstadt: Distr. Osterode, Nordhausen, Halberstadt und Blankenburg; 6. Konserv. für das Elbedep. und den Distr. Halle.

Für Magdeburg wurde am 28. 5. 08 von Kerksenbruch zum Konservator ernannt.<sup>1a</sup> Sein Etat belief sich auf 97 400 Rth.

Am 6. 7. 08 wurden die Unterinspektoren und Oberförster durch ein Dekret ernannt. Unter den Förstern war ein Fran-

---

1. M. Sta. B 20 b 72.

1a. Als Gehälter erhielten die lokalen Beamten: Konservateur 7000 fr., Inspecteur I. Klasse 6000 fr., Inspecteur II. Klasse 5000 fr., Unterinspektor I. Kl. 4000 fr., Unterinspektor II. Kl. 3000 fr., Oberförster 2000 fr., Förster 1500 fr., Unterförster bis zu 800 fr.



zose, des Granges, in Rosenberg, der es aber ablehnte, zum Oberförster befördert zu werden, weil er kein Deutsch konnte.<sup>2</sup>

Die Forstadministrationsbeiträge wurden auf die Gemeinden verteilt. Als Grundlage diente die Grundsteuer, die auf den Wäldern lastete. Für das Elbdep.<sup>3</sup> wurden 20 000 fr. gefordert, die auf die Unterinspektionen Letzlingen, Salzwedel, Neuwaldensleben und Barby verteilt wurden.<sup>4</sup> Dagegen liefen zahlreiche Proteste ein. Die Gemeinden behaupteten, die Kommissionen, die lediglich nach dem Flächeninhalt der Forste gingen, hätten „die Kommuneforsten vermessen, und alles darangerechnet, wo nur ein Strauch gestanden“, und Wald besteuert, „der nur noch dem Namen nach bestand“. Einige Gemeinden und Kirchen schienen tatsächlich nicht in der Lage, die Beiträge zu entrichten.<sup>5</sup> So ist es nicht verwunderlich, daß allein im Distrikt Nordhausen 1810 schon 10 000 fr. Rückstände aufgelaufen waren.<sup>6</sup> Ebenso protestierten sie dagegen, daß angeblich Gemeindeförster von der staatlichen Forstverwaltung in Administration genommen seien. Die Gemeinden erklärten diese Wälder für Privatforste. Der Staatsrat definierte darauf den Begriff „Gemeindeforst“ am 26. 7. 11. Danach waren Gemeindeförster alle die Wälder, deren Eigentum oder Nutzung allen Einwohnern oder einer Klasse einer oder mehrerer Gemeinden zustand.<sup>7</sup> Selbstverständlich war es erlaubt, Privatforste zu unterhalten. Diese wurden aber ebenso wie die staatlichen in Eid genommen. Auch machte es keinen großen Unterschied, ob eine Gemeinde einen Privatförster besoldete oder ihren Beitrag zur staatlichen Forstverwaltung leistete.<sup>8</sup>

Die zu den Krongütern gezogenen Wälder wurden vorläufig respektiert, ab 1. 1. 12 aber nach denselben Grundsätzen verwaltet wie die Gemeindeförster.<sup>9</sup>

---

2. M. Sta. B 22. 1.

3. ebd., 22. 208.

4. ebd., 22. 211. I.

5. M. Sta. B 12. 191 I.

6. ebd., II.

7. M. Sta. B 22. 210.

8. M. Sta. B 12. 196.

9. M. Sta. B. 22. 2.

Hatte eine Gemeinde die Absicht, Rodungen aus irgendwelchen Gründen vornehmen zu lassen, so mußte das Gutachten des Oberförsters eingeholt werden. Nur wenn in forstwirtschaftlicher Hinsicht nichts entgegenstand, wurden Erlaubnisse erteilt. Seit dem Dekret vom 30. 4. 12 wurde jedes Abschlagen von mehr als 5 ha sogar von einer ausdrücklichen kgl. Erlaubnis abhängig gemacht.<sup>10</sup> Anscheinend war trotz der Sorge der Forstdirektion noch zu viel Holz geschlagen worden.

Man mußte allerdings aus mehreren Gründen achtsam sein. Der Holzfrevler hatte überhand genommen, ungeachtet der strengen Strafen. Wolffradt sah sich gezwungen, zu größerer Schärfe zu ermahnen und zu häufigen Hausvisitationen bei Verdächtigen aufzufordern.<sup>11</sup> Frevler wurden gerichtlich verfolgt, bei einer Strafe bis zu 20 fr. vor dem Friedensgericht, sonst vor dem Distrikts-Korrektions-Tribunal. War das Verfahren nicht innerhalb drei Monaten eröffnet, so galt der Fall als verjährt. Wilddieberei wurde beim ersten Mal mit 120 fr., beim zweiten mit 240 fr. belegt, im Wiederholungsfall trat eine Zuchthausstrafe von 2—3 Monaten ein. Jagd auf fremden Feldmarken wurde mit den halben Sätzen bestraft.<sup>12</sup> Die Holzdiebstähle waren besonders nach den neuen Forstgesetzen des Sommers 1809 beunruhigend häufig geworden. Die Diebe traten mit einer Kühnheit auf, der selbst militärische Stellen ratlos gegenüberstanden. An den Toren der Friedrichstadt entwickelten sich regelrechte Schlägereien zwischen den Wachen und den aus dem Biederitzer Busch zurückkehrenden Holzsammlern.<sup>13</sup> Der Finanzminister ließ im Juli überall besorgt anfragen, ob Unruhen zu befürchten seien,<sup>14</sup> da die Gesetze einen schweren Nachteil für die Bevölkerung bedeuteten. In Wirklichkeit fanden keine Ausschreitungen gegen das Forstpersonal statt; wie ernst der Minister aber die Lage eingeschätzt haben muß, zeigt die Tatsache, daß er den Präfekten militärische Hilfe zusicherte, falls es nötig werden sollte.<sup>15</sup> — Das sonst üblich gewesene

---

10. M. Sta. B 18 II 23 I a.

11. M. Sta. B 26. 68. 2.

12. M. Sta. B 23 a 152.

13. M. Sta. B 18 I 1505.

14. M. Sta. B 18 I 139.

15. M. Sta. B 26. 68. 1.

„Freiholz“, die um ein Drittel billigeren Holzlieferungen an Untertanen, die dafür gelegentliche Forstdienste zu leisten hatten, wurde schon 1808, ohne daß eine besondere Verfügung ergangen wäre, eingestellt, weil der Generaldirektor v. Witzleben den Nutzen der Forstdienste viel geringer als den Wert der Holzabgaben einschätzte.<sup>16</sup> Nur die Forstbeamten hatten einen Anspruch auf ermäßigte Preise, wie der Finanzminister im Schreiben vom 22. 1. 09 verfügte.<sup>17</sup>

Andererseits war die Einschränkung des Holzschlags durch kgl. Dekret nötig geworden, weil viele Gemeinden, aber auch Privatleute, durch Verkauf größerer Holzbestände, ihre zerrütteten Finanzen sanieren wollten, wie die Kommune Alvensleben 1812.<sup>18</sup> 1808 hatten die Gemeinde Homburg und zwei benachbarte Gutsbesitzer um Erlaubnis zum Abholzen eines Teils ihres Waldbesitzes gebeten, um die drückenden Kriegssteuern abzahlen zu können.<sup>19</sup> Der Oberförster empfahl, den Gutsbesitzern die Erlaubnis zu erteilen, aber nicht der Gemeinde. Man muß anerkennen, daß von der Forstbehörde in solchen Fällen, in denen zweifellos eine Notlage des Besitzers vorlag, trotzdem verantwortungsbewußt der Erhaltung des Waldbestandes der Vorrang eingeräumt wurde. Ganz verkehrt wäre es, diese Haltung der Regierung als Schikane gegenüber den Untertanen auszulegen. Gemeinden, denen die Erlaubnis zum Holzschlag erteilt wurde, mußten sich meist verpflichten, dafür die gleiche Bodenfläche an einer anderen Stelle in eine Schonung zu verwandeln (Engersen bei Salzwedel).<sup>20</sup> Gommern und Barby hielt man an, die in ihrem Besitz befindlichen sumpfigen Brachgebiete zu roden und neu mit Kiefern zu bepflanzen<sup>20</sup> usw. Leider schrieb die Geldknappheit in der Staatskasse der Verbesserung der Forsten enge Grenzen vor. Der Distrikt Neu-haldensleben hätte 1800 für 9222 fr. Verbesserungen durchgeführt, wenn sie ihm bewilligt worden wären. Die Generaldirektion setzte den Betrag mit Bedauern auf 2000 fr. herab.<sup>21</sup> Die

---

16. M. Sta. B 18 I 1479.

17. M. Sta. B 26. 68. 1.

18. M. Sta. B 12. 185.

19. M. Sta. B 26. 68. 3. I.

20. M. Sta. B 12. 185.

21. M. Sta. B 23 a 111.

festen unveränderlichen Einnahmen der Forstkassen waren zu gering, um von da aus viel unternehmen zu können.<sup>22</sup> Was möglich war, wurde aber getan. Die Verbesserungsvorschläge, die alljährlich bis zum 15. Juni eingereicht werden mußten, waren stets reichhaltig.<sup>23</sup>

Die Berechnungs- und Erhebungsart der Forstgefälle setzte v. Witzleben in einer Verfügung vom 17. 8. 08 fest.<sup>24</sup> Einnahmen ergaben sich in erster Linie aus den jährlichen Versteigerungen des gehauenen Holzes, den Deputaten, Zinsgeldern und den Erträgen der Jagd. Versteigerungen, die einen Gegenstand von unter 50 fr. darstellten, durften auf Genehmigung des Maire abgehalten werden, von 50—150 fr. mußte der Inspecteur, darüber der Conservateur seine Zustimmung geben.<sup>25</sup>

Wie die Domänen, so waren auch die Forsten der Grundsteuer unterworfen, die im Elbedep.<sup>26</sup> 1808: 7248,81 fr., 1810 sogar 16 590,17 fr. brachte.

---

22. ebd., 154.

23. ebd., 110.

24. M. Sta. B 20 b 61.

25. M. Sta. B 26. 68. 2.

26. M. Sta. B 12. 173.

## Kapitel 19.

### Bauwesen.

Das Bauwesen war anfangs sehr lasch gehandhabt worden, woran nicht zum mindesten die Unentschiedenheit der Zentralregierung schuld war, die es des öfteren einer anderen Generaldirektion unterstellte.<sup>1</sup>

Um größere Genauigkeit bei der Kontrolle zu gewährleisten, wurde eine Scheidung zwischen königlichen und kommunalen Bauten durchgeführt. In den ersten war allein der Oberingenieur des Departements verantwortlich, die anderen hatte der Präfekt zu überwachen. Es war aber erwünscht, daß zwischen beiden Instanzen eine Verbindung aufrecht erhalten wurde. Möglichst sollten keine Eingaben gemacht werden, die nicht von einer Erklärung des Präfekten begleitet waren, um unnötige Rückfragen zu vermeiden.<sup>2</sup> Das Einvernehmen zwischen Präfekt und Oberingenieur war im Elbedep. schlecht. Schulenburg lag in harter Fehde mit dem über 70 jährigen Oberingenieur Stegemann, die damit begann, daß Schulenburg schroff die Herausgabe der kommunalen Bauakten verlangte, „... . da ich nicht gewillt bin, um das demütig zu bitten, was mir gehört“. Es ist kein Wunder, wenn Stegemann beleidigt war. Der Grund für Schulenburgs unerträgliche Härte war nur die Enttäuschung, daß ihm nicht auch das kgl. Bauwesen unterstellt worden war. Er wollte unter keinen Umständen jemanden im Departement dulden, der nicht seiner Kontrollgewalt unterstand, und war außer sich, als im Sommer 1811 die Regulierung des Talwegs der Elbe und die Absteckung der preußischen Grenze Stegemann übergeben wurde. Er sandte Brief um Brief nach Kassel, um, nicht ganz mit Unrecht, darzustellen, daß Stegemann wegen

---

1. Thimme II, 373 A.

2. M. Sta. B 15. 7.



seiner übrigen Aufgaben durchaus nicht fähig wäre, das Amt zu übernehmen. Seine Geschäfte befänden sich ohnedem in größter Unordnung. Der Minister solle einen jüngeren Mann, den er selber vorschlug, als Oberingenieur einsetzen. Daß dieser Streit zu so gesteigerten Formen gelangte, fällt nicht allein Schulenburg zur Last. Stegemann war ein ebenso unnachgiebiger Kopf. Er lag, genau wie Schulenburg, mit allen Stellen im Streit.<sup>3</sup> Mit dem Distriktsbaumeister Nauck war er unversöhnlich verfeindet. Bercagny versuchte vergeblich, ein erträgliches Verhältnis zwischen beiden herzustellen. Er war voller Achtung vor dem „ehrwürdigen Greis, der praktische Kenntnisse in Fülle besitzt, mehr arbeitet als alle anderen und unter diesem Gesichtspunkt die Ehrfurcht verdient, die er gewöhnlich genießt, obgleich er zu schwächlich in der Leitung seines Dienstzweiges und in der Revision der vorgelegten Rechnung ist“.<sup>4</sup> Noch kurz vor dem Zusammenbruch konnte Stegemann über seinen Gegner triumphieren. Im April 1813 wurde bekannt, daß Nauck aus Schönebeck nach Preußen hinüber geflüchtet sei. Man stellte fest, daß er die letzten Aufträge nicht mehr richtig ausgeführt hatte und im höchsten Grade des Landesverrats verdächtig war.<sup>5</sup> Es zeugt von dem außerordentlichen Pflichteifer Stegemanns, daß er sich vor Einschließung der Festung Magdeburg die Erlaubnis geben ließ, auf das Land ziehen zu dürfen, da er sonst seine Arbeiten nicht fortführen könne, in einer Zeit, als zahllose Gesuche amtlicher Würdenträger einliefen, die sich in die sichere Festung retten wollten.<sup>6</sup>

### Beamte.

Einen Überblick gewährt die Aufstellung über die Officianten des Elbedep. (1811).<sup>9</sup> Für kaiserliche Militärbauten waren

3. M. Sta. B 18 I 72.

4. M. Sta. B 3 Spec. 263.

5. M. Sta. B 16. 56.

6. ebd., 57.

9. M. Sta. B 16. 246. Danach waren beschäftigt:

- |                                 |           |
|---------------------------------|-----------|
| 1. Oberingenieur Stegemann      | jährlich  |
| 2. Distr.-Ing. I. Kl. Nauck     | 4000 Frk. |
| 3. Distr.-Ing. I. Kl. Lietzmann | 2600 „    |
|                                 | 2600 „    |

jährlich

4000 Frk.

2600 „

2600 „

keine besonderen Beamten angesetzt. Sie wurden im Bedarfsfalle requiriert.<sup>10</sup>

Als Gehilfen des Obergeringieurs und Strombaumeisters wurden Eleven zugelassen, die keine Besoldung erhielten, meist Studenten aus Berlin.<sup>11</sup>

An einer anderen Stelle haben wir die Möglichkeit, die Verwaltungskosten zu vergleichen mit den Einnahmen, die von den Recepturen gemacht werden. Das ist insofern aufschlußreich, als die gesamte Besoldung der Beamten und der Unterhalt der Chaussee allein aus den Erträgen der Straße bestritten werden mußten; weit über die Hälfte der Einnahmen ging für Verwaltungs- und Besoldungskosten verloren.<sup>12</sup> In der westfälischen Zeit trat eher eine Mehrbelastung durch das bekannt komplizierte Verwaltungs- und Rechnungssystem ein.<sup>13</sup> Die hohen Kosten wurden noch drückender empfunden, als die Einnahmen infolge der Handelssperre im Sinken begriffen waren.<sup>14</sup> Aus diesen Gründen blieb der Vorsatz des Ministers, nur Zuschüsse zur Reparatur und zum Bau von Straßen zu geben, undurchführbar. Ungeheure Summen mußten für die Erhaltung besonders der Militärstraßen gezahlt werden.

	jährlich
4. Distr.-Ing. II. Kl. Weißhaupt	2300 Frk.
5. Distr.-Ing. II. Kl. Bischoff	2300 „
6. Inspektor Cuterts	2374 „
7. 38 Chausseewärter	13300 „
im Strombau:	
1. Strombaumeister Stegemann	2960 „
2. 2 Ingenieure mit zusammen	5200 „
3. 8 Wärter, zusammen	2640 „
4. Deichhauptmann v. Jagow	1095 „
5. Deichhauptmann v. Itzenplitz	365 „
6. Deichhauptmann v. Schulenburg-Bodendorf	730 „
7. 7 Sekretäre und Deichschauer, zusammen	570 „
10. ebd., 53.	
11. M. Sta. B 18. 9.	
12. M. Sta. B 26. 76. 1.	
13. ebd., 28.	
14. M. Sta. B 76. 26 und B 35 V c 3. Über die seit 1811 einsetzende Besserung vgl. unten.	

### Zustand der Straßen.

Die Verfassung der Straßen war grenzenlos schlecht. Die vielbenutzte Straße von Halberstadt nach Halle war nur „une sorte de chemin vicinal“. Sämtliche größeren Wege waren durch den Durchmarsch der zahllosen Truppen mitgenommen. Auf der großen Heerstraße von Halberstadt nach Egeln mußte der Verkehr ganz eingestellt werden, weil es unmöglich war, auf dem durch den Artillerietrain zerstörten Wege vorwärts zu kommen. Vor Egeln drohte die Bodebrücke einzustürzen.<sup>15</sup> Vor Magdeburg, wo alles zusammenströmte, waren die Verhältnisse noch schlimmer. Die Fuhrleute zogen es vor, über den Acker der Bauern zu fahren, weil die Straße ein einziger Schlamm- und Wasserbehälter war.<sup>16</sup>

Chaussierte Straßen bestanden nur in ganz beschränktem Umfang: Im Elbedep.:<sup>17</sup> Die Leipziger Chaussee über Bernburg ganz, die Halberstädter von Magdeburg bis Ottersleben und die Lüneburger bis Barleben. Im Saaledep.:<sup>18</sup> Die Leipziger Chaussee ganz, die Leipziger Straße über Köthen ein Stück, die Braunschweiger Chaussee von Roklum bis Egeln. Im Harzdep.:<sup>19</sup> Stücke auf der Mühlhäuser, Kasseler, Langensalzaer und Osteroder Chaussee. Die Göttinger Chaussee ganz.

Die Chausseen waren gut gebaut, aber durch den Krieg zerstört. Im Eichsfeld hatte die kurmainzische Regierung nie viel für die Straßen getan. Allmählich waren die Gräben wieder zugeschüttet und die Wölbungen verschwunden. Im Bereich des Harzdep. waren von 1799—1807 durchschnittlich 1700 Rth. eingenommen worden, unter westfälischer Herrschaft sanken die Erträge auf 1100 Rth. jährlich. Dem Harzdep. kam verkehrstechnisch die größte Bedeutung zu. Die großen Handels- und Poststraßen von Hannover, Bremen und Magdeburg führten nach dem Süden und Südwesten hindurch. Die Bedeutung stieg durch die Nähe der Hauptstadt. Man faßte sogar den groß-

---

15. M. Sta. B 3 Spec. 268.

16. M. Sta. B 18 I 1432.

17. M. Sta. B 16. 224.

18. M. Sta. B 76. 1.

19. M. Sta. B 35 V c 3.

zügigen Plan, eine kürzeste Verbindung zwischen Kassel und Magdeburg, hauptsächlich für militärische Zwecke, quer durch den Harz zu legen. Aber nur die Vorbereitungen konnten getroffen werden. Das weitere verhinderte der Krieg.<sup>20</sup>

### Wege- und Brückengeld.<sup>21</sup>

Die Erhebung von Wegegeld war auf unterhaltenen Straßen etwas Selbstverständliches. Der Staat betrachtete sich in dieser Hinsicht noch als Privatunternehmer, der ein Kapital anlegt und erwartet, daß es sich verzinst. Es kam vor, daß zuweilen noch ein Weg von einem Privatmann angelegt wurde. So unterhielt der Graf von Stolberg-Wernigerode eine Straße von Wernigerode nach Elbingerode. Das Wegegeld wurde ausdrücklich als Zins eines Kapitals bezeichnet. Der Oberingenieur des Saaledep. setzte sich dafür ein, daß (nach der Aufhebung aller Privatzölle) dem Grafen entweder gestattet werden sollte, das Geld weiter zu erheben, oder daß ihm das angelegte Kapital von 5000 Rth. zurückerstattet würde.<sup>22</sup>

In jedem Monat wurden Einnahmen und Ausgaben im gesamten Distrikt addiert und geprüft.<sup>23</sup> Die Listen des Distriktes Halle zeigen zwar kein Anwachsen der Einnahmen, dafür aber eine Senkung der Verwaltungskosten, so daß die Überschüsse doch von Juni 1811 bis Februar 1813 von 2400 fr. bis auf 6000 fr. anstiegen. Die günstige Entwicklung der Einnahmen, die sich an manchen Stellen bemerkbar machte, ist begründet durch die Einführung des gleichmäßigen Chausseegeldes (Dekret vom 22. 2. 11) am 1. 4. 11.<sup>24</sup> Die Erhebung wurde strenger als früher durchgeführt. Die Fahrzeuge, die nur kurze Strecken benutzten, ohne eine Barriere zu passieren, waren zahlungspflichtig, soweit sie nicht besonders befreit waren, wie z. B. die

---

20. M. Sta. B 26. 76. 30.

21. Schon unter der alten Regierung bildeten die Wegegelder einen besonderen Fonds in der Kriegskasse, der allein zur Unterhaltung der Straßen verwandt wurde. Das blieb im wesentlichen dasselbe. Daher ziehe ich diesen Abschnitt nicht zu den indirekten Steuern. Vgl. Thimme II, 376/77.

22. M. Sta. B 9. 135.

23. M. Sta. B 9. 138 u. M. Sta. B 26. 76. 27.

24. Die Tarife s. Bulletin 1811.

Einwohner des Faubourg Jerome vor den Nordmauern Magdeburgs, die ein Stück der Lüneburger Straße befahren mußten, um zu ihren Äckern zu gelangen.<sup>25</sup> Generelle Befreiungen bestanden für die regelmäßigen Posten, in Dienstuniform reisende Beamte und für Führen des französischen Gouvernements.<sup>26</sup> Ein Unterpräfekt von Halle hatte die geniale Idee, daß auch die Posten Wegegeld bezahlen sollten, da doch alle Privilegien aufgehoben seien! Es wurde ihm bedeutet, daß dadurch ja keine Erhöhungen der staatlichen Einnahmen entstünden, weil die Gelder nur in eine andere Kasse flössen.<sup>27</sup>

Verhältnismäßig geringe Einnahmen brachten die Brückengelder. Die Brücke konnte aber noch so klein sein, es wurde ein Zoll erhoben.

### **Reparaturen und Neubauten.**

Schon im Februar 1808 hatte Beugnot grundsätzlich erklärt, „daß es nötig wäre, sich unverzüglich mit diesem wichtigen Gegenstand des öffentlichen Dienstes zu beschäftigen, aber es ist wesentlich, sich nicht auf teilweise Ausbesserungen zu beschränken. Wir müssen, so gut es geht, alle wichtigen Verbindungen in den Departements wiederherstellen.“<sup>28</sup> Er teilte die Straßen ihrer Wichtigkeit nach in fünf Klassen ein,<sup>29</sup> unter denen die militärischen bevorzugt wurden. Zuweilen mußten in erstaunlich kurzer Zeit die völlig zerstörten Heerstraßen erneuert werden. Oberingenieur Pfeiffer im Saaledep. arbeitete mit großer Umsicht. Er brachte die Braunschweig—Halberstädter und Halberstadt—Egelter Straße im Winter 1809 in verkehrsfähigen Zustand. Die Gräben zu Seiten der Straßen mußten insgesamt neu ausgehoben werden, zum zweiten Mal im Sommer 1811, nachdem ungeheure Regenfälle niedergegangen waren. Auch Bercagny hat sich mit Verständnis für die Bedürfnisse des Straßenwesens eingesetzt.<sup>30</sup>

---

25. M. Sta. B 18 II 79.

26. M. Sta. B 26. 76. 26.

27. M. Sta. ebd., 2.

28. M. Sta. B 26. 76. 3.

29. M. Sta. B 15. 15.

30. M. Sta. B 3 Spec. 270.



Im Elbedep. wurde 1808 die Egelner Straße repariert, weil der König sie bei seiner Reise nach Magdeburg benutzen wollte. Fast alle Zufahrtsstraßen erfuhren bis 1810 Verbesserungen, besonders die von Neu-Gattersleben, Ottersleben und Barleben. Für sie wurden 1809/10 17 820 Rth. angewandt.<sup>31</sup> Die Beträge wurden stets vom Ministerium bewilligt. 1812 mußten so gut wie alle Heerstraßen abermals einer Erneuerung unterzogen werden.<sup>32</sup> Als das Bauwesen unter die Leitung der Direction générale d'Artillerie et génie fiel, wurde noch mehr Geld für Militärstraßen ausgegeben.

Aber noch ein weiterer Grund drängte den Staat zu den Reparaturen. Die Post hatte sich wiederholt über den Geldausfall beklagt, der ihr durch Verzögerung auf schlechten Wegen entstanden wäre.<sup>34</sup> Auch befürchtete man, „daß der Handel im Inneren des Reiches Schädigungen erleide“,<sup>35</sup>

An Brücken ist bei weitem nicht so viel Arbeit gewesen. Im Inneren der Ostprovinzen bestanden keine großen Flüsse mit wichtigen Übergängen; nur die Bodebrücken bei Egeln waren wiederholt ausbesserungsbedürftig.<sup>36</sup> Mehr wurde im Harz an den Brücken der Militärstraßen gearbeitet, hauptsächlich zwischen Göttingen und Heiligenstadt.<sup>37</sup>

### Wasserbauten.

Den großen Strömen im Königreich, hauptsächlich Elbe und Weser, sollte noch eine größere Fürsorge zuteil werden als vor 1807. Überall an der Elbe hatte Preußen Deichhauptleute eingesetzt. Sie wurden in ihren Ämtern belassen, sollten aber von jetzt an nicht mehr die eigentliche Strombauverwaltung in Händen haben, die auf den neuen Strombaumeister überging, sondern die Interessen der Deichanwohner vertreten, sowohl der Gemeinden als der Privatleute.

---

31. M. Sta. ebd., 269.

32. M. Sta. B 26. 76. 29.

34. M. Sta. B 3. Spec. 268; B 15. 8.

35. M. Sta. B 26. 73. 3.

36. M. Sta. B 3. Spec. 268.

37. M. Sta. B 3. Spec. 265.

Soviel schon von der preußischen Verwaltung getan war, so viel blieb noch zu bessern. Neben der regelmäßigen Beobachtung der Wasserstände, des Eisgangs usw. wurde den Strombehörden aufgetragen, für die Vervollständigung der Uferbauten und die Elbbereinigung zu sorgen. Die Deiche waren im Distr. Stendal so schlecht, daß bei einigem Hochwasser regelmäßig eine Versandung der umliegenden Felder eintrat. Tausende von Fuhren Sand waren dann abzufahren.<sup>38</sup> In der Nähe der Saalemündung ereigneten sich sogar Dammbrüche. Seit 1805 war nicht das Geringste getan worden.<sup>39</sup>

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Elbregulierung kam infolge der preußisch-westfälischen Grenzfestlegung von 1811 zustande.<sup>40</sup> Die Leitung hatte Stegemann. Der „Talweg“ der Elbe war als Grenze ausersehen, worunter man den Lauf verstand, den die Schifffahrt benutzte, oder der der Hauptarm war. Da das an manchen Stellen aber jahreszeitlich verschieden war, mußte ein gleichbleibender Hauptlauf geschaffen werden, wozu umfangreiche Ausbaggerungen vorgenommen wurden.<sup>41</sup> — Am meisten war in der Nähe von Magdeburg zu tun. Die preußische Stromverwaltung hatte 1806 bei Prester einen Damm errichtet, der das Wasser in die Stromelbe leitete, um den Wasserstand zu erhöhen, der in schlechten Zustand geraten war und 1811 so gut wie neu errichtet werden mußte.<sup>42</sup> Zu der Ausbaggerung des Flußbettes bei der Stadt fügte die Stadtverwaltung Geld zu den staatlichen Zuschüssen, und zwar im Verhältnis der Einnahmen, die beide aus der Elbschifffahrt zogen. Die Unterhaltung der Kaimauern lehnte die Stadt mit der Begründung ab, daß sie früher dafür von der Grundsteuer befreit gewesen sei; da die Befreiung aber aufgehört habe, fühle sie sich zu nichts mehr verpflichtet. Da Eckmühl sich weigerte, den Reparaturarbeitern den Durchgang durch die Zitadelle zu erlauben, kamen die Arbeiten nicht in Gang, bis endlich der Kaiser selbst die bedingte Erlaubnis aussprach. Als Wolfradt

---

38. M. Sta. B 3. Spec. 273.

39. M. Sta. B 16. 468.

40. ebd. Vertrag vom 14. 5. 11.

41. M. Sta. B 24. 113, 113a u. 114.

42. M. Sta. B 3 Spec. 263.

Jerome über die Ablehnung Eckmühls und die Verhinderung der Bauten berichtete, schrieb der König achselzuckend an den Rand: „Il faut faire tout ce qui est possible“. Ein weiser Rat! — Inzwischen war der Winter 1812 hereingebrochen. Napoleon befahl die sofortige Erledigung der Instandsetzung der Kai-mauern, Jerome änderte den Befehl ab: „Rassemblez les matériaux à l'hiver pour commencer les réparations à la belle saison.“ Im Frühling standen die Feinde vor den Toren.<sup>43</sup>

Deiche an Bode und Saale waren geplant, weil an beiden Flüssen oft Überschwemmungsgefahr bestand. Buhnen waren bereits an der Elbe vorhanden, aber in viel zu geringer Zahl.<sup>44</sup>

Die Etats wiesen hohe Zahlen auf. 1813 wurden allein für die Elbe oberhalb Magdeburgs 60 000 fr. angeschlagen.<sup>45</sup>

### Landeskultur.

In der Landeskultur hatte die westfälische Regierung nicht viel geleistet. Einerseits war die Zeit viel zu kurz, als daß viel hätte begonnen werden können, anderseits drückten Sorgen, die dringendere Abhilfe forderten. Im großen und ganzen waren die westfälischen Länder in guter Verfassung, sogar reich, wie das Weser- und Elbedep. Man beabsichtigte aber nicht, die Landeskultur zu vernachlässigen, wie die überaus sorgfältigen Übersichten über die wirtschaftlichen Zustände in den verschiedenen Landesteilen zeigen. Die Basis für eine wirklich wirtschaftsfördernde Politik war gelegt.<sup>46</sup>

Die liberalen Grundsätze erlaubten keine allzu tiefe Einmischung in den Privatbesitz. Unter preußischer Verwaltung war vor Teilung eines bäuerlichen Grundstücks die staatliche Erlaubnis unbedingt notwendig. Die westfälische Regierung erklärte, daß es im Grunde jedes Besitzers eigene Sache sei, sein Land zu zerteilen. Sie werde keine Beschränkung des freien

---

43. M. Sta. B 3 Spec. 273.

44. M. Sta. B 16. 463.

45. M. Sta. B 15. 8.

46. M. Sta. B 3 Spec. 459—462 enthalten diese für die mitteldeutsche Wirtschaft um 1800 sehr aufschlußreichen Aufstellungen. Sie waren auf Grund eines Rescripts des Finanzministers v. 24. 11. 10 aufgestellt.

Besitzrechts vornehmen, solange nicht die kgl. Steuereinkünfte gefährdet seien.<sup>47</sup>

Auch in einem anderen Falle ist ein Rückschritt wahrzunehmen. Die von der preußischen Regierung unter großen Opfern geschaffenen Maulbeerplantagen für die Seidenraupenzucht wurden vernichtet. Wolfradt hielt die Beseitigung für unbedenklich, „weil es immer ein Wagnis bleibe, der Natur vorzugreifen“. Es sei besser, die Plantagen wieder in Äcker zu verwandeln. Ungeheure Mengen von Bäumen wurden beseitigt, im Magdeburgischen 252 000, im Halberstädtischen 148 000.<sup>48</sup> Die Gemeinden gingen sehr gern darauf ein. Der Nutzen der Maulbeerkultur war gering gewesen. Doch wurde stets festgestellt, welche Vergünstigungen Preußen den Gemeinden für Anlegung der Plantagen gewährt hatte, die natürlich jetzt fortfielen.<sup>49</sup>

---

47. M. Sta. B 26. 89. 7.

48. Hassel, Abriß, 68.

49. M. Sta. B 18 I 277 I u. B 26. 89. 5.

## Kapitel 20.

### Wohltätigkeitswesen.

Es gehörte in besseren Kreisen im Stile des philanthropischen 18. Jahrhunderts mehr oder weniger zur guten Sitte, daß man es sich angelegen sein ließ, größere Geldsummen für notleidende Mitbürger auszusetzen. Der Aumônier der Königin konnte von „hohen milden Händen“ stattliche Beträge verteilen.<sup>1</sup> Der Jude Israel Jacobson gab 10 000 Rth. für seine Glaubensgenossen in Halberstadt usf.<sup>2</sup> Darüber hinaus begann der Staat in höherem Maß als bisher die Sorge für die Armen auf seine Schultern zu nehmen. Durch die Vw.O. war das Wohltätigkeitswesen<sup>3</sup> der Obhut des Präfekten anvertraut. Es sollte nicht länger der mehr oder weniger zufälligen privaten oder kirchlichen Initiative überlassen bleiben. Alle Gegenden des Reiches waren durch lange Kriegsjahre und durch die übertriebenen Forderungen Napoleons in hohem Maße verarmt, ganz besonders das ehemals so reiche Elbedep. Es war nur gut, daß einige Männer, wenn nicht durch geldliche Unterstützung, so durch Verwendung bei höchsten Stellen unermüdlich bemüht waren, das Elend zu lindern: Propst Roetger, aber auch Bercagny, der sich als Polizeipräfekt einen so üblen Namen gemacht hatte. Es scheint, als hätte er sein Unrecht in Magdeburg wiedergutmachen wollen. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß er selbst in Fällen um Gnadenbeweise bat, in denen es nicht unbedingt nötig gewesen wäre.

An unseren heutigen Verhältnissen gemessen, waren die sozialen Einrichtungen nur beschränkt, und es zeigte sich sehr bald, daß von einer rein staatlichen Regelung nicht die Rede sein

---

1. M. Sta. B 26. 33. 9.

2. ebd. 7.

3. Allgemeines, vgl. Kleinschmidt 159.



konnte, weil die Mittel nicht ausreichten. Die Hospitäler, Waisenhäuser usw. standen nur zu einem ganz geringen Prozentsatz unter staatlicher Leitung. In späteren Jahren war der Staat weniger denn je in der Lage, finanzielle Hilfe zu gewähren,<sup>4</sup> sogar bei Neueinrichtungen mußte darauf verzichtet werden. Der Staat beschränkte sich auf eine Aufsicht über das Rechnungswesen der Institute. Leider wurden die Rechenschaftsberichte trotz Drohungen nicht immer abgeliefert,<sup>5</sup> wodurch auch dieser Punkt hinfällig wurde.

Am Vorabend des Zusammenbruchs wurde eine weitgehendere Verstaatlichung geplant. Alle Einnahmen der ehemaligen privaten Anstalten sollten in eine Hauptarmenkasse fließen. Den Gemeinden allein wurde das Recht und die Pflicht zugesprochen, für ihre Armen zu sorgen. Sollte das einkommende Geld nicht ausreichen, so würde eine besondere Armensteuer ausgeschrieben, da die Möglichkeit, die fehlenden Beträge aus kommunalen Fonds zuzuschießen, nicht bestand. Alle anderen Abgaben, die bis jetzt der Armenpflege dienten, sollten aufgehoben sein.

Die Sorge, die sich der Staat auflud, blieb nicht ohne Erfolg. Inspektionsreisende haben gelegentlich bezeugt, daß, vornehmlich im Elbedep., keine Bettler oder Landstreicher auf den Straßen zu sehen seien.<sup>6</sup>

Für Geisteskranke war nur schlecht gesorgt. Die Provinz Magdeburg verfügte über kein Irrenhaus, weil die Kranken bisher nach Berlin abgeliefert wurden, wo seit November 1808 ihre Aufnahme aus Westfalen verweigert wurde. Das Irrenhaus in Braunschweig war überfüllt. Die Unterhaltsfrage bedeutete einen ewigen Streit.<sup>7</sup> Die Gemeinden stellten sich, oder waren tatsächlich zu arm. Der Minister wollte sich nur zu Zuschüssen in allerdingendsten Fällen verstehen.<sup>8</sup> Prinzipiell sollten sich die Anstalten durch Beiträge der Insassen oder durch Stiftungen erhalten. Die Fonds waren leider durch die Abwertung der preußischen Münze stark reduziert.<sup>9</sup> Vier Hospitäler (Calbé,

---

4. Wolffradt 18. 10. 13. M. Sta. B 3 Spec. 338.

5. M. Sta. B 3 Spec. 336.

6. M. Sta. B 18 I 319.

7. ebd., 398.

8. M. Sta. B 3 Spec. 339.

9. ebd., 338.

Alvensleben, Schermke, Egeln) waren in der üblen Lage, ihre Einkünfte bisher von Domänen bezogen zu haben, die jetzt kaiserlichen Donatairs übertragen waren. Die Amortisationskasse bewilligte ihnen Zuschüsse.

Eine neue Notzeit brach für die Magdeburger Anstalten April 1813 herein, als die feindliche Belagerung drohte. Der Gouverneur erlaubte nur den Hospitälern weiteren Aufenthalt, die für ein Jahr im voraus Nahrungsmittel aus eigener Kasse außerhalb Magdeburgs kauften. 653 Arme wanderten in die Umgegend aus. Bercagny wies 4000 fr. zur Linderung der härtesten Not an. Als der französische Gouverneur forderte, daß die Zurückgebliebenen noch auf ihre Kosten kranke Soldaten aufnehmen sollten, trat der Präfekt mit Erfolg dagegen auf.<sup>10</sup>

Für die zahlreichen Hilfskassen war auch keine frohe Zeit angebrochen. Sie waren fast alle ohne öffentliche Beihilfe errichtet; Konsistorien oder andere kirchliche Stellen führten die Aufsicht. Ganz verloren waren die Sterbe- und Witwenkassen der Innungen, die nur bestehen konnten, wenn die bisherigen Innungsmitglieder zwangsmäßig beitraten, wozu nach der Aufhebung der Innungen niemand angehalten werden konnte. Heiratslustige in Eisleben erlebten eine unangenehme Überraschung, als die Heiratskasse ihre Auflösung bekannt gab. Rückzahlungen wurden verweigert.<sup>11</sup> Die Hannoversche Witwenkasse hatte Napoleon kurzerhand beschlagnahmt, aber auch die Pensionen der Berliner blieben aus. Ihre Güter im Großherzogtum Warschau, die einen Wert von 2 Millionen Rth. ausmachten, hatte sich die sächsische Staatskasse einverleibt. Dohms Vorstellungen zu Dresden fanden taube Ohren. Als der sächsische König in Paris weilte, plante man ihn zu überrumpeln und hoffte dabei auf den Beistand „des gerechtesten aller Herrscher, des Schützers des privaten Eigentums“. Gewiß wird sich der Kaiser großmütig erwiesen haben, da es sich nicht um seinen Besitz handelte.<sup>12</sup>

Wenn einem Einzelnen oder einer ganzen Gemeinde durch höhere Gewalt ein Schaden erwachsen war, so sollten Entschädi-

---

10. M. Sta. B 3 Spec. 337.

11. M. Sta. B 3 Spec. 351.

12. M. Sta. B 18 I 401.

gungen in Form von Steuerremissionen vom Finanzminister bewilligt werden; das Remissionswesen wurde getrennt von den gewöhnlichen Steuererlassen verwaltet. Der Unterpräfekt ließ die Anträge durch den Steuerkontrolleur, nötigenfalls unter Hinzuziehung Sachverständiger, prüfen. Das Schriftstück durchlief alle Instanzen, vornehmlich die Präfektur, bis zum Finanzminister. Für Remissionen galten die örtlichen Gebräuche und Gesetze. Die Kosten der Kontrolleure und Sachverständigen fielen zu Lasten der Antragsteller.<sup>13</sup>

Nach dem Buchstaben des Gesetzes standen den Pächtern kaiserlicher Domänenländer keine Remissionen zu. Eblé erließ ihnen trotzdem auf seinen Gütern die Grundsteuer, soweit sie darum gebeten hatten.<sup>14</sup> Den Schaden trug er, nicht aber die Staatskasse.

---

13. M. Sta. B 26. 82. 1.

14. M. Sta. B 28. 362a.

## Kapitel 21.

### Gesundheitswesen.

Die Sorge für die Gesundheit der Untertanen lag der Regierung sehr am Herzen, da ihr die hohe politische Bedeutung bewußt war. Wenn nicht mehr an Verbesserungen durchgeführt wurde, so lag das an der Kürze der Zeit. Das Erreichte verdient, gelobt zu werden.

Als Ideal schwebte eine völlig durchorganisierte Sanitätsverwaltung mit hierarchischer Ordnung vor. Unter den zahlreichen Vorschlägen ist der des Medizinalpräsidenten Niemann am beachtenswertesten:<sup>1</sup> Analog zu der Verwaltungseinteilung des Königreichs sollte für jedes Departement ein Obersanitätskollegium eingesetzt werden, das die Aufsicht über alle Sanitätspersonen führte, in jedem Distrikt ein Physikus, daneben Veterinärärzte usw.

Die Kollegien waren meist aus preußischer Zeit vorhanden und wurden in derselben Personalzusammensetzung belassen, mit denselben Einkünften.<sup>2</sup> Als Oberinstanz der Kollegien galt eigenartigerweise bis zum Januar 1810 das Obersanitätskollegium in Berlin, allerdings nur auf dem Papier, denn die Zulassung der Ärzte wurde schon 1809 von einer Prüfungskommission in Halle ausgestellt, die nicht mit der medizinischen Fakultät identisch war, aber zum größten Teil aus Professoren bestand.<sup>3</sup>

Die Beträge, die von den Kollegien als Entschädigung angefordert wurden, waren nicht gering. Heiligenstadt verlangte für sechs Monate 1808 = 4627,39 fr., während die Gesamtaufwendungen für das Gesundheitswesen im Harz nur 11 776,28 fr. (1810) betrugen.<sup>4</sup> Eine Gesamtaufstellung der vorhandenen Heils-

---

1. M. Sta. B 26. 63. 1.

2. M. Sta. B 3 Spec. 308.

3. M. Sta. B 26. 63. 2.

4. M. Sta. B 35 IX b 2 III.

personen im Harz gibt 51 an, von denen aber nur wenige feste Gehälter bezogen. Nur die Vortragenden Räte im Kollegium und die Landphysici hatten einigermaßen hinlängliche Einkünfte. Die Aufgaben der Distriktsphysici waren: gerichtliche Untersuchungen, Hilfeleistung bei Seuchen, kostenlose Betreuung der Armen, Ausstellung von Attesten für Konskribierte, Medizinalpolizei und Visitation der Apotheken. Die Physici waren studierte Mediziner. Zur Anstellung genügte das Doktordiplom einer in- oder ausländischen Universität nicht. Wolffradt behauptete, mit den Promotionen würde so viel Unfug getrieben, daß man sie nicht als Gradmesser der Fähigkeiten benutzen könne. Die Ärzte mußten eine Prüfung vor den Kollegien ablegen, worauf die Ernennung durch Ministerialerlaß erfolgte. Die Besoldung war verschieden, im Harz ungefähr 1000 fr. jährlich.<sup>5</sup>

Die Chirurgen kamen meist aus dem Heeresdienst. Ihre Besoldung war ganz unzureichend. Wolffradt lehnte aber jede Verbesserung ab.<sup>6</sup> Maßgebend für ihre Anstellung waren die Zeugnisse, die sie aus früheren Diensten mitbrachten. Die einmal in Halle angeregte Betreuung der Armen durch die Chirurgen lehnte man ab, offensichtlich weil man sie nicht mit der großen Verantwortung zu belasten wagte. Ihre Fähigkeiten hätten auch kaum ausgereicht.

Bedenklich war das Fehlen von Geburtshelfern besonders in den armen Gebieten des Eichsfelds, deren Einwohner es sich nicht leisten konnten, Hilfe aus Göttingen kommen zu lassen.<sup>7</sup>

Am besten scheint die Verfassung des Sanitätswesens im Saaledep. gewesen zu sein. Dort kam man im einzigen Falle zur endgültigen Regelung. Der Distr. Halle wurde durch die Fakultät gut in Ordnung gehalten. Die Distrikte Blankenburg und Halberstadt zerfielen seit Juni 1811 in neun Physikate, so daß das ganze Departement gleichmäßig gut besetzt war.<sup>8</sup>

Die Kollegien hatten die Pflicht, die Apotheken in regelmäßigen Abständen von drei Jahren zu visitieren, durften es aber öfters tun. Die Apothekenordnung vom 18. 10. 01 behielt

---

5. M. Sta. B 26. 63. 3.

6. M. Sta. B 35 VIII 2.

7. M. Sta. B 3 Spec. 313.

8. ebd., 311.



für die preußischen Gebietsteile ihre Gültigkeit. Die Hälfte der Revisionsgebühren (1 Rth. pro Tag und Vorspanngelder) mußte von dem Apotheker selbst getragen werden, die andere Hälfte zahlte die Gemeinde.<sup>9</sup> Im Harz- und Saaledep. waren die Apotheken in guter Ordnung, aber nicht im Elbedep. Einige Apotheker mußten streng verwahrt und mit Entziehung des Patents bedroht werden. Ärzten war verboten, Apotheken zu halten. Sie taten es trotzdem, wie Beschwerden aus Ilfeld zeigen. Vor Anlegung von neuen Apotheken wurden Gutachten eingeholt; erst wenn die Notwendigkeit der Anlage (6—800 Einwohner wurden als ausreichend für eine Apotheke angesehen) sich ergab, und der Apotheker seine Fähigkeiten gezeigt hatten, durfte das Patent gelöst werden.

Im Mai 1812 gab das Magdeburger Kollegium eine *Pharmacopoea Pauperum* heraus, mit der man den finanziell bedrängten Mitbürgern helfen wollte.<sup>10</sup>

Ein anatomisch-chirurgisches Auditorium bestand in Magdeburg, an dem erfahrene Ärzte jungen Männern Unterricht gaben, die die Absicht hatten, sich als Landchirurgen niederzulassen. Die Leiter klagten über Unverständnis des Ministeriums für diese Einrichtung, die anfangs nur als Versuch betrachtet worden war, nach dem großen Erfolg des ersten Jahres (1812) aber beibehalten wurde. Die Unterhaltskosten hatten nur 664,75 fr. betragen.<sup>11</sup>

Viel Wert legte man auf die Errichtung von Hebammeninstituten. Neben den drei Departementshauptstädten besaß auch Halle eine derartige Schule. Sie konnte sogar auf die längste Tradition verweisen. Der berühmte Professor v. Loder<sup>11a</sup> hatte in preußischer Zeit mit der Einrichtung begonnen, befand sich aber jetzt in Petersburg. Der überaus tätige Direktor des Medizinalkollegiums, Sombart, ließ die Anstalt nicht in Vergessenheit geraten, und es gelang ihm, den Professor Meckel für den Unterricht zu gewinnen, der nicht wie früher

---

9. M. Sta. B 35 VIII 1.

10. M. Sta. B 3 Spec. 325.

11. ebd., 334.

11a. Es ist derselbe, von dem Brinkmann (H. Z. 120, 1919) nachgewiesen hat, daß er unmittelbar die Quelle zu Stourdzas Denkschrift geliefert hat.

rein theoretisch geführt wurde. Die Errichtung eines Entbindungshauses wurde nötig, in das unverheiratete Mütter Aufnahme fanden. Die Stellung, die man ihnen gegenüber einnahm, entsprach der sittlichen Anschauung der damaligen Zeit. Das Entbindungshaus sollte möglichst weit von allen anderen Instituten entfernt werden.<sup>12</sup>

Die Kosten waren niedrig. Eigentlich sollte von den Schülerinnen eine Gebühr erhoben werden, wozu sie aber nur selten fähig waren. Halberstadt erhielt 1811: 1207 fr., 1812: 1918 fr.,<sup>13</sup> Magdeburg bis 1811: 1461 fr., die ab 1812 auf 3506 fr. erhöht wurden.<sup>14</sup> — Die Hebammen wurden vereidigt. Verstöße gegen ihre Pflichten scheinen sie sich selten haben zuschulden kommen lassen.<sup>15</sup> —

Der Professor J. C. Reil in Halle kam zuerst auf den Gedanken, ein Mineralbad einzurichten. Daß Quellen vorhanden, war längst bekannt. Das Unternehmen sollte der verarmten Stadt etwas Wiederbelebung durch Fremdenverkehr bringen. Reil führte das Bad als Privatunternehmen, weil sich die Regierung zu Zuschüssen nicht verstand. Er ist, wenigstens im Anfang, nicht auf seine Kosten gekommen, zumal Konkurrenzbäder auftauchten.<sup>16</sup> Reil führte damals als erster das

---

12. M. Sta. B 3 Spec. 330. „Wir wollen aus Menschenliebe gern glauben, daß nicht alle, die in Entbindungshäusern aufgenommen werden, durch ihren Fall sogleich jedes Gefühl für Sittlichkeit und Beständigkeit verloren haben, allein leugnen kann man es nicht, daß der bei weitem größte Teil der Weibsbilder sittenlos, unverschämt, verschlagen und so zudringlich ist, daß er nicht sorgfältig genug bewacht und vor jeder ihm oft sehr willkommenen Konkurrenz mit Individuen des andern Geschlechts bewahrt werden kann.“

13. ebd., 329.

14. M. Sta. B 3 Spec. 328.

15. Instruktion f. d. Hebammen. M. Sta. B 3 Spec. 332.

16. M. Sta. B 3 Spec. 333. Mit der Einrichtung des Bades war die von Spielhäusern und einem Theater verbunden, so daß J. v. Müller sehr für die Studenten fürchtete. Das Hazardspiel wurde verboten. Das Theater blieb. Müller meinte, die Studenten würden sonst „noch schlimmere, verborgene Laster“ aufsuchen, er verhehle sich aber nicht, „welche Verwirrung eine schöne Schauspielerin in jungen leichtfertigen Köpfen anrichten kann“. Jedenfalls sollten die Professoren ein wachsames Auge auf die Musensöhne haben.

russische Qualmbad öffentlich in Deutschland ein<sup>17</sup> und machte dafür in allen Departements und im Ausland Propaganda.<sup>18</sup>

Selbstverständlich war auch für Tierärzte gesorgt, besonders in rinderreichen Gegenden. Der Viehbestand des Harzes war durch die großen Militärverschiebungen bedroht, die mehrere Male die Maul- und Klauenseuche einschleppten.<sup>19</sup> Neue Instruktionen wurden nicht herausgegeben. Man verfuhr nach der alten, „Wegen Abwendung der Viehseuchen und anderer ansteckender Krankheiten, ingleichen, wie es bei eingetretenen Viehseuchen gehalten werden soll“, vom 2. 4. 03.<sup>20</sup>

---

17. Hallesches Patriotisches Wochenblatt vom 6. 5. 09.

18. M. Sta. B 18 I 58.

19. M. Sta. B 26. 17. 2. u. 3.

20. ebd., 1.

## Kapitel 22.

### Justizwesen.

#### Einführung des Code Napoléon.

Napoleon hatte den Wunsch geäußert, die Einführung des Code unter keinen Umständen über den 1. 1. 08 hinauszuschieben; dem begegneten aber manche Schwierigkeiten. Am 1. Januar waren Exemplare nur in den Händen weniger Beamten. Eine zuverlässige Übersetzung fehlte, die erst im Herbst von westfälischen Gelehrten (im Verlag Levrault, Straßburg) vollendet und durch das Dekret vom 21. 9. für rechtsgültig erklärt wurde, womit die alten Gesetze abgeschafft waren. Die Juristen haben sich damals nicht darüber geeinigt, ob und in welchem Maße den alten Rechten neben dem Code ein Platz eingeräumt werden müsse. Nur so viel läßt sich mit Sicherheit sagen: Für schwebende Rechtsstreite sollten die alten Gesetze herangezogen werden, alle Bestimmungen aber, die dem Code offen zuwider waren, galten als erloschen. Testamente mußten, soweit sie der vom Code vorgeschriebenen Erbfolge nicht entsprachen, abgeändert werden. Substitutionen wurden grundsätzlich verboten, doch schränkte der Staatsrat (9. 1. 08) die Bestimmung dahin ein, daß ältere Substitutionen den noch lebenden Inhabern erhalten blieben, um Härten zu vermeiden.

Der Kaiser betrachtete den Code als eines der Mittel zur friedlichen Gewinnung der Deutschen, nachdem die kriegेरische Eroberung vollendet war. Die Güte seines Gesetzes, von der er überzeugt war, sollte sie innerlich an seinen Staat ketten, fester, als es durch Despotie möglich gewesen wäre. Unter den Juristen hat die Einführung häufig sachliche Zustimmung gefunden. Die scharf ablehnende Stimmung gegen den Code stammt nicht aus den Jahren 1807—1813. Die „eifrigen Teutonen“ der Befreiungs-

kriege erst glaubten, alles Fremde hinauswerfen zu müssen, ohne daß sie sich in ihrer Wut entsannen, daß „der Code Napoléon auf deutschem Boden nicht schlechthin als fremdes Recht betrachtet werden“ kann, weil in ihm germanisches und römisches Recht, beide in Deutschland heimisch, verschmolzen war; daß das „altgermanisch öffentlich-mündliche Verfahren“ in ihm wieder auflebte; und daß er endlich den Vergleich mit der „kasuistischen Weitschweifigkeit des Preußischen Landrechts“ sehr gut ertrug.<sup>1</sup> Die schwache Seite des Code beruhte darin, daß er nicht für alle deutschen Rechtsverhältnisse Bestimmungen enthielt.

### Das Lehnswesen.

Das Lehnswesen war ein solcher Rechtsbezug, über den auch die Verfassung nichts bestimmt hatte. Die Regierung fühlte, daß es „weder mit dem Geiste der Konstitution, noch mit dem Gesetzbuche Napoleons verträglich sei, indem letzteres das lehnbare Eigentum nicht anerkenne, sondern alles Vermögen denselben Regeln der Erbfolge unterwerfe“. Das Dekret vom 28. 3. 09 brachte nicht die völlige Allodifikation aller Lehen, aber doch die fast vollständige.<sup>2</sup>

In mehreren Landesteilen war der Lehensbezug schon außerordentlich locker, ja so gut wie aufgehoben. Im Distrikt Salzwedel legte man sich die Frage vor, ob das Dekret auf die altmärkischen Lehen auszudehnen sei, auf die die Assecuration vom 30. 6. 1717 Anwendung gefunden hatte, die bereits alle vom Landesherrn relevierenden Lehen für Allod erklärt hatte. Wenn auch die Assecuration selbst nur die Ritterschaft betraf, so waren doch später auch die nichtadligen Güter gegen Entrichtung eines bestimmten Kanons hinzugezogen worden. Eine erneute Allodifikation hätte einen Widersinn bedeutet, und man sah von einer Anwendung des Dekrets ab.<sup>3</sup>

Im Distr. Halberstadt waren ebenfalls fast alle Lehen bezüglich der Feudalbeziehung zwischen Seigneur und Vasall durch

---

1. Treitschke II, 222.

2. Thimme II, 197 erwähnt nichts von Ausnahmen. „Ein Dekret vom 28. 3. 09 verwandelte sämtliche Lehen in völlig freies Eigentum“.

3. M. Sta. B 2. 45.



die Feudalassecuracion von 1721 allodifiziert; nur die Verbindung zwischen Lehnsträger und Cofeudataire war geblieben. Für die übrigen noch nicht allodifizierten Lehen war folgendermaßen verfahren: Nachdem der Besitzer des Lehens, in Einklang mit den Cofeudataires, die Allodifikation und die Aufhebung der Bindung beantragt hatte, mußte er dem Souverän 1 Rth. für je 1000 Rth. geschätzten Wert zahlen und für jedes Jahr seit 1721.<sup>4</sup>

Lehen, die nur auf vier Augen beruhten, oder gar auf zwei, waren von der Verwandlung in freies Eigentum ausgeschlossen.<sup>5</sup> Da bei diesen der Rückfall als bald bevorstehend betrachtet werden durfte, zog es der Staat vor, sie bis dahin als Lehen bestehen zu lassen, um im Fall des Rückfalls durch Verkauf ein günstigeres Geschäft zu machen.<sup>6</sup> Denn, wie sehr auch der Wunsch der Durchführung moderner Ideen, zumal bei Siméon, mitgesprochen hat, so ist der Wunsch, Geld einzunehmen, zumindest ebenso stark gewesen. Für die Allodifikation mußte dem Lehnsherrn jährlich 1 % des Ertrages entrichtet werden. Die Belastung konnte durch eine einmalige zwanzigfache Zahlung abgelöst werden.

Es war gleichgültig, wer der Lehnsherr war. Selbst fremden Landesherrn unterstehende Lehen in Westfalen wurden allodifiziert. Darunter fielen natürlich nur solche, die d i r e k t vom Lehnsherrn — und nicht von einer Lehnskurie, wie gewöhnlich — relevierten. Wichtig war nur der Graf von Stolberg. Die Abschätzung seiner Einkünfte begegnete einigen Schwierigkeiten, wurde von seinen eigenen Beamten durchgeführt und ergab die ganz erhebliche Summe von 33 139 Rth. Einkünften nach Abrechnung aller Unkosten. Der Graf hat also jährlich für die Verwandlung in freies Eigentum 1210 fr. zahlen müssen.<sup>7</sup>

Häufig bestand ein bald heimfallendes Lehen des Landesherrn ganz oder zum Teil in Zinsen, Zehnten, Renten oder Gerechtigkeiten, deren Ablösung durch das Dekret vom 18. 8. 09 den Prästantiarien nachgelassen war. Da erforderte es das Interesse der Krone, für Sicherstellung der Ablösungssumme im

---

4. M. Sta. B 31 I 65.

5. M. Sta. B 31 I 66.

6. M. Sta. B 2. 24.

7. M. Sta. B 2. 39.

voraus die nötigen Maßregeln zu ergreifen. Alle Lehensträger, deren Lehen in Allod verwandelt wurden, sandten zu diesem Zwecke Verzeichnisse der Prästantiarien ein.<sup>8</sup>

Man sieht nicht recht, aus welchem Grunde dem Allodifikationsverfahren von allen Seiten ein passiver Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Besitzer kamen auch mehrmaliger Aufforderung auf Nachbringung der Dokumente nicht nach.<sup>9</sup> Die finanzielle Mehrbelastung fiel nicht ins Gewicht, denn auch vorher waren ja die Lehensbesitzer bei einem Wechsel — meist in manu dominanti und in manu tenenti — zur Zahlung eines Gefälles verpflichtet. Vielleicht fürchteten sie, auch dieses weiterhin entrichten zu müssen, weil die Receptoren von Laudemiengebühren im März 1808 angewiesen waren, in der Erhebung fortzufahren.<sup>10</sup> Aber zu diesem Zeitpunkt war noch keinerlei endgültige Regelung getroffen. Außerdem war es doch ein zweifelloser Vorteil, bei der Aufnahme von Hypotheken, beim Verkauf und Verpachten völlig frei zu sein. Daß ein Bedürfnis dafür bestand, zeigen die zahlreichen Gesuche, die vor dem 28. 3. 09 um Erlaubnis zur Beleihung usw. nachsuchten. Veräußerung und Verpachtung blieben bis zu diesem Termin Sache des Königs. Alle Rechtsfragen in Lehnssachen wurden vor die kgl. Prokuratoren an den Tribunalen verwiesen, nachdem man anfangs nicht recht gewußt hatte, wer dafür zuständig wäre.<sup>11</sup> Keinesfalls sollten aber die Friedensrichter mit der Lehensverwaltung beauftragt werden, wie Goßler es beabsichtigte.<sup>12</sup> Auch den Tribunalen war es verboten, Erlaubnisse oder Befehle an Lehnbesitzer zu erteilen. Sie sollten lediglich über die Vorteile der Krone wachen. Der einzige, der rechtskräftige Bestimmungen erlassen durfte, war der König.

### **Leibeigenschaft.**

Der Art. 13 der Verfassung hatte die Leibeigenschaft aufgehoben, da sie dem Grundsatz des gleichen Rechts aller Staats-

---

8. M. Sta. B 26. 67. 10.

9. M. Sta. B 2. 1.

10. M. Sta. B 26. 67. 1. u. 2.

11. M. Sta. B 18 I 6.

12. M. Sta. B 26. 67. 3. Gewöhnlich beließ man es bei dem bisherigen

bürger widersprach. Die Folgen der Bestimmung sahen aber anders aus, als die Regierung erwartete. Die Bauern glaubten sich im Recht, wenn sie die Leistung aller Frondienste und aller grundherrlichen Abgaben verweigerten. Um solchen Mißverständnissen entgegenzutreten, erließ der König das Dekret<sup>13</sup> vom 23. 1. 08. Die wichtigsten Bestimmungen besagten, daß ebenso die „bloß persönlichen Dienste oder Personalfronen, d. h. solche, die einer Person einzig aus dem Grunde obliegen, weil sie Vasall ist, oder einen gewissen Ort bewohnt“, wie „alle Dienste, die zwar in Rücksicht des Besitzes eines Grundstückes obliegen, aber unbestimmt und von der Willkür dessen, der sie zu fordern hat, abhängig sind“. Eine ganze Reihe alter Verbindlichkeiten hörte auf: das Gesindzwangsrecht (wonach die Kinder der Bauern nur bei einem Herrn in Dienst treten konnten), die Einholung der Heiratserlaubnis mit einer Abgabe. Das Besthaupt (Kurmede oder Sterbfall) wurde dem Herrn abgesprochen.<sup>14</sup> Mit der Aufhebung der Pflichten wurde die Verleihung der aktiven Rechtsfähigkeit verbunden. Die Bauern durften volles Eigentum erwerben und vor Gericht auftreten. Freizügigkeit wurde ihnen gewährt, nur sollte der Grundherr bei einem Wohnungswechsel in Kenntnis gesetzt werden.

Alle Rechte, die nicht aus der Leibeigenschaft flossen, sondern als ein Teil des Preises für die Überlassung nutzbaren Eigentums zu betrachten waren, wie Renten, Geld- oder Naturalabgaben und Hand- oder Spanndienste, soweit sie bei der Überlassung erwähnt waren, verblieben dagegen dem Grundherrn. Er behielt weiter das dominium directum in seinen Händen. Der Bauer durfte keine Veränderungen an seinem Besitz vornehmen, ohne Genehmigung eingeholt zu haben. Das unter verschiedenen Namen gezahlte Antrittsgeld blieb. Wenn man die Undeutlichkeit hinzunimmt, in der alle diese Bestimmungen gehalten waren, so muß die Lösung als höchst unbefriedigend bezeichnet

---

Gebrauch, wenn dadurch eine provisorische Regelung unnötig wurde. In Quedlinburg z. B. trug der Maire die Sorge, weil der Bürgermeister früher Lehnsträger gewesen war. M. Sta. B 27 a 3.

13. Bulletin Bd. I.

14. Vielleicht ist diese Belastung die unangenehmste gewesen, denn die übrigen Rechte wurden vom Grundherrn meist sehr weitherzig ausgeübt.

werden. Es erwiesen sich bald neue Ergänzungsdekrete als nötig, am 5. 8. 08, daß angesichts der Ernteschwierigkeiten der Grundherren die Hand- und Spanndienste in diesem Jahre provisorisch zu leisten seien, vorbehaltlich der Bezahlung, wenn sich gerichtlich erweisen sollte, daß die Bauern nicht dazu verpflichtet wären; das Dekret vom 27. 7. 09 mit genaueren Bestimmungen über die aufgehobenen oder beibehaltenen Dienste. Aufgehoben waren: die Fronen, die aus dem Lehns- und Gerichtswesen entsprangen, Jagdfronen und ungemessene Dienste. Näher umgrenzte Dienste blieben, ebenso alle Dienste gegenüber den Gemeinden.

Schon früher (Dekret vom 23. 1. 08) war die Ablösbarkeit der gutsherrlichen Dienste bestimmt worden. Um die Einigung zwischen den Parteien zu erleichtern, folgten am 18. 8. 09 Bestimmungen über das Verfahren. Soweit die Überlieferung erkennen läßt, haben die Bauern bereitwillig zu der Ablösungsmöglichkeit gegriffen, wenn, wie in vielen Fällen, die Abgaben so gering waren, daß die Ablösung finanziell nichts bedeutete, sondern nur eine Vereinfachung des Rechnungswesens brachte.<sup>15</sup> Sobald sich aber die Ablösungssumme auf einen höheren Betrag stellte, wurden sie halsstarrig. Die Ablösung der Frondienste brachte Siméon die bitterste Enttäuschung seiner westfälischen Regierungstätigkeit. Wenn irgendwo, so war er hier mit ganzem Herzen beteiligt. Er glaubte zweifellos, den Bauern eine große Erleichterung zu bringen. Der echt französische Wunsch nach Klärung des öffentlichen Lebens (und wo waren die Abhängigkeitsverhältnisse verwickelter als im Lehns- und Hörigkeitswesen?) wurde von den deutschen Bauern nicht verstanden, deren Horizont kaum über das eigene Dorf hinausging. Aber auch dem Staatsmann fehlte das Verständnis für die andere Seite. Er wollte nicht glauben, daß der Bauer so verarmt sei, daß es ihm nicht möglich sei, die Ablösung durchzuführen. Nach anfänglichen Erfolgen stellten sich bald Schwierigkeiten ein. Dank der unklaren Erlasse herrschte „dauernd die größte Ungewißheit, . . . und die Prozeßlust der Untertanen, gereizt durch einige Advokaten und andere ränkevolle Leute“, war auf

---

15. M. Sta. B 18 II 73. I—III.

den höchsten Grad gestiegen. Da vollzog Siméon die erste Wendung. Er verkündete, daß „das Recht auf der Seite der Gutsbesitzer“ stehe, „indem der Staat, bei Aufhebung der ungemessenen Dienste, nur das, was dem Gutsbesitzer eine Willkür gegen die Untertanen erlaube, keineswegs aber wohlerworbene Rechte, die mit diesem Zwecke nicht in Widerspruch stehen, abschaffen wollte“. Der Streit spitzte sich auf eine juristische Frage zu. Sollte das französische Gesetz dem Sinne nach besagen, daß die gemessenen aufrechtzuerhaltenden Dienste durch „Tage und Umfang“ — so war die Meinung der Bauern — oder nur durch „Tage o d e r Umfang“ — bestimmt sein sollten? Das Eigenartige geschah, daß Siméon (22. 10. 08) ablehnte, eine offizielle Erklärung darüber abzugeben. Seine persönliche Meinung dagegen äußerte er: „Zwei Dinge sind notwendig, damit die Dienste nicht ungemessen erscheinen: die Anzahl der Tage und der Umfang der Arbeit. Es genügt nicht, wenn man weiß, man schuldet 20 Tage, man muß auch wissen, wofür. Es ist auch die Ansicht der Mehrheit des Staatsrats.“ Ganz klar hatte er sich damit auf die Seite der Bauern gestellt. Deutlich erkennen wir sein Bestreben, einerseits den Bauern die größtmögliche Freiheit zu verschaffen, anderseits die Grenze zwischen Aufhebung und Beibehaltung der Dienste so zu legen, daß den Herren kein offensichtliches Unrecht zugefügt werde. Er war sich bewußt, wie tief er schon den Grundbesitz verärgert hatte: „Zweifelloos haben die Herren bei der Unterdrückung der Dienste verloren, aber das Volk, der größere Teil und die Kraft einer Nation, wird dabei gewinnen, und das ist wichtig. Es ist auch möglich, daß aus der Aufhebung der unbestimmten Dienste in manchen Fällen offensichtliche Ungerechtigkeiten entstehen. Das ist die Folge aller allgemeinen Gesetze. Sie erzeugen große Wohltaten und kleine Übel.“

Auf die Dauer konnte aber selbst der Optimismus Siméons sich nicht den Klagen über mangelnde Mittel zur Ablösung verschließen. Der Unverwüstliche ersann neue Mittel. Die Regierung sei bereit, den Bauern die Erlaubnis zur Aufnahme von Anleihen zu geben. Er überlegte sich nicht, daß die Lage des bäuerlichen Standes dadurch gedrückter wurde. Oder aber die Gemeinden sollten eine Art Rente an den Grundherrn zahlen.



Schließlich wollte er dem König vorschlagen, den ärmsten Gemeinden eine Summe zu leihen, die in jährlichen Teilzahlungen zurückzuzahlen sei, um für neue Rückkäufe wieder ausgeliehen zu werden. Die Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen zeigte sich in der Verschärfung des Streites. Im April 1810 wurde von den Lokalbehörden bereits der Einsatz von Militär erwogen, um die widerspenstigen Bauern zur Dienstleistung zu zwingen. Siméon wies zwar entsetzt diesen Vorschlag des Präfekten Goßler, der sich stets auf die Seite der Herren stellte und zu scharfen Schritten riet, zurück, empfahl aber Beschlagnahmungen, wenn der Ungehorsam andauerte. Von allen Kantonmaires wurden Gutachten eingefordert, weshalb die Ablösung gar nicht in Gang käme, und Siméon mußte erkennen, daß er nicht einen einzigen Schritt vorwärts gekommen war. Alle klagten, wie der Maire von Schwanebeck: „So sehr sie nun auch alle von der Wohltätigkeit dieser zu treffenden Anstalt überzeugt zu sein scheinen, so halten sie doch in gegenwärtigen Zeitumständen den Abkauf in jeder Art für unmöglich, weil ihnen das Aufbringen einer nur mäßigen Geldsumme bei dem zu sehr überhandgenommenen Geldmangel drückend sein würde.“

Die Möglichkeiten waren im Kopfe Siméons noch nicht erschöpft. Im Juni desselben Jahres trat er mit einem ganz neuen Plan an die Öffentlichkeit, „der der Aufmerksamkeit würdig“ sei. Er glaubte bemerkt zu haben, daß manche Bauern einen zu großen Landbesitz besäßen, als daß sie ihn gründlich bearbeiten könnten. Wenn sie sich entschließen könnten, einen Teil zu opfern, um den anderen Teil zu befreien, „so würden sie fast nichts an Einkünften verlieren, weil sie durch bessere Bearbeitung des bewahrten Besitzes nahezu denselben Ertrag daraus ziehen könnten; die ehemaligen Grundherrschaften bekämen neuen Boden, auf dem sie neue Pächter oder Besitzer ansetzen könnten. . . . Ein jeder würde dabei gewinnen: die Schuldner, die Gläubiger und der Staat. Aber —“ das vor knapp zwei Monaten noch ungesetzliche und barbarische Mittel tauchte auf (wie sehr mußte der Minister verbittert sein!) — „sollten alle Mittel sich als ungenügend herausstellen, so werden wir auf die militärische Exekution zurückgreifen müssen.“ Es war ungeheuerlich, daß der liberalste der westfälischen Beamten diese

Sprache führte. Diejenigen aber, die „ihre Pflichten erfüllen und den Rückkauf verschmähen, weil sie hoffen, daß die Regierung sie schließlich davon kostenlos befreien werde, sind in einem großen Irrtum“. Es war soweit gekommen, daß der bauernfreundliche Minister tief verstimmt seine Hand von der Landbevölkerung zurückzog. Die tragische Ursache war gegenseitiges Nichtverstehen.

Über die tatsächliche Höhe der Ablösungen läßt sich leider nichts Vollständiges ermitteln. Im Distr. Blankenburg hatte sich nicht eine einzige Gemeinde bereit gefunden. Allgemein bestand aber der Wunsch nach Verwandlung der Hand- und Spanndienste in regelmäßige Geldzahlungen.

Im Grunde hätte Siméon mit seinen Ergebnissen sehr wohl zufrieden sein dürfen. Die ungemessenen Dienste waren aufgehoben. „Diese waren die drückende Last des Landmanns“, bekundete der Unterpräfekt von Halle. „Die noch bestehenden gemessenen Dienste sind es indessen minder. Der Dienstpflichtige möchte sich davon befreien, aber wenn er in Ermangelung des baren Geldes die lästige Verzinsung des Ablösungskapitals bedenkt und den täglich mehr zunehmenden Mangel an barem Gelde und mit ihm das tägliche Sinken des Wertes seiner Dienste, die er nach einiger Zeit abzulösen gedenkt, in Anschlag bringt, so findet er sich wohl bewogen, mit der Ablösung nicht zu eilen. Zu einer Cession von Land wird er hier und da leichter zu bewegen sein. Für die Dienstpflichtigen halte ich daher die Beförderung des Abkaufs allgemein nicht für ausführbar.“ Aber — soweit hatte sich die Lage verkehrt — die Grundherren wünschten sie. Sie waren oft ärmer als die Bauern und hofften ihren Acker besser bewirtschaften zu können, wenn der Abkauf vollzogen sei. Wie sollten sie auch die Bauern zu den Diensten zwingen, nachdem die Patrimonialgerichte aufgehoben waren! Das Beschreiten des ordentlichen Gerichtsweges nahm soviel Zeit in Anspruch, daß inzwischen unabsehbarer Schaden angerichtet werden konnte.<sup>16</sup>

Drückend wurden die Hand- und Spanndienste empfunden, die die Gemeinde Stötterlingen im Saaledep. der Domäne Stötter-

---

16. M. Sta. B 26. 16. 1.

lingenburg zu leisten verpflichtet war. Das Reglement vom 15. 4. 1765 bestimmte, daß Vollspanner 90 Tage im Jahr, Halbspanner 45 und Spitzspanner 16 Tage im Jahre Spanndienste zu leisten hatten, die Kossaten in der Woche einen Tag Handdienst oder 4 Rth. im Jahre usw. Es lag also hier der Fall vor, daß die Dienstleistungen in ihrem Umfange genau bestimmt waren, so daß sie nicht aufgehoben wurden. Die Regierung schlug eine gütliche Einigung vor.<sup>17</sup>

Ausdrücklich als ablösbar<sup>18</sup> erklärt wurden diese bestimmten Dienste (nach den Dekreten vom 18. 8. 09 und 7. 9. 10) durch das Dekret vom 1. 12. 10. Von nun an mußte sich der Grundbesitzer zur Entgegennahme einer Ablössungssumme verstehen, während es ihm vorher freistand, eine Einigung unmöglich zu machen.<sup>19</sup>

### Die Gerichte.

Abgesehen von dem Appellationsgericht in Kassel bestand in jedem Departement ein peinlicher Gerichtshof, in jedem Distrikt ein Zivilgericht erster Instanz und in jedem Kanton ein Friedensgericht (47. Art. der Verfassung). Aber erst am 1. 3. 08 wurden die neuen Gerichtsbehörden eingesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt führten die alten Gerichte ihre Geschäfte fort (Dekret vom 17. 2. 08). Nur die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Rechtsprechung der Regierungsbehörden, Kanzleien, Offizialate oder Konsistorien hörte bereits am 27. 1. 08 auf. Im Distrikt Magdeburg hatten 39, im Distrikt Neuhaudensleben 11 Patrimonialgerichte bestanden. Mit ihnen verschwanden ihre letzten Zeugen, die Straßenpfähle und Galgen.<sup>20</sup> Daß man mit der Abschaffung dieser Gerichtsbarkeiten keinen Fehlgriff beging, zeigt die Tatsache, daß nach 1815 verschwindend wenig Anträge auf Wiederherstellung eingereicht wurden.<sup>21</sup>

Die Kriminalgerichte befanden sich in den östlichen Departements in den drei Hauptstädten. Sie setzten sich zusam-

---

17. M. Sta. B 26. 16. 2.

18. Die Ablössungssummen wurden nach 30jährigen Durchschnittspreisen berechnet.

19. M. Sta. B 26. 16. 1 b.

20. M. Sta. B 26. 1. 17.

21. Vgl. Treitschke, II 222.

men aus einem Präsidenten (Appellationsrichter) und zwei Richtern, wozu ein Generalprokurator und mehrere Assessoren nach Bedarf traten. Außerdem war ein Greffier vertreten. Alle wurden für fünf Jahre ernannt. Der Präsident in Magdeburg war v. Klevenow.<sup>22</sup> Die Höhe der Besoldung war in den Departements verschieden. Die Greffiers erhielten drei Viertel der Sporteln und Gerichtsgebühren außer ihrem Gehalt, das dem der Richter gleich war, standen sich also nicht schlecht. Wenn ihnen die Arbeit zu viel wurde, durften sie Gehilfen mit zwei Fünftel ihres Gehalts anstellen, das sie aber selbst bezahlen mußten.

Die Ziviltribunale in den Hauptorten der Distrikte waren mit einem Präsidenten, fünf Richtern, einem kgl. Prokurator und einem Greffier besetzt. Daneben waren Assessoren vertreten, die die Richter vertreten durften, wenn sie über 25 Jahre alt waren. Die Verwaltungskosten der Gerichte, die dem Justizministerium zur Last fielen, waren schon angesichts der Gehälter für die Zeit nicht gering. Sie schwankten, stiegen aber monatlich oft bis auf 8000 fr.<sup>23</sup>

Die gesamte niedere Gerichtsbarkeit wurde den Friedensgerichten<sup>24</sup> übertragen, die in jedem Kanton vertreten und aus einem Richter, zwei Gehilfen und einem Sekretär gebildet waren. Der Friedensrichter erkannte in Streitfällen bis zu 74 fr. Wert, ohne daß dagegen Appellation eingelegt werden konnte, darüber bestand Appellationsmöglichkeit. Ebenso erkannte er in Entschädigungsklagen wegen Feldschaden, bei Grenzverrückungen und widerrechtlicher Besitznahme von Grund und Boden, Beschädigungen an Bäumen, Hecken, Gräben, Störungen der Wasserläufe usw., über Reparaturen, die einem Mieter oder Pächter zukamen, über Entschädigungsforderungen eines Mieters, Bezahlung von vorenthaltenem Lohn, schließlich bei Beleidigungen und Tätlichkeiten, wenn nicht die Parteien eine strafrechtliche Verfolgung forderten. Berufungen gingen an das Ziviltribunal erster Instanz, das in letzter Instanz erkannte. Außerdem nahmen die Friedensrichter Anzeigen von Ver-

---

22. M. Sta. B 18 I 178. .

23. M. Sta. B 35 XII a 6.

24. M. Sta. B 18 I 148.

brechen an. Es war ihnen befohlen, nur summarisch den Tatbestand aufzunehmen und den Verbrecher kurz zu verhören, um dann die Sache innerhalb von 24 Stunden an das Ziviltribunal abzugeben. Wiederholt haben die Tribunale aber den Versuch gemacht, die Arbeit den Friedensrichtern aufzubürden, bis Siméon dagegen Einspruch erhob. Die Besoldung richtete sich nach der Kopffzahl der Untertanen, die ihm unterstanden, und betrug 1200, 1000 oder 800 Franken. Die Sekretäre wählten sie sich selbst. Diese erhielten ein Drittel des Gehalts des Richters. Die Bürokosten wurden von der Gemeinde bestritten. Auf das Elbedep. entfielen an Gehältern<sup>25</sup> (1808) 58 000 fr.

Als Bürokosten wurden für das Saaledep. z. B. 1810 = 10 496,37 fr. angewiesen,<sup>26</sup> ungefähr der gleiche Betrag auch für die folgenden Jahre.<sup>27</sup>

Aus den Beschwerden, die über die Friedensrichter geführt wurden,<sup>28</sup> geht hervor, daß sie in zahlreichen Fällen nicht imstande waren, die laufenden Prozeßsachen zu erledigen. Tatsächlich war die Zahl der Prozesse nach der Vereinfachung des Verfahrens ungeheuer angeschwollen. Siméon drückte daher den Wunsch aus, daß die Friedensrichter in jedem Falle eine gütliche Einigung zwischen den Parteien herzustellen versuchen sollten.

Für geringfügige Vergehen waren die Municipalgerichte zuständig. Die höchste Strafe, die sie verhängen konnten, war 20 fr. oder 8 Tage Gefängnis. Als öffentliche Ankläger mußte entweder der Polizeikommissar oder der Mairieadjunkt auftreten. Dem Maire war das Klagen ausdrücklich verboten (Dekret vom 6. 8. 08). Mehrere Urteile mußten kassiert werden, weil ein Maire dagegen verstoßen hatte.<sup>29</sup>

Genau so streng wurde bei den Justizpersonen darauf gesehen, daß sie keine Ämter übernahmen, die unvereinbar mit ihrer Stellung waren. Wohl waren mehrere juristische Ämter in einer Hand vereinbar, aber nicht juristische und verwaltungs- oder finanzmäßige Stellen. Den Assessoren des Magdeburger

---

25. M. Sta. B 18 I 157.

26. M. Sta. B 26. 60. 1. I.

27. M. Sta. B 26. 60. 1. II.

28. M. Sta. B 4. 102.

29. ebd., 144.



Tribunals war erlaubt, als Advokaten aufzutreten, ohne daß man die Ermahnung vergaß, daß sie sich besser um ihre Ausbildung als um ihren Gewinn kümmern sollten.<sup>30</sup> Besonders den Friedensrichtern mußte wiederholt eingeschärft werden, nicht besondere Geschäfte zu führen, etwa „Abschätzung von Gütern oder Verteilung von Steuern“. Die Prokuratoren waren mit der Überwachung beauftragt.<sup>31</sup> Tatsächlich konnten sich üble Zustände ergeben, wenn man zu nachsichtig war. Der Kriminalrichter Wedekind in Heiligenstadt verließ einfach seinen Posten, um die einträglichere Verteilung der Personalsteuer vorzunehmen.<sup>32</sup> Dagegen war den Richtern nicht verboten, Syndikustellen zu übernehmen, wenn sie rein juristischer Natur waren. Bei Wohltätigkeitsanstalten wurde nicht so genau hingesehen.<sup>33</sup>

### Gerichtsverfahren.

Das französische Gepräge des westfälischen Gerichtswesens wurde durch die Übernahme des französischen Prozeßverfahrens vervollständigt. Der Staatsrat hatte aber gegen den Wunsch Siméons Änderungen eingeführt. Viele alte Gebräuche, „welche vor der französischen Prozedur den Vorzug zu verdienen schienen“, wurden beibehalten, wodurch die Einfachheit des Verfahrens nicht gerade gefördert wurde.

Mehrere Gesetze führten den Code de procédure civile ein.<sup>34</sup> Vom 1. 3. 09 ab wurde er für neueingebrachte Prozesse befolgt.<sup>35</sup> Der Code de procédure criminelle wurde am 17. 8. 08 Gesetz, am 14. 2. 10 durch eine Procédure correctionnelle<sup>36</sup> ergänzt. Wenn damit das Prozeßverfahren bestimmt war, so fehlte dem Königreich noch ein einheitliches Strafgesetz. Der unleugbare Mißstand wurde nicht behoben, obgleich es eigentlich an Rechtsgelehrten nicht fehlte.<sup>37</sup> So blieb es dabei, daß in

---

30. ebd., 111.

31. M. Sta. B 4. 110.

32. ebd., 109.

33. ebd., 108.

34. Thimme II, 209.

35. M. Sta. B 31. I. 32.

36. Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis oder Zuchthaus wurden im Korrekionsverfahren erkannt, darüber im eigentlichen Kriminalverfahren.

37. Über die Einzelheiten des Prozeßganges vgl. Thimme II, 210 ff.

allen Departements nach verschiedenen Gesetzen bestraft wurde.<sup>38</sup>

Als die Ausspänner der sächsischen Gemeinde Beidersee, die Landbesitz in Westfalen hatte, von einem sächsischen Gericht zu einer Bodenveränderung an diesem Besitz verurteilt wurden, erwies es sich als notwendig, eine grundsätzliche Entscheidung über die Gültigkeit ausländischer Urteile zu fällen. Der Minister beauftragte die Tribunale, in den einzelnen Fällen über die Vollstreckbarkeit zu entscheiden.<sup>39</sup>

Prozesse der kaiserlichen Donatairs erforderten ein ganz besonderes Verfahren. Sie gehörten überhaupt nicht vor die Tribunale. Der Präfekturrat hatte sich damit zu befassen und das Urteil innerhalb vier Wochen zu fällen. Anwälte der Domänenverwaltung wurden hinzugezogen, im Notfall auch der Präfekt als Vertreter des Staatsinteresses.<sup>40</sup> Um die Durchführung der Prozesse in vier Wochen zu garantieren, wurden Inspekture mit der Feststellung aller Gerechtsame der kaiserlichen Donatarien beauftragt, um im Falle eines Prozesses keine Zeit mit Erkundigungen zu verlieren.<sup>41</sup>

Das wesentlich Neue im westfälischen Gerichtsverfahren, das auf die Mitwelt den größten Eindruck ausübte, war das Auftreten der Geschworenen, womit ein Herzenswunsch Napoleons in Erfüllung gi<sup>ng</sup>.<sup>42</sup> Siméon war nicht der Meinung, daß dieses System sich in Deutschland sehr bewähren würde, milderte seine Ansicht aber später, als sich erwies, daß der Fehlschlag nicht so groß, wie befürchtet, wäre. Es hat den Anschein, daß die Geschworenen mit Gewissenhaftigkeit die ungewohnten Pflichten erfüllt haben. „Wie die Jugend das Opfer ihrer schönsten Jahre dem Staat schuldet, so das reife Alter den Nutzen seiner Vernunft und seiner Erkenntnis“, hatte Siméon ver-

---

38. M. Sta. B 25. II. 1.

39. M. Sta. B 26. 61. 19.

40. M. Sta. B 26. 61. 23.

41. M. Sta. B 23 a 153.

42. Ich halte dafür, daß die Geschworenen in Deutschland eingeführt werden, weil die aufgeklärten Männer es auch wünschen, und weil ich meine politischen Gründe habe, die Errichtung der Jury in Westfalen zu verordnen. Corr. de Nap. 14 127.

kündet.<sup>43</sup> Zwar ließ der Appell anfangs an Erfolg zu wünschen übrig. Kaum einer der Ernannten fügte sich gütlich.<sup>44</sup> Dieses noch ganz in der privaten Sphäre lebende Zeitalter war nicht gewohnt, dem Staate so zu dienen, wie es Westfalen verlangte. Andererseits war es ein unbilliges Verlangen, daß diese Männer außer dem Opfer ihrer Zeit auch die Aufwands- und Reisekosten aus der eigenen Kasse bezahlen sollten, die beispielsweise für einen Hallenser, der am Halberstädter Tribunal amtieren sollte, nicht gering waren.<sup>45</sup> Man konnte aber auf die Hinzuziehung auswärtiger Geschworener nicht verzichten, weil die Tribunalsorte nicht über genügend geeignete Leute verfügten.<sup>46</sup>

Die letzte Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt war zwar wegen der Verfassung des Appellationsgerichts in Kassel rechtlich nicht gewährleistet, aber man kann deshalb nicht die liberale Grundtendenz des Königreichs in Frage stellen. Es war doch nur ein verschwindender Teil von Prozessen, der dorthin gelangte. Siméon hegte eine unüberwindliche Abneigung dagegen, sich in Rechtssachen einzumischen, obgleich er Justizminister war. Der König aber, der sich in Verwaltungsangelegenheiten schon auf nichtssagende Bemerkungen beschränkte, verstand von juristischen Dingen so wenig, daß er nie versuchte, darauf Einfluß zu gewinnen. Die Ernennung der Mitglieder des Appellationsgerichts geschah auf Vorschlag von Fachmännern. Jerome kannte sie nicht dem Namen nach. Es findet sich an keiner Stelle ein Beweis für ungerechte oder gewaltsame Urteile. Die Gerichte haben in allen Instanzen mit größter Sauberkeit gearbeitet.<sup>47</sup>

---

43. M. Sta. B 26. 1. 12.

44. M. Sta. B 4. 112.

45. M. Sta. B 31 I. 1. I.

46. Die Geschworenenliste mußte für ein Tribunal 300 Personen von über 30 Jahren umfassen. Öffentliche Beamte sollten verschont bleiben. Halberstadt hatte aber nur 13 000, Heiligenstadt nur 3500 Einwohner!

47. Vgl. Weidemann, 50, der die Freiheit der Gerichte bezweifelt und aus diesem Grunde die liberale Stimmung in Westfalen leugnet. „Die tatsächliche Entwicklung“, um die er sich leider gar nicht kümmert, scheint ihm dazu noch „viel mehr Anlaß zu bieten, wie es sich aus den allgemeinen Erfahrungen über den Geist des Königreichs Westfalen mit ziemlicher Sicherheit schließen läßt“. (II)

### **Zivilstand und freiwillige Gerichtsbarkeit.**

Mit Führung der Zivilstandslisten waren die Pfarrer der Gemeinden beauftragt (Dekret vom 22. 1. 08). Es ergaben sich in einzelnen Fällen Unklarheiten, in denen Untertanen zu keiner Pfarre gehörten. Ein Doppel der Liste wurde am Ende des Jahres bei dem zuständigen Tribunal niedergelegt.<sup>48</sup>

Unbedingt nötig war eine ganz neue Organisation des Notariatswesens. Die Listen über den Zustand, den man antraf, zeigten einen erschreckenden Verfall. Einmal war die Zahl der angestellten Notare zu gering, zum andern waren die meisten unfähig. Von den 19 Notaren des Distrikts Duderstadt konnte nur ein einziger beibehalten werden. Einwandfreie Zustände fand man nirgends.<sup>49</sup> Am 23. 5. 08 gab Siméon bekannt, daß er eine Neugestaltung in Angriff nehmen werde.<sup>50</sup> Den Vorschlag, die Friedensrichter vorläufig mit Ausübung der Notariatsgeschäfte zu beauftragen, lehnte der Minister ab, weil das dem Code zuwider sei. Auch eine provisorische Übertragung wies er als unmögliche Lösung zurück.<sup>51</sup>

Auch als die Notare am 17. 2. 09 eingesetzt waren, hörten die Klagen nicht auf. Eine Ordnung über die Notariatsgebühren bestand nicht. Entweder einigte man sich gütlich darüber, oder die Entscheidung wurde dem Tribunal erster Instanz überlassen. Erst am 14. 5. 10 wurde das Dekret über die Sporteln der Notare erlassen. Leider hatte die Regierung auch nicht vermocht, genügend Notare anzustellen. Sie verlangte unmäßig hohe Kauttionen,<sup>52</sup> die zwar durch Verpfändung von Land geleistet werden konnten, wozu aber doch nicht jeder fähig war. Viele zogen es daher vor, eine andere „billigere“ Stelle am Tribunal zu übernehmen.

Nicht immer waren die Notare auch die besten Kenner des Gesetzes. Sonst dürfte es nicht zu wiederholten Malen vor-

---

48. M. Sta. B 31 . I. 33.

49. M. Sta. B 35 XXI. 2.

50. M. Sta. B 18 I 287.

51. M. Sta. B 31 I 12.

52. M. Sta. B 25 a 48.

kommen, daß von den Gemeinden Verträge über Verkäufe oder Verpachtungen bei ihnen geschlossen wurden. Solche Verträge waren natürlich ungültig, da die Autorisation der höheren Behörden erforderlich war.<sup>53</sup> Oft genug hatten die Tribunale Gelegenheit, die größte Unordnung in der Geschäftsführung bei Visitationen festzustellen. Nötig waren solche Kontrollen allerdings, aber waren die Tribunale dazu berechtigt? In der Stube des Notars Otto in Wanfried kam es wegen dieser Frage zu einer förmlichen Schlägerei zwischen ihm und den Tribunalsrichtern. Er schrieb sofort eine Beschwerdeschrift, in der es hieß: „Sie, meine Herren, haben sich der Strafe würdig gemacht, welche mich trifft, wenn ich jemanden unbefugter Weise in Kenntnis einer Notariatsurkunde setze, weil Sie, meine Herren, mein Notariatsregister gänzlich durchgelesen, dasselbe rezensiert und beurteilt haben. Jetzt wollen Sie auch noch als Denunciantes, als Recensentes, zugleich Inquirentes und Judices sein?“ Eigenartigerweise ließ sich die Regierung auf diesen Fall nicht weiter ein. Der Mangel einer Bestimmung hierüber war offenbar.<sup>54</sup> Von der anderen Seite griffen trotz deutlicher Dekrete Friedensrichter, Greffiers und Steuererheber in die Befugnisse der Notare über. Sie nahmen öffentliche Versteigerungen, Verkäufe und dergleichen vor.<sup>55</sup>

Im Hypothekenwesen wußte niemand recht, woran er war. Die Verwaltungsordnung enthielt keine Bestimmungen. Zwar sollten die ehemaligen Verwaltungsbehörden die Geschäfte weiterführen, aber in größeren Orten neue Beamte und Kontrolleure in den Distrikten eingesetzt werden. So führten also die Richter der Patrimonialgerichte die Hypothekenregister weiter.<sup>56</sup> Im März 1808 wurde eine einheitliche Regelung versprochen.<sup>57</sup> Durchgeführt ist sie nie. Der einzige Fortschritt war, daß die Kontrolleure und Tribunale eine gewisse Spitze der Hypothekenverwaltung bildeten.

---

53. M. Sta. B 35 XXI. 2.

54. M. Sta. B 4. 43.

55. M. Sta. B 4. 41.

56. M. Sta. B 18 I 213.

57. ebd., 178.



Abgesehen von diesen Mißständen bei den Notaren, genoß das westfälische Rechtswesen durchaus den Beifall der Untertanen, allein schon weil eine ungeheure Vereinfachung eingetreten war. „Um es kurz zu sagen, gewährt die Rechtspflege unter allen Verwaltungszweigen im Königreich Westfalen den erfreulichsten Anblick.“<sup>58</sup>

---

58. Thimme II, 228.









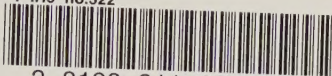


D 1 H5 no.321



3 8198 311 854 390  
Grossdeutsch und Kleindeutsch UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.322



3 8198 311 854 408  
Zeitgeschichtliche Züge im Ver UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.323



3 8198 311 854 424  
Die Verwaltung der ostlichen D UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES. FAC.	8	4	2	1	36	35	34	33
MISC. CODE								
D	Historische Studien							
1	C58845ER							
1	H5							
2	no.321-323							
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								

D  
1  
H5  
Historische Studien  
no.321-323

